Dienstag, 15. Januar 1985 - D ***

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 12 - 2.W. - Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 100 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 140,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Grüne: Eine zumindest partielle Zusammenarbeit der SPD mit den Grünen befürwortet Oppositionschef Vogel. Die Existenz der Grünen biete eine Chance zur System-Innovation und zum Abbau erkannter Defizite etwa auf dem Gebiet des Umweltschutzes oder der Parteienfinanzierung. (S. 8)

Fabius nach Bonn: Auf Einladung von Kanzler Kohl wird der französische Premierminister am 5. Februar der Bundesrepublik einen offiziellen Besuch abstatten.

Neu-Kaledonien: 49 Prozent der Franzosen befürworten einen Verbleib bei Frankreich, 33 Prozent sind für die Unabhängigkeit, ergab eine Meinungsumfrage. In Paris verlangt die Opposition eine Allparteien-Konferenz über Neu-Kaledonien. (S. 2 und 5)

Kennedy: Die südafrikanische Untergrundbewegung ANC hat US-Senator Edward Kennedy aufgefordert, den Druck auf Präsident Reagan zu verstärken, damit dieser seine Politik gegenüber Südafrika aufgibt. (S. 10)

Popieluszko: Der im polnischen Priestermord-Prozeß angeklagte Polizeioberst Pietruszka hat gestanden, die Ermittlungsbehörden auf Anweisung von oben angelogen zu haben. Er sei dazu von seinem Vorgesetzten im Innenministerium, General Zenon Platek, angestiftet worden. (S. 10)

Kambodscha: Neuer Ministerpräsident der pro-vietnamesischen Regierung in Phnom Penh und Nachfolger des verstorbenen Chan Si wurde der bisherige Außenminister Hun Sen. Hun Sen war früher Offizier bei den Roten Khmer, 1977 jedoch zu den Vietnamesen übergelaufen.

Auf der Hut: China hat nach japanischen Presseberichten zusätzlich 400 Kampfflugzeuge an der Grenze zu Vietnam stationiert, nachdem die Sowjets ihre militärische Präsenz in Vietnam verstärkt hatten.

Nahost: Aus dem Hinterhalt sind in Beirut zwei französische Soldaten der UNO-Beobachtertruppe erschossen worden.

ZITAT DES TAGES



„Wir sind zu klein, um der doppelten Herausforderung der zahlenmäßigen Überlegenheit der Araber und der einseitigen Politik Rußlands zu widerstehen. Daher brauchen wird Hilfe, daher sind wir den USA dankbar"

Der israelische Ministerpräsident Shimon Peres zur amerikanischen Militärhilfe
FOTO: SVEN SIMON

WIRTSCHAFT

Einzelhandel: Zwischen 1968 und 1982 verringerte sich die Zahl der Einzelhandelsunternehmen in der Bundesrepublik von 414 000 auf 373 000. Bis 1990 ist ein weiterer Rückgang um bis zu zehn Prozent zu erwarten. (S. 11)

Japanische Handelsbilanz: Mit einem Überschuß von 33,7 Milliarden Dollar erzielte der japanische Außenhandel 1984 einen neuen Rekordsaldo. 1983 hatte er 20,5 Milliarden Dollar betragen. (S. 12)

Diskontsatz reaktiviert: Mit der Wiedereinführung des 1981 abgeschafften Diskontsatzes will London den dramatischen Kursverfall des Pfunds stoppen. (S. 12)

Börse: Angst vor einer Wende in der Zinspolitik führte an den Aktienmärkten zu forcierten Gewinnmitnahmen. Am Rentenmarkt herrschte Verkaufsdruck. WELT-Aktienindex 164,5 (165,9). BHF-Rentenindex 102,460 (1o2,618). Performance-Index 99,841 (99,966). Dollarmittelkurs 3,1647 (3,1528) Mark. Goldpreis pro Feinunze 301,25 (304,25) Dollar.

KULTUR

Harlekinade: Eigentlich bietet „Die Frauen von Trachis", Ezra Pounds Version der „Trachinierinnen" von Sophokles, alle Voraussetzungen für einen großen Theaterabend. Doch was Regisseur König im Düsseldorfer Schauspiel daraus machte, glich eher einer Harlekinade. (S. 15)

Oper: Nach 17monatiger Umbauphase haben die Grazer ihr Opernhaus wiedereröffnet. Mit der Festa teatrale „Angelica vincitrice di Alcina" von Johann Joseph Fux ehrten sie einen bedeutenden Steiermärker und gaben gleichzeitig eine Demonstration der großartigen neuen Bühnentechnik. (S. 15)

Umwelt – Forschung – Technik

Die Bürger sollen besser vor Smog-Gefahren geschützt werden. Der Länderausschuß für Immissionsschutz hat einen Entwurf mit verschärften Grenzwerten erarbeitet. – Ein neues Flugzeug widerspricht scheinbar den Regeln der Aerodynamik. Die Flügel sind nach vorne spitz. Seite 8

SPORT

Fußball: Der für das Wochenende geplante Rückrunden-Start in der zweiten Liga soll verschoben werden. Als Ausweichtermin gilt der 23. Februar. (S. 9)

Motorsport: Bei der Rallye Paris–Dakar wurde von dem Japaner Masaru in der Nähe von Tahou in Niger ein Kind überfahren. Es erlag seinen Verletzungen.

AUS ALLER WELT

Zugunglück: Vermutlich rund 400 Fahrgäste wurden getötet, als mehrere Wagen eines Zuges auf der Strecke zwischen Äthiopien und Dschibuti in eine tiefe Schlucht stürzten.

Scholz-Prozeß: Als einen tragischen Unfall stellte gestern der frühere Box-Europameister „Bubi" Scholz zu Beginn seines mit großem öffentlichen Interesse erwarteten Prozesses in Berlin den Tod seiner Frau im vergangenen Juli dar. Die Staatsanwaltschaft wirft Scholz Totschlag vor. (S. 16)

Wetter: Bewölkt, zeitweise Schneefall. Minus 10 bis minus 5 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Schnee und Glatteis behindern den Vertrieb der WELT. Wir bitten die Leser für mögliche Verzögerungen bei der Zustellung um Verständnis.

Washington weist ultimative Äußerung Gromykos zurück

„Fortsetzung des Stationierungsprogramms Voraussetzung für Genf"

FRITZ WIRTH, Washington

Die amerikanische Regierung wird sich durch die zum Teil drohenden und ultimativen Äußerungen des sowjetischen Außenministers Gromyko nicht abhalten lassen, die Stationierung von nuklearen Mittelstreckenraketen in Europa fortzusetzen. Sie wird außerdem, wie geplant, im März diesen Jahres mit den Tests von Anti-Satelliten-Waffen beginnen, obwohl Gromyko in einem Fernsehinterview am Sonntag in Moskau gewarnt hatte, daß ein Beginn dieser Versuche die geplanten Abrüstungsverhandlungen zwischen Washington und Moskau zusammenbrechen lassen könnte.

Diese amerikanische Haltung wurde gestern von Robert McFarlane, dem Sicherheitsberater Präsident Reagans, unterstrichen. „Eine Fortsetzung des Stationierungsprogramms dieser Raketen ist eine wichtige Voraussetzung zu einer erfolgreichen Fortsetzung der soeben begonnenen Abrüstungsgespräche", meinte McFarlane. Als Antwort auf die Erklärung Gromykos stellte McFarlane in einem Fernsehinterview fest, daß die sowjetische Seite in Genf derartige ultimative Äußerungen nicht gemacht habe. Dennoch seien sie für die amerikanische Administration nicht überraschend. „Man kann derartige Dinge im Vorfeld solcher Verhandlungen erwarten."

Noch entschiedener hat der amerikanische Verteidigungsminister auf die Äußerungen Gromykos reagiert. Weinberger wandte sich gegen den

SEITE 7:
Die Vertragspolitik des Kreml

Versuch der sowjetischen Seite, eine Verbindung zwischen den geplanten getrennten drei Verhandlungsrunden über den Abbau von Mittelstreckenraketen, Interkontinentalraketen und Waffensystemen im Weltraum herzustellen und den Erfolg in der einen Gesprächsrunde von Fortschritten in anderen Verhandlungsbereichen abhängig zu machen.

„Eine derartige Vereinbarung hat es eindeutig in der letzten Woche in Genf nicht gegeben. Wir weigern uns, irgendwelchen Vorbedingungen zu diesen künftigen Verhandlungen zuzustimmen, wie etwa zu verlangen, daß wir die Forschung von bestimmten Projekten einstellen, solange verhandelt wird", sagte Weinberger.

Wesentlich flexibler dagegen antwortete Außenminister George Shultz auf die Forderung seines sowjetischen Amtskollegen. „Es ist vernünftig, auf die Beziehung und Verbindung zwischen den verschiedenen Gesprächsbereichen zu schauen", sagte Shultz. „Es kann sehr wohl sein, daß wir derartige Verbindungen selbst herstellen werden." Shultz glaubt außerdem nicht, daß die Gespräche durch ein derartiges „Linkage" zum Scheitern verurteilt werden könnten.

Die bevorstehenden Abrüstungsgespräche und das Stationierungsprogramm amerikanischer Mittelstreckenraketen in Europa waren gestern die Hauptthemen des Gesprächs zwischen Präsident Reagan und dem belgischen Premierminister Martens im Weißen Haus. Die Amerikaner erwarten, daß die Belgier ihr Stationierungsversprechen erfüllen.

Auch Paris gegen Moskauer Forderung

Anrechnung nationaler Atomstreitkräfte abgelehnt / Voigt (SPD) positiv zu Gromyko

DW. Paris/Bonn

Die von Sowjet-Außenminister Gromyko bekräftigte Forderung nach einer Einbeziehung der britischen und französischen Atomwaffen in die Genfer Verhandlungen ist in London und Paris prompt zurückgewiesen worden. Die Atomstreitmacht Frankreichs sei unabhängig, sie könne daher in keinerlei Gespräche zwischen Dritten einbezogen werden, erklärte das Außenministerium. Großbritannien hob hervor, es werde sich so lange nicht mit Gesprächen über seine Nulearwaffen einverstanden erklären können, bis die beiden Supermächte ihren eigenen Kernwaffenbestand deutlich verkleinert hätten.

Gestern ließ die sowjetische Botschaft in Paris erklären, Gromykos Äußerungen bedeuteten nicht einen Rückzieher Moskaus. „Die Einigung von Genf bleibt für uns gültig", sagte ein Botschaftssprecher. In NATO-Kreisen in Brüssel hieß es, die Sowjetführung versuche vor Aufnahme der neuen Gesprächen mit „maximaler Druckausübung" sowohl Divergenzen innerhalb der US-Regierung auszunutzen als auch die Solidarität der Allianz-Partner zu erschüttern. Es wurde vermerkt, daß Gromyko nicht mehr wie früher die Zurücknahme der bereits aufgestellten westlichen Raketen, sondern lediglich einen Verzicht auf weitere Stationierung verlangt hat.

In Bonn machte Regierungssprecher Boenisch deutlich, daß im Bereich der Mittelstreckenwaffen der Westen die Stationierung fortsetzen werde, solange es keine konkreten Ergebnisse gebe. Über die deutschen und europäischen Interessen gebe es enge Konsultationen mit den USA.

Der außenpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Karsten Voigt, äußerte sich positiv zu Gromykos Forderungen. Wer ernsthaft abrüsten wolle, erklärte Voigt, müsse neben den Weltraumwaffen auch über die Interkontinentalraketen und Mittelstreckenwaffen verhandeln. Deshalb sei es konsequent, wenn Gromyko die drei Problembereiche in einem Zusammenhang sehe. „Dies sollten auch die Amerikaner einsehen", erklärte der SPD-Politiker in der „Neuen Osnabrücker Zeitung". Voigt: „Sonst besteht die Gefahr, daß unsere speziellen europäischen Probleme mit den Mittelstreckenraketen in den Hintergrund gedrängt werden."

Der Abgeordnete sprach von einer erheblichen Bedeutung neuer Abrüstungsverhandlungen für die deutsch-deutschen Beziehungen. In Ost-Berlin sei das Interesse an einer Lösung des Problems der Mittelstreckenwaffen genauso groß, weil davon auch die Entwicklung des Verhältnisses zu Bonn abhängig sei.

Niedrigerer Renten-Beitrag

pje. Bonn

Die Renten sollen in diesem Jahr um mindestens ein Prozent erhöht werden. Darauf einigten sich gestern die Koalitionspartner in einem Gespräch beim Bundeskanzler. Um dieses Ziel auch dann zu erreichen, wenn die Einkommen der Arbeitnehmer 1984 nur um drei oder 2,9 Prozent gestiegen sind (die entsprechenden Daten liegen erst Ende Februar vor), wird der Beitrag der Rentner zu ihrer Krankenversicherung nicht wie ursprünglich beabsichtigt in diesem Jahr um zwei, sondern nur um 1,5 Prozent erhöht. Damit ist eine Rentenanpassung zum 1. Juli mit einer eins vor dem Komma gewährleistet. Die Koalition machte deutlich, daß die Sicherheit der Renten Vorrang haben müsse vor weitergehenden Rentenerhöhungen, und daß die Rentenformel unangetastet bleiben müsse. Die Finanzierung soll geklärt werden, wenn die endgültigen Zahlen über die Lohnentwicklung vorliegen.

8. Mai: „Frieden und Versöhnung"

DW. Washington

„Frieden und Versöhnung" sollte nach Auffassung des amerikanischen Außenministers George Shultz Motto für die Erinnerung an die Kapitulation der Deutschen Wehrmacht am 8. Mai 1945 sein. Shultz betonte in Washington zugleich, am 40. Jahrestag der Kapitulation sollte darüber gesprochen werden, „daß dieses Datum einen neuen Beginn markiert". Er erinnerte daran, daß die Feinde von damals in einem demokratischen Prozeß heute zu „starken Partnern" geworden seien.

Zwischen der UdSSR und den USA habe es einen „sehr kurzen Meinungsaustausch" über den 8. Mai und dessen Gestaltung gegeben. Wie schon vor ihm das Weiße Haus dementierte der Außenminister aber Spekulationen, daß zu diesem Jahrestag ein Treffen zwischen US-Präsident Reagan und dem sowjetischen Staatschef Tschernenko geplant sei.

Seite 10: Der Druck wächst

Union: 15 bis 20 Milliarden sparen

DW. Bonn

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion will darauf dringen, daß in den kommenden Jahren insgesamt 15 bis 20 Milliarden Mark im Bundeshaushalt eingespart werden, um die öffentlichen Finanzen in Ordnung zu bringen. Ein solcher Sanierungsbetrag sei notwendig, um die Neuverschuldung des Bundes auf unter 20 Milliarden Mark zu drücken, ohne den derzeit hohen Bundesbankgewinn von 11,4 Milliarden Mark (1984) in Anspruch nehmen zu müssen. Dies erklärte gestern der haushaltspolitische Sprecher der Fraktion, Manfred Carstens.

Der Bund habe 1984 seinen Kreditrahmen um voraussichtlich rund sechs Milliarden Mark unterschritten; die Neuverschuldung betrug nur rund 28 Milliarden Mark. Damit sei die Etatkonsolidierung aber noch nicht zu Ende. Sprasamkeit und Solidität müßten weiterhin oberste Richtschnur bleiben, meinte Carstens.

Seite 11: Frohe Botschaft

„Kuba muß Berlin-Klausel akzeptieren"

Bonn nennt Bedingung für bessere bilaterale Beziehungen mit Havana

MANFRED NEUBER, Bonn

Die Bundesrepublik Deutschland steht dem erkennbaren Bemühen Kubas um eine Intensivierung der bilateralen Beziehungen nicht abweisend gegenüber. Voraussetzung für neue Vereinbarungen zwischen Bonn und Havana ist allerdings, daß sie auch für Berlin uneingeschränkt gelten. Kuba will dies aber nicht anerkennen.

Von der Berlin-Klausel macht das Auswärtige Amt in Bonn erfolgreiche Gespräche über eine Umschuldung abhängig. So nahm Bonn bisher auch nur mit dem Status eines Beobachters teil, als Kuba 1983 und 1984 beim Pariser Club (der Organisation der Gläubiger-Staaten) um Zahlungsaufschub nachsuchte.

Von den Auslandsschulden des Karibik-Staates in Höhe von 205 Millionen Dollar, die im vergangenen Jahr fällig wurden, entfielen 2,8 Millionen Dollar auf die Bundesrepublik. Finanztechnisch bereitet diese Summe keine Probleme. Ohne eine Übereinkunft, die von Kuba politisches Einlenken erfordert, können aber keine Hermes-Bürgschaften für den Kuba-Handel gewährt werden.

In den vergangenen fünf Jahren ist im beiderseitigen Handel ein Defizit von 182 Millionen Dollar zu Lasten Kubas aufgelaufen. Im ersten Halbjahr 1984 importierte Havana nahezu doppelt so viele Waren aus der Bundesrepublik Deutschland, als es dorthin lieferte (38,4 Millionen Dollar gegenüber 21,7 Millionen Dollar).

Kuba kauft hauptsächlich chemische und pharmazeutische Produkte (40 Prozent seiner Einfuhren aus der Bundesrepublik) sowie Ausrüstungen und Maschinen (15 Prozent). Geliefert werden Nickel, Futtermittel, Tabak und Süßwaren. Nach Bayer und Hoechst wollen demnächst die BASF und Siemens eigene Vertretungen in Havana einrichten.

Als kürzlich eine kubanische Handelsdelegation in die Bundesrepublik Deutschland kam, konnte in der Berlin-Frage kein Fortschritt erzielt werden. Raul Taladrid, stellvertretender Leiter des staatlichen Komitees für wirtschaftliche Zusammenarbeit, erklärte: „Wir können in dem Punkte nicht nachgeben; denn es ist für uns eine Grundsatzfrage."

Havana steht offenbar unter starkem Druck der „DDR" und der Sowjetunion, keine Abmachungen mit einer Berlin-Klausel zu unterschreiben. Wegen dieses Streits läßt auch der Abschluß eines Kulturabkommens auf sich warten. Daran scheiterte bereits eine geplante Buchausstellung in Havana.

Die Kubaner beharren auf dem Sonderstatus für Berlin nach östlicher Version. Das Auswärtige Amt besteht jedoch für Kuba auf der Standard-Formel, die das Land Berlin in alle Verträge der Bundesrepublik Deutschland mit Staaten außerhalb des Ostblocks einbindet. So wird gegenüber den blockfreien Staaten verfahren, zu denen sich Kuba nach eigenem Bekunden zählt. Wie es heißt, wird es im Falle Kuba keine Aufweichung geben.

Die Berlin-Klausel ist für die Bundesregierung von „vitalem Interesse". Wenn das Castro-Regime – wie zeitweise in den siebziger Jahren – seine Wirtschaftsbeziehungen mit marktwirtschaftlich orientierten Ländern ausweiten will, um seine Abhängigkeit vom Ostblock zu verringern, kommt Havana an einem Abweichen von seiner starren Haltung nicht vorbei. Die Vermutung Raul Taladrids, die deutsche Wirtschaft werde aus Geschäftsinteresse die Bundesregierung zu Zugeständnissen bewegen, bleibt somit Wunschdenken.

DER KOMMENTAR

Die Megaphone

HERBERT KREMP

Die amerikanische Regierung reagiert schneller und besser als früher. Kaum hatte Gromyko im Fernsehen die erneut beginnenden Genfer Verhandlungen mit den Haken und Ösen sowjetischer Bedingungen versehen, gingen in den USA Shultz und Weinberger auf den Draht. Sie erklärten kühl, daß Washington nicht daran denke, die Forschungsarbeiten an der geplanten Weltraumdefensive und die Stationierung moderner Raketensysteme in Europa einzustellen. Unbeeindruckt zeigten sie sich von der Warnung Gromykos, andernfalls würden die Verhandlungen der Weltmächte „in Frage gestellt".

Es war zu erwarten, daß Moskau das Vorspiel zu Genf II dramatisieren würde. Der Versuch, Moratorien zu erreichen, gehört zum Handwerk derjenigen Macht, die beim Stand der gegenwärtigen Rüstungsgewichte Vorteile verzeichnet. Diese gilt es zu bewahren.

Dabei zeigt der absolute Vorrang, den die Sowjets dem amerikanischen Verzicht auf die Weltraumpläne beimessen, wie sehr sie das technologische Projekt beunruhigt. Sie besitzen zwar sogenannte Killer-Satelliten, liegen aber auf dem Weg zur Stationierung und Anwendung von Defensivwaffen gegen Offensivwaffen weit zurück. Deshalb kämpfen sie gegen eine Zukunft, die nicht mehr ihnen gehört.

Dem Verfahren wohnen Logik und Erfahrung inne. Die Sowjets versuchen seit jeher, Verhandlungen propagandistisch zu nutzen. Sie zielen dabei auf die westliche, besonders die europäische Öffentlichkeit, die ihnen chloroformierbar oder hypnotisierbar erscheint. Dort sollen die Warnungen an die amerikanische Adresse in Reaktionen gegen die USA umgesetzt werden. Neben stimmungsvollen Bewegungen hat die Moskauer Regie dabei ausgesuchte Megaphonstimmen im Auge, die Washington dazu „drängen", Konzessionen anzubieten, die zu Lasten des Westens gehen.

Der Erfolg hielt sich in Grenzen, im Fall von Genf I überwog sogar der Mißerfolg. Wenn aber Willy Brandt die Nachrüstung der NATO weiterhin ablehnt, Egon Bahr vor dem Fernsehpublikum behauptet, die amerikanischen Raketen hätten die Lage nur unsicherer gemacht, Karsten Voigt Gromykos Verhandlungskonzept mit europäischen Interessen identifiziert und Johannes Rau in Ost-Berlin von „Sicherheitspartnerschaft" redet, sehen sich die Sowjets in ihrem Verfahren bestätigt: Beeindruckt von dem Eindruck, den sie erzielten, greifen die Anästhesisten im Kreml zur nächsten Ampulle.

Äthiopien liefert Nahrungsmittel an Ägypten

DW. Addis Abeba/Bonn

Äthiopien, das gegenwärtig unter einer schweren Hungersnot leidet, wird in diesem Jahr Nahrungsmittel nach Ägypten exportieren. Ein entsprechendes einjähriges Handelsabkommen zwischen den beiden Ländern ist jetzt in Addis Abeba unterzeichnet worden, heißt es in einer offiziellen Verlautbarung. Äthiopien werde Vieh, Fleisch und „andere landwirtschaftliche Produkte", bei denen es sich um Rinderhäute handeln soll, liefern. Aus Ägypten werde es dafür Metallwerkzeuge, medizinische Geräte und Baumaterial erhalten. Über den Umfang der Lieferungen wurden keine Angaben gemacht. Äthiopiens Minister für Außenhandel, Wolle Chekol, erklärte dazu, das Abkommen sei „im Interesse beider Völker". In Äthiopien sind nach Schätzung von Experten bislang mindestens 300 000 Menschen verhungert. Der CDU-Bundestagsabgeordnete Hans Stercken erneuerte nach einem Informationsbesuch in Sudan die wiederholt an der äthiopischen Regierung geübte Kritik, sie gebe die westliche Nahrungsmittelhilfe nicht an alle weiter. Mehr als sechs Millionen Menschen, die in Gebieten leben, die von der Zentralregierung nicht kontrolliert werden, erhielten keine Hilfe. Äthiopier, die im Süden des Landes nach Sudan flüchten, würden von äthiopischen Streitkräften sogar noch bombardiert. Die Afrika-Hilfe des Westens solle darum nicht allein Addis Abeba, sondern ebenfalls Sudan zugute kommen, das 1,1 Millionen Flüchtlinge, auch aus Äthiopien, aufgenommen habe.

„Baby Cotton" bei seinem Vater in den USA

DW. London

Das kleine Mädchen, das am 4. Januar als Ergebnis der ersten kommerziellen „Leihmutter"-Befruchtung in Großbritannien auf die Welt kam und seither im Zentrum einer heftigen öffentlichen Kontroverse stand, lebt jetzt bei seinem natürlichen Vater in Amerika. Ein Richter im Londoner Obergericht gab gestern in öffentlicher Sitzung seine am letzten Freitag erteilte Einwilligung zur Überführung bekannt.

Die Eltern des bisher namenlosen Säuglings, der nach seiner natürlichen Mutter als „Baby Cotton" in die Krankenhauspapiere eingetragen wurde, sind nach den Worten des Richters ausgezeichnet in der Lage, für das Kind zu sorgen. Ihre Identität wurde nicht bekanntgegeben. Mit gerichtlich verfügten Einschränkungen der Berichterstattung über den Fall soll auch auf Dauer verhindert werden, daß das Kind eines Tages ohne Einwilligung der Eltern über die Umstände seiner Geburt aufgeklärt wird.

SEITE 4:
Frage nach dem Menschenrecht

Der Richter versicherte, er habe ausschließlich zum Wohl des Kindes entschieden. Die „delikaten Probleme der Ethik, Moral und sozialen Wünschbarkeit" in diesem Fall seien für ihn nicht relevant gewesen. Im britischen Unterhaus bemühen sich mehrere Abgeordnete mit Unterstützung der Regierung, die kommerzielle Nutzung von „Surrogat-Müttern" gesetzlich zu verbieten. Auch der Vatikan hatte den Fall verurteilt.

F

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Gute Revolutionäre

Von Werner Thomas

An ihren Freunden sollt ihr sie erkennen! Es ist zu hoffen, daß die deutschen Sozialdemokraten wählerisch sind in dieser Beziehung; aber manche Ereignisse geben zu denken. Hans-Jürgen Wischnewskis Managua-Besuch zum Beispiel.

Er hat sich mit seiner Unterschrift unter die „Erklärung von Managua" vor einen merkwürdigen Karren spannen lassen. Das Dokument ist von dem Literatur-Nobelpreisträger Gabriel Garcia Marquez entworfen worden, einem erklärten Marxisten, und fand natürlich die Unterstützung des kubanischen Führers Fidel Castro. Alle drei waren zu Gast bei der Amtseinführung des Präsidenten-Comandante Daniel Ortega.

Die „Erklärung von Managua" verfolgt nur ein Ziel: Sie soll den Revolutionären Nicaraguas den Rücken stärken in ihrer Konfrontation mit der Reagan-Administration – und der gesamten Nachbarschaft. Costa Rica, San Salvador, Guatemala und Honduras fühlen sich nicht zuletzt deshalb bedroht, weil sich die Sandinisten von Besuchern wie Castro, dem Chefcomandante der marxistischen Revolution in Lateinamerika, umarmen und beeinflussen lassen.

Die deutschen Sozialdemokraten, die mutig gegen eine deutsche Diktatur gekämpft und bitter unter ihr gelitten haben, unterstützen in Lateinamerika Feinde der Demokratie. Sie segnen die Expansionspolitik der Sandinisten ab, an der sich auch durch der Versicherung Managuas, die Friedensbemühungen der Contadora-Staaten zu unterstützen, nichts ändern wird. Denn sie sind keine schlechten Revolutionäre.

Freilich gerät die SPD mit ihrem Nicaragua-Faible selbst in der Sozialistischen Internationale in die Isolation. Man hörte dieser Tage auffallend wenig von den spanischen, italienischen, portugiesischen und französischen Sozialisten. Von lateinamerikanischen Genossen ganz zu schweigen. Carlos Andres Perez, der frühere venezuelanische Präsident, der die Sandinisten Ende der siebziger Jahre in ihrem Krieg gegen die Somoza-Diktatur tatkräftig unterstützt hatte, lehnte die Einladung zur Amtseinführung Ortegas ab. Er fühle sich „betrogen" von dieser Revolution, sagte er.

Wegen einer dritten Macht

Von Oskar Weggel

Die chinesisch-amerikanischen Beziehungen haben sich zu einer Dichte entwickelt, die an jene Partnerschaft heranzureichen beginnt, die China in den fünfziger Jahren zur Sowjetunion unterhalten hat: Städtepatenschaften, Wissenschaftsdelegationen, Studentenaustausch, Errichtung von gemeinsamen Technologiezentren und Joint-ventures, Zusammenarbeit bei der Off-shore-Erschließung, bei Großkraftwerken und beim Flugzeugbau, wachsender Außenhandel – und nun auch militärische Kooperation. Zur Zeit besucht der US-Generalstabschef John Vessey die Volksrepublik, demnächst wird ein amerikanischer Marineverband Shanghai anlaufen.

Sieht man von vier Differenzen (in der Taiwan-, Südkorea-, Südafrika- und Israel-Frage) ab, so sind die Interessen der beiden Mächte nahezu in sämtlichen Bereichen identisch, angefangen von der Wirtschaft bis hin zur Außen- und Militärpolitik. China wünscht zwar offiziell keine „strategische Zusammenarbeit", eine Erklärung, die wohl an die Adresse der Dritte-Welt-Länder gerichtet ist. Seit dem Frühjahr 1984 sind offensichtlich amerikanische militärische Lieferungen im Gange, die zum größten Teil nichttötende Güter (wie Elektronik, Zielgeräte und Kommunikationstechnik) umfassen dürften.

Im Hintergrund stehen folgende Überlegungen: Der gemeinsame Hauptgegner, die UdSSR, hat die Basen auf den (früher japanischen) Kurilen-Inseln sowie im vietnamesischen Cam Ranh ausgebaut und die Pazifikflotte auf mehr als 800 Einheiten aufgestockt. Diese Politik wird von China als Einkreisungsmanöver und von den USA als Herausforderung für die 7. US-Flotte interpretiert.

Im Norden und Nordwesten Chinas hätte der Angreifer sich mit hochmotivierten Kampfverbänden auseinanderzusetzen und würde vermutlich im „Meer des Volkes". ertrinken. Doch von der Meeresseite her? Hier würde China, das nur über veraltete Marine- und Luftwaffenverbände verfügt, an seiner Achillesferse getroffen, und hier bedarf es daher des Beistands. Zwei Mächte sehen sich dabei ins Obligo genommen, nämlich die USA und langfristig auch Japan, das von China immer wieder aufgefordert worden ist, mehr für seine Vorwärtsverteidigung zu tun. Nirgendwo sonst wird amerikanisch-japanischen Seemanövern so applaudiert wie in China.

Das chinesisch-amerikanische Verhältnis ist vom Geist der „Anti-Hegemonie-Klausel" dreier Abkommen durchzogen, aufgrund derer beide Seiten sich verpflichtet haben, „im asiatisch-pazifischen Raum weder selbst Hegemonie auszuüben noch zu dulden, daß eine dritte Macht Hegemonie ausübt".

Wie einst in Algerien

Von August Graf Kageneck

Zwanzigtausend Kilometer von Frankreich entfernt, bewohnt von 145 000 Menschen, die sich zu etwa je einem Drittel in melanesische Ureinwohner, Mischvölker des Pazifik und Abkömmlinge französischer Sträflinge teilen – das ist Neu-Kaledonien im südlichen Pazifik, 1500 Kilometer ostwärts von Australien. Wie Französisch-Polynesien, auf dessen Inseln Frankreich die Sprengköpfe seiner Force de Frappe erprobt, bildet das winzige Archipel ein „Überseeterritorium" von strategischer Bedeutung am Seeweg zwischen der Antarktis und den Philippinen.

Seit zwei Monaten sind die Inseln in Aufruhr. Das sozialistische Frankreich hat mit einem ideologisch motivierten Versprechen, der seit 1853 mehr ausgebeuteten als partnerschaftlich behandelten Urbevölkerung die Souveränität über ihr Wohngebiet zurückzugeben, einen Sturm ausgelöst, der tragisch an die Anfänge des Algerienkrieges vor dreißig Jahren erinnert. Unversöhnlich stehen sich europäische Siedler und Kämpfer der „Befreiungsfront" gegenüber – dazwischen eine ratlose Bevölkerung, die fürchtet, Extremisten zum Opfer zu fallen. Die Konfrontation hat ihr Spiegelbild in Frankreich, wo Regierung und Opposition Partei für jeweils einen der beiden Flügel ergreifen, sich gegenseitig Verrat vorwerfen und das Drama der Menschen zum Zank nutzen.

Es gibt bereits achtzehn Tote, darunter den Helden der kanakischen Befreiungsfront, Machoro, der auf undurchsichtige Weise ums Leben kam. Das Blut ist Öl auf die Flammen. Premierminister Fabius versucht sie auszutreten, indem er immer neue Truppen auf den weiten Weg schickt. Wer schürt das Feuer? Sind es Drahtzieher in Moskau und Tripolis? Oder wird hier für Fehler gebüßt, die 130 Jahre lang an einem kolonisierten Volk begangen wurden?



„Hallo, Sicherheitspartner!" KLAUS BÖHLE

Gewerkschaftliche Rollen

Von Heinz-Dietrich Ortlieb

In den fünfziger Jahren, während des Wiederaufbaus, liefen wir Gefahr, ein Unternehmerstaat zu werden. Das war nicht das Ergebnis einer finsteren Verschwörung; die Zeitströmung trug die Unternehmer hoch. Dann drehte sich der Wind. Aus der Wohlstandsgesellschaft wuchsen überbordende Gleichheitsansprüche. Der hohe Lebensstandard wurde zur Selbstverständlichkeit, unterschiedliche Vermögensbildung zum Ärgernis Nummer eins. Das machte blind für die Bedingungen, auf denen unser Lebensstandard beruht. Bereitschaft und Fähigkeit zur Leistung und die Einhaltung von Spielregeln erschienen als überflüssig, lästig. Mitbestimmungsforderungen und emanzipatorische Tendenzen hatten einen unwiderstehlichen Auftrieb.

Sie blähten das Segel des Gewerkschaftsschiffes in einer Stärke auf, die allmählich selbst einsichtige Gewerkschaftsführer angst und bange werden ließ. Die Verführung wurde auch für manche von ihnen zu groß, denn immer mehr lukrative Posten waren im Rahmen der Mitbestimmung zu vergeben. Von der Verantwortung des einzelnen Funktionärs aber blieb wenig übrig, sie verschwand in der Undurchsichtigkeit der Verhältnisse.

Ähnliches galt in der Lohnpolitik. Hier ließ sich schwer erkennen, ob jeweils zu hohe Lohnforderungen oder etwas anderes die Schuld an Inflation und Arbeitslosigkeit trugen. So gingen die Gewerkschaften schon vorsichtshalber davon aus, daß ihre Rolle es verlangt, in erster Linie die sichtbaren nominalen Lohnerhöhungen durchzusetzen und allenfalls auf die Stimmung im Lande zu hören.

Gerade in unserer Gesellschaft, in der große strukturelle Veränderungen anstehen, wird man seiner Führungsaufgabe jedoch nicht dadurch gerecht, daß man einer Rollenerwartung entspricht und dem Druck von unten nachgibt, der meist von wenig sachkompetenten Minderheiten stammt. Notwendig wird vielmehr, kraft eigenen Weitblicks und Durchsetzungsvermögens seine Rolle situationsgerecht zu gestalten und Solidarität nicht für kurzfristige Vorteile, sondern für das langfristig Erforderliche zu erreichen.

Warum tut sich gerade der Gewerkschaftsfunktionär damit so schwer? Morgens im persönlichen Gespräch zeigt er vielfach gesunden Menschenverstand und ökonomischen Durchblick. Abends auf der Rednertribüne ist derselbe Mann allzu häufig Klassenkämpfer. (Der gegenwärtige Vorsitzende des DGB gibt dafür ein plastisches Beispiel.) Eine solche, zwischen Extremen schwankende Haltung ist nur aus dem engen gewerkschaftlichen Rollenverständnis zu begreifen, das besonders, aber nicht ausschließlich bei Gewerkschaftskollegen mit sozialdemokratischen Bindungen und marxistischen Reminiszenzen zu finden ist.

Dieses Rollenverständnis stammt aus dem „proletarischen Minderwertigkeitskomplex", der allen auf Egalität fixierten Massenbewegungen innewohnt und durch einigende Feindbilder aktivierbar ist. Auch wenn der einzelne Funktionär diesen „Komplex" nicht in der eigenen Brust trägt, muß er ihn gerade bei denjenigen in seiner Gewerkschaft voraussetzen, die am leichtesten emotionalisierbar und dadurch solidarisierbar sind.

Auf diese aber kommt es an, will er sich bei Streiks der erforderlichen Solidarität seiner Kollegen gewiß sein. Das kann aber auch dazu führen, daß er nicht mehr Herr der Geister bleibt, die er ruft, und daß er gerade dadurch den innergewerkschaftlichen Kampf gegen die radikalen Funktionärskollegen verliert, die aus systemfeindlichen Gründen unrealistische Forderungen stellen, um das Gemeinwesen in Schwierigkeiten zu bringen. So warnte in der vergangenen Woche auch Hermann Rappe, der Vorsitzende der IG Papier, Chemie, Keramik, vor den Marxisten in den Gewerkschaften.

Dieser Mechanismus kann gefährliche Folgen haben, wenn in den nächsten Jahren die beruflich gescheiterten Akademiker den vielen ungelernten Arbeitern ohne Hauptschulabschluß in die Arbeitslosigkeit folgen. Ganz gleich, ob arbeitslos oder beruflich unzufrieden, werden beide Gruppen das Potential erhöhen, das für den „proletarischen Minderwertigkeitskomplex" anfällig ist. Das gibt dem systemfeindlichen Gewerkschaftsflügel vermehrte Chancen, sowohl den Verlauf von Streiks zu radikalisieren als auch in der Auseinandersetzung zwischen Betriebsrat und Unternehmensleitung die Oberhand zu gewinnen.

Die Klagen mehren sich, daß sich um Betriebsratsposten zunehmend solche Halbintellektuelle bewerben, die, mit ihrer Berufsstellung unzufrieden, ihr Geltungsbedürfnis im Betriebsrat zu befriedigen suchen. Innerhalb der Betriebe werden aber die gesamtwirtschaftlich wichtigen Entscheidungen fallen, wenn es in Zukunft um eine flexible Gestaltung von Löhnen und Arbeitszeiten geht. Hier wird unsere Wirtschaft entweder anpassungsfähiger an Strukturwandlungen gemacht oder unbeweglich festgezurrt werden.

Es wird darauf ankommen, daß der rechte Gewerkschaftsflügel sich von einer falschen Solidarität frei macht und deutlich werden läßt, weshalb gerade heute der Vorteil der Arbeitnehmer als Gesamtheit nur dann bei mehr Lohn und kürzerer Arbeitszeit liegt, wenn dies die Erhaltung und Förderung wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit nicht beeinträchtigt. Wahre Solidarität verlangt, daß auch einfache Gewerkschaftsmitglieder, die nicht erkennen, was sich im Kreise der Funktionäre tut, nicht wegen falscher Solidarität für dumm verkauft werden.

GAST-KOMMENTAR



Professor Heinz-Dietrich Ortlieb ist emeritierter Ordinarius für Volkswirtschaft. Er leitete lange das Hamburger Weltwirtschafts-Archiv
FOTO: KLAUS ABS

IM GESPRÄCH Rafsandschani

Der Mann hinter Khomeini

Von Volker S. Stahr

Hodjatoleslam (der geistliche Lehrer) Rafsandschani gilt heute in der iranischen Führung als die Nummer zwei nach Khomeini. Im Ausland gilt der persische Parlamentspräsident als Fanatiker, doch das ist nur eine Seite des steinreichen Großgrundbesitzers, dessen Familie den Pistazienanbau des Landes dominiert und der sich mit seinem Menjoubärtchen von den meisten Vollbärtigen der Revolutionsführung abhebt.

Ali Akbar Haschemi Rafsandschani (51) war vor dem Sturz des Schahs kaum in Erscheinung getreten. Doch nach der islamischen Revolution gelangte er im Zuge der totalen Umwälzung an die Schalthebel der Macht. Rafsandschani war Mitglied des Revolutionsrates und kurzzeitig Innenminister, bevor er 1980 zum Parlamentspräsidenten gewählt wurde.

Doch zu einer der wichtigsten Perser wurde er erst nach dem Tod des einst so mächtigen Ayatollah Beheschti, der 1981 bei einem Bombenanschlag auf die Zentrale der Islamisch-Republikanischen Partei ums Leben kam. Beheschti, damals Parteivorsitzender und Oberster Richter Irans, galt in diesen ersten Jahren als Khomeinis wahrscheinlicher Nachfolger.

Inzwischen ist Rafsandschani in diese Position vorgedrungen. Er fungiert als persönlicher Stellvertreter des Imam im Verteidigungsrat und ist seit 1982 Mitglied jener „Expertenversammlung", die nach Khomeinis Tod die Nachfolgefrage zu regeln hat.

Rafsandschanis Weg nach oben war gekennzeichnet von flammenden Reden für den Krieg, für den Export der Revolution und gegen die „Feinde der islamischen Sache".

In seinen allwöchentlichen Freitagspredigten erwies sich der untersetzte, stämmige Mann im Kaftan des Geistlichen als wortgewaltiger Einpeitscher, dessen Anklagen und Hetztiraden von den Massen stets beantwortet wurden mit dem Stakkato: „Tod dem Irak", „Tod den USA" oder wie die „Verräter und Feinde der islamischen Revolution" sonst noch heißen mögen.

Vor nicht gar zu langer Zeit bezeichnete Rafsandschani Geiselnahmen und Flugzeugentführungen noch als legitime Mittel islamischer Politik, und regelmäßig wiederholt er seine Drohung, die Straße von Hormuz zu sperren.



„Tod den Verrätern und Feinden der islamischen Revolution!" Ali Akbar Haschemi Rafsandschani
FOTO: POLY PRESS

Rafsandschani ist ein Mann, der vornehmlich hinter den Kulissen wirkt – und seine dabei verfolgte Politik paßt schon seit geraumer Zeit nicht mehr zu seinen Worten in der Öffentlichkeit. So war es sein Einfluß, der den Premier Musawi im Amt hielt. Musawi gilt als „Liberaler", der den Krieg baldmöglichst beenden möchte, um den dringend notwendigen wirtschaftlichen Wiederaufbau in Angriff nehmen zu können. Im Golfkrieg scheint Rafsandschani gegenwärtig einen Kurs der Diplomatie zu protegieren. Und zuletzt hat er sogar vorsichtig jene Flugzeugentführung verurteilt, bei der im Dezember zwei US-Bürger ermordet wurden.

Er präsentiert sich als besonnener, realistisch denkender Politiker, fast als Staatsmann – wenn auch ideologisch fest, getreu der Linie Khomeinis. Wenn dieser dem Krieg das Wort redet, tut dies auch Rafsandschani; wenn er heimlich ausländische Experten ins Land holt, können sie auch der Protektion des Parlamentspräsidenten gewiß sein. Er ist gewiß kein bloßer Eiferer, vielmehr wohl ein kühler Denker. Neben Khomeini scheint er derzeit das einzig Beständige, um das sich in Teheran alles andere zu drehen scheint. Imam wird er allerdings nicht werden können; dazu fehlen ihm die höchsten religiösen Weihen eines Ayatollah.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

STRAUBINGER TAGEBLATT

Sie zieht Bilanz nach fünf grünen Jahren:

Vor fünf Jahren machten sich die Grünen auf, als Partei die anderen Parteien das Fürchten zu lehren ... Kein Zweifel – die Grünen decken eine Bedarfslücke, die von den etablierten Parteien lange übersehen worden ist: einen Bedarf an politischer Ungeniertheit und an kritischer Überprüfung hergebrachter Vorstellungen, einen Bedarf an Unbefangenheit und an Protest, an Unkonventionalität und auch an politischer Träumerei. Sie haben sich diesen Bedarf zu eigen gemacht, obschon er sich politisch oder ideologisch nicht kategorisieren läßt. Dies ist auch der Geburtsfehler der Partei: Sie muß sich für diesen Bedarf offenhalten, kann ihn nicht stillen durch programmatische Festlegungen. Dies macht auch künftig nicht nur die Grünen unberechenbar, sondern auch deren eigene Zukunft.

Süddeutsche Zeitung

Die Münchner Zeitung kommentiert die Klausurtagung in Kreuth:

Erst ganz zum Schluß, als schon alles vorüber war, teilte CSU-Landesgruppenchef Theo Waigel dem Bundeskanzler auf dem Weg einer Pressekonferenz mit, daß er und seine Parteifreunde für die Bundestagswahl 1987 eine Strategie anstreben, welche den bisherigen Koalitionspartner FDP überflüssig macht. Was Waigel mit dieser öffentlichen Mitteilung bezweckt, ist auf den ersten Blick nicht auszumachen. Eine rein theoretische Möglichkeit wäre, der Landesgruppenvorsitzende habe Alarm geschlagen und eine Indiskretion begangen, um Pläne anderer CSU-Politiker für eine Strategie der langfristigen Ausschaltung der Freien Demokraten zu vereiteln. Wahrscheinlicher ist allerdings, daß Waigel im Auftrag und in Übereinstimmung mit seinem Parteivorsitzenden Strauß und anderen führenden CSU-Politikern handelte. In diesem Fall bedeutet die Aussage von Kreuth eine offene Herausforderung Kohls. Denn dieser wird in kaum verhüllter Form aufgefordert, sich zwischen der Schwesterpartei CSU und dem liberalen Partner zu entscheiden.



Das Kölner Blatt meint zur Rentendiskussion:

Gleich, wie diese Diskussion ausgehen mag: Die Regierung muß möglichst bald klipp und klar sagen, was die Rentner zu erwarten haben. Denn das Jonglieren mit immer neuen Prozentzahlen schadet nicht nur den Rentnern – auch der Regierung.

Ein EG-Währungssystem als Mittel zur Eintracht?

Die Stabilität der Mark wäre gefährdet / Von Claus Dertinger

In der Europapolitik sind wieder einmal die Illusionisten aktiv, die – wie es Graf Lambsdorff formulierte – die Probleme der wirtschaftlichen Integration Europas „von hinten durch die Brust" lösen wollen. Was den nationalen Regierungen nicht gelingt, weil ihre wirtschaftspolitischen Vorstellungen und Strategien zu unterschiedlich sind, nämlich die Europäische Gemeinschaft zusammenwachsen zu lassen, soll nun durch eine Fortentwicklung des Europäischen Währungssystems (EWS) erreicht werden.

Der neue Präsident der EG-Kommission, Jacques Delors, sieht darin eine der wichtigsten europapolitischen Aufgaben. Und er kündigte ein währungspolitisches Programm an, von dessen Realisierung er sich ein stabiles internationales Währungssystem mit einem starken Gegengewicht zum Dollar, eine Förderung des Wirtschaftswachstums innerhalb der EG und einen Abbau der Arbeitslosigkeit verspricht. Solche Vorstellungen standen schon bei der Gründung des EWS vor sechs Jahren Pate.

Aber bereits damals stritten sich die Experten, ob ein enger Währungsverbund Motor der Integration oder ihre Krönung sein sollte. Das EWS, in dem die Kurse der Mitgliedswährungen aneinandergezurrt sind, funktioniert inzwischen technisch ganz gut, und für den Außenhandel und den Kapitalverkehr ist das System von großem Nutzen. Dennoch haben die Skeptiker, zu denen vor allem die Bundesbank gehörte, recht behalten.

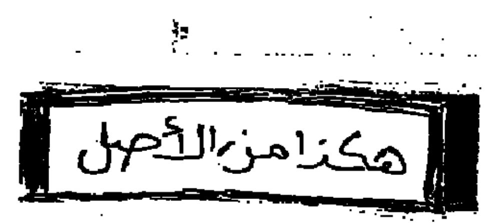
Denn die von seinen Initiatoren erhofften Integrationsfortschritte hat das EWS nicht herbeigezaubert, obwohl die Mitgliedschaft im EWS für manche Regierungen Ansporn war, einen etwas solideren finanz-, wirtschafts- und geldpolitischen Kurs zu steuern. Die Unterschiede zwischen den einzelnen Volkswirtschaften und ihre Entwicklung sind nach wie vor erheblich, was nicht nur struktur- und entwicklungsbedingt ist, sondern das Ergebnis unterschiedlicher, an nationalen Interessen ausgerichteter politischer Konzeptionen. Das zeigt sich im Auseinanderklaffen von Inflationsraten und Zinssätzen ebenso wie im sehr unterschiedlichen Grad der Freiheit des Devisen- und Kapitalverkehrs in den Mitgliedsstaaten.

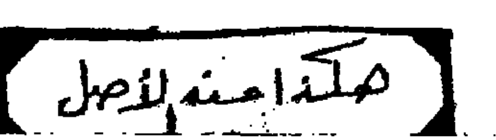
Daran kann auch eine verstärkte währungspolitische Zusammenarbeit in erweitertem institutionellen Rahmen im EWS nichts ändern, solange jeder sein nationales Süppchen kocht. Illusionär ist die Vorstellung des EG-Kommissionspräsidenten und anderer – auch deutscher – Politiker, eine stärkere Verwendung der Ecu (European Currency Unit), der aus einem „Korb" der EWS-Währungen bestehenden Kunstwährung, könnte die Integration vorantreiben. Eine Hoffnung, die sich an den Aufschwung der Ecu als Euro-Nebenwährung an den privaten Märkten knüpft. Die Ecu verdankt aber ihre zunehmende Verbreitung nicht etwa den Bedürfnissen der Wirtschaft oder der Bürger, eine überall gültige EG-Einheitswährung zu haben, sondern vielmehr dem verständlichen Wunsch in Weichwährungsländern, sich gegen die Abwertung der eigenen Währung abzusichern.

Oder, mit anderen Worten: Die Ecu konnte nur deshalb eine gewisse Bedeutung erlangen, weil die teils diametral auseinanderlaufenden wirtschafts-, finanz- und geldpolitischen Vorstellungen und Strategien die Wechselkurse auseinanderdriften lassen. Wie eine solche als Kind der Schwäche geborene Ersatzwährung dem Dollar Paroli bieten soll, muß ein Rätsel bleiben.

Die Ecu wäre auch nicht stärker integrationsfördernd, wenn sie von einer notenbankähnlichen Institution ausgegeben würde, auf die EWS-Notenbanken Teile ihrer Kompetenzen übertragen, wie es Europapolitiker fordern. Denn ein derartiger Nukleus einer Euro-Notenbank bliebe ein zur Ineffizienz verurteilter Torso, solange es mit der Konvergenz auf wichtigen anderen Gebieten nicht besser bestellt ist. Überdies gibt es selbst in der Geldpolitik in Europa keinen gemeinsamen Nenner.

Es sei denn, die Partner einigten sich auf einen, der nicht den anspruchsvollen deutschen stabilitätspolitischen Qualitätsnormen entspricht. Das erklärt den deutschen Widerstand gegen eine institutionelle Weiterentwicklung des EWS, den EG-Kommissionspräsident Delors kritisiert. Dabei geht es Bundesregierung und Bundesbank nicht allein darum, der Wirtschaft und den Bürgern der Bundesrepublik keine Geldwertverluste zumuten zu wollen, sondern ebenso darum, zu verhindern, daß mit einem Aktionismus auf einem Nebenkriegsschauplatz die mangelnde Bereitschaft zu Integrationsanstrengungen in den entscheidenden Bereichen kaschiert wird. Womit Europa nicht gedient ist.





Der Vulkan ist noch nicht erloschen

Auf dem rechten Spektrum der Republikaner wittert man Unrat: Pragmatiker scheinen *von der Umstrukturierung* der Reagan-Administration zu profitieren und Startpositionen für die Wahl 1988 zu beziehen.

Von FRITZ WIRTH

Zwei Männer hatten einen Handstreich ausgeheckt, und nun standen sie leicht verlegen, rechts und links vom Präsidenten im Presseraum des Weißen Hauses und ließen sich von Ronald Reagan den großzügig-väterlichen Segen zu ihrer Kabale geben. So vollzog sich in der letzten Woche einer der erstaunlichsten Ämterwechsel in der amerikanischen Politik. James Baker, der Stabschef des Weißen Hauses, und Donald Regan, der Finanzminister, hatten seit einigen Wochen hinter dem Rücken des Präsidenten ihre Ämter ausgeklüngelt, und der Präsident machte gute Miene zum Monopoly-Spiel mit Minister-Portefeuilles und zu der Tatsache, über *Nacht und nicht unbedingt gemäß* eigenem Willen plötzlich einen neuen Finanzminister und Stabschef an der Hand zu haben.

Es gibt nicht viele Regierungschefs in der Welt, die auf ein derartiges Eigenarrangement ihrer Untergebenen mit so viel Gutmütigkeit reagiert hätten, wie es Ronald Reagan tat. Die Demokraten wärmten denn auch sogleich ihren Slogan aus dem letzten Wahlkampf auf und fragten, nach später Selbstbestätigung heischend: „*Who is in charge?*" („*Wer hat eigentlich das Sagen?*") Sie sahen deutliche Signale eines Autoritätsschwunds beim Präsidenten und verkündeten, daß die sogenannte „lame duck"-Periode Ronald Reagans bereits angebrochen sei, noch bevor er am kommenden Montag feierlich vor dem Capitol zu seiner zweiten Amtszeit vereidigt werde.

Was also steckt wirklich hinter dieser Affäre? Gleichgültigkeit eines Präsidenten, der sich nicht mehr um seine *Wiederwahl zu kümmern* hat und deshalb die Zügel schleifen läßt? Führungsschwäche eines Mannes, für den Regieren bisher eher Delegieren bedeutet hatte? Das waren die beiden *meistgebrauchten Interpretationen* des Personalkarussells der letzten Wochen im Weißen Haus.

Indes, sie überzeugen nicht, weil sie zu vordergründig sind und alte Klischees über diesen Präsidenten aufbügeln. Zutreffender ist wohl: Die Verhaltensweise des Präsidenten gegenüber den Änderungswünschen seiner engsten Mitarbeiter sagt etwas über das Geheimnis seines Erfolges in den vergangenen vier Jahren. Denn obwohl der letzte Wahlsieg Reagans weitgehend als ein persönlicher Triumph interpretiert und gefeiert wurde, war es in Wahrheit der Lohn seiner Politik und damit für das Team, das diese Politik mitformulierte und in die Tat umsetzte.

Das Geheimnis dieses Teamerfolges war ein ungewöhnliches Maß an Loyalität. Reagan hatte, besonders in den letzten zwei Jahren, nachdem er die Probleme mit seinem Außenminister Haig und Innenminister Watt überwunden hatte, eine überaus verläßliche Regierungsmannschaft zur Seite. Männer wie George Shultz, Caspar Weinberger, William Clark und James Baker waren die Pfeiler des Erfolges dieser Administration. Wenn einer dieser Pfeiler nun Änderungen wollte, so untersagten es Reagan die Spielregeln dieser Loyalität, im Wege zu stehen.

Die Norm wäre gewesen, nach dem letzten Wahlsieg rücksichtslos das gesamte Kabinett zu entlassen und dann bei der Neubesetzung Autorität und Stärke zu demonstrieren.

Richard Nixon, der letzte Mann vor Reagan, der zum Präsidenten wiedergewählt wurde, tat es vor 12 Jahren mit fast brutaler Härte. Am Tag nach seinem zweiten Wahlsieg im Jahre *1972 versammelte er seine Mitarbeiter* im „Roosevelt-Raum" des Weißen Hauses und erklärte ihnen: „Ich habe kürzlich ein Buch von Disraeli gelesen. Er erwähnt darin, wie seine Regierung nach ihrer Wiederwahl den Funken verloren habe. Ihre Mitglieder seien ausgebrannte Vulkane geworden, ohne Ideen und Energie. Ich habe darüber nachgedacht. Ich bin fest entschlossen, daß mir so etwas in meiner zweiten Amtszeit nicht passiert. Ich bin kein ausgebrannter Vulkan." Und er *ging* hin und entließ sein gesamtes Kabinett. Er war nicht mehr lange im Amt, und die Rauchsignale des ausgebrannten Vulkans namens Nixon lagen noch lange über der amerikanischen Szene.

Das sind die Welten, die einen Richard Nixon von Ronald Reagan



Segen für einen Ämterwechsel in eigener Regie: James Baker, Ronald Reagan und Donald Regan (v. l.) FOTO: DPA

trennen. Nixon mißbrauchte seine Mitarbeiter. Ronald Reagan braucht sie. Nixons Tat war das Ergebnis beträchtlicher innerer Unsicherheit, die sich hinter seiner angeblichen Härte verbarg. Ronald Reagans Gelassenheit gegenüber dem freiwilligen Exo*dus* leitender Mitarbeiter ist Ausdruck seines Selbstbewußtseins und seiner Autorität. Reagans sehr selbstsicherer Auftritt bei der letzten Pressekonferenz im Weißen Haus demonstrierte: Hier regiert keine „lame duck", keine „lahme Ente".

Dennoch hat sich im eigenen Lager *der Republikaner Unruhe ausgebreitet.* Der rechte Flügel der Partei schlägt Alarm. Nicht so sehr wegen des Auszugs führender Mitarbeiter aus der Umgebung des Präsidenten. Es sind nach Meinung der Rechten die falschen Leute, die den Hut genommen haben. Der Weggang von Edwin Meese, der „Attorney General" wird, *und der* Rücktritt von Innenminister Clark, beide zuverlässige konservative Ratgeber, haben nach ihrer Meinung Lücken gerissen, die nur zu schnell von den sogenannten „Prags", den Pragmatikern, gefüllt werden. Sie fürchten, daß mit George Shultz, dessen Einfluß und Rolle innerhalb der Administration weiter wächst, mit Sicherheitsberater Robert McFarlane, dem neuen Finanzminister James Baker und einem ideologisch nicht festlegbaren neuen Stabschef namens Don Regan im Weißen Haus das Ende der konservativen Glanzzeit der Reagan-Administration gekommen ist.

Richard Vigurie, der Sprecher dieser neuen Rechten, warnt denn auch: „Wir werden keine konservative Politik ohne konservative Persönlichkeiten in der Umgebung des Präsidenten bekommen. Wir brauchen Leute in der Administration, die Ronald Reagan erlauben, Ronald Reagan zu sein." Die Sorge dieser Rechten geht noch weiter. Sie fürchten, daß maßgebliche Männer der Partei bereits begonnen haben, ihre eigene Präsidenten-Kampagne für das Jahr 1988 vorzubereiten, daß die Loyalität zum Reagan-Kurs dabei vor die Hunde gehe und daß diese Leute – Robert Do*le, George Bush* und *Howard Baker* – allesamt Pragmatiker sind, die versuchen werden, sich vom ideologisierten Konservativismus der Republikaner zu distanzieren.

Wohin also geht die Reise der neuen Reagan-Administration in den nächsten vier Jahren? Sicher ist, daß es keine dramatischen neuen Kurswechsel geben wird. Reagan ist entschlossen, die Ost-Politik fortzusetzen, die er schon vor einem Jahr eingeschlagen hat. Er will zu Ergebnissen in der Abrüstungspolitik kommen, ohne in eine „Appeasement-Rolle" gegenüber Moskau zu fallen. Sein Protest gegen die Verletzung der Menschenrechte, gegen die Besetzung Afghanistans und gegen die kommunistische Unterwanderung Mittelamerikas werden Prioritäten seiner Außenpolitik bleiben.

Innenpolitisch wird seine Situation schwieriger werden als in den ersten vier Jahren. Priorität hat hier für ihn nach wie vor der Versuch, das Haushaltsdefizit bis 1988 um die Hälfte auf rund 100 Milliarden Dollar zu reduzieren. Dieses Vorhaben droht zu scheitern an einem immer aggressiver werdenden Kongreß und besonders an wachsenden Profilierungsbestrebungen republikanischer Senatoren, von denen sich in zwei Jahren 22 zur Wiederwahl stellen müssen.

Insgesamt aber wird die Politik Reagans kaum weniger oder stärker konservativ sein als in den ersten vier Jahren. Der Wunsch der neuen Rechten, die endlich ihren „alten" Ronald *Reagan wiederhaben möchte, beruht* auf einem Mißverständnis. Reagan war auch in den letzten vier Jahren stets flexibler und pragmatischer, als es seinem Image vom „konservativen Revolutionär" entsprach. Das ist der Haken von politischen Legenden und Etiketten: Sie verallgemeinern und vereinfachen den politischen Beobachtungs- und Bewertungsprozeß.

Ronald Reagan hätte vor zwei Monaten niemals 59 Prozent der Stimmen erhalten, wenn der amerikanische Wähler ihn im engen ideologischen Korsett der äußeren republikanischen Rechten gesehen hätte. „Es wird überraschend wenig Überraschungen geben", sagte William Safire am Sonntag in der „New York Times" für die nächsten vier Amtsjahre Reagans voraus. Die größte *Überraschung für die Reagan-Kritiker* innerhalb und außerhalb seiner Partei aber dürfte sein: Der Vulkan ist noch nicht erloschen.

Mit Bohnen und Erbsen gegen den Getreideberg

Die Europäische Gemeinschaft produziert nicht nur zu viel Milch und Obst, sondern auch zu viel Getreide – ein Problem, das die Politiker bisher nicht in den Griff bekommen. Ohne Flächenstillegungen oder die Umstellung auf andere Pflanzen wird es kaum gehen.

Von H.-J. MAHNKE

Die Heimatfilmer müssen um eines ihrer liebsten Motive bangen: um die im Winde wogenden satt-gelben Kornfelder. Das Getreide steht schon heute häufig nicht mehr so hoch, dank der chemischen Halmverkürzer, die über die Pflanzen gesprüht werden. Denn die langen Stengel können die immer schwerer werdenden Ähren kaum noch tragen.

Die wachsenden Erträge sind nicht nur ein Erfolg der Züchter, sondern auch der Düngung. „Je kürzer die Halme, desto mehr Stickstoff können die Bauern auf den Boden bringen", so ein Experte aus dem Bonner Landwirtschaftsministerium. Desto mehr gibt es von dem, was es schon jetzt im Überfluß gibt, jedenfalls in den Industriestaaten.

Ein Ausweg: Dort, wo heute noch Weizen wächst, sollen morgen Futterbohnen und Erbsen angebaut werden. Die Spritrübe war lange Zeit ein Hoffnungsträger für neue Subventionen. Kraftstoff aus nachwachsenden *Rohstoffen*, wie in Brasilien. Nun haben die Berechnungen im Landwirtschaftsministerium ergeben, daß diese Lösung die höchsten Subventionen erzwingt. Daran ändert auch eine mögliche neue Ölkrise nichts, mit der irgendwann in den neunziger Jahren gerechnet wird. Trotzdem läuft jetzt in der Nähe von Rothenburg in Niedersachsen ein Versuch an, um für alle Eventualitäten gerüstet zu sein.

Geschehen muß was. Denn: „Auf *der Hitliste der agrarpolitischen Pro*bleme der EG hat sich ein bemerkenswerter Wandel an der Spitze vollzogen. Nicht so sehr der Milchmarkt beherrscht die Diskussion, sondern der Getreidemarkt der zehn Mitgliedsländer ist in diesem Wirtschaftsjahr zum größten Problemfall geworden", urteilt der Hamburger *Getreidehändler Alfred C. Toepfer.* Im Hause von Landwirtschaftsminister Ignaz Kiechle wurden umfangreiche Papiere erarbeitet, Arbeitsgruppen eingesetzt, tagten die Abteilungsleiter in Klausur.

Immerhin: Selbst in der Bundesrepublik wurde im vergangenen Jahr mehr Weizen eingefahren, als verbraucht werden kann. In der EG kletterte die Getreide-Erzeugung um 15 Prozent auf 149 Millionen Tonnen. Rund ein Viertel mehr als der Bedarf. Vor zehn Jahren lag der Selbstversorgungsgrad bei 94 Prozent. Und das, obwohl die Anbauflächen seit Jahren nicht mehr ausgedehnt werden. Aber die Hektarerträge sind in den letzten zehn Jahren um durchschnittlich zwei Prozent gestiegen. Die Produktivität verbessert sich laufend weiter.

Erschwert wird die Lage noch dadurch, *daß immer mehr Getreideer*satz wie Tapioka, Maiskleberfutter, Zitrustresterpellets oder Melasse verfüttert werden. Diese Einfuhr lohnt sich, weil diese Produkte nahezu abgabefrei auf den EG-Markt kommen, sie werden nicht wie Getreide auf das hohe Niveau der Gemeinschaft hinaufgeschleust. „Während diese Futtermittel auf dem Weltmarkt nicht mit Getreide *konkurrieren können,* ist eine dem Nährstoffgehalt von Getreide entsprechende Substitutenmischung in der EG wesentlich billiger als Getreide", haben die Experten aufgeschrieben. An der deutschen Küste lag der Preisvorteil, eine Ursache auch der Ausdehnung der Milchproduktion, im Durchschnitt zwischen 20 und 30 Prozent. Diese Preise könnten noch um 15 bis 25 Prozent sinken, auch dann würde sich das Geschäft für die Anbieter *noch lohnen.*

Ändern läßt sich hier nichts. Die Einführung von Abgaben würde einen Handelskrieg nicht nur mit den USA, sondern auch mit Teilen der Dritten Welt auslösen. Verhandlungen darüber sind aussichtslos, weil sich die Amerikaner darauf nicht einlassen wollen. Eine Einigung wäre *auch teuer, weil die EG an anderer* Stelle entsprechende Kompensationen anbieten müßte. Absprachen mit einzelnen Ländern – mit Thailand hatte sich die EG darauf verständigt, die Einfuhr von Tapioka, deren Produktion mit Entwicklungshilfegeldern forciert worden war, zu beschränken – helfen nichts, weil andere *Anbieter einspringen.*

Mehr noch: Der Mehrwertsteuerausgleich, mit dem die deutschen Bauern seit einem halben Jahr für den Abbau des Grenzausgleichs entschädigt werden, begünstigt „zusätzlich" noch, so die Experten im Hause Kiechle, den Verkauf von Getreide und den Zukauf von Mischfutter. Die Folge: Die Produktion steigt weiter, der Getreideverbrauch dürfte sogar noch sinken. „Im günstigsten Fall", so die Experten-Meinung, verdoppeln sich die Marktordnungskosten der EG bis 1990 nur auf elf Milliarden Mark allein für Getreide.

Es bleibt also nur eine Einschränkung der Produktion, ein Umstand, der von den Experten mit einem besseren Marktgleichgewicht umschrieben wird. Daher haben die EG-Agrarminister bereits vor drei Jahren die Einführung einer Garantieschwelle beschlossen: Steigt die Ernte über ein bestimmes Niveau, dann sollten die Preise gesenkt werden. In der diesjährigen Preisrunde wären fünf Prozent fällig. Gegenwärtig wird nach Tricks gesucht, wie dieser Abschlag gemildert werden könnte.

Eine Lösung wie bei Milch, bei der dem einzelnen Betrieb Produktionsquoten vorgeschrieben werden, hält selbst Ignaz Kiechle bei Getreide nicht für gangbar. Ein Beimischungszwang in Futtermittel scheitert am EG-Recht. Höhere Beihilfen für die Verfütterung von Getreide widersprechen dem internationalen Recht. Eine Flächenstillegung gegen staat*liche Ausgleichszahlungen ist gegen*wärtig nicht realisierbar. Abgelehnt wird auch eine Besteuerung des Fortschritts durch eine Abgabe auf Dünge- und Pflanzenschutzmittel.

Übrig bleibt nicht viel: etwas Preissenkung, möglicherweise noch die Förderung der Verwendung von Getreide im chemisch-technischen Bereich *und eben die Förderung des* Anbaus anderer Pflanzenarten wie Bohnen und Erbsen. Allerdings gibt es für die Ökologen einen Silberstreif: Die überflüssigen Felder sollen auch für Naturschutz und Landschaftspflege eingesetzt werden.

Die Privat-Universitäten wachsen und grünen

Von PETER PHILIPPS

In die neuen Privatuniversitäten ist der Alltag eingekehrt. In Witten-Herdecke und Koblenz stehen *Studenten und Dozenten jetzt auf den* Prüfständen und müssen beweisen, ob sie den Ansprüchen genügen können, die sie selbst und andere an ihre Existenz geknüpft haben. Dabei haben die Koblenzer allerdings eine unvorhergesehene Schwierigkeit zu meistern: Nachdem sich der für den Lehrstuhl Industriebetriebslehre eingeplante Professor *Günter Fandel* doch entschlossen hat, an der Fernuni in Hagen zu bleiben, mußte das Berufungsverfahren wieder eröffnet werden.

Während also die Mediziner in der Ruhr-Stadt und ihre wirtschaftswis*senschaftlichen Kommilitonen dort* und in Koblenz ihre Ausbildung vorantreiben, sprießen im verborgenen bereits die nächsten privaten Hochschulgründungen:

Mit Nachdruck wird die geplante, an amerikanischem Vorbild orientierte private Mediziner-Ausbildung in Ingolstadt, die im Annex an eine bereits bestehende Klinik installiert werden soll, vorangetrieben. Die Initiatoren haben sich auch nicht durch die mit kräftigen Fragezeichen *gespickte Durchleuchtung* ihres Projekts durch das aufsichtsführende bayerische Kultusministerium in ihrem Impetus verunsichern lassen.

Wolfgang Frank, Vorsitzender der Träger-„Gesellschaft zur Förderung von Wissenschaft und Lehre" geht *sogar davon aus, daß im März die* staatliche Anerkennung erfolgen könnte, da alle Forderungen des Ministeriums in räumlicher, finanzieller und personeller Hinsicht erfüllt würden. Das bedeutete, daß im Herbst 1985 nach jahrhundertelanger Pause mit 120 angehenden Medizinern in der Donau-Stadt die Hochschul-Tradition wieder aufleben würde.

Noch unbemerkter von der breiten Öffentlichkeit nimmt ein privates Hochschul-Projekt in Schleswig-Holstein allmählich konkrete Formen an: Am Ende des vergangenen Jahres wurde die „Nordische Universität Flensburg/Neumünster" am Nordzipfel der Republik gegründet. Sie soll zum zweiten Bein der anthroposo*phisch ausgerichteten Privat-Uni* Witten-Herdecke werden und sich – dem Umland entsprechend – auf die Ausbildung in den Bereichen Landwirtschaft und Ökotechnik spezialisieren.

Zu den Gründungsmitgliedern gehören die Herdecker Konrad Schily und Knut von Oertzen, wobei von Oertzen kürzlich in der „Deutschen Universitäts Zeitung" deutlich machte, daß man in der nördlichen Dependance auf die anthroposophische Ausrichtung verzichten werde und auf „pluralistischen Charakter" Wert lege. Wenn alle Planungen – einschließlich der Genehmigung durch die Kieler Landesregierung – zeitlich eingehalten werden, können im Sommer 1986 die ersten 25 bis 30 Studenten mit dem Studieren beginnen.

Einer der Spitzenpolitiker, der sich mit als erster für die private Konkurrenz zum in Deutschland traditionell staatlichen Hochschulsystem ausgesprochen hat, Vizekanzler Hans-Dietrich Genscher, verfolgt gemeinsam mit dem Bonner Bildungs-Staatssekretär Anton Pfeifer weiter seine Pläne: Nach beider Vorstellungen soll in Berlin ein privates Informatikinstitut entstehen, dieses allerdings in Ankoppelung an die bestehenden staatlichen Hochschulen.

Während an den Universitäten die Informatik-Kurse überquellen und der Numerus clausus vor den Türen steht, sollen auf diese Weise jedenfalls hochbegabte Informatik-Studenten gefördert werden können.

Machtkampf an der Berliner TU verhindert die Präsidentenwahl

Wissenschaftssenator legt neue Termine fest / Lösung noch nicht in Sicht

PETER PHILIPPS, Bonn

Die Berliner Universitäten waren in den vergangenen Jahren endlich aus den negativen Schlagzeilen herausgekommen, hatten – vor allem die Charlottenburger Technische Universität – wieder an wissenschaftlichem Renommee gewonnen. Doch der Machtkampf, der seit Monaten an der TU um die fällige Neuwahl der Universitätsleitung tobt und dessen Ende noch nicht abzusehen ist, erinnert teilweise fatal an das Ende der sechziger Jahre.

Zwei akademische Gremien blockieren sich mit ihren unterschiedlichen Fraktions-Mehrheiten gegenseitig. Im Akademischen Senat, der das Vorschlagsrecht für die Präsidenten-Wahl hat, verfügt die „Mehrheitsfraktion" tatsächlich über die Mehrheit und hat seine Wahlliste durchgedrückt, auf der der noch amtierende Präsident Jürgen Starnick, der fraglos ein erhebliches Verdienst an dem Wiederaufschwung seiner Uni hatte, nicht aufgenommen wurde. Im Konzil wiederum, in dem die „Linken" über die Mehrheit verfügen, ist der Wahlvorschlag abgelehnt worden. Nicht einmal über einen Wahltermin hatte sich das Konzil einigen wollen, da zusätzlich zu den inneruniversitären Querelen auch noch ein Rechtsstreit mit Wissenschaftssenator Wilhelm Kewenig schmorte über die Rechtmäßigkeit des gesamten Wahlverfahrens.

Kewenig hat diesen „gordischen Knoten" dann im vergangenen Herbst erst einmal mit der Festsetzung der Wahltermine durchschlagen: Er legte drei Wahlgänge fest, auf den 20. Dezember 1984, auf den 17. Januar und auf den 31. Januar. Denn am 20. Februar läuft die Amtszeit Starnicks ab.

Doch den Machtkampf an der TU konnte Kewenig durch diese Maßnahme nicht entschärfen, eher hat diese Auseinandersetzung an Verbitterung noch zugenommen. Das ganze Verfahren wird natürlich inzwischen immer stärker auch noch vom Wahlkampf zum Berliner Abgeordnetenhaus überlagert.

Starnick startete im November mit einer Einladung an alle Beteiligten, einschließlich des Senators, einen „ernsthaften Versuch zur Einigung". Sein Ziel war es, ein „tragfähiges Gesamtpaket für eine neue Führungsspitze zu schnüren unter Einbeziehung der Positionen der Vizepräsidenten". Daß dies bisher nicht gelang, ist überdeutlich: Der erste Wahlgang am 20. Dezember verlief ergebnislos. Der „gemeinte" Kandidat der Mehrheitsfraktion, Manfred Fricke, erhielt im Konzil nur 31 Ja-Stimmen der 75 anwesenden Mitglieder. Die „Zählkandidaten" Wolfgang Beitz und Peter Jan Pahl brachten es auf je eine Stimme.

In einem interfraktionellen Vorgespräch hatten die Linken als ihren Kandidaten für das Amt des 1. Vizepräsidenten einen der bisherigen Starnick-Stellvertreter, Heinz Schade, angeboten mit dem Hinweis, dann „im Paket" auch Fricke mitzuwählen. Doch die „Mehrheitsfraktion" wollte diesen Kandidaten nicht akzeptieren, und die Linken booteten sich praktisch dann selbst aus:

Als gesetzlich vorgeschriebenen Dreier-Vorschlag hatten sie als Kandidaten für das Vizepräsidenten-Amt neben Schade die Professoren Klaus-Dieter Hoffmann und Helga Thomas präsentiert. Doch die Erziehungswissenschaftlerin wollte ihr Einverständnis „in dieser Sitzung für diese Liste" nicht geben. Eine ersatzweise vorgeschlagene getrennte Abstimmung über eine Zweier-Liste Schade-Hoffmann und eine Einerliste Schade scheiterten an den Stimmverhältnissen, so daß die Mehrheitsfraktion anschließend sich darüber mokieren konnte, daß sie selbstverständlich einem Paket zustimmen könne, in dem ein Kandidat der Linken präsentiert werde, der nicht einmal die eigene Fraktion hinter sich zu bringen imstande sei.

Die Fronten haben sich inzwischen noch mehr verhärtet. Sie kündigte als Antwort an, daß sie nun auch nicht mehr bei einer Paket-Lösung bereit sei, Fricke mitzutragen, da dieser sich „gegenüber den Scharfmachern in seiner eigenen Fraktion nicht durchsetzen" könne.

Eine Lösung der Schwierigkeiten ist nicht in Sicht. Alle Beteiligten und Beobachter gehen davon aus, daß der nächste Wahlgang in zwei Tagen genauso ergebnislos verlaufen wird wie der erste. Der erste Schuldige ist auch bereits ausgeguckt: Starnick wirft Kewenig vor, durch den von ihm ausgelösten „Wettkampf der Juristen" über Wahlordnung und Wahltermin „eine politische Lösung des Konflikts erheblich erschwert" zu haben, „wenn nicht sogar verhindert". Der „Konsenswille an der TU" sei „auf lange Zeit schweren Belastungen ausgesetzt".

Der CSU droht neue Konkurrenz

Von PETER SCHMALZ

Wenn Manfred Brunner, der emsige, unverdrossen lächelnde Landesvorsitzende der bayerischen FDP, für die Bayern-Wahl im Herbst nächsten Jahres ankündigt, Ziel der Liberalen sei es, die CSU näher an die 50-Prozent-Marke herunterzubringen, dann werden seine Worte in der Münchner CSU-Zentrale mit überlegenem Lächeln quittiert. Es sind nicht die Freien Demokraten, die den Mannen um Strauß Kopfzerbrechen bereiten. Diese Kraft könnten eher die Freien Wähler besitzen, die bei der letzten Kommunalwahl mehr Stadt- und Gemeinderatssitze als die CSU erringen konnten und derzeit ernsthaft den Plan überlegen, bei der nächsten Landtagswahl anzutreten.

Noch zeigt man in der CSU-Landesleitung kühles Blut. „Wir beobachten die Vorgänge mit Interesse und Gelassenheit", sagte gestern CSU-Sprecher Godel Rosenberg zur WELT. Man denkt dabei an Hessen, wo die Freien an der Frage einer Landtagswahlbeteiligung zerbrochen sind und hofft ausnahmsweise einmal, daß hier für den Fall des Falles „hessische Verhältnisse" auch in Bayern zum Zuge kommen könnten.

Das wiederum weist Armin Grein als Vorsitzender des Landesverbandes der Freien Wähler weit von sich. Eine Spaltung würde es in Bayern nicht geben, sagt er, rechnet aber immerhin damit, daß „wir sicher einige Mitglieder verlieren" würden. Grein, der 1978 den Verband mitgegründet hat, ist selbst gegen ein Auftreten der Freien bei der Landtagswahl, ob er mit dieser ablehnenden Haltung jedoch eine Mehrheit finden kann, weiß er noch nicht. Erst im Mai soll die Landesdelegiertentagung die Entscheidung für den Herbst '86 fällen.

Für Greins Einstellung mögen persönliche Gründe eine nicht unbedeutende Rolle spielen: Er konnte bei der Kommunalwahl vor knapp einem Jahr im unterfränkischen Landkreis Main-Spessart als einziger „Freier" eines der 71 bayerischen Landratsämter erkämpfen und zeigt kein Interesse am Landesparlament: „Ich fühle mich als Landrat sehr wohl und will nicht in den Landtag."

Schwer wiegen aber auch die sachlichen Gründe, die der Landrat vorbringt: Da steht an erster Stelle der mangelhafte Organisationsgrad seines Landesverbandes, der in mehr als



2000 bayerischen Gemeinden erst 300 Ortsverbände gründen konnte. Und obwohl er den Freien durchaus die Chance einräumt, „ganz sicher" über die Fünfprozenthürde zu springen und sogar bis zu zehn Prozent der Stimmen zu kassieren, sieht er doch die Problematik seiner Gruppierung bei einer landesweiten Wahl: Der Erfolg der Freien resultiert aus der Persönlichkeitswahl, die ohne finanzielle Kraftakte auf lokal begrenzter Ebene zu erstaunlichen Stimmengewinnen führen kann. In größeren Stimmkreisen, so Grein, hätten solche Kandidaten erheblich zu kämpfen, um sich den Bürgern bekannt zu machen.

Gefährlicher Zündstoff für den Zusammenhalt des Verbands liegt zudem in der Frage, wie sehr sich die Freien Wähler, die einst als ein kommunales Gegenstück zu den etablierten Parteien gegründet wurden, für die Landtagswahl zu einer organisierten Partei umformen müssen. Ein Gutachten, das sie von vier Verfassungsexperten erstellen ließen, spricht ihnen zwar die Möglichkeit zu, auch ohne klassische Parteimerkmale bei einer Landtagswahl kandidieren zu können, allerdings müßten sie ein für das ganze Land gültiges Wahlprogramm vorweisen können. Hierin sieht man in Kreisen der CSU das größte Hindernis: „Die haben doch in jeder Gemeinde ein anderes Thema oder eine andere Person. In einem Ort scharen sie sich um das Stichwort Turnhalle, im anderen muß die Kläranlage herhalten. Von einer übergeordneten Politik ist dabei nichts zu spüren."

Dennoch haben sich die Freien mit diesem Thema noch nie so intensiv beschäftigt wie zur Zeit. Schon bei der letzten Landesversammlung im September, als die Siegesfreude über 38 Prozent freie Stadt- und Gemeinderäte gegenüber nur 35 christsoziale noch frisch war, lagen mehrere entsprechende Anträge vor. Sie wurden damals einer Kommission übergeben, die für den Landesvorstand bis Februar alle Argumente pro und contra sammeln soll.

Sollte tatsächlich ein Beschluß für eine Wahlbeteiligung fallen, muß in erster Linie die CSU mit Stimmeinbußen rechnen: Der Löwenanteil, so meint Landrat Grein, käme von der CSU. Zumindest hierin stimmt er mit der CSU-Landesleitung überein.

Listenverbindungen würden die Freien aber nicht eingehen, verkündet ihr Vorsitzender. Die Republikaner der Ex-CSU-Bundestagsabgeordneten Handlos und Voigt haben dazu zwar schon schriftlich aufgefordert, warteten aber vergeblich auf eine Antwort: Grein: „Wir sind keine Trittbrettfahrer."

Der schwierige Weg aus der Talsohle

Die FDP ist seit sechseinhalb Jahren nicht mehr in der Hamburger Bürgerschaft

HERBERT SCHÜTTE, Hamburg

Protokollarisch ist die liberale Welt noch in Ordnung: „Ich werde vom Senat zu allen wichtigen Anlässen eingeladen", erklärt Rechtsanwalt Peter Heinz Müller-Link. Doch sonst nimmt Hamburgs Stadtstaat-Regierung von der FDP kaum noch Notiz. Auf interessante, manchmal sogar einschneidende Vorschläge des hanseatischen FDP-Landesverbandes – etwa die Verkleinerung der Verwaltung um zehn Prozent und damit die Streichung von immerhin 12 500 Planstellen innerhalb von neun Jahren – folgt keine Stellungnahme des Senats. Die FDP ist seit sechseinhalb Jahren nicht mehr in der Bürgerschaft vertreten.

Kein anderer FDP-Landesverband der Bundesrepublik ist über einen so langen Zeitraum aus dem parlamentarischen Geschehen ausgeschlossen. „Bei Landesausschußsitzungen sind nie mehr als zwei Journalisten im Saal", räumt ein altgedienter FDP-Delegierter ein, „häufig ist der Pressetisch auch völlig leer."

Die Folge der jahrelangen Abnabelung von der unmittelbaren politischen Gestaltungsmöglichkeit sehen führende FDP-Mitglieder in einem Informationsdefizit über die echten Fakten der Hamburger Politik. „Auch dadurch kann eine Partei ausbluten", gesteht ein früheres Parlamentsmitglied. Verwaltungsvorgänge oder sogar Senatsabsichten von beträchtlichem News-Wert werden nur selten von den Sensoren der Hamburger FDP erfaßt. Die Aufdekkung der Pläne von Kultursenatorin Helga Schuchardt, dem eigenwilligen Joseph Beuys mit erheblichem Kostenaufwand die künstlerische Gestaltung von Hamburgs Spülfeldern zu übertragen – ein Flop, den die Jungen Liberalen publik machten – war eine Ausnahme.

Den Verlust von Helga Schuchardt, der früheren Landesvorsitzenden, den Austritt der ehemaligen Fraktionschefin, Maja Stadtler-Euler und den Abgang von insgesamt etwa 500 Mitgliedern nach der Bonner Wende hat der hanseatische Landesverband nicht ausgleichen können. „Beide Damen haben immer gewußt, sich in Szene zu setzen", meint Müller-Link. Doch der Landesverband mit heute 1700 Mitgliedern hat sich nach seinen Worten insgesamt verjüngt. Der 64jährige Vorsitzende, der seiner Partei schon rund 15 Jahre als Senatsmitglied und Fraktionschef Renommee verschafft hat, hofft denn auch auf eine Verjüngung bei der Neuwahl des Landesvorstands im April.

„Mister FDP", wie er früher in Hamburg genannt wurde, sieht mehrere Kandidaten aus der nächsten Generation für seine Nachfolge. Es ist der 46jährige Leiter der Hamburg-Werbung in der Wirtschaftsbehörde, Wilhelm Rahlfs. Wobei er selbst allerdings für ein anderes Vorstandsamt zur Verfügung stehen will: „Einmal, um nicht den Eindruck der Resignation zu erwecken; zum zweiten aber auch, um einen bestimmten Kurs zu halten." Denn Müller-Links Parole für den nächsten Bürgerschaftswahlkampf heißt ganz eindeutig: „Gegner ist für uns ausschließlich die SPD."

Die Wahl findet im November 1986 statt. Bis dahin sind es fast achteinhalb Jahre, die die Liberalen im Schatten des Landesparlaments verbringen. „Natürlich wird es im Laufe der Jahre immer schwieriger, aus der Talsohle herauszukommen", gesteht der Landesvorsitzende.

Der Weg aus der Talsohle, den eine verjüngte Führungsspitze weisen soll, ist bisher mit nicht gerade verheißungsvollen Zeichen markiert: Der Stimmenanteil lag bei der verlorenen Wahl 1978 noch bei 4,9 Prozent, im Dezember 1982 waren es kümmerliche 2,6 Prozent. Die Europa-Wahl im letzten Sommer hievte die Partei auf vier Prozent. Müller-Link sieht denn auch in Bonn einen wesentlichen Indikator für die Chancen in Hamburg. „Bei der nächsten Wahl" – so betont er – „ist der Stand der Bundespartei für uns von ganz entscheidender Bedeutung."

„Leihmütter": Benda für Verbot mit Ausnahmen

dpa, Frankfurt

Der ehemalige Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Professor Ernst Benda, hat die Bundesregierung aufgefordert, das Problem der „Leihmutterschaft" gesetzlich zu regeln. In einem Interview der „Ärzte-Zeitung" spricht sich Benda für ein generelles Verbot mit sehr engen Ausnahmeregelungen aus.

Nach Bendas Aussagen hat es in der Bundesrepublik Deutschland mindestens zwei Fälle gegeben, die ähnlich wie der jüngst aus England bekannt gewordene Fall gelagert waren. Unerheblich ist für den Verfassungsrechtler die Frage, ob die „Leihmutter" bezahlt oder nicht bezahlt wird. Es sei schon ein bißchen heuchlerisch, sagte Benda, wenn eine Verhaltensweise, die an sich nicht anstößig sei, allein schon dadurch sittenwidrig werde, wenn dafür ein Entgelt genommen werde. Entscheidend sei vielmehr, was mit dem Kind geschehe, das von einer „Leihmutter" geboren wird.

Die medizinische und psychologische Wissenschaft habe Erkenntnisse, daß bereits ein Embryo eine Beziehung zu seiner leiblichen (Leih-) Mutter haben könne. Ein abrupter Abbruch dieser Beziehung könne beim Kind zu schweren Schäden führen. Daher sei das verfassungsrechtliche Gebot des Schutzes der Menschenwürde höher zu stellen als der verständliche Kinderwunsch eines ohne „Leihmutter" kinderlos bleibenden Ehepaares. Als einzige Ausnahme für dieses generelle Verbot der „Leihmutterschaft" komme ein Embryotransfer dann in Frage, wenn die leibliche Mutter aus medizinischen Gründen das Kind nicht austragen könne. Die Beeinträchtigung der Menschenwürde des Kindes sei dann das im Vergleich zur Tötung durch Abtreibung geringere Übel.

Fahndung nach vier RAF-Mitgliedern

DW. Bonn

Das Bundeskriminalamt (BKA) hat gestern die Bevölkerung um Unterstützung bei der Fahndung nach vier vermutlich neuen Mitgliedern der Rote Armee Fraktion (RAF) gebeten: Gegen Andrea Klump, Barbara und Horst Meyer sowie Thomas Simon liegen Haftbefehle wegen dringenden Verdachts der Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung vor, die für zahlreiche schwere Straftaten wie Mord, Geiselnahmen, Sprengstoffanschläge und bewaffnete Raubüberfälle verantwortlich zeichnet. Die Polizei nimmt an, daß die Anschlagserie im Zusammenhang mit dem Hungerstreik inhaftierter Terroristen fortgesetzt werden soll und bittet um erhöhte Aufmerksamkeit besonders in Fällen, in denen sich Personen in verdächtiger Weise in der Nähe militärischer Einrichtungen bewegen.

Der Parlamentarische Staatssekretär im Justizministerium, Benno Erhard (CDU), hat in der „Bild"-Zeitung angekündigt, die Bundesregierung werde dem Bundestag vorschlagen, Zwangsernährung bei Hungerstreik abzuschaffen. Der freie Wille des Hungerstreikenden solle respektiert werden, sagte der Politiker zur Begründung. Die Praxis in Großbritannien zeige, daß es seit Abschaffung der Zwangsernährung nicht mehr zu spektakulären Hungerstreiks der IRA-Häftlinge komme, weil jeder wisse, daß er in letzter Konsequenz den Tod in Kauf nehme.

Sympathie für Gewalt kann Stelle kosten

dpa, Kassel

Ein Arbeitgeber, der die Übernahme eines Auszubildenden in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis ablehnt, weil dieser Verständnis für die Anwendung von Gewalt bekundet hat, handelt nicht rechtswidrig. Der 2. Senat des Bundesarbeitsgerichts (BAG) in Kassel stellte in einem gestern veröffentlichten Urteil fest, daß eine solche Entscheidung nach dem Betriebsverfassungsgesetz auch nicht sachfremd oder willkürlich ist.

Der auch in der Revisionsinstanz unterlegene Auszubildende hatte in einer Schülerzeitung im Zusammenhang mit Brockdorf-Demonstrationen geschrieben: „Die Gewalt, die hier von Staat und Wirtschaft ausgeübt wird, rechtfertigt jede Art von Widerstand. Dies soll kein Aufruf zu Gewalttaten sein, sondern vielmehr klarmachen, daß sich ... dem Staat unliebsame Leute nicht in ‚gewalttätige' und ‚gewaltlose' Lager spalten lassen sollen." Der Betrieb hatte den Auszubildenden nicht übernommen, weil ein solcher Bewerber befürchten lasse, daß er seine Grundsätze auch im Betrieb zu verwirklichen suche, wenn er glaube, daß die betreffende Situation eine Gewaltanwendung rechtfertige. Das BAG bestätigte diese Auffassung (AZ: 2 AZR 513/82).

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

„Baby Cotton" und die Frage nach dem Menschenrecht

Von GERTRUD HÖHLER

Das widersprüchliche Portrait der Gegenwartsgesellschaft wird in diesen Tagen unter einem neuen Motto geschrieben. Die Sprache verrät es: Von „Leihen" und „Mieten" ist da die Rede, kennzeichnende Begriffe in einer Zeit, die Leasing zu ihren Errungenschaften zählt: Das Nutzen, Bezahlen und Abstoßen. Nun wird die biologische Mutter zum „Ersatz", wo der Kaufakt über das Besitzrecht an Menschen entscheidet. Wann werden wir nach der „Leihmutter" das „Leihkind" diskutieren?

Freilich zeigt es sich, daß wir uns auf verschiedenen Wegen längst diesem Felde des Handelns genähert haben: Genmanipulation, künstliche Befruchtung, eingefrorene Embryos beschäftigen die Mediziner und Theologen, die Juristen und die Politiker seit einigen Jahren. „Baby Cotton", der englische Säugling, der mutterlos in einem Krankenhaus liegt und in fremde wechselnde Gesichter schaut, wurde mit diesem Spitznamen, der eher einem Maskottchen anstünde, in wenigen Tagen zum „Fall". Ähnliche Vorgänge gab es in den letzten Jahren, von denen die Presse weniger geräuschvoll berichtete; eine Dunkelziffer in schwer schätzbarer Höhe muß angenommen werden.

Aber um Zahlen geht es hierbei weniger – auch wenn viele Kommentatoren aus Politik und Publizistik das besonders Verwerfliche des Kinderkaufes in Großbritannien in der Tatsache sehen wollen, daß hier für ein Menschenleben gezahlt wurde. Die Agentur, die den Löwenanteil einstreicht, wenn man die Pressehonorare der dienstbaren Mutter unbeachtet läßt, möchten einige im düstersten Licht sehen. Mrs. Cotton erhält eine Art sozialer Indikation zugesprochen, da sie immerhin eine Hausrenovierung plane. Das unbekannte Auftraggeberpaar wird auf den Hit-Listen der Boulevardjournalisten sicherlich auf Platz eins stehen: Wer wird die beiden zuerst fotografieren, interviewen – und dafür wiederum bezahlen?

Aber wäre derselbe Handel unbezahlt weniger problematisch? Liegen nicht die schwierigsten Fragen, denen wir mit der empörten Geld-Diskussion erfolgreich entkommen, auf anderen Gebieten? Kinder werden in der Debatte um Geburtenrückgang und Abtreibungszahlen ganz selbstverständlich und mit hochmoralischer Miene gegen Geld aufgerechnet. Das erlaubt die Frage, ob hier nicht doch nur ein gradueller Unterschied vorliegt, keiner in der Substanz. Die Frage läßt sich weiter führen: „Mein Bauch gehört mir." Der Kampf in der Abtreibungsdebatte der siebziger Jahre führt ganz selbstverständlich zu der Folgerung, daß ein weibliches Gehäuse auch zu vermieten, zu verpachten sei. Dazu müssen natürlich Pachtgebühren berechnet werden und für den Ertrag, wenn man ihn hergibt, schließlich der Verkaufspreis.

Wir haben es heute schwer mit der neuen Etappe der Entwicklung, weil wir auf älteren Abschnitten dieses Weges entscheidende, eben substantielle Aspekte vernachlässigt haben. Deshalb wird jetzt kaum darüber diskutiert, daß dieses Kind mit seiner biologischen Mutter Mrs. Cotton natürlich so eng verwandt ist wie jedes Kind mit seiner leiblichen Mutter. Außer dem Erbgut der Frau Cotton hat der Säugling das Erbgut des künftigen Vaters. Mit seiner zukünftigen Mutter ist er nicht verwandt. Der „Mietvertrag" und die Verhandlungen um „Miete" und „Kauf" lassen also das außer acht, was die Beteiligung der „Vermieterin" an diesem neuen Leben biologisch und psychisch ausmacht. Der hier belegte Widerspruch gehört in diese Gesellschaft. Leidenschaftlich ist in den letzten Jahren erforscht und publiziert worden, was die Erlebnisse einer Mutter, ihre Grundstimmung, ihr Wunsch nach einem Kind – oder ihre Abwehr gegen es – in der Schwangerschaft für das entstehende Wesen bedeuten. „Ein Job wie jeder andere", soll dagegen Kim Cotton gesagt haben – wer weiß, ob es nicht ihre zahlenden Story-Verkäufer waren, die ihr diese Worte in den Mund legten.

Fragen wir also im Sinne unserer zeitgemäßen Interessen am Wohl des Kindes: Was bewirkt die Distanz der Mutter vom „Fremdkind", während sie es trägt, in diesem Kind? und wie werden die künftigen Eltern, der Vater als leiblicher Vater, die Mutter als eine mit dem Kinde nicht verwandte Frau, in Konflikten fühlen und agieren?

Der Vergleich mit der Adoption liegt nahe. Rechtlich wollen die Käufer diesen Weg beschreiten. Aber die Vorgeschichte ist eine andere, und die Auftraggeber werden in diesem Bewußtsein mit ihrem Kind umgehen. Immerhin werden Stammbäume der potentiellen Mütter von den Agenturen angeboten, Temperaments- und Intelligenzanalysen, Bilder der bereits vorhandenen Kinder vorgezeigt, sozusagen als Testfälle für künftige Erfolgsmöglichkeiten. Menschensucht Kapitel eins – oder ein neuer Abschnitt in der Humanisierung einer ungerechten Welt, in der die Natur uns manche Wünsche abschlägt, auf deren Erfüllung wir ein Recht zu haben glauben?

Von der Lage eines Kindes, ob man es nun zur Abtreibung bestimmt oder durch künstliche Befruchtung im Leib einer fremden Frau heranwachsen läßt, wird bezeichnenderweise immer dann nicht gesprochen, wenn es um die Wünsche der Erwachsenen geht. Nur wenn die Ziele der betroffenen Erwachsenen durch ein Argument „vom Kinde aus" untermauert werden können, tauchen solche Beweisstücke auf. Beispiel: Für eine Abtreibung wird in der Regel auch das klägliche Schicksal des unerwünschten Kindes ins Feld geführt – wiewohl man über dieses Schicksal so wenig wissen kann wie über die Individualität des Kindes und die Reaktion der Mutter, wenn es geboren ist. Im Falle der Kinderbestellungen geschieht nichts anderes. Man verfügt über ein Leben, ohne nach seinem Schicksal zu fragen, ja man stellt dieses Leben nach einem komplizierten Plan her, ohne sich um seine späteren Fragen und sozialen Nöte zu sorgen.

Wie entschieden es um die beteiligten Erwachsenen geht, zeigt sich auch im Verstummen all jener Argumente, die in diesen Jahren zu den Lieblingsthemen um Mütter und Kinder gehören: Niemand fragt, welche Folgen für das kleine Menschenkind im Krankenhaus daraus entstehen, daß es weder gestillt wird, noch genügend gestreichelt. Vom ersten Lebenstage an hat dieses Kind Nachteile hinzunehmen, von denen viele Kinderpsychologen sagen würden, daß sie nie wieder auszugleichen sind.

Ganz gewiß werden die „Käufer" des Kindes Cotton wie andere Ehepaare ihr Kind lieben, hegen und fördern. Hier genau setzen die Probleme einer Umwelt ein, die sich daran gewöhnt hat, Menschenrechtsprobleme – denn um ein solches geht es hier – nicht vom Grundsatz her zu diskutieren, sondern wendig, bequem, vordergründig, vorteilsorientiert, sentimental. Auf diesem Wege läßt sich das bestellte Baby, das einem todtraurigen Paar zum Glück verhilft, als ein Fortschrittszugewinn feiern, der für das Aufgeklärteste aller Jahrhunderte den Weg in eine noch glücklichere Zukunft weist.

Die Frage läßt sich zuspitzen: Was geschieht, wenn die „Herstellung" von Menschen unter dem Gesichtspunkt passender Erbanlagen – deren genaue Ermittlung schon in nächster Zukunft möglich sein wird – gewerblich betrieben wird?

Eine Gesellschaft wie die unsrige, deren Wertsystem im Umbruch ist, hat keine selbstverständlichen Maßstäbe mehr zur Hand, darauf eine klare Antwort zu finden. Schon seit längerem verfügen wir weniger spektakulär über Leben – im Namen einer Aufgeklärtheit, die das Gut des Lebens selbst immer weniger von anderen verfügbaren Gütern und Besitzstücken unterscheidet. Wo Kinder gegen Lebensstandard aufgerechnet werden, umgerechnet in Reisekilometer, Freistunden, Autotypen und in „Selbstverwirklichung" der Eltern, da kann als Anspruch kinderloser Partner ebensogut das Kind auftauchen, herstellbar, käuflich, bestellt, nach Qualität taxiert und abgeholt. Unser Menschenbild wird auf die Probe gestellt, da wir heute wissenschaftlich fast alles bewerkstelligen können, was in den Homunkulus-Phantasien früherer Jahrhunderte auf die letzte Probe nicht gestellt wurde: Machen konnte man die erdachten Menschen nicht.

Unsere Schwierigkeit mit der Menschenwürde zeigt, daß keine Verfassungsnorm lebt, wenn sie nicht vom selbstverständlichen Konsens der Bürger getragen wird. Wer ein Kind adoptiert, nimmt ein ganzes Menschenleben, wie es existiert, in seine Obhut. Wer ein Kind mit dem Kalkül der väterlichen Beteiligung und der Vorprüfung mütterlicher Erbanlagen „bestellt", mißachtet die Menschenwürde der benutzten Mutter, auch wenn diese freudig und ohne Not dem Handel zustimmt. Er mißachtet die Würde des Kindes, das geboren wird, um von seiner Mutter getrennt zu werden, geboren nicht aus der Zuwendung zweier Menschen zueinander, sondern auf Grund einer Dienstleistung, bezahlt oder unbezahlt.

Gewiß leben unzählige Zufallskinder auf dieser Erde, auch unzählige ungeliebte, ungewollte Kinder zerstrittener oder durch Haß getrennter Elternpaare. Es geht aber nicht um das vielfach Mögliche, sondern um das sittlich Vertretbare. Es geht um den Grundsatz, nach dem wir unser Handeln richten, nicht um die Dokumentation zahlloser Einzelfälle. Wo kein Grundsatz mehr das Alltagshandeln überwölbt, zerfällt es in Beliebigkeit.

Wo der Respekt vor jedem menschlichen Leben so pathetisch diskutiert wird wie in unserer Zeit, muß auch die Probe bestanden werden: Die Menschenwürde ist unteilbar, sie kann also auch nicht deshalb disponibel werden, weil jemand sein Lebensglück durch Eingriffe in die Menschenwürde Geborener und Ungeborener herzustellen wünscht.



Gertrud Höhler ist Professorin an der Gesamthochschule Paderborn. Sie lehrt Germanistik und allgemeine Literaturwissenschaft FOTO: DPA

Wenn wir schon in der Abtreibungsdebatte diese Aufgabe schlecht gelöst haben: Mit neuen Widersprüchen wird unsere Lage nicht einfacher, sondern sie wird schwieriger. Der Weg menschenwürdiges Leben zu ermöglichen und zu schützen, setzt Überzeugungen einer Kulturgemeinschaft voraus, die den Handlungsspielraum für den einzelnen verbindlich eingrenzen, um ihn und seine Nachkommen in diesen Grenzen zuverlässig bewahren zu können.

Wer über künftiges Leben manipulativ verfügt, wer es berechenbar machen und damit handeln will, sollte die Zukunftsträume vom menschenwürdigen Leben aufgeben. Verlassen wir auch nur von Fall zu Fall den Grundsatz der Unantastbarkeit und Freiheit des einzelnen Menschenlebens, so betreten wir ein Terrain unbegrenzter Willkür: höhere Prämien für die kluge, schöne, blonde Mutter, Ehen, in denen man gebären läßt, um unbeschwert zu leben? Kinder im Versandhauskatalog?

Wie im Umgang mit der Flora und Fauna dieser Erde, mit unserer Atemluft und dem Wasser der Meere und Flüsse, so müssen wir im Umgang mit dem menschlichen Leben Entscheidungen treffen, die sich ohne unser wissenschaftliches Wissen erübrigen würden. Wer viel weiß, trägt viel Verantwortung. Wir benötigen Grenzen für unser Handeln, die nicht unser Wissen und Können bestimmen, sondern das Wollen und Dürfen setzen.

Ethische Grundsätze werden durch wissenschaftlichen Fortschritt nicht überflüssig; vielmehr bedürfen sie der Fortschreibung – nicht nach Maßgabe dessen, was wir können, sondern nach den Ansprüchen jedes, auch des ungeborenen Menschen auf Achtung und Würde.

Gertrud Höhler ist Professorin für allgemeine Literaturwissenschaften und Germanistik an der Gesamthochschule Paderborn. Schlagzeilen machte Frau Höhler 1982, als der damalige hessische CDU-Chef Alfred Dregger sie vor dem Wahlkampf als seine Kandidatin für das Amt eines Ministers für Kunst und Wissenschaft vorstellte.

Landreform nach Chinas Modell

Die Gegensätze und Seilschaften in der Führung Hanois / „Kleines Wirtschaftswunder"

THOMAS WEST, Hamburg

Drei Gedenktage waren 1984 in Vietnam zu begehen, die ähnlich zwiespältig ausfielen, wie es die ganze Lage in Vietnam heute ist: da war einmal der Sieg über die Franzosen in Dien Bien Phu, der den ersten Indochina-Krieg beendete und zur Genfer Konferenz sowie zum Rückzug der Franzosen führte (1954), da war ferner der Beginn des zweiten Indochina-Kriegs (1964), der sich unter verheerenden Verlusten bis 1973 (Pariser Vertrag) hinzog und schließlich kam auch noch der 5. Jahrestag des vietnamesischen Einmarsches inKambodscha an die Reihe – eine wunde Stelle, die zum Dreh- und Angelpunkt *der gesamten Außenpolitik*, zum Teil aber auch der Innenpolitik geworden ist.

Wie es um die vietnamesische Innenpolitik *seit Jahren bestellt war ist*, zeigte schlaglichtartig jener berühmt gewordene Offene Brief des Partei-Chefpropagandisten Nguyen Khac Vien vom 21. Juni 1981, in dem die fünf Hauptverfehlungen der vietnamesischen Führung während der vorausgegangenen sechs Jahre aufgelistet sind. Genannt werden 1. eine ha*stige Sprungvorwärtsmentalität bei* der Wirtschaftsplanung,2. die Bevorzugung willfähriger, aber mittelmäßiger Funktionäre,3. die ständige Einmischung der KP in die Staats- und Wirtschaftsverwaltung,4. die Überschätzung des außenpolitischen Eigengewichts der SRV und 5. die Scheu vor der Bestrafung von Politikern, die für die Fehlgriffe der Jahre nach 1975 verantwortlich waren.

Obwohl das ZK schon sieben Tage später jede offene Kritik an der Partei *verbot, sah es sich doch zu Maßnah*men veranlaßt: Die Sprungvorwärtspolitik war bereits im September 1979 durch einen Reformbeschluß für die Landwirtschaft korrigiert worden. Den Mängeln Nummer zwei und drei wurde durch einen dreifachen Maßnahmekatalog Rechnung getragen, der vor allem auf die Verbesserung der Kaderstruktur abzielte. Da kam es erstens zu einer umfassenden „Parteibuchaktion", die zwar bereits zum 50. Gründungstag der KPV, also 1980, angelaufen war, die aber nunmehr systematisch ausgedehnt wurde und der am Ende immerhin *86 000* Kader zum Opfer fielen, weil sie, wie es hieß, parteischädliches Verhalten an den Tag gelegt hatten. Den meisten dieser nunmehr *aus der KPV* ausgeschlossenen Funktionären war Südvietnam zum Verhängnis geworden. Hatten sie bis 1975 Hingebung und Opferbereit*schaft gezeigt, so schien es im verlok*kend „reichen" Süden mit einem Mal keinen Halt mehr zu geben. Die hier einsetzende Korruption wurde zusätzlich noch dadurch genährt, daß der staatliche Angestellte höchst unzureichend entlohnt wird. 1984 erhielt



er ein Monatssalär von lediglich 300 Dong, das auf dem schwarzen Markt zur Zeit mit ganzen zwei US-Dollar aufgewogen wird!

In der Außenpolitik hat sich Vietnam *starr auf zwei verhängnisvolle* Grundlinien festgelegt, von denen es einstweilen offensichtlich durchaus nicht abzubringen ist, nämlich auf seine Bindung an die Sowjetunion und auf „Sonderbeziehungen" zu Kambodscha und Laos.

In der Innenpolitik andererseits geht das zähe innerfraktionelle Ringen weiter, es lässt sich mit drei Stichworten charakterisieren : Linienkämpfe, Nachfolgekonflikte angesichts der Überalterung des ZK-Apparats und Nepotismus.

Nach außen hin erscheint die vietnamesische Führung zwar nach wie vor als Muster an Einigkeit, doch hinter der Fassade brodelt es seit langem. Protagonisten der beiden Hauptfraktionen sind Le Duan und Truong Chinh, die Nummer eins und zwei der Führungselite. Zwischen beiden gab es Auseinandersetzungen schon um die Landreform (1953-56) und um die Strategie gegenüber der damaligen Republik Südvietnam. Chinh trat für radikale Kollektivierung und für hauptsächlich politische Maßnahmen (Guerilla-Krieg in Südvietnam) ein, Duan dagegen befürwortete Kompromisse bei der Vergenossenschaftlichung und plädierte für eine eher konventionelle Kriegsführung – in beiden Punkten setzte er sich am Ende durch.

Duan war es auch, der im September 1979 beim ZK den inzwischen berühmt gewordenen „6. Beschluß" durchsetzte, der Reformen einleitete, die sich mit den drei Ausdrücken „Vertragssystem", materielle Anreize, freie Vermarktung von Überschußprodukten kennzeichnen lassen. Chinh hat sich auch diesmal nur widerstrebend gebeugt und wartet *auf eine Konterchance*, die allerdings nicht so schnell kommen dürfte, da die Reform zu überraschenden Zuwächsen geführt hat. Erstmals seit Jahrzehnten hat Vietnam 1983 mit 300 Kilogramm pro Kopf und pro Jahr die Getreideautarkie erreicht und damit eine Art „kleines Wirtschaftswunder" zustande gebracht.

Die alten Männer im Politbüro haben inzwischen auch überall Seilschaften aufgebaut, um ihren Kurs für die Zukunft abzusichern. Partei*chef Le Duan hat die Posten des Rü*stungsdirektoriums und des politischen Direktoriums im Generalstab der Armee mit zwei seiner Verwandten besetzt. Sein ältester Sohn ist de facto Chef der Geheimpolizei und sein Stiefbruder, Tran Lam, Hauptkontrolleur der Propaganda. Dessen Bruder widerum leitet das Nguyen Ai-Quoc-Institut, dem eine Art Gralshüterfunktion des vietnamesischen Kommunismus zukommt. Le Duans Stiefsohn kontrolliert die vietnamesische Luftwaffe und gleichzeitig bekleidet dessen Ehefrau den Posten eines Parteisekretärs in der Ben Tre-Provinz. Solange die alten Kontrahenten noch leben, dürfte sich am gegenwärtigen Kurs wenig ändern.

Neukaledonien: Opposition will Allparteienstab

A. GRAF KAGENECK, Paris

Nach der Beisetzung der drei Opfer des vergangenen Wochenendes – eines jungen französischen Siedlers und zweier Führer der Kanakischen Befreiungsfront, darunter der „Innenminister" der Schattenregierung, Eloi Machoro – hat sich die Lage in *Neu-Kaledonien etwas entspannt.* Der von Sonderkommissar Edgar Pisani am Freitag ausgerufene Ausnahmezustand bleibt vorerst aufrechterhalten.

Auch in Paris hat sich die innenpolitische Debatte entschärft. Offenbar unter dem Schock der Vorkommnis*se verlangen die Oppositionsführer* Giscard und Chirac eine Allparteienkonferenz zur Diskussion der Lage und die direkte Einschaltung des Staatspräsidenten. Giscard will das von Pisani vorgeschlagene Referendum über eine Statusänderung der Inseln in dem Sinne abändern, daß sich die Bevölkerung klar für oder gegen Frankreich und nicht für ein Übergangsstatut (assoziierter Staat) entscheiden soll.

Die Kommunistische Partei Frankreichs dagegen fordert eine Untersuchung über den Tod des Rebellenführers Machoro der nach ihrer Ansicht „von den Sicherheitskräften mit Wissen der Sonderkommission ermordet wurde". Dasselbe behauptet auch das Büro der Kanakischen Befreiungsfront in Paris. Für die FNSKL wurde Machoro „auf Druck der kolonialistischen Extremisten" auf der Insel umgebracht.

Der Rebellenchef war unter noch nicht geklärten Umständen am Samstag von *einem Scharfschützen* der Antiterror-Gendarmeriegruppe GIGN vor einem Farmhaus durch einen Brustschuß tödlich verletzt worden. Angeblich hatte der Schütze den Auftrag, Machoro durch einen Schulterschuß unschädlich zu machen, nachdem dieser mit 60 Anhängern die Farm eines französischen Siedlers umzingelt hatte.

„Das Vaterland gehört uns allen"

Öffentliches Nachdenken in Slowenien über Heimat, Nation und Kommunismus

CARL GUSTAF STRÖHM, Wien

Das Schicksal von 12 000 slowenischen Antikommunisten, die nach Kriegsende 1945 von Titos Partisanen erschossen wurden, hat in der nordwestlichen Teilrepublik Jugoslawiens heftige öffentliche Diskussionen zwischen der Kommunistischen Partei und einer Anzahl von Intellektuellen ausgelöst. In einem Beitrag, der in der slowenischen Parteizeitung „Delo" veröffentlicht wurde, stellt die Schriftstellerin Spomenka Hribar die Forderung, man solle den Angehörigen der slowenischen Heimwehr, die von den Partisanen umgebracht wurden, in Slowenien ein Denkmal mit der Inschrift errichten: „Sie starben *für das Vaterland.*"

Wörtlich erklärte Frau Hribar, die selber aus einer Partisanenfamilie stammt und den Verlust naher Ange*höriger während des Zweiten Welt*krieges auf der kommunistischen Seite beklagen mußte: „Das Vaterland ist nicht identisch mit einem gesellschaftspolitischen System. Das Vaterland gehört uns allen. Es ist uns allen einmal gegeben – ebenso wie Leben und Tod." Wenn man die Opfer des Krieges zähle, könne man nicht nur die gefallenen kommunistischen Partisanen zählen, sondern müsse alle Toten berücksichtigen.

Die slowenische Autorin, deren of*fenes Eintreten für eine Versöhnung* zwischen Kommunisten und Antikommunisten in Slowenien und Jugoslawien als Durchbruch durch eine Mauer des Schweigens bezeichnet wurde, nennt dann die Tatsache beim Namen, daß der Partisanenkrieg 1941 bis 1945 gerade in Slowenien nicht nur ein Kampf zwischen dem Wider*stand einerseits und der deutschen* oder italienischen Okkupation andererseits war. Zugleich tobte in den Reihen der kleinen slowenischen Nation ein heftiger, blutiger und erbarmungsloser Bürgerkrieg zwischen slowenischen Kommunisten und slowenischen Antikommunisten. Letztere waren streng katholisch, oft von bäuerlicher Herkunft. Zugleich waren die Antikommunisten slowenische Nationalisten, die mit den Deutschen zwar gegen die Kommunisten taktisch kooperierten, insgeheim aber auf einen Einmarsch der Engländer oder Amerikaner in Slowenien und auf eine Rückkehr des jugoslawischen Königs Peter aus dem Londoner Exil hofften.

Die Slowenen seien als Volk während des letzten Krieges ihre „eigenen Mörder und Henker" geworden, schreibt Frau Hribar. Die Heimat und das Volk aber seien wie eine Mutter. Eine Mutter *müsse ihre* toten Söhne beerdigen können, ohne sie zu hassen. Folglich müsse auch die Mutter Slowenien ihre Söhne, die in den Rei*hen der antikommunistischen Heim*wehr gekämpft hätten, nicht beschimpfen, sondern sie in Frieden zur letzten Ruhe bitten. Es gehe um die Überwindung der Feindschaft, welche die Slowenen als Volk in zwei Lager geteilt habe.

Was aber den „Verrat" der Heimwehrleute – also ihre Kollaboration mit den Deutschen – betreffe, so seien die Dinge nicht einfach schwarz und weiß, sondern viel komplizierter. Nicht aus Sympathie zu den deutschen Okkupanten hätten viele von ihnen gehandelt, sondern aus antikommunistischer Überzeugung: „Sie traten gegen den Kommunismus an, den sie nur in seiner stalinistischen Form kannten." Man müsse auch sagen, daß die jugoslawische KP es damals der antikommunistischen Propaganda sehr leicht gemacht habe, weil sie mit einem Ausschließlichkeitsanspruch den Kommunismus als einzige Lösung für das slowenische Volk anbot. Der Konflikt zwischen Kommunismus und Antikommunismus habe das slowenische Volk auf tragische Weise gespalten.

Spomenka Hribar verweist dann auf die Alternative, vor der die Slowenen kurz vor Ende des Zweiten Weltkrieges standen: „Entweder gegen den (deutschen) Okkupator für die Sowjetisierung – oder gegen die Sowjetisierung gemeinsam mit dem Okkupator. Einen Mittelweg gab es nicht!" Für diese tragische Ausschließlichkeit hätten die Slowenen teuer bezahlen müssen.

Die Erschießung der slowenischen Heimwehrleute durch die Partisanen ohne Gerichtsverfahren und nach Kriegsende ist nach Auffassung der slowenischen Schriftstellerin keine Hinrichtung, sondern ein Verbrechen, ein *Massenmord*. Wörtlich erklärt die Autorin: „Eine Kollektivschuld erkenne ich nicht an und erst recht keine kollektive Hinrichtung."

Schließlich erwähnt Frau Hribar auch die Teilungen und Gegensätze in der heutigen slowenischen und jugoslawischen Gesellschaft: „Auf allen Ebenen und in allen Bereichen sind wir geteilt und gespalten in Gerechte und Ungerechte, in solche, die der Hoffnung würdig sind – und in Fein*de." Die Feinde aber sperre man ins* Gefängnis, eine Tatsache, für die man sich vor der Weltöffentlichkeit schämen müsse. „Diese Feindseligkeit ist der Krebsschaden unseres Volkskörpers und unserer Gesellschaftsordnung", formuliert Spomenka Hribar. Wenn die Slowenen nicht ein Volk ohne geschichtliches Bewußt*sein und damit ohne Zukunft* werden wollten, müßten sie damit beginnen, über die kommunistische Revolution nachzudenken – nicht nur als große Errungenschaft, sondern auch als Tragödie, meint die Autorin .

Die kommunistische Parteiführung versucht inzwischen, die Massenerschießung der Antikommunisten, die Anfang Juni im Hornwald bei Gottschee (Kocjevski Rog), etwa 80 Kilometer südlich von Laibach stattfanden, mit dem Argument zu recht*fertigen, die slowenischen Heim*wehrleute seien ein Teil der SS und damit Angehörige einer verbrecherischen Organisation gewesen. Auch die „zivilisierten" Franzosen hätten 1944 nach der Befreiung 200 000 Kollaborateure – bis hin zu den Prostituierten, die sich mit den Deutschen eingelassen hätten – ohne Gerichtsverfahren erschossen.

Eine Südwest-Lösung ohne Swapo?

In Windhuk ist wieder Bewegung auszumachen / Verstärkte Terroristenaktivität

M. GERMANI, Johannesburg

Es ist glühend heiß in Südwestafrika/Namibia. Es ist glühend heiß und bis auf einige vereinzelte Regenschauer ist das Land trocken und dürr. „Wir haben uns seit fünf Jahren halt daran gewöhnt", sagt resigniert die Farmersfrau. Auch die Gespräche, die Großbritanniens Außenminister Sir Geoffrey Howe mit dem Premierminister von Zimbabwe, Robert Mugabe, in Harare über die Südwesterfrage hielt, berühren die Einwohner der ehemaligen deutschen Kolonie kaum.

England, eines der Mitgliedsländer der seit 1978 mit dieser Frage befaßten westlichen Nationen (mit den USA, Kanada, Frankreich und der Bundesrepublik), erklärte, das Ziel seiner Regierung sei die Einführung der UNO-Resolution 435 zum schnellstmöglichen Zeitpunkt. „Wir akzeptieren nicht, daß Namibias Unabhängigkeit vom Abzug der Kubaner abhängig gemacht werden soll. *Dieses Linkage gehört nicht zum* UN-Plan."

Weiterhin Differenzen

Damit hatte sich auch die Regierung Thatcher von dem von Südafrika mit Unterstützung der USA geforderten Linkage – dem gleichzeitigen Abzug der südafrikanischen Truppen aus Südwest, sowie der Kubaner aus Angola – distanziert.

Eine politische Lösung ist vorläufig nicht in Sicht. Die Differenzen zwischen den angolanischen und südafrikanischen Vorschlägen zur Unab*hängigkeit sind derzeit nicht auf ei*nen Nenner zu bringen. Angola will nach drei Jahren noch 15 000 Kubaner im Lande halten, ein Drittel stationiert um die Hauptstadt Luanda, der Rest zum Schutz der Erdölenklave Kabinda. Dagegen fordert Südafrika den totalen Abzug der 31 000 Mann innerhalb von drei Monaten, erst danach Einführung der UNO-Resolution 435 und damit Beginn des Unabhängigkeitsprozesses.

Eine Interimslösung mit der Multiparteien-Konferenz (MPC) in Windhuk erscheint informierten Kreisen *allerdings als Möglichkeit. Die MPC* deckt ein weiteres Spektrum der Südwester Parteienlandschaft ab. Von der rechten rein weißen nationalen Partei, über die gemischte demokratische Turnhallen-Allianz bis zur linksliberalen Swanu.

Ultimativ wurde die Swapo aufgefordert, bis zum Jahresende über eine Beteiligung an den Gesprächen zu entscheiden. Nachdem die Swapo den Vorschlag abgelehnt hat, wird die MPC nun allein mit der südafrikanischen Regierung über Art und Weise der Unabhängigkeit verhandeln. Und eine Entscheidung darüber wird in diesen Tagen, möglicherweise schon *heute nach der Konferenz der MPC in* Windhuk erwartet.

Wie die WELT erfuhr, wollen die Parteien in Südwest jetzt ohne die Swapo eine Lösung anstreben, womit auch Pretoria einverstanden sein könnte. Wie es heißt, will Pretoria sich so früh wie möglich aus Namibia zu*rückziehen, um dies nicht unter dem* Druck von außen tun zu müssen. Lieber freiwilig zu früh als gezwungen zu spät, argumentiert man. Wie das Problem des Swapo-Terrors gelöst werden soll, ist vorläufig das Geheimnis der militärischen Führung.

Andererseits ist eine weltweit akzeptierte Lösung ohne UNO noch Swapo, in welcher Form auch immer, schwer denkbar. Von südafrikanischer Seite gibt es keine Anzeichen für eine Beteiligung von Savimbis Unita an den Verhandlungen. Doch hat Präsident Reagan in einem Interview mit der „Washington Times" unmißverständlich gesagt, seine Regierung werde die antikommunistischen Rebellen weiterhin unterstützen. Unita *selbst setzt* nach Auskunft ihres europäischen Vertreters den Vormarsch auf Luanda fort. Die Gefangennahme von britischen und amerikanischen Geiseln *im diamantenrei*chen Nordosten des Landes ist ein beredtes Zeichen.

Chaos in Luanda

Angeblich herrschen Chaos und Verwirrung unter der Regierung in Luanda. Unter diesen Vorzeichen dürfte eine Einwilligung der Regierung Dos Santos über den Abzug der Kubaner als ausgeschlossen betrachtet werden.

Die Gerüchte über den angeblichen Tod Savimbis, die in den letzten Wochen durch die internationalen Medien *geisterten*, sieht die Unita-Leitung als gezielte Desinformation an. Sie bestätigte der WELT, „der Präsident erfreut sich bester Gesundheit und befindet sich zur Zeit in Jamba".

Die Infiltration von Swapo-Kämpfern nach Südwest geht ungeachtet weiter. Am ersten Wochenende des neuen Jahres wurden zwei Guerrillas von der Armee getötet, 584 waren es 1984 insgesamt, gegenüber 26 Soldaten den gemeinsamen südafrikanischen und Südwest-Streitkräfte. Die Bombenexplosionen im Ovamboland sind ein sichtbares Zeichen für die Friedenswilligkeit der marxistischen Terroristen. Für die im Januar erwartete verstärkte Terroristenaktivität der Swapo ist Windhuk mit 19 000 Mann gemeinsamen Streitkräften vorbereitet.

Miskito-Führer: Sandinisten täuschen uns

APF, San José

Der Führer der nicaraguanischen Miskito-Indianer, Brooklin Rivera, hat Staatspräsident Daniel Ortega mit dem Abbruch der vor zwei Monaten aufgenommenen Friedensverhandlungen gedroht. Sollte die „Repression" gegen die im Gebiet der Atlan*tikküste lebenden Indianer nicht bis* Dienstag dieser Woche eingestellt werden, so könne der „Dialog" nur als „Täuschung" angesehen und folglich nicht weitergeführt werden, betonte Rivera in einem Gespräch mit der französischen Nachrichtenagentur AFP in San José.

Rivera, der die antisandinistische Guerrilla-Organisation „*Misurasata*" befehligt und nach eigener Darstellung über 3000 bewaffnete Guerrilleros in Nicaragua und 1500 Anhänger im Ausland verfügt, war im Oktober 1984 überraschend nach Managua gereist, um mit den Sandinisten über die Möglichkeit einer friedlichen Lösung des Konfliktes zu sprechen. Die Verhandlungen waren im Dezember in der kolumbianischen Hauptstadt Bogotá fortgesetzt worden. Die Miskitos, ebenso wie die Stämme der Su*mos und Ramas, fordern einen Auto*nomie-Status. Die Sandinisten sind eigenen Angaben nach bereit, diese Forderung zu erfüllen. Die Gespräche in Bogotá waren jedoch ergebnislos verlaufen.

Rivera warf den Sandinisten nun vor, „nur mit Worten" nach einer friedlichen Lösung zu suchen. In der *Praxis aber hätten sie seit Anfang des* Monats ihre Angriffe auf die Indianer verschärft. Die Zivilbevölkerung habe in die Berge fliehen müssen, um den von Luftwaffe, Marine und Heer geführten Attacken zu entkommen. Seine Organisation strebe nicht nach politischer Macht in Nicaragua, sondern nach Anerkennung ihrer „Autonomie, Traditionen und Kultur".

In Paris ist „Liberalismus" wieder in

Die Oppositionsparteien suchen nach ideologischen Alternativen für die Zeit danach

A. GRAF KAGENECK, Paris

Die französische Opposition spielt ein gewagtes Spiel. Sie leistet sich den Luxus, drei Pferde gegen François Mitterrand laufen zu lassen, in der Hoffnung wohl, daß eines von ihnen sich spätestens in der Ziellinie durchsetzen wird. Aber dem scheint ganz und gar nicht so. Vorläufig be*hindern sich Valéry Giscard d'E*staing, Jacques Chirac und Raymond Barre eher gegenseitig, versuchen sich in die Außenkurve abzudrängen, beißen sich in die Nasen und keilen aus.

Manchmal sieht es so aus, als käme es zum Bruch zwischen Gaullisten und Giscardisten, zum Bruch zwischen Giscardisten und Barristen, die seit 1976 unter einem Dach zusammenwohnen und sich heute spinnefeind sind. Denn in der ureigensten Partei Giscards, der „*Republikanischen Partei*", gibt es heute einen sich schnell verstärkenden Flügel, der glaubt, daß der bessere Mann für das große Rennen gegen Mitterrand in drei Jahren, bei den Präsidentschaftswahlen 1988, Raymond Barre und nicht der Parteichef sei.

Regelmäßige Existenzfrage

Aber damit erschöpfen sich die Widersprüche innerhalb der Opposition nicht, die sehr wohl zum Bruch führen können. Man ist sich innerhalb ihrer drei Komponenten keineswegs darüber im klaren, wie man sich Mit*terrand gegenüber bis 1988 verhalten* soll. Im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen gibt es schon 1986 die Parlamentswahlen. Die eigenartige Anlage der Verfassung der 5. Republik, wonach der Präsident alle sieben, die Nationalversammlung alle fünf Jahre gewählt wird, wirft nun fast regelmäßig vor den Wahlterminen die existentielle Frage auf, ob es eine Nationalversammlung geben kann, die von einer anderen Mehrheit gewählt wurde als der Präsident. Auch im Falle Mitterrands erhebt sich die Frage des „Zusammenwoh*nens unter einem Dach" von rechts* und links, für das die Franzosen den Begriff „co-habitation" erfunden haben, und dieses Wort geistert nun schon seit Wochen durch die politische Debatte.

Auch hier sind scharfkantige Gegensätze innerhalb der Opposition *nicht zu übersehen. Barre lehnt eine* „co-habitation" entschieden ab, während Giscard und Chirac sich noch einen gewissen taktischen Spielraum bis 1986 lassen wollen. Denn sie sind nicht sicher, was der Wähler will, ob er eine Staatskrise hinnehmen oder lieber für einen politisch farblosen Regierungschef unter einem geschwächten Sozialisten im Elysée Palais plädieren würde. Aber nicht einmal Chirac kann in seiner eigenen Partei auf totale Gefolgschaft für einen solchen *Mittelkurs zählen. Es* gibt Gaullisten, wie den Fraktionschef in der Kammer, Labbe, oder seinen Kollege im Senat, Pasqua, die den Präsidenten schon jetzt zum vorzeitigen Rücktritt zwingen wollen, und zwar über die Entwicklung in Neukaledonien, wo sich die Situation sehr rasch und plötzlich wieder dramatisch verschärfen könnte, oder über eine große soziale Krise um die ansteigende Arbeitslosigkeit, wobei sie sich auf die Kommunisten verlassen können, die das Klima in den Betrieben und auf der Straße anzuheizen begonnen haben.

Und so ist die große Frage in der Opposition auch, was man denn nun anders machen soll, wenn ihr im nächsten Jahr wieder die Regierungsverantwortung zufallen sollte. Während sich die Sozialisten und die Kommunisten, jeder auf seine Weise und im Vorfeld anstehender Parteitage, den Kopf über ihren Niedergang und dessen Ursachen, über Identität und Glaubwürdigkeit zerbrechen, hat die Opposition ein altes, etwas verstaubtes Stichwort, den „Liberalismus", aus der Schublade geholt.

Abschreckendes Beispiel

Sie tut es mit einer gewissen Vorsicht, denn mit dem großen Champion des Liberalismus, Giscard d'Estaing, hat es 1981 ein schlimmes Ende genommen. Und die Franzosen, seit Colbert, also seit gut 300 Jahren, an eine strenge staatliche Hand gewöhnt, haben eine instinktive Abneigung gegen das totale Zügel-schießen-Lassen.

François Leotard, der Generalsekretär der „Republikanischen Partei", der eigentlichen Hüterin des Giscardschen Liberalismus, hat in einem langen Interview mit dem „Quotidien de Paris" einem Liberalismus des Augenmaßes das Wort geredet. Der „avancierte", also der ungehemmt vorwärtsstürmende Liberalismus sei *nichts für Frankreich*, denn er öffne „zu große Freiräume", in denen die Leute Angst bekämen.

Aber Leotard, der übrigens großen Wirbel auslöste, weil er sich in einem anderen Interview als Premierminister unter Mitterrand bei einem Wahlsieg der Bürgerlichen 1986 anbot, will *immerhin den Würgegriff des Staates* auf den Produktionsapparat, den die Sozialisten noch verstärkt haben, lockern, die Allgewalt der Administration beenden, den Beamtenapparat abbauen, mit der Planwirtschaft aufhören. Und das wollen, folgt man den Zeichen des Überdrusses gegenüber dem Sozialismus, gewiß auch die meisten Franzosen.

Unsicherheit in der Welt (IV): Italiens Terror-Jahre sind vorbei, die Sorge blieb

Von FRIEDRICH MEICHSNER

Der Kampf gegen die Kriminalität stand im Mittelpunkt des Kabinettsrates, mit dem die italienische Regierung nach den Weihnachtsferien ihre Arbeit wiederaufnahm. Innenminister Scalfaro drängte auf schnelle Verstärkung der Sicherheitsstreitkräfte. Entsprechende Projekte, die eine Erhöhung des Personalstandes der Karabinieri um 8000 Mann, der Polizei um 4500 Mann und der polizeilichen Sondereinheiten (Grenz-, Post-, Eisenbahn- und Straßenpolizei) um 9000 Mann vorsehen, fanden ihren Niederschlag in einer Gesetzesvorlage, die im Eilverfahren durch das Parlament gebracht werden soll. In der Öffentlichkeit fin*den solche Pläne unter dem Schock*, den das Zugattentat zwischen Florenz und Bologna bewirkt hat, fast ungeteilte Zustimmung. Auch Italiens Bürger *ruft nach mehr Sicherheit.*

In den vergangenen Jahren konnte der demokratische Staat in seinem zähen Ringen mit den Kräften der Kriminalität aller Schattierungen zweifellos einige beachtliche Erfolge erzielen: Der linken Terrororganisation der Roten Brigaden und deren Hilfstruppen wurde das Rückgrat gebrochen. Mafia und Camorra verfügen dank des entschiedenen Zugreifens mutiger Polizeifahnder, Staats*anwälte und Richter* über keine unverletzlichen „Sanktuarien" mehr. Zum ersten Mal ist im vergangenen Jahr sogar einer der „Paten" abge*sprungen* und hat sich zur Zusammenarbeit mit Polizei und Justiz entschlossen. Die landesweit verbreitete sogenannte „Entführungs AG" wurde dezimiert, so daß die Zahl der erpresserischen Entführungen von 39 in den ersten elf Monaten des Jahres 1983 auf 16 im Jahre 1984 (Januar bis November) zurückging.

Trotz dieser Erfolge stellte der Pressesprecher des Innenministeriums in einem Gespräch mit der *WELT fest: „Die Sicherheit des Bür*gers ist im allgemeinen nicht größer geworden." Er zitierte seinen Minister, der die Situation des Staates auf *diesem Gebiet* gelegentlich mit der Lage einer Familie vergleiche, in der ein Mitglied von einer schweren Krankheit befallen sei. Alle Kräfte der Familie konzentrierten sich in diesem Fall darauf, diesem Todkranken zu helfen, und die anderen Familienprobleme würden dadurch vernachlässigt. Auch Italien habe in den letzten Jahren seine Kräfte auf lebensbedrohende Erkrankungen wie Terrorismus und organisierte Kriminalität konzentriert. Der Staat dürfe jedoch die „Kleingeld-Kriminalität" dabei nicht aus dem Auge verlieren. Denn diese vor allem wirke sich direkt auf das tägliche Leben des Bürgers aus und sei letztlich entscheidend dafür, wie sicher er sich fühle.

Daß die Sicherheitsdecke zu kurz *ist, zeigt die am Jahresende veröffent*lichte Kriminalstatistik für die ersten elf Monate von 1984. Gegenüber dem Vergleichszeitraum 1983 signalisiert *sie zwar einen Rückgang* von Entführungskriminalität (um 59 Prozent), Morden (um 14,6 Prozent) und Attentaten (um 24,4 Prozent), gleichzeitig aber auch ein Ansteigen der Zahl der Raubüberfälle von 3958 auf 4043 und der Drogentoten von 237 auf 350. Die Verbindung von Drogensucht und Eigentumsdelikten, von denen die einfachen Diebstähle, Einbrüche und „scippi" (Handtaschendiebstähle) in der ministeriellen Statistik gar nicht erfaßt sind, liegt deutlich zutage.

Im Bereich dieser Eigentumskriminalität haben sich in letzter Zeit einige Schwerpunkte gebildet: Die Au*tobahnen, die Eisenbahnen, der Geld*transport durch die Post und eine illegale Ausländerkolonie, deren Stärke auf 800 000 Personen ge*schätzt wird. Die Autobahnen sind*, wie man sich im Innenministerium ausdrückt, zu einer „Freizone des Verbrechens" geworden. Immer wieder werden zwischen Brenner und Palermo Lastwagen ausgeraubt, verschwinden ganze Tierlastzüge spurlos. Ebenso haben im vergangenen Sommer die nächtlichen Überfälle auf Zugreisende in bedenklicher Weise zugenommen. Nach den letzten Erkenntnissen des Innenministeriums werden sie vorwiegend von versprengten Gruppen großer Mafia- und Camorra-Organisatioen verübt, die nach der Verhaftung ihrer Bosse führungslos geworden sind und deren untere Ränge auf diese Weise wieder zu Geld zu kommen versuchen. Aus diesen Kreisen rekrutieren sich wohl auch zahlreiche Posträubergangs.

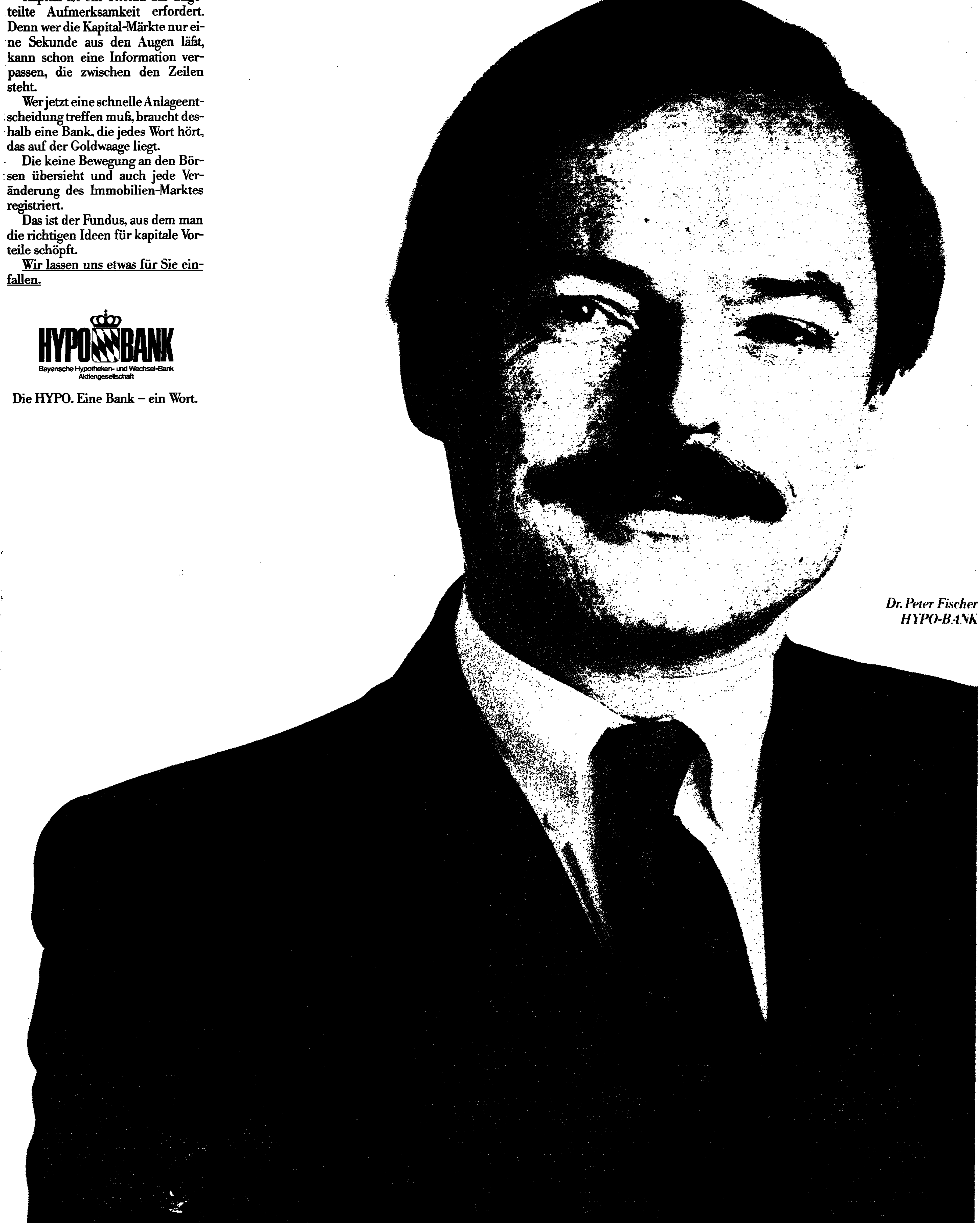
Vor besondere Probleme sehen sich die Sicherheitsorgane durch die *illegale Ausländerzuwanderung* gestellt. Als Touristenland hat Italien sehr offene Grenzen. Vor allem in der Reisesaison ist eine effektive Kontrolle an den Grenzübergängen und auf dem römischen Flughafen Fiumicino bei dem krassen Mißverhältnis zwischen der Zahl der Touristen und derjenigen der Grenzpolizisten gar nicht durchführbar. Und wer erst einmal im Lande ist, kann dank einer permissiven Handhabung der gesetzlichen Bestimmungen für Ausländer, die ebenfalls durch den Mangel an polizeilichem Personal weitgehend mitbestimmt ist, relativ leicht untertauchen.

Wie hoch die Kriminalität unter den 800 000 illegalen Ausländern ist, zeigen zwei offizielle Zahlen: Von den registrierten 405 011 *Ausländern* befanden sich am 11. Dezember vorigen Jahres nur 9 im Gefängnis; von den rund 40 000 italienischen Gefangenen waren aber nicht weniger als 10 Prozent, also etwa 4000, Nichtitaliener. Fast alle waren also illegale Ausländer – die meisten aus nahöstlichen, afrikanischen und lateinamerikanischen Ländern. Unter den ihnen zur Last gelegten Verbrechen rangieren vor allem Rauschgifthandel, Eigentumsdelikte und Terrorismus.

Anhand der Statistik ist sicherlich die Feststellung berechtigt, daß Italien im letzten Jahr im allgemeinen nicht sicherer geworden sei. Vergleicht man jedoch die Situation von heute mit Angstzuständen des ganzen Volkes während der berüchtigten „anni di piombo", der bleischweren Jahre der Terrorismus-Hochkonjunktur, dann kann zumindest ein Nachlassen der kollektiven Angst nicht übersehen werden: Das zeigt sich schon darin, daß heute im Gegensatz zu diesen Jahren in Großstädten wie Rom und Mailand wieder nächtliches Leben herrscht, *daß* die Bars und Restaurants nicht mehr verlassen sind, daß der Verkehr an den Festtagen um die Jahreswende bis in die frühen Morgenstunden hinein kaum abflaute.

Sicherlich ist das Ausmaß der Kriminalität nach wie vor unerträglich. *Aber das Gefühl totaler Unsicherheit* beginnt beim Bürger zu weichen – ebenso wie die fatalistische Hinnahme krimineller Tyrannei allmählich einem Aufbegehren gegen die Herrschaft der Unterwelt Platz macht. Sicherlich ist die Ordnungsmacht noch längst nicht stark genug, aber sie ist fraglos besser ausgebildet und ausgerüstet als zu der nur wenige Jahre zurückliegenden Zeit, da der demokratische Staat unter dem gemeinsamen Ansturm von politisch verbrämtem Terrorismus, international weitverzweigtem Gangstertum und kommuner Kriminalität fast zu zerbrechen drohte.

Kapital ist ein Kapitel für sich.



Kapital ist ein Thema das ungeteilte Aufmerksamkeit erfordert. Denn wer die Kapital-Märkte nur eine Sekunde aus den Augen läßt, kann schon eine Information verpassen, die zwischen den Zeilen steht.

Wer jetzt eine schnelle Anlageentscheidung treffen muß, braucht deshalb eine Bank, die jedes Wort hört, das auf der Goldwaage liegt.

Die keine Bewegung an den Börsen übersieht und auch jede Veränderung des Immobilien-Marktes registriert.

Das ist der Fundus, aus dem man die richtigen Ideen für kapitale Vorteile schöpft.

Wir lassen uns etwas für Sie einfallen.

HYPO BANK

Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank Aktiengesellschaft

Die HYPO. Eine Bank – ein Wort.

Dr. Peter Fischer
HYPO-BANK

Die Vertragspolitik des Kreml diente immer nur der Entfaltung politischer Macht

Dutzende von Abkommen und Protokollen säumten den Pfad der Entspannung in den Realismus von heute

Von THOMAS KIELINGER

Ist die Entspannung ein abgeschlossenes Kapitel? Wie kein anderes Wort beflügelt dieser Begriff immer wieder von neuem die Hoffnung, er könne aus seiner historischen Umrahmung ins Leben zurücktreten.

Spürbar ist das in diesen Tagen, da die beiden Weltmächte sich anschikken, in die nächste Runde des Abrüstungsdialogs einzuschwenken. Nur die Umwelt steht verändert da, verglichen mit der Lage zu Ende der 60er Jahre. Verändert und komplizierter, doch nicht unbedingt gefährlicher. Die Waffenarsenale in Ost und West haben zwar zugenommen, und damit die Megatonnage der Bedrohung. Doch stehen sich die beiden Systeme, die dergleichen Mittel zur gegenseitigen Abschreckung benötigen, augenblicklich nicht in Konfliktverschärfung gegenüber.

Auch werfen dritte Schauplätze zur Zeit nicht jene Sorgen auf, die noch vor fünfzehn Jahren den politischen Beratergremien Kopfschmerzen verursachten und bei vielen Zeitgenossen Kriegsängste entstehen ließen. Der Vietnamkrieg – eine Legende, gemeißelt in den schwarzen Marmor des Washingtoner Kriegerehrenmals. Der Nahostkonflikt – nicht beigelegt, beileibe nicht, aber doch zur Zeit nicht im Stadium der Bedrohlichkeit, die dem Yom-Kippur-Krieg vorauslief und in ihm gipfelte. Die Lage in Zentraleuropa – weiterhin gedrückt und bedrückt von der Teilung des Kontinents, dabei ohne Zuspitzung, aber auch ohne einladende Visionen, wie sie der Ostpolitik und der Helsinki-Schlußakte einst Pate standen.



Nixon und Breschnew in San Clemente: Einvernehmliche Gespräche über die Beschränkung atomarer Rüstung FOTO: CAMERA PRESS

Nicht mehr überall Eindämmung üben

Was am stärksten absticht: die strategische Gesundung der USA. Das Land ist in keine aussichtslose auswärtige Konfliktlage verstrickt. Es gibt nicht Signale des Rückzugs, sondern der geopolitischen Präsenz, freilich einer dosierten. Der amerikanische Isolationismus, immer vorhanden, drückt weniger Weltschmerz aus als eine ruhigere Berechnung des eigenen Interesses: Nicht mehr überall muß Containment geübt werden. Technologievorsprung und das Bewußtsein, die Waffen der Zukunft zu besitzen, im Weltraum – das gibt ihnen ein ausreichendes geschichtliches Gefühl, vermehrt um das Wertgefühl, das bessere System zu vertreten. So wächst neues Selbstvertrauen, neues Zutrauen in die eigene Weltstellung.

Das, was wir als Entspannung ins Gedächtnis rufen, zeigte wenig von diesen Zügen. Kissingers und Nixons Versuch, die Bipolarität der Welt zu zähmen und zu fixieren, glich mehr einer Strategie, das eigene strategische Abgleiten aufzuhalten; es war kein Ausdruck gesteigerter historischer Zuversicht. Angefangen hatte es freilich ganz ohne besondere Ambitionen, sondern als ein Poker um das heiße Eisen antiballistische Abwehr. Und es ist bemerkenswert, daß schon Johnson über die Debatte um die ABM-Frage zum ersten Ansatz einer Rüstungskontrolle kam.

Unter Lyndon B. Johnson erlitt der Glaube, die Sowjets würden nach dem Kuba-Erlebnis nie mehr die strategische Überlegenheit der USA in Zweifel ziehen wollen, Ende 1966 einen ersten Stoß, als US-Nachrichtendienste Kenntnis eines operativen sowjetischen Anti-Raketen-Systems, genannt „Galosch", erhielten, disloziert um die sowjetische Hauptstadt Moskau. Verteidigungsminister McNamara sah sich bald der Forderung ausgesetzt, auch die USA müßten den Bau ihres ABM-Systems, „Sentinel", vorantreiben. Ein Versuch, den sowjetischen Premierminister Kossygin während des Gipfeltreffens im Städtchen Glassboro von der Sinnlosigkeit eines Wettrennens um defensive Waffensysteme zu überzeugen, mißlang im Juni 1967.

Die Sowjets glaubten lange nicht *an den Willen der Amerikaner zu einem* eigenen antiballistischen System. Erst als am 24. Juni 1968 der Senat das „Sentinel"-Projekt passieren ließ, reagierte Moskau: Drei Tage später gab Außenminister Gromyko bekannt, daß die UdSSR zu Abrüstungsverhandlungen mit den USA bei defensiven wie offensiven Waffen bereit sei. Doch der Einmarsch in der Tschechoslowakei walzte auch diesen Frühling der Diplomatie nieder.

Die neue Administration sah sich einer Welt gegenüber, in der der Ruf nach Entspannung, kaum sechs Monate nach der „brüderlichen Unterwerfung" der Tschechen, mächtig angeschwollen war. Henry Kissinger bemerkt darüber mit leichtem Sarkasmus in seinem ersten Memoiren-Band: „Es war merkwürdig, daß ausgerechnet Amerika in der Folge der tschechoslowakischen Ereignisse aufgefordert wurde, seinen guten Glauben unter Beweis zu stellen." In Europa hatte der Harmel-Bericht, schon im Dezember 1967 vom Nato-Ministerrat angenommen, ein neues Konzept der Sicherheit und Zusammenarbeit entstehen lassen, auf den als Fundament sich die späteren ostpolitischen Unternehmungen der Bundesregierung berufen konnten.

Die *amerikanische Ausgangslage* nahm sich nicht rosig aus. Dies waren die Jahre, in denen Umfrage um Umfrage eine wachsende isolationistische Neigung im Lande registrierte. Der Vietnam-Schock schien alle globalen machtpolitischen Instinkte abzutöten. Eine diskreditierte politische Elite suchte nach Erklärungen für ihre Fehlentscheidungen des vorangegangenen Jahrzehnts, ohne Linderung für den Schuldkomplex des Landes finden zu können. Nixon, diesen Stimmungen Rechnung tragend, konzipierte im Sommer 1969 eine eigene „Doktrin", welche vorsah, daß sich viele der bedrängten Freunde Amerikas in der Welt unter Aufbietung eigener Mittel würden helfen müssen. Aus vordergründigsten Motiven gab seine Regierung die Wehrpflicht auf. Derweil wies die Kurve der amerikanischen Verteidigungsausgaben dramatisch nach unten, blieb das Bild der sowjetischen Rüstung verschwommen.

Erst im Laufe des Jahres 1969 wurde der wahre Umfang der sowjetischen Rüstung deutlich. Allein bei den festverbunkerten Fernraketen war das russische Arsenal wie über Nacht nach vorn geschnellt: Januar 1967 – 500 ICBMs. September 1968 – 875 ICBMs. November 1969 – 1140 ICBMs. Fast gleichzeitig mit den Amerikanern hatten die Sowjets bereits 1968 die ersten Mehrfachsprengköpfe (MIRV) auf ihren Raketenköpfen getestet, während ihr Flottenbauprogramm Projektionspläne für die fünf Meere zu verriet.

Dem neuen Präsidenten und seinem Sicherheitsberater wurde rasch klar, daß eine herkömmliche Abrüstungspolitik nicht geeignet sein würde, den sowjetischen Vorstoß in militärisch und weltpolitisch günstige Positionen aufzufangen. So entwikkelten sie das Konzept der „linkage", *ein kunstvolles Geflecht von ineinanderverwobenen* Interesseausgleichen, mit denen die Nixon-Administration hoffte, den bedrohlich zu werdenden Wettbewerb mit der Sowjetunion zu regulieren. Dabei diente die Öffnung zu China als flankensichernde Maßnahme, diese Linkage-Politik im Kreml mit dem nötigen Druck unterzubringen.

Strategische Abrüstung, wie Nixon in einem längeren Schreiben vom 4. 2. 1969 an drei seiner wichtigsten Kabinettsoffiziere darlegte, müsse nun nicht mehr nur nach den Bemessungen militärisch relevanter Daten angegangen, sondern könne auch im Zusammenhang der Lage im Nahen Osten, oder aber beim Fortgang der Pariser Vietnam-Friedensgespräche Moskau gegenüber zur Sprache gebracht werden. Auch Berlin konnte in diesem „linkage"-Konzept seinen Platz finden. Moskau seinerseits, als gleichberechtigte Großmacht zu dieser Entzerrung der globalen Konfliktmasse mitaufgefordert, würde im Gegenzug für normengerechtes Verhalten die Segnungen amerikanischen Handels, Kapitals und amerikanischer Technologie erhalten.

Die Hochblüte der Entspannung, die sich um die drei Nixon-Breschnjew Gipfeltreffen vom Mai 1972, Juni 1973 und Juni 1974, sowie um die parallelen diplomatischen Schritte zwischen Ost- und Westeuropa entwickelte, entsprach einer kurzlebigen Illusion, die einander widerstreitenden Systeme in Ost und West an vergleichbare Auffassungen von der Natur der internationalen Beziehungen anbinden zu können. Für eine Weile überdeckte der rasche diplomatische Fortschritt die Widersprüche zwischen den Erwartungen, die beide Seiten an ihr „reziprokes Verhalten" richteten.

Circa dreißig Abkommen und Protokolle säumten den Erfolgspfad der drei Gipfeltreffen zwischen der amerikanischen und der sowjetischen *Führung,– von der Begrenzung strategischer* Waffen über Abkommen auf Gebieten wie: Fischereiwesen, Getreidehandel, medizinische Forschung (menschliches Kunstherz!), Erforschung des Weltraums, Wissenschaft und Technik, Verhütung von Zwischenfällen auf hoher See, Energie, Bauwesen, Verhinderung atomarer Konflikte. Unter allen Texten *muß der Moskauer Prinzipienerklä*rung vom 29. Mai die grundlegendste Bedeutung beikommen, weil hier der bisher letzte und kaum wiederholbare Versuch gemacht wurde, die Gemeinsamkeit der Interessen zu definieren – eine Definition, die schon bald an den Wirklichkeiten der systemischen Unterschiede zerbrach.

Es sollte sich erweisen, daß Moskaus ungebremste Einmischung in nationale Krisenherde, ein nach dem sozialistischen Internationalismus gültiges Vorgehen, nicht in ein Flußbett restaurativer, „bourgeoiser" Diplomatie zu zwängen war. Krass verletzte der sowjetische Partner bereits im Vorfeld des Yom-Kippur-Krieges, Oktober 1973, das Versprechen von Moskau, „Entwicklungen von Situationen zu verhindern, die eine gefährliche Verschärfung in den beiderseitigen Beziehungen mit sich bringen können." (Prinzip 2)

Die ersten sowjetischen Scud-B-Mittelstreckenraketen hatte Ägypten wahrscheinlich schon im März und April 1973 erhalten (Osteuropa-Handbuch, Sowjetunion, Außenpolitik II). Während des Konflikts registrierten an den türkischen Meerengen stationierte amerikanische Detektoranlagen sogar die Verschiffung nuklearer Gefechtsköpfe nach Ägypten, sowie später deren Abtransport. Und das in einem Jahr, in dem sich drei Monate zuvor in San Clemente Nixon und Breschnjew auf Maßnahmen zur Verhinderung atomarer Konflikte geeinigt hatten.

Auf dem Höhepunkt des Oktober-Krieges standen sich die sowjetische Drohung, ein Expeditionskorps nach Ägypten zu entsenden – sieben Luftlandedivisionen waren im Raum Perm bereits zusammengezogen worden – und eine amerikanische weltweite Mobilmachung auf der Stufe „DefCon III" (unter Einschluß der Nuklearwaffen-Verbände) nicht gerade entspannt gegenüber. Es war die erste deutliche Demonstration, daß Moskau unter den Bedingungen des ungeminderten Wettbewerbs jeden machtpolitischen Vorteil auf Feldern der Dritten Welt ausnützen würde. Die gleiche Unterordnung der Vertragspolitik unter das Ziel machtpolitischer Entfaltung lag bei der Rüstungskontrolle vor. Der Kreml akzeptierte Begrenzungen nur, solange diese nicht der Aufrüstung im Wege standen.

Erfolg mit „Zuckerbrot und Peitsche"

*Nach dem ersten Frost auf der Blu*me der Entspannung zwischen den Großmächten zerfielen die Maschen der Politik „gegenseitig vorteilhafter" Beziehungen sehr rasch. Mit der Watergate-Krise verlor der amerikanische Präsident schließlich jeden Einfluß auf seine eigene Legislative und damit das letzte Steuerungsmittel, eine Politik von „Zuckerbrot und Peitsche" (carrot and stick) gegenüber Moskau erfolgreich durchzusetzen. Als im Sommer 1974 mit dem Jackson-Vanik Amendment vom US-Senat durchgesetzt wurde, den Sowjets den Status der wirtschaftlichen „Meistbegünstigung" nur zu erteilen, wenn sie die Ausreise für jüdische Bürger erleichterten, winkte der Kreml verärgert ab; hier war für ihn das Prinzip der „linkage" auf den Kopf gestellt, eine Vorbedingung angemeldet worden.

Da der *Lockwert wirtschaftlicher* Angebote somit seinen Wert verloren hatte, konnte auch von dem Zuchtmittel amerikanischer Macht nicht mehr viel übrig bleiben. Entschlossen, in der Ära nach Vietnam und Watergate der Exekutive die Zügel aus der Hand zu nehmen, schnitt der Kongress 1975 im Konflikt um Angola mit Hilfe des Clark Amendment *folgerichtig* jede amerikanische *Hilfe* für die bedrängten UNITA-Truppen ab. Drei Jahre zuvor hatte Kissinger zusammen mit Nixon die Tragfähigkeit der Entspannungspolitik in allzu freudigen Farben geschildert (der Präsident sprach nach dem ersten Moskauer Gipfel vom Anbruch einer „Ära des Friedens"). Jetzt mußte er erleben, wie die amerikanische Innenpolitik die letzten Stoffreste des großen intellektuellen Faltenwurfs unter sich verhökerte.

Für Jimmy Carter bot der Scherbenhaufen Entspannung ein wahres Rätsel, das sich für ihn nie auflöste. Entsprechend inkongruent fielen seine politischen Antworten aus. Hatte Präsident Ford, auf Anraten von Henry Kissinger, sich noch geweigert, einen Dissidenten wie Alexander Solschenizyn im Weißen Haus zu empfangen, so probierte es der Mann aus Plains mit der umgekehrten Methode und lies öffentlich von seinem Schriftverkehr mit Sacharow und anderen verfolgten Sowjetbürgern wissen. Dem noblen Gedanken stand leider kein politisches Durchsetzungsmittel zur Seite, was für die meisten der West-Ost-Initiativen dieses Präsidenten galt.

Realismus, Stärke und Dialogbereitschaft

Daher sank unter Jimmy Carter der sowjetische Wille zur Zurückhaltung auf einen Nullpunkt ab. Auch einseitigen Deklarationen rüstungspolitischer Mäßigung der USA, wie dem Stop des B-1 Bombers und der Verlangsamung der meisten strategischen Waffenprogramme, kam Moskau nicht entgegen – was niemanden verwundern konnte, der die „Korrelation der Kräfte" und ihre Verschiebung zu Moskaus Gunsten im Blick behielt. Mit einer Destabilisierungspotenz namens Castro in der Hinterhand und dem Willen zum Einsatz selbst der eigenen, der roten Armee, schob sich Moskau ungestraft nach Nordjemen, Äthiopien, Nicaragua, schließlich Afghanistan vor. Zumindest konnten die Sanktionen Jimmy Carters, nach der Afghanistan-Invasion verhängt, keinen höheren Preis abverlangen als der tapfere Widerstand der Mujaheddins. Der Präsident, bekehrt zum Realismus in einem Akt höchster politischer Erniedrigung, sah mit dem endgültigen Aus der Entspannung alten Stils zugleich die Chance seiner Wiederwahl ruiniert. SALT II, kaum unterzeichnet, ging mit ihm verloren.

Ist aus diesem Debakel etwas für die neue Dialogrunde zwischen Moskau und Washington zu lernen? Die Geschichte tritt nicht noch einmal in den gleichen Fluß. Die Präsidentschaft Reagan steht unter keinen besonders kühnen oder neuen Globalkonzepten, und sie reagiert damit sehr wach und klug auf den immer schwankenden Zustand der internationalen Beziehungen. Statt die Stabilität auf der Welt wie im Schmetterlingsnetz eines Gesamtplansfangen zu wollen, hat dieser Präsident sich unter die Trias von „Realismus, Stärke, Dialogbereitschaft" gestellt. Es ist der beste Weg, die Enttäuschungen der Entspannungsära aufzuarbeiten und der anderen Seite, Moskau, jenen Respekt einzuflößen, aus dem Entspannung ihre Stabilität, ihre Berechenbarkeit, ihren Wert beziehen kann.

Briefe an DIE ● WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Feste „Jein-Haltung"

Arme CDU/CSU! Alle Stellungnahmen aus ihrem Bereich zur Diskussion um die Oder-Neiße-Linie und zum Motto des Schlesiertreffens „Schlesien bleibt unser" sind geprägt von einer längst vergessen geglaubten „Jein-Haltung".

Man fühlt sich erinnert an: „Dagegen (gegen die Ostverträge), solange Annahme gesichert." Was danach kam, ist bekannt.

Das allen Ostdeutschen bereitete Trauma durch die Stimmenthaltung bei den Ostverträgen bedeutete u. a. den Verlust der Regierungsverantwortung für mehrere Legislaturperioden. Ist die Sehnsucht nach den Oppositionsbänken schon wieder so stark?

Erneut wird taktiert, wo Festigkeit und Klarheit geboten sind. Wer hält Kurs? Antwort: Herr Genscher! Doch welcher Mittel- und Ostdeutsche vermag dessen Staatsräson zu folgen? Dabei stellen die jüngsten Äußerungen des Herrn Genscher (WELT v. 5./6. 1.) bezüglich der Endgültigkeit der Oder-Neiße-Linie den absoluten Höhepunkt dar. Dieser Außenminister spricht bereits für unsere Enkelkinder und will damit künftige deutsche Regierungen festlegen. Und all dies ist mit Amtseid und der Verfassung vereinbar? Wo ist das deutschlandpolitische Gegengewicht in dieser Koalition, das sich hörbar zu Wort meldet und die deutschen Interessen i. S. höchstrichterlicher Entscheidungen wahrnimmt?

Bleiben diese „Entgleisungen" des Außenministers unwidersprochen im politischen Raum stehen, so muß gefolgert werden, hierzu bedurfte es keines Regierungswechsels! CDU/CSU müssen sich fragen lassen: Kennt man das eigene Wahlprogramm vom 6. März 1983 nicht mehr: „... Das heißt für uns, die deutsche Frage nicht nur theoretisch offen zu halten ... Alle Verträge ... sind – ebenso wie die Ostverträge – keine endgültigen Regelungen, sondern beschreiben nur einen vorläufigen Zustand ..."

Will man in der Verantwortung nichts mehr wissen von den Initiativen und Aussagen zur Deutschland- und Ostpolitik während der sozialliberalen Koalition? Es wird Zeit, daß daran erinnert wird. In diesem Zusammenhang ist die kampagneartige Einflußnahme (auf „Weisung" des AA?) aus dem Bundeskanzleramt auf das Motto des Schlesiertreffens wahrlich kein Ruhmesblatt. Und dies alles, nachdem das Bundeskanzleramt im Mai 1984 mitteilte, den Begriff „Ostdeutschland" nicht mehr zu verwenden. Für diese Republik ist es wahrlich ein Segen, daß es die Landsmannschaften gibt. Wenigstens bei ihnen ist sichergestellt, daß die Denkkategorien und die Grenzen des Denkens nicht von Moskau und Warschau beeinflußt werden.

Aber wie sagte doch Bundesinnenminister Dr. Zimmermann am 30. Januar 1983: „Tendenzen, die deutsche Frage auf die Bundesrepublik Deutschland und Mitteldeutschland zu beschränken und die ostdeutschen Gebiete jenseits von Oder und Neiße nicht einzubeziehen, wird es bei der neuen Bundesregierung nicht geben."

P. Großpietsch, Bonn

Versachlichung

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit großem Interesse habe ich Ihre Ankündigung gelesen, daß Sie in Zukunft stärker als bisher über die Bereiche Umwelt, Forschung und Technik berichten wollen. Die ersten Beiträge zu diesem Thema in der Ausgabe vom 8. Januar 1985 sind sicherlich nur ein Anfang und deshalb noch nicht repräsentativ für diese Rubrik.

Jeder Verantwortliche in Wirtschaft und Technik wird *heute* im privaten Gespräch zugeben, daß große Anstrengungen unternommen werden müssen, um die erheblichen Gefahren für Menschen, Tiere und Pflanzen abzuwenden oder zu verringern. Bei Äußerungen in der Öffentlichkeit wird die Gefährdung der Umwelt dagegen immer wieder relativiert, um den eigenen Unternehmensbereich vor Sonderlasten zu bewahren.

Es wäre ein großes Verdienst der WELT, wenn es Ihnen gelänge, diesen Gegensatz durch Versachlichung der Diskussionen abzubauen und dem Umweltschutz durch technischen Fortschritt den Weg zu ebnen.

Hierzu gehört die Information über neue technische Möglichkeiten wie auch eine kritische Berichterstattung über Forschungsergebnisse und Meinungsäußerungen zur konkreten Gefährdung des Bodens, des Grundwassers, der Luft und so weiter.

Mit freundlichen Grüßen
P. Vogel, Hamburg 63

Fall Marzabotto

„Marzabotto will Reder nicht vergeben": WELT vom 31. Dezember

Sehr geehrter Herr Dr. Kremp,

bezugnehmend auf den oben angeführten Artikel verstehe ich DIE WELT nicht mehr.

In diesem Artikel bedient sich der Verfasser des Vokabulars italienischer, kommunistischer Banden zum Ende des Zweiten Weltkrieges und wiederholt ungeheuerliche Anschuldigungen gegen Soldaten und Offiziere der früheren Wehrmacht, also gegen Väter, Söhne und Brüder unseres Volkes, obwohl diese Beschuldigungen zwischenzeitlich durch bekannte und angesehene Historiker des In- und Auslandes glaubwürdig widerlegt sind. Der Zugriff zu diesen zahlreichen Dokumenten und historischen Studien dürfte Ihrer Zeitung nicht schwerfallen.

Ich kann mir beim besten Willen kein Volk in Europa und der Welt vorstellen, das so unfaßbare Beschuldigungen gegen Soldaten der eigenen Armee wie „Die Mordopfer von Marzabotto" ungeprüft seiner Bevölkerung zur Kenntnis bringt. Bei diesem Thema werden die Leser mit einem unversöhnlichen und ebenso unverständlichen Haß militanter politischer Gegner konfrontiert, eines Gegners, der sich selbst außerhalb des auch heute noch gültigen Völkerrechtes gestellt hat.

Die Lüge von Marzabotto ist zwischenzeitlich widerlegt, die politische Absicht jedoch blieb bis in unsere Tage unverändert.

Falls Ihrer Zeitung in diesem Falle ein Fauxpas unterlaufen sein sollte, läßt sich eine Objektivierung aus heutiger Sicht bei passender Gelegenheit sicher ermöglichen.

Mit freundlichen Grüßen,
K. Martin, Freiburg i. Br.

Verzicht und Mündigkeit

Die Haltung von Herrn Genscher ist schon verwunderlich, wenn er, so häufig wie kein anderer deutscher Politiker, seit Monaten allwöchentlich zur Oder-Neiße-Linie Stellung nimmt, um im gleichen Atemzug immer wieder die von ihm selbst angefachte Grenzdiskussion als „schädlich" zu bezeichnen. In den kommunistischen Propagandazentralen wird man sich die Hände reiben. Denn die gegenstandslosen Revanchismuskampagnen derjenigen, die selbst gegenüber unserem Vaterland und in allen Teilen der Welt unter dem Vorwand einer totalitären Ideologie durch Krieg, Diktatur und Vertreibung Verbrechen an Menschen und Völkern begehen, sind dem Außenminister der Bundesrepublik Deutschland Anlaß, patriotische Demokratien, die auf friedlichem Wege die Wiedervereinigung Deutschlands in allen seinen Teilen anstreben, zu maßregeln und in die Schranken zu weisen.

Hat Herr Genscher so wenig Vertrauen in den Gewaltverzicht und die demokratische Mündigkeit der Deutschen, daß für ihn kommunistische Revanchismusvorwürfe nicht völlig gegenstandslos sind?

Wie mag es auf unsere Landsleute in Mittel- und Ostdeutschland wirken, wenn kommunistische Propagandastimmen einen Außenminister der Bundesrepublik Deutschland so nachhaltig beeinflussen können?

Ist Herr Genscher sich eigentlich bewußt, daß Vertreibung und Zwangspolonisierung beziehungsweise -sowjetisierung der ostdeutschen Landsleute, denen er den Mund verbieten will, bis heute anhalten?

Nur auf dem Boden gegenseitigen Vertrauens der betroffenen Völker wird eines Tages ein wirklich friedliches, freiheitliches Europa geschaffen werden können. Voreilige Verzichtserklärungen an die heutigen Unrechtsmächte können in diesem Zusammenhang nur zu hinderlichen Mißverständnissen führen. Doch wird man sich angesichts der Umwälzungen, die ein Niedergang der sowjetischen Macht in Europa mit sich bringen wird, überhaupt noch an die Äußerungen heutiger Status-quo-Politiker à la Genscher erinnern?

A. Theisen, Bornheim-Merten

Wort des Tages

» Nur auf dem Weg des wahren Umgangs mit den Dingen und Wesen gelangt der Mensch zum wahren Leben, aber auch nur auf diesem Weg kann er an der Erlösung der Welt tätig teilnehmen ... Von jedem Ding führt ein Weg zu Gott, und jeder Weg, der zu Gott führt, ist der Weg. «

Martin Buber; Philosoph und Autor (1878–1975)

Personalien

GEBURTSTAG

Einer der angesehensten Wirtschaftswissenschaftler der Bundesrepublik Deutschland auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik, insbesondere der Verkehrspolitik, der emeritierte Professor der Bonner Universität, Professor **Fritz Voigt**, feiert am Mittwoch seinen 75. Geburtstag. Der im Erzgebirge geborene Wissenschaftler habilitierte sich 1940 an der Universität Leipzig für das Fach Volkswirtschaftslehre. Er lehrte an der Technischen Hochschule Braunschweig, an der Wirtschaftshochschule Wilhelmshaven sowie an der Universität Erlangen-Nürnberg und Hamburg, bevor er 1964 an die Universität Bonn kam. Von 1964 bis 1981 leitete er hier das Institut für Industrie- und Verkehrspolitik. Sein umfangreiches wissenschaftliches Werk von über 100 Publikationen zeugt von seiner großen Produktivität und der Vielseitigkeit seiner Interessen. Er hat mit zahlreichen Projekten und Gutachten die verkehrspolitischen Entscheidungen in der Bundesrepublik Deutschland wie auch in anderen Ländern beeinflußt. Er gehört dem wissenschaftlichen Beirat beim Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit an, in dem er die Entwicklungspolitik der Bundesrepublik Deutschland beratend mitgestaltet hat.

KIRCHE

Mit einem Pontifikalamt in der von ihm aufgebauten St.-Maximilian-Kolbe-Gemeinde ist Pfarrer **Georg Walf** (49), der neue Generalsekretär des Bonifatius-Werkes der deutschen Katholiken in Paderborn, am Wochenende aus Berlin verabschiedet worden. In Paderborn wird Walf, der die Nachfolge von Prälat **Anton Kötter** angetreten hat, am Freitag feierlich in sein Amt eingeführt.

MUSIK

Für ihre Kompositionen „Fäden der Zeit" – ein Streichquartett – und „Intarsien III" erhielten der in Berlin lebende Japaner **Isao Matsushita** (34) aus Tokio und die in Stuttgart wohnende Rumänin **Andriana Hölszky** (31) jeweils den ersten Preis im dritten internationalen Komponisten-Wettbewerb „Ensemblia" in Mönchengladbach. Sie gewannen damit je 4500 Mark. Zweite Preise in Höhe von je 3000 Mark gingen an den Dortmunder **Jörg Birkenkötter** (20) und den aus Beecroft (Australien) stammenden **Michael Whithicker** (30). An der Ausschreibung beteiligten sich 120 Komponisten mit 168 Werken. Die preisgekrönten Kompositionen werden bei dem Musikfestival „Ensemblia" im Herbst uraufgeführt.

VERANSTALTUNG

Unter der Schirmherrschaft des Präsidenten der Johann Wolfgang Goethe-Universität zu Frankfurt am Main, Professor Dr. **Hartwig Kelm**, wird am Mittwoch in der Aula der Universität Professor Dr. **Jean Guillaume** von der Universität Tours einen Vortrag über „Die erste französische Renaissance" halten. Anlaß zu dieser Veranstaltung ist das Erscheinen der Monographie „Das französische Schloß der Renaissance" von Professor Dr. **Wolfram Prinz**, Dr. **Ronald G. Kecks** und Mitarbeitern im Gebrüder Mann-Verlag, Berlin. Nach dem Vortrag von Prof. Guillaume gibt das Institut Français in der Jordanstraße einen Empfang, bei dem der Leiter der Museen der staatlichen Schlösser in Hessen, Dr. **Willi Stubenvoll**, die Neuerscheinung vorstellen und eine dazugehörige Ausstellung eröffnen wird.

WAHL

Der Vorsitzende des Zentralrates der Juden in Deutschland, **Werner Nachmann**, ist für weitere zwei Jahre in seinem Amt bestätigt worden. Die Wiederwahl des 60jährigen erfolgte einstimmig.

*

Die Dramatiker-Union, ein Berufsverband der Schriftsteller und Komponisten, hat auf einer Mitgliederversammlung den Berliner Schriftsteller **Curth Flatow** und den Heidelberger Komponisten **Wolfgang Fortner** als Präsidenten der Organisation bestätigt. Ferner sind **Werner Haentjes**, **Gerhard Jussenhoven** und **Dieter W. Siebert** zu Vorstandsmitgliedern für die Sparte Musik und **Bruno Hampel**, **Horst Pillau** und **Alfred H. Unger** zu Vorstandsmitgliedern für die Sparte Wort gewählt worden.

Durch einen Irrtum wurde in der Montag-Ausgabe **Paul Th. Sommerhoff** als stellvertretender Luftwaffeninspekteur angegeben. Sommerhoff ist Amtschef des Luftwaffenamtes Porz bei Köln.

Gerade in den Wintermonaten kommt es in der Bundesrepublik immer wieder zu sogenannten „Inversionswetterlagen", bei denen die Gefahr von Smog-Bildung sehr groß ist. Der Länderausschuß für Immissionsschutz hat jetzt den Musterentwurf einer Smog-Verordnung beschlossen, der die Reduzierung der Grenzwerte für das Auslösen eines Alarms vorsieht. Die Bundesländer Hessen, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz wollen in ihrem Gebiet sogar noch schärfere Regelungen durchführen. Wegen der besonderen Lage Berlins kann die Verordnung dort kaum etwas bewirken.

Grenzwerte für Smogalarm werden künftig verschärft

Bundesländer sollen Musterentwurf des Ausschusses für Immissionsschutz übernehmen

Von D. GURATZSCH

Zweimal wurde in diesem Winter bereits in West-Berlin Smog-Alarm gegeben. Auch in Nordostbayern löste der bayerische Umweltminister die „Vorwarnstufe" zum Smog-Alarm aus. Und die Zahl der Smog-Fälle wird sich sogar noch erhöhen. Denn der Länderausschuß für Imissionsschutz hat vor wenigen Wochen den „Musterentwurf" einer Smog-Verordnung beschlossen, der wesentlich schärfere Grenzwerte vorsieht und von den Bundesländern übernommen werden soll.

Einer der „Väter" der neuen Grenzwerte ist der Düsseldorfer Professor Hans-Werner Schlipköter vom Medizinischen Institut für Umwelthygiene. Er hat nachgewiesen, daß bei Smog-Situationen besonders Herz-Kreislauf-Patienten sowie ältere Menschen in stärker belasteten Stadtgebieten gefährdet sind. Zu den Risikogruppen zählen nach Schlipköter auch Asthmatiker und Kinder.

Allein im Ruhrgebiet würden 15 bis 30 zusätzliche Tote pro Million Einwohner *„in Kauf genommen"*, wenn es zu Smog-Zuständen der Alarmstufen eins oder zwei komme. Nach einer Untersuchung für die Wintermonate von 1976 bis 1982 in Berlin sei eine „erhöhte Mortalitätsrate" bereits bei Tagesmittelwerten über 300 Mikrogramm (Millionstelgramm) Schwefeldioxid pro Kubikmeter Luft nachgewiesen worden.

Schlipköter: „Sicherlich darf die erhöhte Mortalität unter smogähnlichen Bedingungen nicht so interpretiert werden, als ob die betroffenen Menschen allein durch die Luftverschmutzung zu Tode gekommen seien. Die akute und hohe Schadstoffbelastung ist eher als Auslöser anzusehen." Die Empfehlung des Mediziners: Alle Maßnahmen der Luftreinhaltung, also auch die Grenzwertfestlegung, müßten sich deshalb nach den „Risikogruppen" der Gesellschaft richten.

Nach dem Musterentwurf der Länderarbeitsgruppe sollen die Grenzwerte der neuen Smog-Verordnung gegenüber den bereits bestehenden Verordnungen in einigen Bundesländern um rund 25 Prozent verschärft werden. Danach wird als „Auslösewert" für die Vorwarnstufe zum Beispiel bei Schwefeldioxid eine Konzentration von 600 Mikrogramm pro Kubikmeter Luft empfohlen, für die Alarmstufe 1 ein Wert von 1200 und für Alarmstufe 2 ein Wert von 1800 Mikrogramm – allerdings erst, wenn die Grenzwerte länger als drei Stunden überschritten worden sind und eine windstille, austauscharme Wetterlage herrscht, die nach Meinung der Wetterämter länger als 24 Stunden anhalten könnte.

Tolerierbare Grenzen wurden überschritten

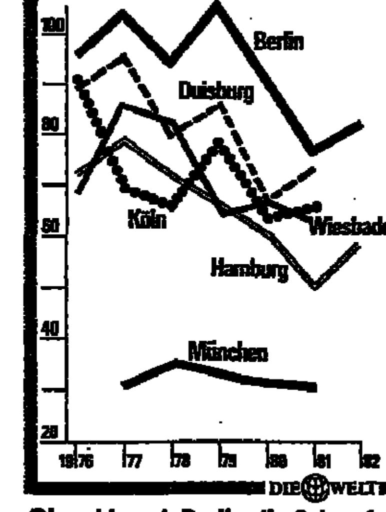
Gerade derartige „Inversionswetterlagen" sind in den Wintermonaten in zahlreichen Gebieten der Bundesrepublik häufig vorhanden. Sie entstehen, wenn warme Luftmassen auf kalte Luftschichten aufgleiten. Die Schadstoffe werden oft tagelang gestaut und können nicht entweichen.

*Wie schnell es dabei zu einer über*durchschnittlichen Belastung der Bevölkerung kommt, hat Schlipköter am Beispiel des Kohlenmonoxids nachgewiesen. Da sich das Gas sehr rasch an den roten Blutfarbstoff bindet, kann es im Blut gemessen werden. Bei einer Smog-Wetterlage im Januar 1979 stellte der Mediziner fest, daß die tolerierbaren Grenzkonzentrationen im Blut bei 14,5 Prozent der Frauen und bei 27 Prozent der Männer überschritten waren.

Mit den neuen Grenzwerten verbindet der Musterentwurf der Smog-Verordnung zahlreiche Einschränkungen für den Fahrzeugverkehr und für industrielle Produktionsverfahren. Bestimmte Anlagen müssen sogar stillgelegt werden. Aber es ist fraglich, in welchem Umfang die einzelnen Länder die Empfehlungen übernehmen.

In Schleswig-Holstein, wo alle Grenzwerte „ganz wesentlich unterschritten" werden, und in Niedersachsen, wo es lediglich im Raum des neuen Kraftwerks Buschhaus im Winter 1981/82 „Smog-Episoden" gab, hat man nach Auskunft der Sprecher der zuständigen Ministerien jedenfalls bisher „keine Veranlassung" für eine Smog-Verordnung gesehen. Dagegen will Hessen gemeinsam mit Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz über die Empfehlungen des Musterentwurfs hinausgehen.

Kritisch ist die Situation für Berlin. Die schönste Smog-Verordnung wird der Stadt nichts nützen, solange 30 Prozent der Luftverschmutzung durch Hausbrand, also durch alte Kachel- und Kanonenöfen, und 50 Prozent durch die „DDR" verursacht werden. Dieser Anteil wird sich sogar noch erhöhen, wenn im nächsten Jahr in Jänschwalde und Delitzsch neue Braunkohlekraftwerke ans Netz gehen. Zusammen werden die beiden Kraftwerksriesen nach Angaben der Berliner Planerin Ditha Brickwell mit 1,1 Millionen Tonnen Schwefeldioxid fast die zehnfache Menge dessen emittieren, was im umstrittenen Kraftwerk Buschhaus ausgestoßen wird.



Obwohl auch Berlin die Schwefeldioxidbelastung verringert hat, ist keine Luft so sauer wie die Berliner Luft (SO_2-Immission in Mikrogramm pro Kubikmeter Luft)

Bayern wendet den Entwurf schon an

Am 17. Januar vor sechs Jahren wurde in der Bundesrepublik zum erstenmal Smog-Alarm ausgelöst, weil über dem Ruhrgebiet der Schwefeldioxidgehalt der Luft auf über 800 Mikrogramm pro Kubikmeter angestiegen war. Seitdem hat es nur noch im Januar 1982 Smog-Alarm im Ruhrgebiet gegeben – viel zu wenig nach wissenschaftlichen Erkenntnissen. „Wenn wir die neuen Werte schon früher gehabt hätten", gesteht der Sprecher des Gesundheitsministeriums in Düsseldorf, Oettler, hätten wir vier- bis fünfmal Alarm geben müssen."

Inzwischen sind die neuen Werte, obwohl noch nicht geltendes Recht, mindestens in Bayern bereits vorsorglich in Kraft. Umweltminister Alfred Dick machte bei der ersten Anwendung eine überraschende Erfahrung. Die Nürnberger Verkehrsbetriebe zählten zwanzig Prozent mehr Fahrgäste, weil sich viele Autofahrer umweltbewußt verhielten und ihr Gefährt freiwillig zu Hause ließen.

NOTIZEN

Blutproben im Weltraum

Cape Canaveral (AFP) – Beim nächsten Flug der amerikanischen Raumfähre „Discovery" sollen Experimente mit menschlichen Blutproben durchgeführt werden. Die zuständige Forschergruppe erwartet von den Tests wesentlich verbesserte Diagnosen und die mögliche Heilung bestimmter Krankheiten. Zwölf Stunden vor dem Beginn des Raumflugs am 23. Januar sollen die Blutproben bei Patienten entnommen werden, die an Darmkrebs, Hepatitis, unter erhöhtem Blutdruck und an Diabetes leiden.

Zweimal Mondfinsternis

Hamburg (dpa) – Zwei Sonnen- und zwei Mondfinsternisse werden in diesem Jahr zu den astrologischen Höhepunkten zählen. Am Firmament in Deutschland können jedoch nur die beiden totalen Mondfinsternisse am 4. Mai von 21.22 Uhr bis 22.31 Uhr und am 28. Oktober von 18.20 Uhr bis 19.05 Uhr wahrgenommen werden. Im Vorjahr hatten die Bürger der Bundesrepublik eine ringförmige Sonnenfinsternis betrachten können, nicht aber eine Mondfinsternis. Eine Sonnenfinsternis (partiell) am Abend des 19. Mai dürfte nach den Berechnungen der Astrologen in den nördlichsten Regionen Europas, Amerikas und in Nordasien sowie über dem nördlichen Eismeer und dem nördlichen Teil des Pazifiks den Betrachter faszinieren. Die „Zone der totalen Verfinsterung" wird am 12. November bei der zweiten Sonnenfinsternis durch das südliche Eismeer verlaufen.

Sicherheitsvorschriften

Bonn (dpa) – Neue Vorschriften über die Sicherheit medizinisch-technischer Geräte werden am 1. Januar 1986 in Kraft treten. Die Bundesregierung hat jetzt den vom Bundesrat beschlossenen Änderungen einer entsprechenden Vorlage des Bundesarbeitsministeriums zugestimmt. Prüfungen und behördliche Zulassungen, die fachkundige Einweisung des Bedienungspersonals und eine regelmäßige Kontrolle sollen gefährliche Geräte mit lebenserhaltenden Funktionen sicherer machen. Die Patienten sollten in Krankenhäusern und Arztpraxen sowie in anderen Einrichtungen des Gesundheitswesens besser geschützt werden.

Mit Absicht die Flügel falsch herum montiert

Die Regeln der Aerodynamik werden scheinbar mißachtet

Jedesmal, wenn ein aerodynamisches Ungebilde mit einem aufgespritzten großen „X" durch den kalifornischen Himmel rast, steht die Luftfahrt kopf. So war es, als Chuck Yeager 1947 mit einer experimentellen „X" die Schallmauer durchbrach. Die Aeronautik stand auch später kopf, als Scott Crossfield Mach 2.0 erreichte, Mel Apt sogar Mach 3.0 schaffte, aber nicht überlebte. Mit einer „X" flog Joe Walker 107 899 Meter Hoch, bevor er mit einem Starfighter in den Bomber B-70 raste. Und in einer „X" flog auch Bob White fast siebenmal so schnell wie der Schall.

Über der kalifornischen Mojave-Wüste tummelt sich in diesen Tagen erneut ein aerodynamisches Ungebilde mit einem „X" auf der Kunststoffhaut der Flügel, die anscheinend falsch herum anmontiert worden sind. Doch als kürzlich beim ersten Testflug über dem kalifornischen Edwards die Flugdaten via Satellit bei den Herstellern an der Ostküste fast zeitgleich eintrafen, da wußten die Ingenieure, daß die Flügel schon richtig saßen. Testpilot Chuck Sewell gab 57 Minuten lang den sechs Computern an Bord das Signal, was er zu tun gedenke. Und tatsächlich hielten die sechs Computer 57 Minuten lang die an sich instabile Maschine mit den „falsch angesetzten" Flügeln stabil.

Mit den nach vorne gepfeilten Flügeln, die die Regeln der Aerodynamik total zu mißachten scheinen, soll eines Tages eine neue Jagdflugzeug-Generation gebaut werden. Diese Jagdflugzeuge mit dem „forward sweep" sollen alles übertreffen, was heute am östlichen Himmel auftaucht.

Die Idee ist nicht neu

Die amerikanische Hochtechnologie mit ihren Super-Miniaturcomputern ist wieder dabei. Auch der beste Testpilot der Welt kann die „X-29" nicht ohne Computer fliegen.

Die scheinbar verkehrt herum montierten Schwingen sind nicht neu. Schon Ende des letzten Krieges bastelten die Deutschen an einem Bomber, dessen Flügel nach vorn gepfeilt waren. Und 1964 flog der 12sitzige Hansa-Jet, dessen Tragflächen unkonventionell nach vorn gepfeilt waren. Aber: Der Griff der Flug*zeugbauer aus Hamburg in die Zu*kunft wurde seinerzeit nicht honoriert. Die Vorteile der vorwärts gepfeilten Flügel mit wesentlich besseren Flugeigenschaften bei hohem Anstellwinkel in der Start- und Landephase wogen die hohen Gewichtsnachteile nicht auf. Schließlich sollten die seltsamen Flügel aus Hamburg bisher nicht mögliche Manöver ausführen. Dies ist jedoch das Ziel der amerikanischen Flugzeugbauer, die aus eigenen Mitteln bereits mehr als 25 Millionen Dollar in die Zukunftsmaschine investierten, die wenigstens 130 Millionen Dollar kostet.

Kurven mit Überschall

Neue Werkstoffe mit „aerolastischer" Bauweise und Computer machen die „X-29" möglich. Der sehr dünne Flügel ist aus Titan und Aluminium gefertigt. Aber über und unter dem Flügel liegt eine Kunststoffhaut, die „aerolastisch" geschneidert ist.

Bei dieser aerolastischen Technologie sind die Kunststoffasern so orientiert, daß sich der Flügel unter bestimmten vorausberechneten Belastungen nach Plan verformt. So will man eine Manövrierfähigkeit im Überschallflug erreichen, wie sie kein Überschalljäger von heute erreichen kann. Die modernsten Jäger können zur Zeit zwar auf Mach 2 beschleunigen, müssen aber im engen Kurvenkampf unter Schall fliegen. Mit den Nachfolgern der „X-29" soll das anders werden. Die Richthofen von morgen kurven auch mit Überschall.

Als Chuck Sewell die „X-29" am 14. Dezember letzten Jahres von der kalifornischen Wüstenpiste von Edwards abhob, hatte er sechs Computer an Bord. Drei Primärcomputer und drei Reservecomputer waren in den Kreislauf des elektronischen Flugsteuerungssystems eingebaut. Sewell, der den besten Navy-Astronauten das Fliegen beibrachte, gab über den Steuerknüppel seine Befehle. Und vierzig Mal in der Sekunde befahlen die Computer den Steuerflossen, was zu tun sei.

Nur einmal während des Erstfluges runzelte der erfahrene Testpilot in dem Jet mit den „falsch angesetzten Flügeln" die Stirn. Die Maschine rüttelte und schüttelte sich. Spielten die Computer verrückt? Doch es war nur CAT: starke Turbulenz in blauer Luft.

ADALBERT BÄRWOLF

Nach einem gnadenreichen, erfüllten Leben voll unermüdlichen Wirkens verließ uns heute im gesegneten Alter von 90 Jahren unser lieber, stets um uns alle besorgter Vater, Großvater, Urgroßvater und Onkel

Dr.-Ing. E. h. Carl Deilmann

In Liebe und Dankbarkeit

Ingrid Düllmann geb. Deilmann
Elinor Schüphaus geb. Deilmann
Hans Carl Deilmann
Nora Deilmann geb. von Derenthall
Jürgen Deilmann
Frauke Deilmann geb. Wilhelmi
Ilsemarie Schmidt
Hans Schmidt
Wonneken Schmidt geb. Piesbergen
8 Enkel und 6 Urenkel

Bad Bentheim, den 12. Januar 1985

Die Beisetzung erfolgt im engsten Familien- und Freundeskreis in Bad Bentheim am Mittwoch, dem 16. Januar 1985.

Statt zugedachter Kranzspenden und Blumen bitten wir im Sinne des Verstorbenen um eine Spende an die Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger in Bremen, Konto-Nr. 142 165 6800 (BLZ 280 200 50) bei der Oldenburgischen Landesbank AG, Oldenburg.

Von Beileidsbesuchen bitten wir Abstand zu nehmen.

Wir trauern um Herrn

Bergassessor a. D.

Dr.-Ing. E. h. Carl Deilmann

Ehrenvorsitzender des Aufsichtsrates unserer Gesellschaft
Träger hoher Auszeichnungen der Bundesrepublik Deutschland und des Landes Niedersachsen

der am 12. Januar 1985 im 91. Lebensjahr plötzlich verstorben ist.

Mit Wagemut, Energie und Beharrlichkeit hat der passionierte Bergmann die Voraussetzung für den Aufbau der Unternehmensgruppe geschaffen.

Seine zahlreichen Verdienste um die deutsche Wirtschaft, die Erdöl- und Erdgasgewinnung und den Bergbau fanden an seinem 90. Geburtstag, den er in körperlicher und geistiger Frische erleben durfte, ihre gerechte Würdigung.

Wir haben ihm viel zu verdanken, in seinem Geist weiterzuarbeiten, ist uns Aufgabe und Verpflichtung.

Aufsichtsrat, Vorstand, Mitarbeiter und Betriebsräte der
C. Deilmann AG

Bad Bentheim, den 14. Januar 1985

Die Beisetzung erfolgt im engsten Familien- und Freundeskreis in Bad Bentheim am Mittwoch, dem 16. Januar 1985.

Eine Gedenkstunde findet im Kurhaus Bad Bentheim am Freitag, dem 18. Januar 1985, um 12.00 Uhr statt.

Statt zugedachter Kranzspenden und Blumen bitten wir im Sinne des Verstorbenen um eine Spende an die Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger in Bremen, Konto-Nr. 1 421 656 800 (BLZ 280 200 50) bei der Oldenburgischen Landesbank AG, Oldenburg.

Der Herr ist mein Hirte.
Psalm 23

†

Dr. Paul Dahns

* 26. November 1898 in Beuthen/OS
† 8. Januar 1985 in Hamburg

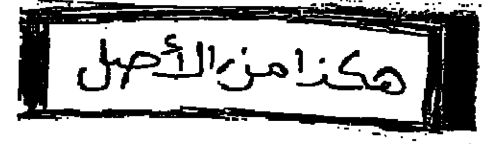
Ein erfülltes, tapfer geführtes Leben ging in Frieden zu Ende.

In Liebe und Dankbarkeit

Margarete Dahns geb. Kanus
Dr. Claus Dahns
Erica Künchen geb. Dahns und Dipl.-Ing. Hans Künchen
Martin
Dr. Peter Dahns und Frau Brigitte geb. Kohrs
Christian und Caroline

Bockhorst 122, Haus 11, 2000 Hamburg 55

Die Trauerfeier findet statt am Freitag, dem 18. Januar 1985, um 11 Uhr in der Kapelle des Blankeneser Friedhofes, Sülldorfer Kirchenweg. Es wäre im Sinne des Verstorbenen, anstelle zugedachter Kranz- und Blumenspenden das Diakoniewerk Tabea, Hamburger Sparkasse (BLZ 200 505 50), Kto.-Nr. 1051/213 005, zu bedenken.





Ein Tennis-Genie und die große Langeweile

Bei der Vorstellung der Endspielgegner des 15. Masters-Turnier wurde John McEnroe vom Hallensprecher im New Yorker Madison Square Garden als lebende Tennis-Legende begrüßt. Eine Aussage, die unter den 17 955 Zuschauern zu vereinzelten Pfiffen führte. Nach einer Stunde und 55 Minuten mußte jedoch auch der letzte Kritiker erkennen, daß der New Yorker Linkshänder vielleicht jetzt schon der beste Spieler aller Zeiten ist. Denn sein fast spielerisch erzielter 7:5, 6:0, 6:4-Erfolg über den Weltranglisten-Dritten Ivan Lendl ist kaum noch ohne Superlative zu beschreiben. Nur einmal, bei einer 6:5-Führung und eigenem Aufschlag im ersten Satz, drohte McEnroe Gefahr, als er sich bei einem mißglückten Ballwurf zum Aufschlag am rechten Auge verletzte. Nach einer dreiminütigen Verletzungspause überstand der amerikanische Wimbledon-Sieger auch zwei Break-Bälle von Ivan Lendl.

Und von diesem Zeitpunkt an erlebten die Fans das Tennis-Genie des 25 Jahre alten John McEnroe. Zehn Spiele gewann der New Yorker in Reihenfolge und nahm dabei seinem Gegner gleich fünfmal den Aufschlag ab. Noch nie zuvor hat McEnroe besser gespielt als in dieser Phase des Finales.

Er ist wohl der einzige Spieler der Welt, der in jeder Situation intuitiv in der Lage ist, den richtigen Ball zu spielen. Am Ende blieb nur Mitleid für den 24jährigen Lendl übrig, der schließlich vor dem übermächtigen Gegner resignierte.

STAND ● PUNKT

Anschließend diskutierten Experten darüber, wer denn nun der beste Spieler aller Zeiten sei. Allein Fred Perry, der dreimalige britische Wimbledon-Sieger in den 30er Jahren, blieb dabei in der Vergangenheit und bei „Big" Bill Tilden. Alle anderen kamen nicht mehr umhin, McEnroe die Krone aufzusetzen. Ob Laver, Rosewall, Gonzales, Hoad, Newcombe, Smith oder natürlich Björn Borg – sie alle waren Ausnahmeerscheinungen. Aber ihnen fehlte der Hauch der Genialität, der McEnroe umgibt. Ihn selbst interessierte die Frage nach dem Besten nicht: „Was weiß ich, wie die früher gespielt haben. Mich interessiert nur, daß ich möglichst lange die Nummer eins in der Welt bleibe."

Doch auch die Klasse McEnroes kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß das Masters-Turnier auf dem absteigenden Ast ist. Mit 101 988 Zuschauern *hatte dieses* Finale aller Grand-Prix-Turniere von 1984 den schlechtesten Besuch, seitdem es 1977 zum erstenmal im Madison Square Garden ausgetragen wurde.

Dafür gibt es viele Gründe, die die Verantwortlichen sorgfältig überdenken müssen. Bei zwölf Teilnehmern kommt es zum Beispiel immer wieder zu uninteressanten Paarungen. Welchen New Yorker interessieren schon Spiele zwischen den Schweden Jarryd und Lindstroem. Zwar hatten die früheren Masters-Turniere mit ihren acht Teilnehmern (aufgeteilt in zwei Gruppen, in denen jeder gegen jeden spielte) auch ihre Schwachpunkte. Doch war bei diesen Veranstaltungen zumindest ein Star an jedem Abend zu sehen.

Der zweite Ansatz zur Kritik ist der ständige Austragungsort. Irgendwann ist auch der größte New Yorker Tennis-Freak einmal tennismüde. Drei Großveranstaltungen in einer Saison, die US-Open, das Masters- und das WCT-Einladungsturnier sind einfach zuviel des Guten. Hier wäre ein ständig wechselnder Austragungsort, auf die Kontinente verteilt, weitaus interessanter.

Der größte Schwachpunkt jedoch *sind die Aktiven selbst.* Eine derartige Zwei-Klassen-Gesellschaft, wie sie zur Zeit besteht, hat es noch nie seit der Einführung des Profi-Tennis (1968) gegeben. Der spielerische Unterschied zwischen den besten vier (McEnroe, Connors, Lendl, Wilander) und dem Rest der Welt ist einfach zu groß. Streng genommen hat die zweite Garnitur gegen die vier Stars in entscheidenden Spielen unter regulären Bedingungen keine Chance. Und so sind es die Zuschauer langsam leid, zum x-ten Male McEnroe gegen Connors oder Lendl spielen zu sehen. Langeweile breitet sich aus. Das ist das Schlimmste, was einer Profi-Sportart passieren kann.

H. J. POHMANN

FUSSBALL

Rückrunde soll später beginnen

dpa, Frankfurt

Es ist kaum noch daran zu zweifeln: Der Start zur Rückrunde der zweiten Fußball-Liga wird wegen der Kältewelle verschoben. Zwar will der *Deutsche Fußball-Bund (DFB)* erst morgen darüber entscheiden, doch haben sich die Klubs, die am Wochenende Spiele austragen sollen, für eine Verlegung auf den 23. Februar ausgesprochen. Spielleiter Willi Boxheim spricht sich dafür aus, die Rückrunde zusammen mit den Spielen der Bundesliga am 2. Februar beginnen zu lassen. Er sagt: „Bei dieser Witterung ist die Gesundheit der Spieler und Zuschauer gefährdet." Auch der pünktliche Start der Bundesliga scheint fraglich. Bei einem Treffen der Manager sollen Informationen über den Zustand der Stadien gesammelt werden, ehe eine Entscheidung fällt. Der DFB will die Wetterentwicklung *noch abwarten.*

SPORT-NACHRICHTEN

Ed Moses verhaftet

Los Angeles (UPI) – Der amerikanische Weltrekordläufer und Olym*piasieger Ed Moses wurde in Holly*wood verhaftet. Moses hatte versucht, mit einer als Prostituierten getarnten Polizeibeamtin ins Geschäft zu kommen. Außerdem fand die Polizei in seinem Auto Marihuana.

Zurbriggen operiert

Basel (sid) – Dem Schweizer Ski-Weltcupsieger Pirmin Zurbriggen wurden in Basel Teile des linken Innenmeniskus entfernt. Zurbriggen hatte sich in Kitzbühel verletzt.

Magoni gewann Slalom

Pfronten (sid) – Die italienische Ski-Olympiasiegerin Paoletta Magoni gewann in Pfronten (Allgäu) ihr erstes Weltcup-Rennen. Sie siegte im Slalom vor der Schweizerin Brigitte Örtli und ihrer Landsmännin Daniela Zini. Maria Epple-Beck schied bei ih*rem ersten Rennen nach einer Verlet*zungspause aus.

Eine Million Bußgeld?

Köln (dpa) – Der 1. FC Köln gab 30 000 Karten in den Vorverkauf für das UEFA-Pokalspiel am 20. März gegen Inter Mailand, gekoppelt mit dem Bundesligaspiel gegen Braunschweig. Der nordrhein-westfälische *Innenminister Jochimsen hatte zuvor* eine „sofort vollziehbare Untersagungsverfügung" erlassen, wonach der Klub nur 25 000 Karten für diese beiden Spiele koppeln darf. Nun droht dem 1. FC Köln ein Bußgeld von einer Million Mark.

Buchwald: Knöchelbruch

Stuttgart (dpa) – Der Stuttgarter Fußball-Nationalspieler Guido Buchwald brach beim Hallenturnier in Genf den rechten Knöchel. Er muß mit einer dreimonatigen Spielpause rechnen.

ZAHLEN

SKI ALPIN

Weltcup-Slalom der Damen in Pfronten: 1. Magoni (Italien) 1:47,18, 2. Oertli (Schweiz) 1:48,50, 3. Zini (Italien) 1:49,18, 4. Charvatova (CSSR) 1:49,33, 5. Twardokens (USA) 1:49,83, 6. Schmidhauser (Schweiz) 1:49,87, 7. Fernandez-Ochoa (Spanien) 1:51,97.

TENNIS

Masters-Turnier, Doppel-Finale: McEnroe/Fleming (USA) – Stewart/-Edmondson (USA/Australien) 6:3, 6:1. – Turnier in Portland, Finale: Becker (Deutschland) – Purcell (USA) 6:4, 6:4.

EISHOCKEY

Bundesliga, 30. Spieltag: Rießersee – Iserlohn 1:2, Düsseldorf – Landshut 3:2, Mannheim – Kaufbeuren 9:2, Köln – Schwenningen 4:1, Essen-West – Rosenheim 1:8.

HANDBALL

Europapokal, Landesmeister, Viertelfinal-Hinspiel: Großwallstadt – Dukla Prag 23:21.

GEWINNZAHLEN

Toto, Elferwette: 0, 2, 2, 2, 0, 1, 0, 1, 1, 0, 1. – 6 aus 45: 19, 30, 35, 37, 41, 44, Zusatzspiel: 22. – **Rennquintett**, Rennen A: 7, 13, 12. – Rennen B: 30, 32, 28. (ohne Gewähr)

SKI ALPIN / Weltcup droht eigenständiges Profi-Unternehmen zu werden

Werbeagenturen wollen Verbände, Klubs und Bürgermeister ausschalten

KLAUS BLUME, **Kitzbühel**

Das Thema schien ihm unangenehm, und so mochte er sich auch nicht darüber verbreiten. „Ich komme nur nebenbei zum Denken, geschweige denn zum Agieren", sagte Klaus Mayr, der Cheftrainer des *Deutschen Ski-Verbandes (DSV).* Das Thema, über das Mayr nicht reden wollte, ist heikel: Wird der alpine Ski-Weltcup spätestens in drei Jahren – dann, wenn die wichtigsten Sponsorenverträge ausgelaufen sind – statt vom internationalen Verband FIS nur noch von weltweit arbeitenden Agenturen und großen Konzernen gesteuert?

Toni Arnsteiner, der Seniorchef der österreichischen Skifirma Blizzard (Starläufer: Franz Klammer), hatte am Vorabend der Weltcup-Rennen in Kitzbühel den Weltverband gerügt: Die Vergabe der Rennen an Orte ohne Flair könne nicht immer den Beifall der im alpinen Skigeschäft tätigen Firmen finden. Weltcup-Rennen seien an anderen Orten sicherlich besser aufgehoben als jetzt. Im Klartext: Was Arnsteiner anstrebt, sind mehr werbeträchtige Orte als bisher für das Unternehmen Ski-Weltcup – schließlich könne Todtnau niemals ein zweites Kitzbühel werden.

Der Ski-Weltcup ist drauf und dran, dem internationalen Verband zu entgleiten und als eigenständiges Profi-Unternehmen seinen Weg zu gehen. Die amerikanische Sport-Werbeagentur McCormack bemüht sich weltweit *um Direktverträge mit* Veranstaltern, Fernsehgesellschaften und auch jenen Firmen, die in dieses Geschäft das große Geld hineinstekken. Der Ludwigshafener Chemiekonzern BASF hat als Sponsor bereits jetzt rund drei Millionen Mark in den Weltcup investiert, fünf weitere Firmen stellten ähnliche Summen bereit.

Mäzenatentum reinen Herzens ohne jeglichen kommerziellen Hintersinn? Jürgen Schenkenbach, Rennchef des österreichischen Skiherstellers Kästle (Starläufer: Pirmin Zurbriggen, Schweiz): „Ich kann mir vorstellen, daß wir eines Tages nur noch zwei Rennläufer direkt unter*stützen und uns aus den nationalen* Ski-Pools zurückziehen. Die Verbände müßten dann die Ausrüstungen bei uns und den anderen Firmen kaufen." Mit anderen Worten: Das immer noch verbreitete Mäzenatentum, wenngleich in den Werbeabteilungen der Ausrüster längst als verkaufsfördernder Pfeiler verankert, wird klaren Werbestrategien im Rennsport weichen.

Die Szene ist in Bewegung geraten, mehr als in den letzten zehn Jahren zuvor. Denn der alpine Skisport läßt sich offenbar zum Zwecke der Werbung noch viel besser ausnutzen, als das bisher geschehen ist. Um das zu verdeutlichen, einige Zahlen: Im letzten Jahr haben weltweit 320 Millionen Menschen an den Fernsehgeräten die Weltcup-Abfahrt von Kitzbühel verfolgt. Das sind über dreihun*dert Millionen potentielle* Käufer jener Produkte, die via Television in jenem großangelegten Werbespot angeboten werden, der sich Ski-Weltcup nennt. Unter diesem Aspekt ist wohl auch der Einsatz des skifremden Vertragspartners des für Luxemburg startenden österreichischen Slalomläufers *Marc Girardelli* zu sehen. Girardelli startet im rot-weißen Dress jenes englischen Zigarettenherstellers, ohne den auch Formel-1-Weltmeister Niki Lauda nicht auskommen würde. Die Manager der amerikanischen Fernsehgesellschaft ABC *haben diesen Zug der Zeit wohl als* erste richtig erkannt und deshalb am letzten Wochenende weder Mühen noch Kosten gescheut, um den gesamten Hang in Kitzbühel für ihre Übertragungen per Satellit zu verkabeln. Kosten dafür: rund 600 000 Dollar.



Eishockey-Profi, Werbefigur, Manager: Wayne Gretzky FOTO: AP

*Nun möchte sich von diesem Ku*chen so mancher etwas abschneiden, zum Beispiel bei den Weltcup-Rennen in den USA und in Kanada. Der frühere kanadische Weltklasseläufer Steve Podborski (Sieger der Kitzbüheler Abfahrten 1981 und 1982) hat *sich mit seinem Landsmann* Wayne Gretzky zusammengetan. Beide wollen mit einer eigenen Agentur den Ski-Weltcup in Nordamerika vermarkten. Nun muß man wissen, daß Wayne Gretzky in Kanada sowohl als Eishockeyspieler als auch als Werbefigur bereits alle *Rekorde* gebrochen hat: Gretzky (26) verdient bei dem Eishockeyklub Edmonton Oilers bis 1999 pro Jahr rund 2,5 Millionen Mark, rund 15 Millionen Mark nimmt er jährlich als Werbehonorare ein, und dabei wirbt er gewissermaßen *für alles, was man zur Einrichtung* eines Hauses und zum täglichen Leben braucht. Podborski, auch neben der Piste Weltcup-erfahren und inzwischen publicityträchtig mit der beliebtesten Nachrichtenmoderatorin des kanadischen Fernsehens verheiratet, hat kein Interesse daran, sich bei seinen Skigeschäften von Verbänden, Klubs oder ehrgeizigen Skiort-Bürgermeistern gängeln zu *lassen.* Sein Partner *Wayne* Gretzky erst recht nicht, sonst wäre er nicht Wayne Gretzky. Erwin Stricker, der frühere italienische Weltklasse-Skiläufer, sagt es in seiner Eigenschaft als Manager eines weltweiten Sportmode-Produzenten so: „Wenn wir hingehen und einem Ort das Rennen abkaufen, so daß sich der Herr Bürgermeister um nichts mehr zu kümmern braucht, dann hat doch kein Verband mehr eine Chance." Manager wie Stricker wissen, über was sie da reden.

Angesichts solcher Überlegungen bleibt die Hoffnung des deutschen Cheftrainers Klaus Mayr wohl nur ein Traum: „Wenn es so kommen sollte, muß der internationale Verband Manager einstellen, die von all diesen Dingen etwas verstehen, damit die *FIS weiterhin den Weltcup steuern* kann." Nur, woher will der Verband das Geld für ein Salär nehmen, um zum Beispiel einen Wayne Gretzky zu bezahlen?

Am Sonnabend, dem 12. Januar 1985, starb das Mitglied unseres Beirates Herr

Bergassessor a. D.

Dr.-Ing. E. h. Carl Deilmann

im einundneunzigsten Lebensjahr.

Im Jahre 1913 begann er sein Bergmannsleben als königlich-preußischer Bergbaubeflissener. Nach Abschluß seiner bergmännischen Ausbildung bestimmte er in dem von seinem Vater begründeten Dortmunder Unternehmen die Weiterentwicklung der Schachtbautechnik. In deutschen Bergbaurevieren, im Ural, in Venezuela und in Kanada öffnete er den Weg zu neuen Lagerstätten. Seine Leistung als Unternehmer hat unsere Entwicklung bestimmt. Im Beirat wies er uns und den Berg- und Bauleuten bei Gebhardt & Koenig und bei Wix & Liesenhoff Wege in die Zukunft. Die Wirtschaftsvereinigung Bergbau ehrte Carl Deilmann durch Verleihung der Heinitz-Plakette.

Wir verloren unseren Wegbereiter und Freund.

DEILMANN-HANIEL GMBH

Aufsichtsrat, Geschäftsführung, Betriebsrat und Belegschaft

Wir erfüllen die traurige Pflicht mitzuteilen, daß am 9. Januar 1985 unser Mitgesellschafter und ehemaliger Geschäftsführer Herr

Helmut Voss

im Alter von 70 Jahren verstorben ist.

In den 35 Jahren seiner aktiven Tätigkeit für unser Unternehmen trug der Verstorbene die Verantwortung für unsere Materialwirtschaft und den Einkauf. Seine Persönlichkeit war geprägt von hoher Einsatzbereitschaft und verbindlicher Wesensart, durch die er viele Freunde für unser Unternehmen gewonnen hat.

Nach seiner Pensionierung im Jahre 1981 hat der Verstorbene mit großem Interesse die Geschicke unserer Firma verfolgt und stand uns bis zuletzt noch beratend zur Seite.

Wir nehmen bewegt von dem Verstorbenen Abschied und werden sein Andenken stets in Ehren halten.

Die Beisetzung hat im engeren Kreise stattgefunden.

SCHÖNEWEISS & Co. GmbH., Hagen

Am 7. Januar 1985 starb im 85. Lebensjahr Frau

Elisabeth Schirmer

geb. Hankel

Mitbegründerin und Hauptgesellschafterin unseres Verlages

Wir nehmen traurig Abschied in großer Dankbarkeit und Verehrung.

BAUVERLAG GMBH

Wiesbaden – Berlin

Die Beisetzung hat am 14. Januar 1985 in Wiesbaden stattgefunden.

Am 12. 1. 1985 verstarb unser früherer Mitarbeiter, Herr

Karl Dohrn

geboren am 11. 10. 1906

Herr Dohrn war 45 Jahre in unserem Hause tätig, davon 30 Jahre als Zweigstellenleiter. Seit 1971 lebte Herr Dohrn im Ruhestand.

Wir schätzten Herrn Dohrn als *zuverlässigen und hilfsbereiten Mitarbeiter und werden sein* Andenken in Ehren halten.

Vorstand, Betriebsrat und Mitarbeiter der Hamburger Sparkasse

Die Trauerfeier findet am Mittwoch, dem 16. 1. 1985, um 11.00 Uhr auf dem Friedhof in Mölln, Hindenburgstraße, statt.

Druck auf London wächst. Doch Feiern zum 8. Mai?

Moskau deutet mögliche Belastung der Beziehungen an

REINER GATERMANN, London

Auf die konservative britische Regierung wächst der Druck, entgegen dem am vergangenen Donnerstag bekanntgegebenen Beschluß, keine offiziellen Gedenkfeiern zum 40. Jahrestages des Sieges über Nazi-Deutschland zu veranstalten, doch in irgendeiner offiziellen angemessenen Form des „V-Day" zu gedenken. In einigen politischen Kreisen will man darin auch einen Beitrag zur Ost-West-Entspannung sehen. Denn, so diese Argumentation, das Nicht-Feiern würde zu einer Belastung der britisch-sowjetischen Beziehungen führen.

Der außenpolitische Sprecher der Sozialdemokraten, John Cartwright, reagierte auf eine entsprechende Erklärung der Staatsministerin im Außenministerium, Lady Young (WELT vom 12./13.1.): „Ich will nicht einen durch Krieg errungenen Sieg feiern, sondern die Vernichtung des Nazismus und die Aufrichtung des Friedens." Er meint, den Deutschen und anderen früheren Feinden sollte es nicht schwerfallen, vor dem Hintergrund des neuen Friedens an derartigen Feiern teilzunehmen. Nach Ansicht *Cartwrights sollte auch die Sowjetunion* in die Gedenkfeiern einbezogen werden.

Die Zeitung „The Guardian" meldet aus Moskau, im Kreml habe man mit Überraschung und Zweifel auf die Erklärung der Regierung reagiert, auf besondere Feiern verzichten zu wollen. Halte London daran fest, könnte ein Großteil der mit dem Besuch des sowjetischen Zentralkomiteemitgliedes Michail Gorbatschow in England geschaffenen Verbesserungen der Beziehungen zwischen den beiden Ländern zunichte gemacht werden. In Moskau plant man offenbar, die Siegesfeiern zum Anlaß zu nehmen, die Kriegsallianz herauszustellen. Ein britischer Boykott würde laut „Guardian" im Kreml als eine dramatische und bewußte Ehrenkränkung aufgefaßt. Nach diesen Informationen hat die Sowjetunion bereits informelle Kontakte zu britischen Diplomaten in Moskau aufgenommen und zum Ausdruck gebracht, daß man gern eine sowohl militärisch als auch politisch hochkarätige britische Delegation bei den Siegesfeiern in Moskau sehen würde. Die Sowjets würden dieses Gedenken nicht als eine antideutsche Attacke sehen, sondern als einen Sieg über Hitler und den Faschismus. Und die Deutschen hätten allen Grund, für deren Niederlage dankbar zu sein.

In einem Kommentar im „Daily Telegraph" heißt es, nach Regierungsauffassung könnte der V-Day offenbar deswegen nicht gefeiert werden, weil Großbritannien Mitglied der Europäischen Gemeinschaft ist. „Wir wagen es nicht, den Deutschen zu nahe zu treten."

*

DW. Dortmund

In der Bewertung des Kriegsendes *sieht der stellvertretende SPD-Vorsitzende* Johannes Rau eine gewisse Annäherung zwischen Ost-Berlin und Bonn. Nach seiner Rückkehr von einem Besuch in der „DDR" erklärte der nordrhein-westfälische Ministerpräsident, die „DDR" begehe den 8. Mai zwar als „Tag der Befreiung", es seien aber Änderungen „in der Definition der Opfer" festzustellen. Rau sagte in einem Interview der „Westfälischen Rundschau": „Die Aufzählung der Opfer in der Sowjetunion, in Polen und allen anderen Ländern, auch der Amerikaner und der sechs Millionen deutschen Toten des Zweiten Weltkriegs, setzt neue Akzente."

Vogel für Zusammenarbeit mit den Grünen

dpa, Bonn

Oppositionschef Hans-Jochen Vogel hat eine zumindest teilweise Zusammenarbeit der SPD mit den Grünen befürwortet. In einer gestern in Bonn veröffentlichten Bilanz zur Halbzeit der Legislaturperiode in Bonn schreibt Vogel, die Existenz der Grünen biete „auch die Chance zur System-Innovation und zum Abbau erkannter Defizite etwa auf dem Gebiet des Umweltschutzes oder der Parteienfinanzierung oder der Einflußnahme von Großkonzernen auf politische Entscheidungen". Das Papier wird allen SPD-Bundestagsabgeordneten zugeschickt und bildet die Grundlage der „Bilanz-Sitzung" der SPD-Bundestagsfraktion am Dienstag nächster Woche.

Die SPD als „die große Reformpartei" müsse diese Chance wahrnehmen: „Mit den Grünen, wenn und wo sie sich entgegen den in letzter Zeit wieder gestiegenen Zweifeln als realitätsoffen, kompromiß-, abrede- und verantwortungsfähig zeigen, sonst gegen sie". Es bleibe aber in jedem Fall bei der „ständigen konkreten Auseinandersetzung" mit den „Lösungsdefiziten" der Grünen und den „kontraproduktiven, die konservativen Kräfte stärkenden Konsequenzen ihrer Politik".

Vogel betonte aber auch, „zu Koalitionsdiskussionen besteht auf Bundesebene gegenwärtig keinerlei Anlaß. Wenn Entscheidungen zu treffen sind, werden wir uns daran orientieren, mit welchen berechenbaren politischen Kräften ein Höchstmaß an sozialdemokratischen Vorstellungen verwirklicht werden kann." In dem 17-Seiten-Papier verweist der Oppositionsführer auf die Gefahr, daß die Union zur Steigerung ihrer Chancen in der Bundestagswahl 1987 die sozial Schwächeren noch stärker benachteiligen werde.

Edward Kennedy stößt in Südafrika auf Ablehnung und scharfen Protest

Demonstranten verhindern Auftritt in Soweto / Senator soll Druck auf Reagan ausüben

M. GERMANI/DW. Johannesburg

Der amerikanische Senator Edward Kennedy soll den Druck auf US-Präsident Ronald Reagan verstärken, damit die Administration in Washington ihr „konstruktives Engagement" zugunsten der weißen Regierung in Pretoria aufgibt. Dazu hat die in Südafrika verbotene schwarze Bürgerrechtsorganisation „Afrikanischer Nationalkongreß" (ANC) den demokratischen Senator aufgefordert, der Südafrika einen einwöchigen, von Protesten und Demonstrationen begleiteten Besuch abgestattet hatte. Der „Nationalkongreß" bezog sich damit auch auf Kennedys eigene Forderung, die amerikanischen Investitionen in Südafrika zu stoppen. Dies war schon vom amerikanischen Botschafter in Pretoria, Herman Nikkel, als „verfehlte Politik" zurückgewiesen worden.

Kennedy führte nach dem Abschluß seiner „Anti-Apartheid-Reise" durch Südafrika in Lusaka Gespräche mit dem sambischen Präsidenten Kenneth Kaunda und dem ANC-Vorsitzenden Oliver Tambo. Beide lobten die Initiative des Senators, der betont hatte, er kehre als ein entschiedener *Gegner der Apartheid" in die USA* zurück und werde sich dafür einsetzen, daß Washington Südafrika stärker als bisher zur Aufgabe dieser Politik dränge.

Der Besuch des Senators in der Republik Südafrika hatte allerdings auch unter den schwarzen Einwohnern zum Teil ablehnende Reaktionen ausgelöst. So verhinderten rund 400 Demonstranten der radikalen schwarzen Bewegung „Azanian Peoples Organisation" (Azapo) eine geplante Abschlußrede in der Regina Mundi Kirche in Soweto. Auf Anraten der Polizei und seiner Berater verzichtete er auf den Auftritt. Auch Kennedys Gastgeber, dem Friedensnobelpreisträger Tutu, war es nicht gelungen, die Proteste zum Schweigen zu bringen.

Unmut gab es vor allem deshalb, weil Kennedy seine Reise offensichtlich publizitätswirksam mit Blick auf die inneramerikanische Öffentlichkeit geplant hatte. Mit der Darstellung seiner Kontakte vor der Presse und im Fernsehen, mit Kontakten vor allem zu Schwarzen, eröffnete er nach Auffassung politischer Beobachter die Vorbereitungsphase für eine Präsidentschaftskandidatur 1988.

Kritik kam von allen Seiten, nicht nur von den radikalen Schwarzen, sondern auch von der Liberalen Progressiven Partei. Offen wurde die Kontroverse bei einem Treffen mit führenden Geschäftsleuten und Vertretern der sechs größten Arbeitgeberorganisationen des Landes. Sie überreichten Kennedy ein Memorandum, in dem sie sich wohl für Reformen in Südafrika aussprachen, jedoch Kennedys radikale Lösungsvorschläge ablehnten. Dies führte auch zu dem Eklat mit US-Botschafter Nickel, der bei diesem Treffen Präsident Reagans Politik des „konstruktiven Engagements" energisch verteidigte.

Auf Publikumswirksamkeit war auch der Besuch Kennedys bei der Frau des zu lebenslanger Haft verurteilten ANC-Führers Nelson Mandela, Winnie Mandela, angelegt. Genauso war es bei dem vergeblichen Versuch, Mandela, Autor des Buches „Wie werde ich ein guter Kommunist", im Gefängnis in Kapstadt zu besuchen. Zu einer lautstarken Auseinandersetzung vor den Fernsehkameras kam es bei dem Besuch des als gemäßigt geltenden Premierministers von Zululand und Führers der Inkhata-Bewegung, Gatscha Buthelezi, nach einem gemeinsamen Frühstück und Gebeten in einem Hotel in Durban. Kennedy weigerte sich, eine Abordnung dieser Organisation zu begrüßen, die Plakate mit der Aufschrift „Südafrika braucht Investitionen – fehlende Investitionen bringen Elend für die Schwarzen" bei sich trug. Buthelezi erklärte später vor der Presse, es habe keine Möglichkeit gegeben, Kennedy von seinem Standpunkt abzubringen. Im gleichen Hotel gab es außerdem einen heftigen Streit mit Kennedys Redenschreiber Robert Sharum, der laut verkündet hatte: „Südafrika ist ein Sklavenland – das stinkt zum Himmel." Ein südafrikanischer Stadtrat erwiderte wütend: „Ihr verdammten Yankees, kehrt lieber vor eurer eigenen Haustür, bevor ihr uns vorschreibt, was wir tun sollen."

Insgesamt zeigten sich die Südafrikaner erbittert über eine deutlich gezeigte Arroganz des Kennedy-Stabs. Die angesehene Zeitung „Financial Mail" veröffentlichte unter dem Titel „Muß ausgerechnet er uns Moral predigen?" den wohl schärfsten Angriff gegen den Senator. Sie zog Kennedys politische Fähigkeiten in Zweifel, erinnerte an seine privaten Skandale und schrieb, der Senator sei ein mittelmäßiger Politiker, der ohne die Millionen und den Namen der Kennedy-Familie unbedeutend wäre.

Auf den Besuch des demokratischen Senators fiel ein weiterer dunkler Punkt: Zwei Tage vor seiner Abreise berichtete die Johannesburger Zeitung „Star" von einem Skandal, in den der Präsident des Weltbundes der Reformierten Kirchen, der farbige Pastor Allan Boesak, verwickelt sein soll. Boesak, auf dessen Einladung Kennedy in Südafrika weilte, wird eine private Affäre nachgesagt.

Chinas Betriebe sollen für die Forschung zahlen

DW. Peking

Die Reformwelle, die gegenwärtig die chinesische Wirtschaft erfaßt, macht auch vor Universitäten und wissenschaftlichen Instituten nicht halt. Wie die amtliche Nachrichtenagentur „Neues China" gestern bekanntgab, hat die chinesische Regierung beschlossen, nun auch in der wissenschaftlichen Forschung das Reformprinzip der „Verantwortlichkeit" einzuführen. Außerdem werde die kostenlose Bereitstellung der Forschungsergebnisse an die Unternehmen abgeschafft.

Zuvor hatte bereits die Akademie der Wissenschaften verkündet, daß ihre mehr als 30 000 Wissenschaftler die Erlaubnis erhalten sollen, für die Wirtschaft tätig zu sein. Die einzelnen Institute der Akademie sollen das Recht erhalten, Kooperationsverträge mit Wirtschaftsunternehmen abzuschließen und Forschungsaufträge zu übernehmen. Die Ergebnisse der Forschung müßten sich „in Produkten ausdrücken", was eine verstärkte Orientierung auf die Bedürfnisse des Landes beinhalte.

Die Einführung des Verantwortungssystem auch an chinesischen Universitäten hat inzwischen zu verstärkter Unruhe unter den Studenten geführt. Nachdem es Anfang Januar bereits in der Universität Peking zu einer Protestkundgebung gegen Preiserhöhungen des Mensaessens sowie Verschlechterungen der allgemeinen Studienbedingungen gekommen war, demonstrierten jetzt auch Studenten der Pädagogischen Hochschule mit Wandzeitungen gegen die Aussetzung ihrer ohnehin niedrigen Stipendien während der Ferienmonate. Die Universitätsleitung begründete diesen Schritt mit der Absicht, aus den einbehaltenen Geldern Prämien für besonders leistungsstarke Studenten zu vergeben.

Popieluszko sollte ins Ausland gehen

Angeklagter Pietruszka: Primas Glemp hieß diesen Plan gut

AP, Thorn

Der im Prozeß um den Mord an dem Priester Jerzy Popieluszko angeklagte frühere Oberst Adam Pietruszka hat die Tat als „Verbrechen gegen das Innenministerium" bezeichnet. Sie sei eine Provokation, die sich „gegen die Politik der Regierung, der Partei, und insbesondere die Kirchenpolitik" richte und Anhängern der verbotenen Gewerkschaft „Solidarität" einen Vorwand dafür liefere, Beamte der Sicherheitspolizei Mörder zu nennen.

Das Innenministerium charakterisierte Pietruszka als ein Ministerium, dessen Beschäftigte sich durch großen ideologischen Eifer auszeichneten. Pietruszka sagte ferner aus, er habe im Oktober erfahren, daß Popieluszko ein Stipendium zum Studium am Vatikan angenommen habe.

Im Gegensatz zu vorherigen Aussagen konnte sich Pietruszka jedoch nicht mehr daran erinnern, ob er von diesen Plänen vor oder nach der Ermordung des Priesters erfuhr, der am 19. Oktober in der Nähe von Thorn entführt wurde. Nach dem Wortlaut der Anklageschrift hatte Pietruszka zuvor angegeben, vor dem Tod des Priesters gewußt zu haben, daß dieser bald das Land verlassen würde. Deswegen sei es „absurd" zu glauben, er habe seine Untergebenen zu dem Mord angestiftet, hatte der inzwischen degradierte Oberst damals zu Protokoll gegeben. Über die Annahme des Stipendiums sei er von dem *Leiter der für die Kirche zuständigen* Abteilung des Innenministeriums, General Zenon Platek, informiert worden, der wiederum von Erzbischof Bronislaw Dabrowski, dem Sekretär des polnischen Episkopats, ins Bild gesetzt worden sei.

Monatelang hatten die polnischen Behörden dahingehend Druck auf die katholische Kirche ausgeübt, den unliebsamen Priester zu zwingen, Polen zu verlassen und in Rom zu studieren. Primas Kardinal Glemp soll diese Idee gutgeheißen haben, weil er auf diese Weise eine heikle Angelegenheit hätte aus dem Wege räumen können, die einer Verbesserung der Beziehungen zwischen Staat und Kirche entgegenstand. Popieluszko selbst soll sich jedoch geweigert haben, nach Rom zu gehen.

Pietruszka nahm wie bereits während seiner Vernehmung am Freitag wiederholt darauf Bezug, daß Platek ihm nach dem Verschwinden Popieluszkos Anweisungen gegeben habe, was er den Ermittlungsbeamten sagen solle. Platek wurde nach dem Mord wegen unzureichender Aufsicht seiner Untergebenen vom Dienst suspendiert und soll in dem Prozeß als Zeuge aussagen.

Polnische Polizei löste Treffen auf

dpa, Warschau

Beamte des polnischen Staatssicherheitsdienstes haben vor einigen Tagen in einer Privatwohnung in Warschau eine Zusammenkunft von Arbeitern und Wissenschaftlern aufgelöst. Wie das Parteiorgan „Trybuna Ludu" gestern meldete, trafen die Sicherheitsbeamten in der Wohnung einer Lehrerin 22 Menschen, darunter einige ehemalige „Solidarität"-Funktionäre. Man habe unter anderem über Ausarbeitungen einer oppositionellen Gruppe der Arbeiterselbstverwaltung in dem Autowerk FSO gesprochen. Die Zusammenkunft sei eine „Schulungsveranstaltung" zur Unterwanderung der Arbeiterorganisationen und somit eine „illegale Versammlung" gewesen. Diesmal sei keiner der Teilnehmer festgenommen worden, aber die „Konspiratoren" sollten sich klar darüber sein, daß sie auf die Dauer nicht straflos das Recht brechen könnten.

FDP sucht Dialog mit den Kirchen

dpa, Bonn

Die Freien Demokraten wollen ihre Kontakte zu den Kirchen und Religionsgemeinschaften verbessern und erstmalig auch institutionalisieren. Unter Leitung des Landesvorsitzenden der bayerischen FDP, Manfred Brunner, wird sich im Februar ein ständiger Arbeitskreis konstituieren.

Brunner bezeichnete gestern FDP und Kirche als „natürliche Verbündete", weil beide für die Erhaltung staatsfreier Räume einträten. Das umstrittene FDP-Kirchenpapier von 1974 sei mittlerweile überholt. Das auf Anregung der Jungdemokraten zurückgehende Papier habe einen illiberalen Ansatz, indem es den Eindruck erwecke, der Kirche sollten bestimmte Grundsätze oktroyiert werden." Eine Initiative Brunners zur Verbesserung des Verhältnisses zu den Kirchen im FDP-Organ „Neue *Bonner Depesche" hatte im Dezember* lebhaftes Echo gefunden.

Tausende sollen verhungert sein

DW. Jerusalem

Rund 3000 äthiopische Juden sollen auf der Flucht aus ihrer Heimat an Krankheit und Hunger gestorben sein, als sie versuchten, über eine Luftbrücke von Sudan nach Israel zu reisen. Dies schilderte gestern ein Anführer der Emigranten, Miza Menashe, in einem Interview der israelischen Zeitung „Yedioth Ahronoth". Er berichtete, viele der Flüchtlinge seien auf ihrem langen Marsch auch bei Angriffen von Banditen und Attacken der äthiopischen Luftwaffe ums Leben gekommen. „Unsere Familie bestand aus zwölf Personen. Ich bin aber der einzige, der es bis nach Israel geschafft hat", sagte Menashe. Die Toten habe man in der Wüste begraben. Die israelische Regierung hat inzwischen 54 Millionen Dollar für die Einwanderer bereitgestellt. Sie sollen über eine intensive Berufsausbildung in das Wirtschaftsleben integriert werden.

Moskau gibt Kriegsführung zu

Sonderrechte für Afghanistan-Heimkehrer / Karmal sucht „politische Lösung"

INGO URBAN, Bonn

Ehemalige sowjetische Soldaten, die im „begrenzten Truppenkontingent in Afghanistan" eingesetzt waren – so lautet die offizielle Bezeichnung der sowjetischen Invasionstruppen –, sind den Veteranen des „großen vaterländischen Krieges" (Zweiter Weltkrieg) gleichgestellt worden und erfreuen sich nun der gleichen Privilegien. Dies geht aus einem Beitrag des 1. Sekretärs des KP-Bezirkskomitees von Narin in der kirgisischen Sowjetrepublik, M. Sadikow, hervor. Der Beitrag erschien bereits im Mai 1984 unter dem Titel „Respekt zollen" in der Zeitung „Sowjetskaja Kirgisia", gelangte aber erst jetzt in den Westen.

Zehn der jeweils im Herbst 1983 und im Frühjahr 1984 in den Bezirk heimkehrenden Afghanistan-Kämpfer wurden, so der Bericht, zum Hochschulstudium geschickt, die anderen „ins Arbeitsleben integriert". Einige wurden „für besondere Verdienste" vom Staat ausgezeichnet. „Sonderkommissionen studieren das Alltagsleben der früheren Soldaten", heißt es weiter. „Die, die es nötig haben, bekommen Sonderkredite für Häuserbau und für Vieherwerb" und hätten Ackerland und „Berechtigungsscheine für Kuraufenthalte und Sanatorien" erhalten, schreibt der Funktionär weiter.

Mit diesen bisher im Westen unbekannten Maßnahmen hat Moskau indirekt zugegeben, daß die Sowjetarmee in Afghanistan Krieg führt. Bis jetzt war in der Sowjetpresse lediglich vom „Beistand für die brüderliche afghanische Armee" die Rede und von der friedlichen Aufbauarbeit, an der sich die sowjetischen Einheiten in Afghanistan beteiligen.

Das sowjetische Parteiorgan „Prawda" veröffentlichte am Freitag vergangener Woche eine Rede des afghanischen Präsidenten Babrak Karmal, in der der „heldenhaften Söhne der Sowjetunion" gedacht wurde, die in Afghanistan ihr Leben gelassen hätten. „Diese Streitkräfte werdem in die UdSSR zurückkehren, nachdem die bewaffnete Einmischung und Agression von außen aufgehört hat und es Garantien gibt, daß sich dies nicht wiederholt" sagte Karmal, der mit dem Einmarsch der sowjetischen Truppen im Dezember 1979 ins Amt gekommen war. Die sowjetischen Truppen würden so lange im Lande bleiben, bis eine „politische Lösung" des Konflikts gefunden sei.

Die „Prawda" würdigte Karmal als den Garanten der Unabhängigkeit und Souveränität Afghanistans. Die Sowjetunion habe dem Lande niemals politische Bedingungen diktiert und politische Zugeständnisse abverlangt.

Frohe Botschaft

HH. – Finanzminister Stoltenberg hat in diesen Tagen wieder eine frohe Botschaft zu verkünden: Auch im zweiten Jahr seiner Haushaltsführung ist es ihm gelungen, einige Milliarden weniger auszugeben, als das Parlament bewilligt hatte. Er hat das Soll um fünf bis sechs Milliarden unterschritten und ist damit auch in der Neuverschuldung deutlich unter 30 (Soll: 33,6) Milliarden geblieben.

Die positiven Wirkungen dieser Dauertherapie liegen auf der Hand. Die Kapitalmärkte reagieren mit Zinsberuhigung. Entscheidend ist, daß der Bonner Kassenwart diese Politik fortsetzen kann. Vielleicht wird das Ergebnis 1985 nicht ganz so spektakulär ausfallen wie in den beiden Vorjahren. Denn der Haushaltsausschuß hat diesmal den Rahmen schon etwas enger gezogen. Aber Haushaltsexperten wie Austermann halten es für denkbar, daß bei der Nettokreditaufnahme die magische 20-Milliarden-Grenze unterschritten wird – bei einem Soll von knapp 25 Milliarden.

Mit solchen Erfolgen kann man getrost in den 87er Wahlkampf gehen, wenn diese Ergebnisse nicht von den eigenen Parteifreunden mißverstanden und zu neuen Verteilungsorgien genutzt werden. Niemand sollte sich etwas vormachen: Die Konsolidierung ist auf dem besten Weg, aber nicht abgeschlossen. Noch werden die Ergebnisse durch zweistellige Milliardengewinne der Bundesbank geschönt. Sie stellen zugleich eine permanente Versuchung dar, in den Sparbemühungen nachzulassen. So darf Stoltenbergs Leistungsbilanz nicht mißverstanden werden.

EINZELHANDEL / Ifo-Institut: Konzentrationsprozeß setzt sich unverändert fort

Kleine und mittlere Geschäfte werden noch weiter an Bedeutung verlieren

DANKWARD SEITZ, München

Das Tempo des Wandlungsprozesses im Einzelhandel ist ungebrochen. Der Wettbewerb um Standorte und Marktanteile ist außerordentlich intensiv und hat in einzelnen Bereichen, wie etwa im Lebensmittelhandel, Verdrängungscharakter angenommen. Nach einer Studie des Münchner Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung ist damit zu rechnen, daß die kleineren und mittleren Einzelhandelsgeschäfte bis zum Ende dieses Jahrzehnts zugunsten der großen Unternehmen noch weiter an Bedeutung verlieren.

Unverändert fortsetzen wird sich dabei im Einzelhandel in den kommenden Jahren die spürbare Abnahme des Unternehmensbestandes. Im Vergleich zu 1982 erwarten die Experten bis 1990 einen Rückgang zwischen fünf und zehn Prozent, nachdem schon in den Jahren 1968 bis 1982 die Zahl der Einzelhandelsfirmen von 410 000 um rund zehn Prozent auf 373 000 abgenommen hat. Betroffen sein wird davon erneut überdurchschnittlich stark der Lebensmitteleinzelhandel. Schon bis 1982 mußte er mit einem Minus von 43,8 Prozent auf 96 925 Geschäfte die größte Einbuße neben Tankstellen (minus 23,2 Prozent) verzeichnen. In erheblichem Umfang werden auch, so das Ifo, die Bereiche Bekleidung, Wäsche, Ausstattungsartikel sowie Eisenwaren und Hausrat davon betroffen sein.

Diese Entwicklung wird der Studie *zufolge zunehmend nun auch die Einzelhandelsfirmen* in Kleingemeinden sowie in City-Nebenlagen und peripheren Wohnvierteln berühren, weil die kapitalintensiven Verteilungsformen mit ihren Filialen verstärkt in diese Gebiete vordringen werden.

Weniger vom Auslesedruck betroffen sein dürften dagegen Geschäfte in guten Stadtlagen. Die Zahl der Geschäfte wird dabei allerdings wegen des Trends zur Filialisierung nicht zurückgehen.

Durch die zunehmende Betonung der Service- und Marketingleistungen im Angebot werden die in Verbundgruppen kooperierenden Einzelhandelsunternehmen mit einem Jahresumsatz von mehr als einer Million Mark nach Ansicht des Ifo ihre Marktstellung weiter festigen können. Marktanteile werden auch noch die überregional tätigen Großunternehmen und die Verbrauchermarkt-/SB-Warenhausunternehmen gewinnen, auch wenn sie ihre Verkaufsstellennetze nur noch sehr kontrolliert ausbauen können. Gleiches gilt für Warenhäuser und den Versandhandel. Der kleinbetriebliche Einzelhandel hingegen wird erheblich an Marktbedeutung verlieren.

Damit setzt sich der Trend der Jahre 1968/82 weiter fort. Schon in dieser Zeit verringerte sich die Zahl der Einzelhändler mit weniger als 100 000 Mark Jahresumsatz nach Feststellungen des Ifo um 49 Prozent. Immerhin minus 30 Prozent waren es noch in der Umsatzklasse 100 000 bis 250 000 Mark. In allen höheren Größenklassen hat die Zahl der Unternehmen dagegen zugenommen: Um 331 Prozent bei bis zehn Millionen Mark Umsatz und um 322 Prozent bei über zehn Millionen.

Die Wettbewerbssituation wird sich zudem noch dadurch verschärfen, daß das nominale wie reale Wachstum des Einzelhandels in den kommenden Jahren hinter dem allgemeinen Anstieg der Konsumausgaben zurückbleiben wird. Wegen gewisser Sättigungserscheinungen hatte der Einzelhandel schon 1983 bei einem Umsatz von rund 457 Milliarden Mark nur noch einen Anteil von gut 48 Prozent am privaten Verbrauch gegenüber 51,2 Prozent 1972. Geht man, so das Ifo, für 1985 bis 1990 von einem durchschnittlichen jährlichen Wachstum des privaten Konsums von 1,5 bis zwei Prozent aus, so zeichnet sich für den Einzelhandel nur ein reales Plus von ein bis 1,5 Prozent ab. Damit dürfte sich der Anteil am privaten Verbrauch auf etwa 46 Prozent reduzieren.

Dies sei auch der Grund dafür, daß die Verkaufsfläche des gesamten Einzelhandels nur durchschnittlich um etwa 0,5 Prozent pro Jahr wachsen werde. Berücksichtigt werden müsse dabei auch, daß die Expansionsmöglichkeiten der großen Unternehmen aufgrund der starken Besetzung interessanter Standorte geringer werde.

SEEHAFENHINTERLANDVERKEHR

Gewerbe würde gesetzliche Regelung gern vermeiden

HANS-J. MAHNKE, Bonn

Den deutschen Seehäfen müßten Bund und Länder mit 80 Millionen Mark unter die Arme greifen, wenn in ihrem Hinterlandverkehr die gleichen Wettbewerbsbedingungen herrschen sollen wie bei den Rheinmündungshäfen. Diese Forderung haben jetzt die Bundesverbände des Deutschen Güterkraftverkehrs BDG gestellt, die am Donnerstag erstmals im Bundeswirtschaftsministerium an der Sitzung des Arbeitskreises Seehafen-Hinterlandverkehr teilnehmen. Ihrer Ansicht nach hat sich die Diskussion über die Angleichung der Wettbewerbsbedingungen bisher zu einseitig auf Maßnahmen des Güterkraftverkehrsgewerbes und der Binnenschiffahrt beschränkt.

Zur Lösung des Problems erwartet das Gewerbe von allen beteiligten Partnern – dem Staat, der Seehafenwirtschaft und den Transportunternehmen – einen Beitrag. Bund und Länder sollten den Seehäfen die Mehrbelastung bei der Kfz- und Mineralölsteuer gegenüber den Verkehren zu den Rheinmündungshäfen erstatten. Der Verband hat hierfür eine Zahl von 80 Millionen Mark ermittelt, die jedoch nur gelten würde, wenn ausschließlich – tatsächlich sind es 80 *Prozent – ausländische Unternehmen* fahren würden. Kritisiert wird in diesem Zusammenhang auch die Erhöhung der Genehmigungen im grenzüberschreitenden Verkehr.

Von der Seehafenwirtschaft wird eine raschere Abfertigung der Lkw erwartet. Eine Umfrageaktion des Gewerbes zum Jahresende hat gezeigt, daß besonders in Hamburg teilweise lange Wartezeiten in Kauf genommen werden müssen.

Wenn sich die Partner bewegen, so sei auch das Gewerbe bereit, über das bereits im August vorgelegte Tarifangebot für den Seehafenhinterlandverkehr hinauszugehen. Bei der Haltung des Gewerbes wird deutlich, daß gesetzliche Maßnahmen mit allen Mitteln verhindert werden sollen, weil darin die Gefahr einer Auflockerung des bestehenden Ordnungsrahmens gesehen wird. Bundesverkehrsminister Werner Dollinger hatte gesetzliche Schritte angekündigt, falls es auf freiwilliger Basis zu keiner befriedigenden Lösung kommen sollte. Der Hamburger Senat hat inzwischen einen Gesetzentwurf fertiggestellt, dessen Ziel es ist, die Tarifbedingungen im Seehafenhinterlandverkehr an die für den grenzüberschreitenden Verkehr anzugleichen. So sollen Sonderabmachungen erlaubt werden.

Ursprünglich bestand die Absicht, daß bereits am Donnerstag eine endgültige Entscheidung fallen sollte. Die Spitze des Verkehrsministeriums hat jedoch den Bericht seiner Experten zum Seehafenhinterlandverkehr nicht gebilligt. *Da die Korrekturen* mit den anderen Ressorts abgestimmt werden müssen, kann er erst im Februar dem Verkehrsausschuß präsentiert werden. Offen ist noch, ob die Küstenländer mit ihrer Gesetzesinitiative warten werden.

Uhren gehen weiter nach

Von WERNER NEITZEL

Es wird Zeit, daß in der Zeitmessung bessere Zeiten anbrechen. Dieser Hoffnung hängt die deutsche Uhrenindustrie im Vorfeld wichtiger Messen in München und Basel nach. die Vorzeichen sind zum Teil nicht ungünstig. Im konjunkturellen Auf und Ab der letzten Jahrzehnte wurde die Uhr immer mehr in die Rolle eines Stiefkindes gedrängt. Da sie auf der Prioritätenliste der Bundesbürger nicht gerade vorn rangiert, profitiert sie vom allgemeinen wirtschaftlichen Aufschwung auch nur mit merklicher Verzögerung. So scheint dies auch jetzt zu laufen.

Der hiesige Markt für Armbanduhren hat sich im vergangenen Jahr leicht erholt. Dies gilt freilich nur in der Mengenbetrachtung. Denn wertmäßig tendiert der Markt mit zweistelligem Minus nach unten. In dieser Gegenläufigkeit, die sicherlich auch für die Ertragslage gilt, liegt nicht nur für das verbliebene Häuflein deutscher Kleinuhrenhersteller das Problem. Auch die bislang von hohen Wachstumsraten verwöhnten Japaner bekommen dies zu spüren.

Die Gründe für jene mißliche Situation liegen *auf der Hand*. Vor allem aus Richtung Hongkong rollt nach wie vor eine ungeheuer große Importwelle heran, wenngleich ihre *Zuwachsrate auch etwas kleiner* auszufallen scheint. Billige Digitaluhren haben daran einen hohen Anteil. Sie werden in riesigen Mengen auf den deutschen Markt geschaufelt. Die Importeure kaufen sie zum Teil zu Preisen von weniger als einem Dollar pro Stück ein. Gegenüber dem Tatbestand, daß bei jeder dritten bis vierten Uhr aus diesem Billigsortiment über kurz oder lang qualitätsbedingte Funktionsausfälle eintreten, schlägt, wie die Markterfolge zeigen, die Attraktivität des niedrigen Preises wohl noch immer ungleich stärker durch. Auch der Umstand, daß ein Batteriewechsel in solchen Fällen teurer ist als der Kauf einer neuen Uhr dieses Genres, scheint die Käufer nicht sonderlich zu schrecken.

Es konnte wohl nicht ausbleiben, daß der rasante Vormarsch billiger Elektronik in der praktisch durchweg aus Klein- und Mittelbetrieben bestehenden deutschen Uhrenindustrie, die sich lange Zeit mit ihrer traditionell ausgefeilten Uhren*mechanik gute Märkte sicherte*, tiefe Scharten schlug. In den letzten vier Jahren schieden durch Konkurs, freiwillige Liquidation oder Produktionsaufgabe mehr als zwei Dutzend Firmen aus dem Wettbewerb aus.

Waren es anfangs die Japaner, die mit Quarzuhrentechnik und guter Qualitätsarbeit für Furore sorgten, so hat sich der Druck (von der Menge her) durch die Uhrenflut aus Hongkong inzwischen wesentlich verstärkt. Aufgrund der kostenmäßigen Standortnachteile sind die Uhrenfabrikanten in Europa nicht in der Lage, Digitalarmbanduhren – neue Hoffnungen keimen *auf durch die* verstärkte Nachfrage nach Analoguhren – zu wettbewerbsfähigen Preisen herzustellen. Seit Ende der siebziger *Jahre halbierte sich die deutsche* Armbanduhrenproduktion, obwohl alle Anstrengungen unternommen wurden, selbst auch in der Quarzuhrentechnologie Akzente zu setzen und vor allem mit gekonntem Design zu brillieren.

Kennzeichnend für die Verwerfungen in den Produktions- und Angebotsstrukturen ist das Schweizer Beispiel. Dort schrumpfte in dieser Schlüsselbranche der Eidgenossen die Beschäftigtenzahl innerhalb weniger Jahre auf rund 30 000, also ein Drittel des ursprünglichen Bestandes, *zusammen. Die deutschen* Uhrenhersteller mußten in dieser Beziehung auch kräftig Federn lassen. Sie beschäftigen aber immerhin noch *rund 17 500 Mitarbeiter*.

Die Lage wäre weitaus trostloser, gäbe es nicht die Großuhren-Sparte. In diesem Bereich der Wecker, Stand-, Wand- und Tischuhren beanspruchen die deutschen Hersteller neben Japan den führenden Platz in der Weltrangliste. Hier haben mittelständische Firmen gezeigt, daß sie mit zielbewußter Entwicklungsarbeit, Bereitschaft zu enger Zusammenarbeit und viel Phantasie in der Produktgestaltung durchaus in der Lage sind, sofern ein zugkräftiges Vertriebskonzept dahintersteht, eine Spitzenposition zu halten und zu festigen. Ihr Beispiel zeigt, daß es durchaus Rezepte gibt, aus eigener Kraft erfolgreich gegen Entwicklungen von draußen anzugehen. Dazu gehört der Glaube an die eigene Kreativität ebenso wie Mut zum Risiko. Insofern bietet die Uhrenbranche *trotz großer Schwierigkeiten in Teil*bereichen auch positive Aspekte.

AUF EIN WORT

»Wenn wir davon überzeugt sind, daß ein hohes Wachstum erforderlich ist, und daß wir dies gesellschaftlich auch ermöglichen können, dann ist das Problem der Arbeitslosigkeit – das wir im Augenblick alle als Maßstab für unser gesellschaftliches Handeln ansehen – für jeden, der arbeiten kann und auch arbeiten will, lösbar.«

C. J. A. van Lede, Präsident des Zentralverbandes niederländischer Unternehmen (VNO). FOTO: DIE WELT

SELBSTÄNDIGE

Strukturwandel keine Bedrohung

DOMINIK SCHMIDT, Hannover

Für eine „Entdämonisierung" des Strukturwandels hat sich der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Selbständiger Unternehmer (ASU), Martin Leicht, ausgesprochen. Auf der Jahresbeginn-Veranstaltung der Industrie- und Handelskammer Hannover-Hildesheim erklärte Leicht, die dauernde Veränderung und Weiterentwicklung sei das Kennzeichen ei*ner dynamischen Wirtschaft und* Ursache für Wachstum und Wohlstand.

Strukturwandel lasse sich nicht verhindern, auch wenn er vielfach als Bedrohung empfunden werde. Gerade für kleine und mittlere Unternehmen seien Phasen struktureller Wandlungen günstige Zeiten, weil gerade solche Firmen ihre besonderen Stärken, nämlich Flexibilität und Anpassungsfähigkeit, ins Feld führen könnten. Die Bewältigung des Strukturwandels, soLeicht, sei grundsätzlich Sache der Unternehmen. Aufgabe des Staates sei es, zur Revitalisierung von Wirtschaft und Gesellschaft Hemmnisse und Verkrustungen abzubauen und die notwendigen Anpassungsprozesse zu erleichtern.

Auf der gleichen Veranstaltung erklärte Niedersachsens Ministerpräsident Ernst Albrecht, die Verbesserung der wirtschaftlichen Strukturen in Niedersachsen bleibe für die Landesregierung ein vorrangiges Ziel. Das Problem der Arbeitslosigkeit werde sich mit wirtschaftlichem Wachstum allein nicht lösen lassen.

GROSSBRITANNIEN

Diskont wurde wiedereingeführt

WILHELM FURLER, London

Die britische Regierung hat sich nach langem Zögern entschlossen, in die Entwicklung an den Devisen- und Geldmärkten einzugreifen, um den Kursverfall des Pfund Sterling zum Stillstand zu bringen. Die Thatcher-Administration beschloß gestern überraschend, die Minimum Lending Rate (Mindest-Ausleihsatz), für einen Tag wieder zum Leben zu erwecken. Dieser Satz, der dem deutschen Diskont entspricht, wurde auf zwölf Prozent festgesetzt. Die Minimum Lending Rate, die den billigsten Satz darstellt, zu dem die Bank von England Geld an andere Banken auszuleihen bereit ist, war vor knapp vier Jahren abgeschafft und durch eine Politik *flexibler Geldmarktsätze ersetzt wor*den.

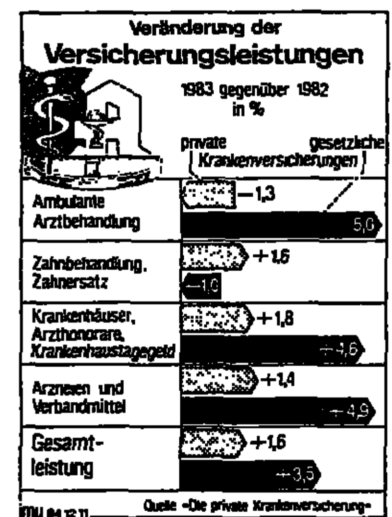
Mit dieser Maßnahme wurde das Zinsniveau am Finanzplatz London deutlich angehoben und der Kursverfall des Pfundes einstweilen gestoppt. Die Geschäftsbanken setzten daraufhin ihre Basis-Ausleihsätze herauf.

Die Großbanken erhöhten die Basiszinsen um 1,5 auf zwölf Prozent, obwohl erst am letzten Freitag eine Erhöhung der Basis-Ausleihesätze um ein Prozent auf 10,5 Prozent vorgenommen worden war. Doch die Zinsanhebung am Wochenende vermochte den Pfundverfall nicht zu bremsen. Er setzte sich am Freitag in New York und am an den Devisenmärkten in Fernost und später auch in London fort.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Maschinenbauer erwarten Steigerung der Produktion

Frankfurt (dpa/VWD) – Nach dem vom Export getragenen „Erholungsjahr 1984" stehen die Zeichen beim deutschen Maschinen- und Anlagenbau eindeutig auf Expansion. Für 1985 hält der Hauptgeschäftsführer des Verbandes des deutschen Anlagen- und Maschinenbaus (VDMA), Justus Fürstenau, ein preisbereinigtes Produktionsplus von fünf Prozent für durchaus erreichbar. Zur Kon*junkturstütze werden dabei, so Für*stenau, die im Inland wie auch in den meisten westeuropäischen Ländern spürbar anziehenden Ausrüstungs*investitionen. Auch in den USA, die* mit ihrem enormen Importsog 1984 Frankreich erstmals in der Rangliste der größten deutschen Maschinen-*Abnehmer vom 1. Platz verdrängten*, sei 1985 trotz einer gewissen Abflachung nochmals mit einer zweistelligen Zunahme der Investitionen zu rechnen.



Die Leistungen der gesetzlichen Krankenversicherungen sind 1983 mit 3,5 Prozent doppelt so schnell wie die der privaten Versicherer, die um 1,6 Prozent zunahmen. An der Spitze der Ausgabensteigerung lag die ambulante Arztbehandlung, die um fünf Prozent teurer wurde. QUELLE: IMU

KHD-Bezugsrechte

Köln (dpa/VWD) – Für die neuen 53 Millionen Mark Stammaktien aus der am 7. Dezember beschlossenen Kapitalerhöhung der KHD Klöckner Humboldt-Deutz AG, Köln, findet der Bezugsrechthandel an der Börse vom 21. bis 31. Januar statt. Wie aus dem Börsenprospekt hervorgeht, können die Aktien, die zum Kurs von 175 Mark je 50 Mark-Aktie angeboten werden und für 1985 voll gewinnberechtigt sind, von den KHD-Aktionären im Verhältnis fünf zu eins vom 21. Januar bis 4. Februar bezogen werden.

Thyssen begibt Anleihe

Bonn (DW.) – Die Thyssen AG begibt über ihre Tochter, die Thyssen Caribbean Finance n.V., Curacao, Niederländische Antillen, eine 150 Mill. DM-Anleihe im Wege einer Privatplazierung unter Federführung der Dresdner Bank auf dem Eurokapitalmarkt. Der Anleiheerlös ist zur Finanzierung von Investitionen der Thyssen-Gruppe in verschiedenen europäischen und Überseeischen Ländern bestimmt. Bei einer Laufzeit von längstens acht Jahren ist die Pri*vatplazierung mit einem Jahres*kupon von 7,5 Prozent und einem Ausgabekurs von 100 Prozent ausgestattet.

Genug Heizöl

Bonn (dpa/VWD) – „Leichtes Heiz*öl gibt es genug", erklärte der Ge*samtverband des Deutschen Brennstoffhandels (GDB). Wenn sich jetzt beim Handel Aufträge bis zu einer Wochenfrist kumulieren, so liege dies vornehmlich an den winterlichen Straßenverhältnissen. Die Heizölpreise für leichte Ware seien in der ersten Januarhälfte um etwa zehn Prozent gestiegen.

Kredit für Moskauer Bank

Bonn (DW.) – Gestern wurde in *Frankfurt der Vertrag für einen Eu*rokredit in Höhe von 100 Millionen US-Dollar an die Internationale Bank für Wirtschaftliche Zusammenarbeit *(IBEC), Moskau, unterzeichnet. Der* Kredit, der von der Commerzbank arrangiert wurde, hat eine Laufzeit von sieben Jahren bei vier Freijahren und *dient dem Ausbau der Handelsbezie*hungen zwischen den westlichen Ländern und den Comecon-Staaten.

Kritik an Gründungshilfen

Bonn (dpa/VWD) – Unterschiedliche Auffassungen über die staatliche Förderung betrieblicher Existenzen haben gestern der Bundesverband mittelständische Wirtschaft und die Wirtschaftsjunioren vertreten. Während die Mittelstandsorganisation den Abbau der Zuschüsse für die Unternehmensberatung als „halbherzige" Politik der Bundesre*gierung kritisierte, forderte die Bun*desvorsitzende der Wirtschaftsjunioren, Angelika Pohlenz, in Saarbrücken, die Gründungsrisiken müß*ten wieder stärker privatisiert wer*den. Wenn heute jeder zehnte Existenzgründer von Bonn subventioniert werde, so sei das keine Erfolgs*meldung, sondern ein deutlichesa* Zeichen für Fehler in der Wirtschaftspolitik. Risikokapital müsse von der Privatwirtschaft bereitgestellt werden. *Dabei dürfe die Steu*erpolitik die Gewinne nicht länger als „strafbar" behandeln.

ENERGIEVERSORGUNG

Sicherung des Bedarfs setzt steigende Preise voraus

J. BRECH, Hamburg

Der Ersatz der Energie, die heute verbraucht wird, sowie die Erschließung neuer Energiequellen zur Dekkung zusätzlichen Bedarfs werden in Zukunft nur zu weitaus höheren Preisen möglich sein. Nach den Worten von Wolfgang Oehme, Vorstandsvorsitzender der Esso AG, Hamburg, sind langfristig steigende Preise somit die Voraussetzung für die Sicherheit der künftigen Versorgung. Die These, daß vor zehn Jahren steigende Energiepreise das Wachstum der Wirtschaft gelähmt hätten, nun sinkende Preise zur nachhaltigen Belebung beitragen müßten, sei eine kurzfristige Betrachtungsweise.

Für die künftige Entwicklung des Energiebedarfs werde, *so Oehme*, nicht das Wachstum der Weltwirtschaft, sondern vor allem das Wachstum der Weltbevölkerung von aus*schlaggebender Bedeutung sein*. Gehe man davon aus, daß sich die Zahl der Menschen von heute knapp fünf Milliarden zur Jahrhundertwende auf etwa sieben *Milliarden erhöht, bedeu*te das eine Zunahme des weltweiten Energiebedarfs um 25 bis 30 Prozent.

Die Sicherung dieses Bedarfs setzte die Erschließung neuer Vorkommen voraus. An natürlichen Ressourcen bestehe kein Mangel. Um sie auszubeuten, so Oehme, seien allerdings langfristig steigende Preise unvermeidbar. Dies liege im übrigen sowohl im Interesse der Exporteure als auch der Energie-Importländer, um neue Abhängigkeiten zu vermeiden. Für die weltweite Ölindustrie bedeuteten starke Preise schließlich die Si*cherung der Ertragsbasis*, um die auf jährlich rund 200 Mrd. Dollar steigenden Investitionen finanzieren zu können.

USA / Stahlprotektionismus kostet die Amerikaner bis 1990 rund 18 Milliarden Dollar

Die Verbraucher zahlen die Zeche

PETER BAUER, New York

Die US-Stahlindustrie hat mit dem Abschluß des „freiwilligen" Selbstbeschränkungsabkommens für Röhrenprodukte mit der Europäischen Gemeinschaft den heimischen Stahlmarkt fast vollständig abgeschottet und damit ihr Ziel einer drastischen Verminderung der Stahlimporte in den kommenden Jahren erreicht. Jetzt steht nur noch die Vollendung von Dumping- und Subventionsbeschwerden gegen Österreich, Schweden, einige Ostblockländer und Vene*zuela aus, oder die Eindämmung* der Importe auf anderem Wege.

Die Zeche für den Stahlprotektionismus zahlen die amerikanischen Verbraucher, denn nach einer vorläufigen Untersuchung des Budgetbüros im Kongreß wird die Selbstbeschränkung bei Massenstahl die Preise um sieben Prozent erhöhen und so über fünf Jahre die US-Konsumenten 18 Milliarden Dollar kosten. Von Autos über Büro- und Appartementhäuser bis zu Waschmaschinen und anderen Haushaltsgeräten wird sich die Begrenzung der Einfuhren in höheren Preisen niederschlagen.

Den Plan zur Einschränkung der Stahleinfuhren hatte Präsident Ronald Reagan im September 1984 vorgelegt – mitten im Wahlkampf –, unter dem Druck der Stahllobby. Die ausländischen Anbieter sollten im Zuge neuer Selbstbeschränkungsabkommen auf 18,5 Prozent US-Marktanteil begrenzt werden, gegenüber *mehr als 25 Prozent in den ersten elf* Monaten letzten Jahres.

Unter dem Druck der Dumpingbeschwerden beim US-Handelsministerium sowie bei der US-Behörde ITC und dank der unverblümten Hinweise auf die Möglichkeit gesetzlicher Einfuhrbeschränkungen durch den protektionistisch eingestellten Kongreß machten die großen Fremdanbieter wie Japan, Südkorea, Südafrika, Brasilien, Mexiko und andere mit. Das Ergebnis der Verhandlungsrunde war eine weitgehende Behauptung der Positionen Japans (5,8 Prozent Marktanteil), der EG (5,4 Prozent) und Kanadas (drei Prozent). Damit erhielten die drei angestammten Großlieferanten insgesamt 14,2 Prozent Marktanteil zugestanden, während sich alle übrigen Länder mit 4,3 Prozent begnügen müssen. Zusätzlich will man 1,54 Mill. Tonnen Halbzeug in den US-Markt lassen.

Die amerikanischen Stahlimporte könnten im laufenden Jahr von etwa 24,5 Mill. auf 18 bis 19 Mill. Tonnen fallen, während die Lieferungen der US-Konzerne gegenüber den rund 66,2 Mill. Tonnen des vergangenen Jahres um etwa 3,6 bis 4,5 Mill. Tonnen steigen dürften. Nach Milliardenverlusten könnten die US-Konzerne dann 1985 wieder Gewinne erzielen.

(dpa/VWD)

JAPAN

Rekordüberschuß der Handelsbilanz

dpa/VWD, Tokio

Mit einem Überschuß von 33,7 Mrd. Dollar (95,9 Mrd. DM) hat der japanische Außenhandel 1984 einen neuen Rekordsaldo erzielt. 1983 hatte der Überschuß 20,5 Mrd. Dollar betragen. Die höchsten Zuwachsraten verbuchte Japan nach der vom Finanzministerium veröffentlichten vorläufigen Statistik bei den Exporten in die USA und nach China. Sie stiegen um jeweils über 40 Prozent.

Im Handel mit der EG blieb der japanische Überschuß mit 10,1 Mrd. Dollar (28,74 Mrd. DM) knapp unter dem Ergebnis vom 1983. Die Importe aus der Europäischen Gemeinschaft stiegen bei einem Zuwachs von rund 15 Prozent auf 9,3 Mrd. Dollar deutlich stärker als die japanischen Exporte (plus fünf Prozent auf 19,4 Mrd. Dollar). Den weitaus größten Überschuß gegnüber einem Land erzielte Japan mit seinem wichtigsten Handelspartner USA. Er stieg innerhalb eines Jahres von 18,2 auf 33,1 Mrd. Dollar.

Die gesamten japanischen Ausfuhren stiegen 1984 um 15,8 Prozent auf 170,1 Mrd. Dollar. Die Einfuhren nahmen um acht Prozent auf 136,4 Mrd. Dollar zu. Bei den Fertigwarenimporten, deren Erhöhung die anderen Industrieländer immer wieder monieren, betrug die Steigerungsrate gegenüber 1983 18,1 Prozent.

NORDSEEÖL / Großbritannien hat die Förderung im vergangenen Jahr um über zehn Prozent gesteigert

Zum fünftgrößten Produzenten aufgestiegen

WILHELM FURLER, London

127 Millionen Tonnen oder fast 800 Millionen Barrel Rohöl (ein Barrel = 159 Liter) hat Großbritannien im vergangenen Jahr produziert, gut zehn Prozent mehr als 1983 und fast 60 Prozent mehr als 1980. Damit ist das Land zum fünft-größten Ölproduzenten der Welt aufgestiegen, hinter der Sowjetunion, den USA, Saudi-Arabien und Mexiko. Mit Saudi-Arabien produziert nur noch ein Opec-Land mehr Öl als Großbritannien. Die britische Ölproduktion hat inzwischen 17 Prozent der gesamten Opec-Förderung erreicht, 1980 betrug sie nicht einmal ein Prozent.

Zwölf Milliarden Pfund oder rund 43 Milliarden Mark konnte der britische Schatzkanzler im letzten Jahr aus der Besteuerung von Nordseeöl einnehmen, zwei Milliarden Pfund mehr als ursprünglich erwartet worden war. Dieses Plus geht allerdings nicht nur auf die Mehrproduktion zurück, sondern noch stärker auf den gestiegenen Dollarkurs, da Öl in der US-Währung gehandelt wird.

Die unter Druck geratenen Preise an den Rohölmärkten haben wesentlich zur Talfahrt des Pfundkurses beigetragen. Die Nordseewährung, wie das Pfund auf Grund seiner starken Abhängigkeit von der Ölpreisentwicklung genannt wird, ist gegnüber dem Dollar und der D-Mark auf ein neues Tiefstniveau gefallen. Angesichts dieser Tatsache fragen immer mehr Beobachter, ob die britische Politik einer Ölproduktion auf Hochtouren gerechtfertigt ist, oder ob nicht gerade jetzt durch eine Drosselung der britischen Ölförderung dazu beigetragen werden sollte, das Welt-Ölpreisniveau zu stabilisieren, was auch dem Pfundkurs zugute käme. Ohnehin sind die britischen Nordsee-Vorräte begrenzt; die Förderung wird noch in diesem oder im kommenden Jahr ihren Höhepunkt überschreiten.

Dem Argument der sich verknappenden britischen Ölreserven wird von Experten in der Ölbranche allerdings entgegengehalten, daß sich die Vorkommen der einzelnen Felder bislang fast immer als reicher entpuppt haben, als zunächst unterstellt worden war. Und daß sich zudem die Technik, auch kleinere Felder kommerziell auszubeuten, ständig verbessert hat. Im übrigen liege im Nordsee-Boden um Schottland noch so viel unentdecktes Öl, daß dieses bis weit ins nächste Jahrhundert hinein ausreiche, den britischen Bedarf zu decken.

Dennoch läßt sich dadurch ein kontinuierlicher Rückgang der britischen Ölproduktion und damit der Steuereinnahmen nicht aufhalten. Experten schätzen, daß schon im nächsten Jahr mit 18,3 Milliarden Pfund Steuereinnahmen aus der Öl- und Gasförderung der Höhepunkt erreicht sein wird.

Die Regierung in London hätte über ihre staatliche Ölgesellschaft BNOC durchaus die Möglichkeit, an der Preis- und auch an der Mengenschraube zu drehen. Die BNOC nimmt 51 Prozent der Ölförderung aus dem britischen Nordseesektor ab, also täglich zwischen 1,3 und 1,4 Millionen Barrel. Hält sie den offiziellen Ölpreis hoch, muß sie erhebliche Verluste aus der Differenz zwischen hohem Kontraktpreis (zur Zeit noch 28,65 Dollar je Barrel Öl aus dem Brent-Feld) und den gegenwärtig um rund zwei Dollar niedrigeren Preisen an den Spotmärkten hinnehmen, wo sie einen großen Teil des abgenommenen Öls wieder verkaufen muß.

London ist schon deshalb kein Verbündeter des Opec-Kartells, denn wie auch gerade im Augenblick tendieren die Briten eher dazu, das Argument der Preisstabilität hintenanzustellen und die Kontraktpreise den Marktpreisen anzupassen. Den meisten in der Nordsee produzierenden Ölgesellschaften ist dies nur recht, auch wenn sie für ihr Öl von der BNOC weniger erhalten. Dafür können sie aber voll produzieren, was für sie aufgrund der spezifischen Struktur der Nordsee-Förderung mit ihren vergleichsweise sehr hohen Kapitalkosten von großer Bedeutung ist.

Im übrigen ist es im Gegensatz zur Förderung etwa im arabischen Raum technisch sehr schwierig, die Nordsee-Förderung zu drosseln, oder gar Förder-Rohre ganz abzudrehen. Dies ist wohl auch der Hauptgrund, warum London nicht von seinem Recht Gebrauch gemacht, die Förder-Konsortien zu einer Produktions-Drosselung zu zwingen.

Die Regierung bezweifelt allerdings, daß eine solche Maßnahme Wirkung am Ölmarkt zeigen würde, zumal damit gerechnet werden müßte, daß dann einige Opec-Länder ihre eigene Produktion wieder erhöhen könnten. Im übrigen weist London zu Recht immer wieder daraufhin, daß für Großbritannien als große Industrienation die Frage nach dem richtigen Ölpreis immer eine zweischneidige ist, nämlich die eines Ölproduzenten und gleichzeitig eines Ölverbrauchers.

Schließlich trifft auch der von Kritikern der Londoner Ölpolitik immer wieder vorgebrachte Hinweis nicht mehr zu, die andere Nordseeöl-Großmacht Norwegen betreibe eine sehr zurückhaltende Ölproduktion, während Großbritannien um jeden Preis voll produziere. Jüngsten Statistiken zufolge hat auch Norwegen im vergangenen Jahr eine Rekord-Produktion bei Öl und Gas aus der Nordsee mit insgesamt 60,2 Millionen Tonnen Öl-Äquivalent erreicht.

ARGENTINIEN / Noch kein Weg aus der Rezession

Soziale Konflikte nehmen zu

dpa/VWD, Buenos Aires

Trotz aller Beteuerungen der Regierung, die Rezession hat Argentinien voll erfaßt. Mit den Sommertemperaturen, die in Buenos Aires fast 40 Grad plus erreichten, wird auch das soziale Klima heißer. Im Ferienmonat Januar herrscht in Argentinien normalerweise Ruhe. In diesem Jahr weiten sich jedoch die Streiks aus: Seit drei Wochen wird kaum noch Post ausgetragen. Automobilfirmen legen Kurzarbeit ein. Entlassungen wegen fehlender Aufträge häufen sich, und rund 260 000 Bauarbeiter sind arbeitslos.

In den Armenprovinzen des Nordens haben Arbeiter eine Textil- und eine Zuckerfabrik besetzt. Hunderttausende, vor allem im öffentlichen Dienst, haben ihr Dezember- und ihr halbes 13. Monatsgehalt verspätet oder noch gar nicht erhalten. Staatliche Betriebe bezahlen die Rechnungen der Zulieferer nicht oder verspätet. Den Zulieferern fehlt das Geld für die Löhne ihrer Arbeiter. „Hier beginnt sich ein Rad zu drehen", schreibt der englischsprachige „Buenos Aires Herald", „zunächst langsam, dann mit wachsender Geschwindigkeit."

Die Regierung versucht die Lage über eine konzertierte Aktion mit Gewerkschaften und Arbeitgebern in den Griff zu bekommen. Der schon einmal ausgestiegene Gewerkschaftsdachverband CGT ist zwar in die Runde zurückgekehrt, aber erst die nächsten Lohnfestsetzungen der Regierung werden die Nagelprobe für den Erfolg der Aktion sein.

Nach wie vor hat die Regierung die Inflation nicht im Griff. Nach der Rekordrate von 27 Prozent im September schien das Inflationstempo abzuflauen, aber der Dezember brachte bereits wieder 19,7 Prozent – womit die Jahresinflationsrate auf den bisherigen Rekord von 688 Prozent stieg – und im Januar dürften die Preise wieder um mehr als 20 Prozent steigen. Dem Internationalen Währungsfonds hatte Argentinien 10,8 Prozent angegeben.

Bisher hat die seit Ende 1983 amtierende Regierung unter Präsident Raul Alfonsin die seit Jahren zerrütteten Wirtschaftsverhältnisse nicht bessern können. Die Deutsch-Argentinische Handelskammer schreibt in ihrer „Bilanz 84": „Der Versuch der Regierung, durch mehr Dirigismus, in erster Linie mittels rigoroser Steuerung der Preise, Wechselkurse, Löhne, Gehälter und der öffentlichen Tarife sowie durch Regulierung der Zinssätze der Wirtschaftskrise Herr zu werden, führte 1984 größtenteils nicht zum erhofften Erfolg." Vielmehr habe der Dirigismus neue Unordnung und Verzerrungen im Preis-, Zins- und Wechselkursgefüge sowie Vertrauensschwund verursacht.

Liberalisierung in China nimmt zu

dpa/VWD, Peking

Das chinesische Ministerium für Außenwirtschaft und Außenhandel soll sich künftig nicht mehr in die unmittelbaren Geschäfte der Staatsunternehmen einmischen. Die zuständige Ministerin Chen Muhua erklärte, die zentralen Behörden würden sich im wesentlichen nur noch um die Ausarbeitung von Prinzipien und Plänen kümmern und sie würden die Durchführung überwachen. Im Vordergrund der Verbesserungen steht die Einführung eines Agenturen-Systems, um so die Handelsabläufe zu vereinfachen. Der Außenhandel wurde 1984 um 20 Prozent ausgedehnt und wies deutlich höhere Überschüsse aus. Trotz dieser und anderer wirtschaftlicher Erfolge, entspreche der Außenhandel noch nicht den Erfordernissen der geplanten Modernisierung.

NAMEN

Hans Kuhn wurde zum 1. Januar 1985 vom stellvertretenden zum ordentlichen Geschäftsführer der Kaufhalle GmbH, Köln, bestellt.

Ludwig Schwarz, Vorstandsmitglied der Sparkassen-Versicherungs AG und der Zentraleuropäische Versicherungs AG, ist in den Ruhestand getreten.

Dr. **Heribert Schroiff** und **Ulrich Hartmann** sind in den Vorstand der neu gegründeten Zürich Rechtsschutzversicherungs-AG, Frankfurt, berufen worden.

KUNSTMARKT / Deutsche Auktionshäuser konnten Umsatz um 30 Prozent steigern

Branche profitiert von Zinssenkung

C. SKOWRONOWSKI, Hamburg

Das Geschäft mit der Vergangenheit blüht. Deutschlands größte Auktionshäuser melden für 1984 Umsatzsteigerungen bis zu 30 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Der neue Boom erinnert an die 70er Jahre, als die Zinssätze für langfristige Geldanlagen fielen und eine Flucht in den Sachwert Kunst einsetzte. Dies war auch im vergangenen Jahr wieder einer der Hauptgründe für das sehr gute Geschäft der Auktionshäuser.

Günstig hat sich für die Branche aber auch die Dollarhausse ausgewirkt. Händler und Sammler aus den USA sind derzeit bereit, auf Grund des günstigen Kursrelation Dollar zu D-Mark hohe Preise zu zahlen.

Bei aller Begeisterung für die Zeugnisse der Vergangenheit sind die Kunden, so die Erfahrungen Gert Nagels, Eigentümer des Stuttgarter Auktionshauses gleichen Namens, auch wählerischer geworden. „Der Trend zu besserer Qualität ist deutlich – Krimskrams ist absolut nicht mehr zu verkaufen", erklärte Nagel. Vor allem alte Sammlerteppiche fanden in dem Stuttgarter Traditionshaus (Jahresumsatz im Schnitt zehn Millionen Mark bei vier Auktionen) 1984 regen Absatz und erzielten hohe Preise.

Der Umsatz der Auktionshäuser wird allerdings nicht nur von den Anlageüberlegungen der Käufer bestimmt, sondern vor allem von den Objekten selbst: „Ist nichts da, geht auch nichts weg – und außerdem müssen die Sachen auch noch etwas Besonderes sein, um hervorragende Preise zu erzielen", bestätigen die Kunsthäuser einhellig. Glückstreffer, wie die Versteigerung der Sammlung Walther Franz, die dem größten Auktionshaus der Bundesrepublik Lempertz in Köln im Juni 1984 mit einem Hammerschlag gleich einen Bruttoumsatz von zwölf Millionen Mark bescherte, sind eher die Ausnahme. Auch Stücke wie der Ulmer Eulenpokal von 1600, der bei Neumeister in München mit 30 000 DM taxiert worden war und schließlich für 210 000 DM wegging, kommt auch dort nicht alle Tage auf den Tisch.

Die durchschnittliche Spanne zwischen Schätzpreis und Auktionspreis liegt in den meisten Häusern zwischen zehn und 25 Prozent. Der Käufer muß auf den Auktionspreis noch 15 Prozent plus Mehrwertsteuer drauflegen, bis er das wertvolle Stück sein eigen nennen kann.

Neben wirtschaftlichen Überlegungen haben viele Sammler auch die Liebe zum Schönen wiederentdeckt. So stellte das Hamburger Buch- und Kunstauktionshaus Hauswedell und Nolte 1984 eine besondere Vorliebe für grafische Blätter bei ihren Kunden fest. Auch Dörling in Hamburg – größtes Buchauktionshaus der Bundesrepublik, das aber auch über ein breitgefächertes Angebot an Grafiken und Gemälden verfügt – kann dies bestätigen: „Grafiken und Bilder sind nicht nur wegen des Wertes, sondern auch wegen des Motives interessant, sagt Angelika Goerigk. „Der ästhetische Aspekt steht wieder mehr im Vordergrund."

Der Handel mit Büchern hingegen ist mit dem von Kunstgegenständen, Möbeln und Teppichen nicht zu vergleichen. „Bücher sind und waren schon immer etwas für Individualisten," sagt Angelika Goerigk. Sie lassen sich ihre Liebe fürs Gedruckte und Gezeichnete einiges kosten: Eine Erstausgabe und Widmungsexemplar von Thomas Manns „Der Tod in Venedig" war bei Dörling auf 1000 DM geschätzt worden und ging schließlich für 14 000 DM weg.

Im Gegensatz zum Kunstmarkt ging der Umsatz mit Briefmarken im letzten Jahr um nahezu die Hälfte zurück. Ein Posthornsatz von 1951, der 1980 noch 5000 bis 7000 DM brachte, war im vergangenen Jahr für höchstens 3500 DM zu verkaufen. Das größte Briefmarkenauktionshaus in der Bundesrepublik, Adolf Ebel in Frankfurt, spürt deutlich die Zurückhaltung der drei Millionen Briefmarkensammler in der Bundesrepublik: „Unsere Kunden haben meist eine weitaus dünnere Brieftasche als die Kundschaft großer Kunsthäuser. Gerade das verfügbare Einkommen unserer Käufer ist in der letzten Zeit noch kleiner geworden. Davon zwei bis dreihundert Mark für eine seltene Briefmarke abzuzweigen, ist für viele oft nicht mehr drin." (dpa/VWD)

Frankreich kürzt den Kohlenabbau

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Von der „Aufwertung" der Kohle ist in Frankreich nicht mehr die Rede. Entgegen den sozialistischen Wahlversprechen wird die Förderung des staatlichen Steinkohlenbergbaus weiter eingeschränkt. Für dieses Jahr hat jetzt die technische Verwaltung der Charbonnages de France (CdF) ein Produktionslimit von 16,7 Millionen Tonnen festgesetzt. Das entspricht gegenüber der Förderung des letzten Jahres einer Kürzung um 1,5 Millionen Tonnen.

Allerdings war diese im vergangenen Jahr um eine Million Tonnen höher als geplant ausgefallen. Statt nur 17,2 wurden effektiv 18,2 Millionen Tonnen gefördert gegenüber 18,5 Millionen Tonnen 1983. Dies lag daran, daß sich die Abbaubedingungen im Lothringer Revier sowie in den mittel- und südfranzösischen Zechen eher etwas verbessert hatten. Mit dem nordfranzösischen Revier ging es dagegen weiter bergab.

Vor allem dort wurde infolge von Zechenschließungen die Belegschaft erneut reduziert. Insgesamt beschäftigte die CdF ohne ihren Chemiesektor zum Jahresende noch 51 000 Personen gegenüber 56 000 Ende 1983.

Von den 5000 freigesetzten Bergleuten wurden 900 von der Electricité de France (EdF) übernommen. Bis 1988 sollen 5000 Bergleute, die bei der CdF freigesetzt werden, bei der EdF Beschäftigung finden. Dann soll die französische Kohlenförderung nur noch zwölf Millionen Tonnen erreichen.

SPANIEN / Staatsverschuldung hat sich stark erhöht

Aktivsaldo im Außenhandel

ROLF GÖRTZ, Madrid

Die Verschuldung des spanischen Staates erreichte Mitte vergangenen Jahres eine Höhe von 50,6 Mrd. Dollar – „gewissermaßen aus dem Stand heraus", wie Banco Comercial Transatlantico in einer kritischen Zwischenbilanz nach zwei Jahren der Regierung González feststellt. Die schon vor der sozialistischen Regierung einsetzende Verschuldung schließt Verpflichtungen gegenüber der Bank von Spanien und Garantien mit ein.

Um den Schuldenberg abzubauen, entschloß sich die Regierung zu einer Erhöhung der Steuern, die, wie von Banco Trans errechnet, im Jahre 1985 etwa 15,5 Prozent des Bruttosozialproduktes betragen werden. Einschließlich der Sozialversicherung betragen die Abgaben insgesamt 24,9 Prozent. Als positiv seien nach dem Bericht die Erfolge bei der Inflationsbekämpfung zu betrachten. Danach dürfte 1984 zwar das proklamierte Ziel von acht Prozent nicht erreicht worden sein. Die Bank schätzt die Inflationsrate beim Jahreswechsel auf neun Prozent, eine deutliche Differenz zu den 12,2 Prozent Ende 1983 und 14 Prozent für 1982.

Als erfreulich verbucht der Bericht auch eine „steigende Verbesserung der Rentabilität der spanischen Unternehmen". Statt, wie im Wahlkampf versprochen, während der Legislaturperiode 800 000 neue Arbeitsplätze zu schaffen, mußte die Regierung allerdings mit ihrem Plan zur Sanierung in der Stahl- und Schiffbauindustrie eine zunehmende Arbeitslosigkeit in Kauf nehmen. So gingen in der ersten Halbzeit der derzeitigen Legislaturperiode 400 000 Arbeitsplätze verloren. Die pragmatische Wirtschaftspolitik der Regierung jedenfalls sieht realistischerweise in dem Schrumpfungsprozeß die einzige Möglichkeit, die seit Jahren andauernde Investitionsschwäche überwinden zu helfen.

Günstig entwickelte sich demgegenüber der Außenhandel. So wird die spanische Leistungsbilanz 1984 voraussichtlich mit einem Überschuß von 1,65 Mrd. Dollar abschließen, gegenüber dem Defizit von 2,48 Mrd. im Vorjahr eine erhebliche Verbesserung, die im wesentlichen durch eine reale Exportsteigerung erreicht wurde. In dem Bericht der Bank wird vor allem auf das Deckungsverhältnis Export/Import hingewiesen. Danach habe sich bereits in den ersten zehn Monaten des vergangenen Jahres diese Relation im Vergleich zum Vorjahr um 15 Prozentpunkte auf nicht ganz 82 Prozent verbessert.

Auch die Deviseneinnahmen aus dem Tourismus, die bis Ende September vergangenen Jahres gegenüber der vergleichbaren Zeit des Vorjahres bereits einen Zuwachs von 13 Prozent auf sechs Mrd. Dollar brachten, sowie die Auslandsinvestitionen sind gestiegen. Allerdings bemerkt der Bankbericht, daß viele dieser Auslandsinvestitionen nur Gelder sind, mit denen die Mutterhäuser die Verluste ihrer spanischen Töchter ausgleichen müssen. (SAD)

STUDIEN PLATZ BÖRSE

Die WELT hilft wieder beim Tausch von Studienplätzen. Die Tauschbörse organisiert der Ring Christlich Demokratischer Studenten (RCDS). Ausschließlich er nimmt die Tauschwünsche entgegen. Auch die Antworten auf die Offerten sind ausschließlich an den RCDS, Siegburger Str. 49, 5300 Bonn 3, Telefon 02 28 / 46 49 33, zu richten. Bei den Antworten sollen nur das Studienfach, das Semester und die laufende Nummer der Offerte angegeben werden. An erster Stelle ist jeweils der bisherige, an zweiter Stelle der gewünschte Studienort genannt.

Studienplatztauschbörse

Die Tauschaktion betrifft das Sommersemester 1985

Humanmedizin

4. klinisches Semester

	von	nach
1	FU Berlin	Freiburg
2	FU Berlin	Würzburg
3	Frankfurt	Hamburg
4	Frankfurt	Lübeck
5	Frankfurt	Uni Kiel
6	Köln	Freiburg
7	Uni Kiel	Hamburg
8	Saarbrücken	Freiburg
9	Saarbrücken	Lübeck
10	Saarbrücken	Tübingen

Humanmedizin

5. klinisches Semester

	von	nach
1	Aachen	Hamburg
2	Bonn	Freiburg
3	Bonn	Heidelberg
4	Bonn	TU München
5	Bonn	Uni München
6	Bonn	Tübingen
7	FU Berlin	Münster
8	Düsseldorf	Hamburg
9	Düsseldorf	Lübeck
10	Düsseldorf	Uni Kiel
11	Essen	FU Berlin
12	Essen	Düsseldorf
13	Frankfurt	Münster
14	Gießen	Bonn
15	Gießen	Düsseldorf
16	Gießen	Köln
17	Göttingen	Bonn
18	Göttingen	Köln
19	Hannover	Freiburg
20	Hannover	Göttingen
21	Hannover	U. München
22	Hannover	Tübingen
23	Marburg	Frankfurt
24	Marburg	Köln
25	Mainz	FU Berlin
26	Mainz	Frankfurt
27	Mainz	Uni München
28	Mainz	Tübingen
29	Mainz	Ulm
30	Ulm	Freiburg

Zahnmedizin

2. Semester

	von	nach
1	FU Berlin	U. München
2	FU Berlin	Ulm
3	Frankfurt	U. München
4	Frankfurt	Ulm
5	Gießen	Bonn
6	Gießen	Hannover
7	Gießen	Uni Kiel
8	Göttingen	Düsseldorf
9	Göttingen	U. München
10	Uni Kiel	FU Berlin
11	Marburg	Düsseldorf
12	Marburg	Uni München
13	Mainz	Bonn
14	Mainz	Köln
15	Mainz	Saarbrücken
16	Mainz	Tübingen
17	Mainz	Ulm
18	Würzburg	Frankfurt
19	Würzburg	Heidelberg
20	Würzburg	Mainz

Zahnmedizin

4. Semester

	von	nach
1	FU Berlin	Gießen
2	FU Berlin	Hannover
3	FU Berlin	Mainz
4	Frankfurt	Freiburg
5	Göttingen	Aachen
6	Göttingen	FU Berlin
7	Göttingen	Ulm
8	Münster	Hannover
9	Mainz	Bonn
10	Mainz	Freiburg
11	Mainz	Münster
12	Ulm	Bonn
13	Ulm	Heidelberg
14	Ulm	Hamburg

Zahnmedizin

5. Semester

	von	nach
1	Aachen	Düsseldorf
2	Aachen	Uni München
3	Bonn	Uni München
4	FU Berlin	Bonn
5	FU Berlin	Düsseldorf
6	FU Berlin	Erlangen
7	FU Berlin	Köln
8	FU Berlin	U. München
9	FU Berlin	Würzburg
10	Düsseldorf	Heidelberg
11	Erlangen	Uni München
12	Freiburg	Erlangen
13	Freiburg	Frankfurt
14	Freiburg	Gießen
15	Freiburg	Heidelberg
16	Freiburg	Marburg
17	Freiburg	Uni München
18	Freiburg	Tübingen
19	Gießen	Uni München
20	Göttingen	Hannover
21	Hamburg	U. München
22	Köln	Bonn
23	Köln	Düsseldorf
24	Köln	Uni München
25	Köln	Tübingen
26	Uni Kiel	Göttingen
27	Uni Kiel	Tübingen
28	Uni Kiel	Würzburg
29	Marburg	Göttingen
30	Marburg	Hamburg
31	Marburg	Münster
32	Münster	Hamburg
33	Münster	Uni Kiel
34	Münster	Uni München
35	Mainz	Frankfurt
36	Mainz	Uni München

Die Semesterangaben beziehen sich auf das Wintersemester 1984/85

Teures Spielchen

hg – „Der 1. FC Köln bleibt hart" – mit sportlicher Attitüde verteidigt der rheinische Bundesligist zur Zeit ein ausgesprochen unsportliches Verhalten: Zuschauer schröpfen. Die Landeskartellbehörde in Düsseldorf hatte beanstandet, daß der Fußballklub insgesamt 40 000 Eintrittskarten für das UEFA-Cup-Spiel gegen Inter Mailand am 20. März an der Kauf einer Karte für das wenig attraktive Spiel gegen Eintracht Braunschweig am 2. Februar koppeln will. Bis jetzt hat sich der Verein über das Düsseldorfer *Verdikt hinweggesetzt.*

Tatsächlich wird der Zuschauer ausgenommen: 50 Mark kostet einer der teuren Sitzplätze für das Inter-Spiel, dazu kommen noch einmal *30 Mark für die Darbietung* gegen Braunschweig. Das Anrüchige der Methode wird auch nicht durch die „gute Absicht" der Kölner akzeptabel, all den Getreuen eine Karte zu sichern, die selbst zu Spielen gegen Schlußlichter kommen.

Dies war ihnen nämlich unbenommen: Die Kartellbehörde hatte den Kölnern zugestanden, so viele Karten zu koppeln, als Zuschauer zum Braunschweig-Spiel zu erwarten seien. Indes gehen die Rechnungen von Fußballern und Behörde weit auseinander. Während die Kölner 30 000 erwarten, rechnen die Beamten mit 20 000. Sie gaben 25 000 für die Koppelung frei; die Kölner wollen 40 000.

„Dann bleibt für den freien Verkauf gar nichts mehr übrig", heißt es bei der Landeskartellbehörde, denn der Rest gehe ohnehin unterderhand an Freunde und Förderer des Vereins. Inzwischen sei dem 1. FC eine Untersagungsverfügung des Inhalts, daß nicht mehr als 25 000 Karten gekoppelt werden dürfen, zugestellt worden. Härte wird den Kölnern *in diesem Fall* ein Bußgeld bis zu einer Million Mark einbringen.

UHRENINDUSTRIE / *Perspektiven werden als günstig bezeichnet – Fachhandel ist überwiegend zufrieden*

Vom Exportgeschäft kommt kräftiger Schub

WERNER NEITZEL, **Stuttgart**

Während die Uhrenfabrikanten in diesen Tagen auf die Reise gehen, um ihre neuen Kollektionen dem Fachhandel vorzuführen sowie die Akzeptanz zu testen und auch mit der Münchner Inhorgenta (1. bis 5. Februar) ein wichtiger Messetermin heranrückt, werden die weiteren geschäftlichen Perspektiven in der Uhrenbranche nicht ungünstig beurteilt.

Im Bereich der Armbanduhren, in dem die deutschen Uhrenhersteller, die schwerpunktmäßig im Schwarzwald (zwischen Villingen-Schwenningen und Pforzheim ansässig sind), gegenüber der Konkurrenz aus Japan und Hongkong in den letzten Jahren kräftig Federn lassen mußten, beginnt man Land zu sehen. Die Zuversicht resultiert aus dem anhaltend starken Trend von der Quarz-Digitaluhr (mit Ziffernanzeige) zur Quarz-Analoguhr (mit Zeiger). Bei *letzterer* sieht die deutsche Industrie, die ihre *besondere Stärke im Design und in* der Schmuckbetontheit der Uhr zu besitzen glaubt, bessere Absatzchancen für sich. Bei der Großuhr (Wekker, Stand-, Wand-, Tischuhr) haben die deutschen Hersteller, die hier weltweit eine der führenden Positionen einnehmen, ihre starke Stellung gehalten.

Auch im Uhrenfachhandel ist großenteils Zufriedenheit über das Geschäft der letzten Wochen herauszuhören. Die Notwendigkeit von Werbung und Kundenpflege wird offenbar erkannt, um sich so besser gegenüber anderen Vertriebsformen zu profilieren. *In den letzten Jahren* und Jahrzehnten ist der Anteil derüber den Fachhandel verkauften Uhren auf (der Stückzahl nach) 26 Prozent geschrumpft, wertmäßig liegt der Anteil bei 40 Prozent.

Nach Schätzungen aus Fachkreisen dürften 1984 auf dem deutschen Markt zwischen 18,5 und 19 Mill. Armbanduhren verkauft worden sein. Der Anstieg gegenüber dem Vorjahr wird mit etwa drei Prozent angegeben. Jede zweite verkaufte Uhr war eine Quarz-Digitaluhr. Daß gerade bei dieser Produktgruppe ein starker Preisverfall zu verzeichnen war, geht aus der Halbierung des Wertumsatzes mit Quarz-Digitaluhren auf rund 190 Mill. DM zurück. 45 Prozent aller von den Bundesbürgern im vergangenen Jahr gekauften Armbanduhren lagen in der Preisklasse bis zu 20 DM, ein Genre, das praktisch voll aus Hongkong-Importen abgedeckt wird.

Die deutsche Uhrenindustrie produzierte in den ersten drei Quartalen des vergangenen Jahres mit 2,2 Mill. Armbanduhren 4,6 Prozent weniger als in der entsprechenden Vorjahreszeit. 49 *Prozent davon wurden exportiert.* Man geht davon aus, daß im Hinblick auf den regeren Bestelleingang in den letzten drei Monaten des *Jahres die Gesamtvorjahreszahl* von 3,2 Mill. produzierten Kleinuhren leicht übertroffen worden ist. Die Kleinuhrenimporte waren in den ersten drei Quartalen um 8,1 Prozent auf 19,7 Mill. Stück angestiegen.

Bei den Großuhren, die auf eine Exportquote von 70 Prozent kommen, wird der Produktionsanstieg in den ersten neun Monaten mit 17 bis 18 Prozent veranschlagt. Alles in allem verbuchte die deutsche Uhrenindustrie in den ersten drei Quartalen 1984 einen Umsatzanstieg um 5,5 Prozent auf 1,1 Mrd. DM. Während der Auslandsumsatz um 15,8 Prozent auf 502 Mill. DM zunahm, verringerte sich der Inlandsumsatz leicht um 1,8 Prozent auf 598 Mill. DM. Zur Zeit gibt es in der Bundesrepublik rund 250 Uhrenherstellerfirmen mit etwa *17 500 Beschäftigten, was gegenüber* dem Vorjahr eine Beschäftigtenabnahme um vier bis fünf Prozent bedeutet.

HOLZINDUSTRIE

Für Entlastung des Mittelstands

dpa/VWD, Köln

Die Spitzenvertreter der Holzindustrie und des Möbelhandels haben von der Bundesregierung eine nach*haltige Entlastung der mittelständi*schen Unternehmen gefordert. Zur Eröffnung der Internationalen Möbelmesse in Köln erklärte gestern Manfred Thome, Präsident des Hauptverbandes der Deutschen Holzindustrie, die Lage der mittelständischen Unternehmen habe sich in den vergangenen zehn Jahren verschlechtert. Gerade diese Personalgesellschaften seien aber zu schwer belastet. „Das ist letztlich auch beschäftigungspolitisch unverantwortlich." Wer dauerhafte Arbeitsplätze wolle, werde sie vor allem in den kleinen und mittleren Unternehmen finden.

Ähnlich äußerte sich auch Franz Krämer, der Präsident des Bundesverbandes des Deutschen Möbelhandels. „Wir erwarten von der Bundesregierung keine Subventionen", versicherte er. „Was wir als Mittelstand brauchen, ist ausschließlich Entlastung." Thome bezeichnete die Internationale Möbelmesse als das erste große Konjunkturbarometer für den privaten Konsum im neuen Jahr.

DBV-VERSICHERUNGEN / Normale Entwicklung

Kranken-Prämien gesenkt

HARALD POSNY, **Düsseldorf**

Die sechs Erstversicherer der in gemeinsamer Vertriebsorganisation verbundenen DBV- + Partner-Versicherungen, Wiesbaden/Offenbach, haben 1984 ein Beitragsvolumen von *1,45 Mrd. DM* erreicht, das mit einer Steigerung um 3,5 Prozent leicht über dem Durchschnitt der Assekuranz liegt. Abgesehen von den letztjährigen Hagel- und Sturmschäden der beiden Schadenversicherer haben sich die Versicherungsleistungen „normal entwickelt", so daß die Unternehmen angesichts passabler Kostenentwicklung und guter Kapitalerträge von „befriedigenden Geschäftsergebnissen" sprechen.

Das gute Vorjahres-Neugeschäft wurde 1984 in der Lebensversicherung nicht wieder erreicht. Hier konnte der rückläufige Zugang an Gruppen-Risikoversicherungen zur Absicherung von Baudarlehen durch die erhöhten Neuzugänge an Einzel-Risikoversicherungen und Berufsunfähigkeitsversicherungen nicht wettgemacht werden. Der Bestand beider Gesellschaften (DBV-Leben und Partner-Gruppe Leben) erhöhte sich auf eine Versicherungssumme von nahezu 44 Mrd. DM. Die verdienten Beiträge wuchsen bei DBV-Leben um 0,8 Prozent auf 802 Mill. DM, beim Partner stagnierten sie bei 47 Mill. DM.

In der Krankenversicherung stiegen die Beiträge bei der APK-Krankenversicherung AG um 4,7 Prozent auf 217 Mill. DM, bei der Partner Kranken um 1,6 Prozent auf 173 Mill. DM. *Die Leistungsausgaben sind* 1984 deutlich stärker gestiegen als im Jahr zuvor. Dennoch könnten aus den Geschäftsergebnissen wieder etwa 20 Prozent der Beiträge in die Rückstellung für Beitragsrückerstattung fließen.

Angesichts der günstigen Aufwands- und Ertragsstruktur haben sich beide Unternehmen zu „spürbaren Beitragssenkungen", vor allem in der Vollkosten-Versicherung, entschlossen. Die beiden Schadenversicherer erreichten Bruttobeiträge von zusammen 183 Mill. DM (plus 6 Prozent). Der Schadenverlauf wurde durch die Sturm- und Hagelereignisse erheblich beeinträchtigt.

Umsatzverdopplung bei Busak + Luyken

nl. Stuttgart

Die Dichtungsfirma Busak + Luyken GmbH & Co. (B + L), Stuttgart, hat 1984, dem Jahr ihres 30jährigen Bestehens, den Umsatz um nicht weniger als 34,5 Prozent auf 83,1 Mill. DM ausgeweitet. Der Gruppenumsatz *stieg sogar um 37,5 Prozent auf 110* Mill. DM. Dem Unternehmen gelang damit innerhalb von vier Jahren eine Umsatzverdoppelung. Der Direktexport des Stammhauses vergrößerte seinen Umsatzanteil auf 10,2 (6,3) Prozent. Tochterfirmen bestehen in Frankreich, der Schweiz und Japan.

Die Ertragslage des Unternehmens wird als „insgesamt zufriedenstellend" bezeichnet. Der Auftragsbe*stand von B + L, deren Abnehmer* vor allem die Branchen Chemie, Apparate- und Maschinenbau, Werkzeugmaschinen, Hydraulik, Pneumatik und Luftfahrt sind, deute, wie die Firma weiter mitteilt, auf einen günstigen Geschäftsverlauf 1985 hin. Man rechne freilich nicht mit einem ähnlich hohen Umsatzzuwachs wie im Vorjahr, da dieses durch den Nachholbedarf vieler Abnehmer gekennzeichnet gewesen sei. In der Gruppe sind 300 Mitarbeiter beschäftigt.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Beteiligung erhöht

München (dpa/VWD) – Die Victoria-Versicherungsgruppe, Berlin/Düsseldorf, hat ihre Beteiligung an der D.A.S. Deutscher Automobil Schutz Allgemeine Rechtsschutz-Versicherungs-AG, München, von 74 auf 90 Prozent erhöht. Die übrigen zehn Prozent am 30 Mill. DM Grundkapital sind nach Angaben der D.A.S. in den Besitz der Münchener Rückversicherungs-Gesellschaft übergegangen.

Steigenberger wird AG

Frankfurt (dpa/VWD) – Die Steigenberger Hotelgesellschaft KGaA, Frankfurt, wird nach dem Tod des persönlich haftenden Gesellschafters Egon Steigenberger in eine Aktiengesellschaft umgewandelt. Dies gab der Vorsitzende des Gesellschafterausschusses, Hans-Joachim Krahnen, gestern in Frankfurt bekannt.

Produktion erweitert

Hamburg (VWD) – Die Beiersdorf AG, Hamburg, baut mit Investitionen von 43 Mill. DM die Tesa-Fertigung in Offenburg und Harrislee/Flensburg weiter aus. In Offenburg werden mit der um 20 Prozent erweiterten Kapazität zu den 920 Beschäftigten 65 neue *und in Harrislee zu den 190 rund 40* neue Mitarbeiter eingestellt. Während in Offenburg die Produktion von Tesa-Klebebändern ausgebaut werden soll, wird in Harrislee eine neue Anlage zur Herstellung des neuen Produktes „Tesaseal" installiert. Die Anlagen in Harrislee sollen Mitte dieses Jahres, die in Offenburg Mitte 1986 in Betrieb genommen werden.

Cosmos-Direkt im Aufwind

Düsseldorf (Py.) – Die ohne beratenden Außendienst anbietende Cosmos Lebensversicherung AG, Saarbrücken, steigerte 1984 das Neugeschäft von 98 auf 154 Mill. DM. Cosmos ist Teil der Aachener und Münchener Versicherungsgruppe.

ÖVA zufrieden

Düsseldorf (Py.) – Die gesamten Beitragseinnahmen der ÖVA-Versicherungsgruppe der badischen Sparkassen haben 1984 rund 272 Mill. DM erreicht, von denen 191 auf die Lebensversicherung und 81 auf die Schadenversicherung entfallen. Das Neugeschäft des Lebensversicherers lag mit 1,05 Mrd. DM ungefähr auf Vorjahresebene und der Bestand *stieg um 8,2 Prozent auf 8,13 Mrd.* DM. Bei der ÖVA-Allgemeine-Versicherungs-AG, Mannheim, stand ein deutlicher Anstieg des Vertragsbestands (256 000 nach 242 000 Verträgen) einer durch einige Großschäden bedingten Verschlechterung der Bruttoschadenquote gegenüber. Befriedigend war der Schadenverlauf in der Sach-, Kfz-Teil-, und Kfz-Unfallversicherung, unerfreulich sah es dagegen bei Kfz-Haftpflicht- und allgemeiner Haftpflichtversicherung aus.

Neue Betriebsgesellschaft

Bielefeld (hdt.) – Die Gustav Win*del GmbH & Co, Bielefeld, eines der* führenden Textilveredelungsunternehmen in Europa, erzielte 1984 einen Gesamtumsatz von 95 Mill. DM. Für 1985 wird mit einer Umsatzausweitung auf 98 Mill. DM gerechnet. Die Gruppe beschäftigt derzeit rund 1000 Mitarbeiter. Zu Beginn des neuen Jahres wurde das Veredlungs- und Handelsgeschäft auf eine neugegründete Betriebsgesellschaft übertragen, die unter dem Namen Windel Textil GmbH & Co firmiert.

Provinzial: Hohe Erträge für Kunden

Py. Düsseldorf

Die Westfälische Provinzial Lebensversicherung, Münster, wird vor Direktgutschrift (36 Mill. DM) einen Bruttoüberschuß von 190 Mill. DM (plus 15 Prozent) ausweisen, von denen 98,5 Prozent als Gewinnbeteiligung an die Kunden zurückfließen. Als sehr gut werden das Neugeschäft und die positive Entwicklung der vorzeitigen Abgänge (2,7 nach 3,3 Prozent) bezeichnet. Beides führte zu einer Steigerung des Bestands von elf Prozent auf 12,35 Mrd. DM.

Die Prämien wuchsen um 8,6 Prozent auf 357 Mill. DM. Die Kapitalanlagen erhöhten sich 1984 kräftig um 15,5 Prozent auf 2,54 Mrd. DM, die Kapitalerträge daraus erreichten rund 200 Mill. DM (plus 15 Prozent). Die hohe Durchschnittsverzinsung von 8,1 Prozent des Vorjahres wurde trotz tendenziell sinkenden Zinsniveaus gehalten.

AQUA SIGNAL / Wachstum mit Schiffselektronik

Große Innovationskraft

W. WESSENDORF, **Bremen**

Die zur Weltspitze gehörenden Hersteller von Schiffsbeleuchtungen und Schiffselektronik, die Bremer Firma aqua signal Ahlemann + Schlatter GmbH & Co KG, rechnen weiter mit einer positiven Entwicklung. Die geschäftsführenden Gesellschafter Heinz Wickrath und Dietrich Haas verweisen dabei auf noch unausgeschöpfte Möglichkeiten in der Handelsschiffahrt, im Off-shore-Sektor und in der wachsenden Sport- und Freizeitschiffahrt.

Aqua signal erzielte in den vergangenen zehn Jahren stetige Umsatzsteigerungen. Lag der Umsatz 1974 noch bei 14,7 Mill. DM, so wird er für 1984 auf rund 30 Mill. DM beziffert. Diese positive Entwicklung sei insbesondere auf verstärkte Auslandsaktivitäten zurückzuführen, teilte die Geschäftsführung mit. Das Unternehmen habe für Schiffsbeleuchtung alle Zulassungen, die weltweit erforderlich seien. Der Vertrieb erfolge über 45 Vertretungen in allen Erdteilen.

Im weltweiten Wettbewerb glaubt das Bremer Haus mit hohem technischen Qualitätsstandard, neuen Technologien sowie modernem und damit servicefreundlichem Aufbau seiner Lichtsysteme zu bestehen. Sie haben sich auf dem Polarforschungsschiff „Polarstern", auf Bohrinseln in der Nordsee und auf den Passagierschiffen „Europa" und „Norway" bewährt.

Einen starken Wettbewerbsvorteil sehen die Gesellschafter zudem in der Innovationskraft, dabei vor allem für die Neuentwicklungen von Lichttechnik in Verbindung mit Elektronik für extrem hohe Ansprüche. Hierfür seien schon eigene Mikrochips entwickelt worden. Besonders nordamerikanische Unternehmen hätten in jüngster Zeit Interesse für eine Zusammenarbeit in der Lichtelektronik signalisiert.

NUKLEARE WIEDERAUFBEREITUNG / Zweite Anlage in La Hague wird die Gesamtkapazität verdoppeln

Frankreich bleibt noch auf Jahre weltweit führend

J. SCHAUFUSS, **La Hague**

Für rund 50 Milliarden Franc erstellt die Cogema, die private Kernbrennstoffgesellschaft des staatlichen französischen Atomenergiekommissariats, in La Hague bei Cherbourg ihre zweite große nukleare Wiederaufbereitungsanlage. Auf dieser zur Zeit größten Baustelle Europas sind an die 5000 Personen tätig. Die Anlage soll 1986 in Betrieb gehen. Dann kann die Cogema ihre Stellung als weltgrößter Aufbereiter von abge*brannten Kernbrennstoffen weiter fe*stigen. Bisher sind in La Hague über 6000 Tonnen Brennstoffe wiederaufbereitet worden.

Außer der militärischen Anlage von Marcoule verfügt die Cogema gegenwärtig in La Hague über eine jährliche Aufbereitungskapazität von 1200 Tonnen. Davon entfallen 800 Tonnen auf die Aufbereitung der in den ersten französischen Gas-Graphit-Reaktoren anfallenden Brennstoffrückstände. Für Leichtwasserreaktoren, auf die Frankreich inzwischen sein Kernenergieprogramm umgestellt hat, beträgt die Wiederaufbereitungskapazität 400 Tonnen im Jahr.

Durch die neue Anlage vervierfacht sie sich auf 1600 Tonnen, wodurch die Gesamtkapazität von La Hague mit 2400 Tonnen das Doppelte ihres derzeitigen Stands erreicht. Sie ist ab Mitte der neunziger Jahre für den Bedarf der Electricité de France *reserviert. In der Zwischenzeit stehen* die freien Kapazitäten ausländischen Elektrizitätsgesellschaften einschließlich einer zeitlich begrenzten Vor- und Nachlagerung (Gesamtkapazität: 8000 Tonnen) zur Verfügung.

Bisher hat die Cogema bereits mit 30 Gesellschaften aus sechs Ländern neue Abkommen unterzeichnet, die für den Zehnjahresabschnitt bis 1996 die Wiederaufbereitung von insgesamt 7000 Tonnen (t) Brennelementen vorsehen. Größte Auftraggeber sind Japan (2567 t) und die Bundesrepublik (2498 t), gefolgt von Schweden, der Schweiz und Holland. Unter den ausländischen Kunden für die zur Zeit bearbeiteten Aufträge steht die Bundesrepublik mit Abstand an erster Stelle.

Die ausländischen Gesellschaften sowie die Electricité de France haben sich in den Wiederaufbereitungsverträgen verpflichtet, Vorschüsse zu lei*sten, die auf die späteren zum Ein*standspreis erfolgenden Lieferungen voll angerechnet werden. Die Cogema kann damit das Projekt etwa zur Hälfte vorfinanzieren. Nach neuen Dauerkunden werde nicht mehr gesucht, in der Praxis würde es aber immer noch gewisse Möglichkeiten für Ausländer geben, hieß es.

Inzwischen hat die Cogema mit der Deutschen Gesellschaft für die Wiederaufbereitung von Kernbrennstoffen (DWK) einen Kooperationsvertrag unterzeichnet, der deutschen Ingenieuren erlaubt, sich in La Hague die für den Bau und den Betrieb einer Wiederaufbereitungsanlage in der Bundesrepublik nötigen Kenntnisse und Erfahrungen anzueignen (die Entscheidung über den Bau dieser Anlage soll am 4. Februar fallen). Daneben bestehen zwischen der Cogema und der Bundesrepublik auch Wiederanreicherungsverträge.

Die dafür zuständige Eurodif, an welcher die Cogema mehrheitlich beteiligt ist, verfügt über ein Viertel der Weltanreicherungskapazität. Die Cogema selbst hat darüber hinaus Zugang zu einem Viertel der Welturanreserven. Sie ist außerdem in allen anderen Sektoren des nuklearen Brennstoffkreislaufs tätig. Mit über 14 000 Beschäftigten erzielte sie 1983 einen konsolidierten Umsatz von 16,7 Milliarden Franc, davon 38 Prozent im Export.

Kreditvolumen ausgeweitet

Py. Düsseldorf

Die Stadtsparkasse Düsseldorf hat *1984 den konjunkturellen Aufwärts*trend gespürt. Erstmals überschritt die Bilanzsumme die Marke von 7 (6,8) Mrd. DM, das Geschäftsvolumen wurde auf 7,5 Mrd. DM ausgeweitet. Der Jahresüberschuß wird nach vorläufigen Angaben des Vorstands das gute Vorjahresergebnis von über 20 Mill. DM noch leicht übertreffen.

Die Gesamtersparnis 1984 war bei den Kunden mit einem Plus von 227 *Mill. DM besonders hoch.* Beim Wertpapierabsatz von 657 Mill. DM war der Verkauf hauseigener Papiere (383 Mill. DM) bemerkenswert. Die Gesamteinlagen stiegen auf 5,9 (5,7) Mrd. DM. Auch das Kreditgeschäft war positiv beeinflußt. Das Kreditvolumen wurde auf knapp 5 (4,8) Mrd. DM ausgeweitet. Die Belebung der wirtschaftlichen Aktivitäten fand ihren Niederschlag auch im Industriekreditgeschäft.

Rückschlag am Aktienmarkt

Kurse in Einzelfällen sogar zweistellig schwächer

DW. – Die Diskussionen über eine mögliche Anhebung des Lombardsatzes in dieser Woche zerren an den Nerven der Börsianer. Ängstliche Gemüter sprechen bereits von einer Wende in der Zinspolitik. Forcierte Gewinnmitnahmen am Aktienmarkt waren am Wochenbeginn die Folge. Als negativer Verstärker erweist sich zudem der Abrechnungstermin für Optionsgeschäfte, von dem berichtet wird, daß er wegen der Chance, im beträchtlichen Maße Gewinnrealisationen vornehmen zu können, viel Material an die Börse bringen wird.

Siemens-Aktien, die in der Vorwoche zeitweise über 500 DM gehandelt worden waren, fielen jetzt auf deutlich unter 490 DM zurück. Im Autobereich verloren Mercedes zweistellig. Deutlich unter Druck lagen auch die Papiere der Deutschen Bank. Hier wie auch bei zahlreichen anderen klassischen Standardwerten wurden aber gegen Börsenschluß Widerstandslinien erkennbar. Nicht dagegen das BASF-Bezugsrecht auf die Optionsanleihe, das nur noch mit 0,15 DM bewertet wurde, nachdem es zu Beginn der Vorwoche 0,75 DM gebracht hatte. Weiterhin fest tendierten Kali + Salz, von verschiedenen Seiten wegen der hohen Exportgewinne und der vermuteten überdurchschnittlichen Erträge aus dem Streusalzgeschäft zum Kauf empfohlen.

Düsseldorf: Conc. Chemie erhöhten sich um 5 DM auf 230 DM, Heinrich Lehmann befestigten sich um 2,90 DM und Allianz Leben schlossen mit einem Plus von 20 DM ab. Gerresheimer Glas sanken um 4,50 DM auf 143,50 DM.

Frankfurt: Deutsche Bank sanken um 6 DM auf 391 DM, Braun & Hartmann wurden um 15 DM niedriger taxiert und Mercedes verminderten sich um 10,60 DM. MAB Vorz. wurden mit 404 DM plus 14 DM bezahlt.

Hamburg: Beiersdorf schwächten sich auf 425 DM minus 4 DM ab, während Markt- und Kühlhallen bis 196 DM plus 3 DM umgesetzt wurden. Beider Versorgungspapiere lagen jeweils um 0,50 DM leichter, so HEW bei 88,50 DM und NWK-Vz. bei 170,50 DM.

München: Agrob St. verminderten sich um 4 DM auf 224,50 DM, AKS fielen um 1 DM und Hutschenreuther gaben um 3,50 DM nach. Deckel erhöhten sich um 1,50 DM, Grünzweig verbesserten sich um 2 DM und Leonische Draht zogen um 20 DM an.

Berlin: Dt. Hypobank Berlin wurden um 8 DM niedriger taxiert. Detewe ermäßigten sich um 5 DM und Herlitz St. um 3,50 DM. Berliner Kindl gaben um 2 DM, Berliner Elektro und Herlitz Vz. um je 1,50 DM und Schering um 1 DM nach.

Nachbörse: schwach

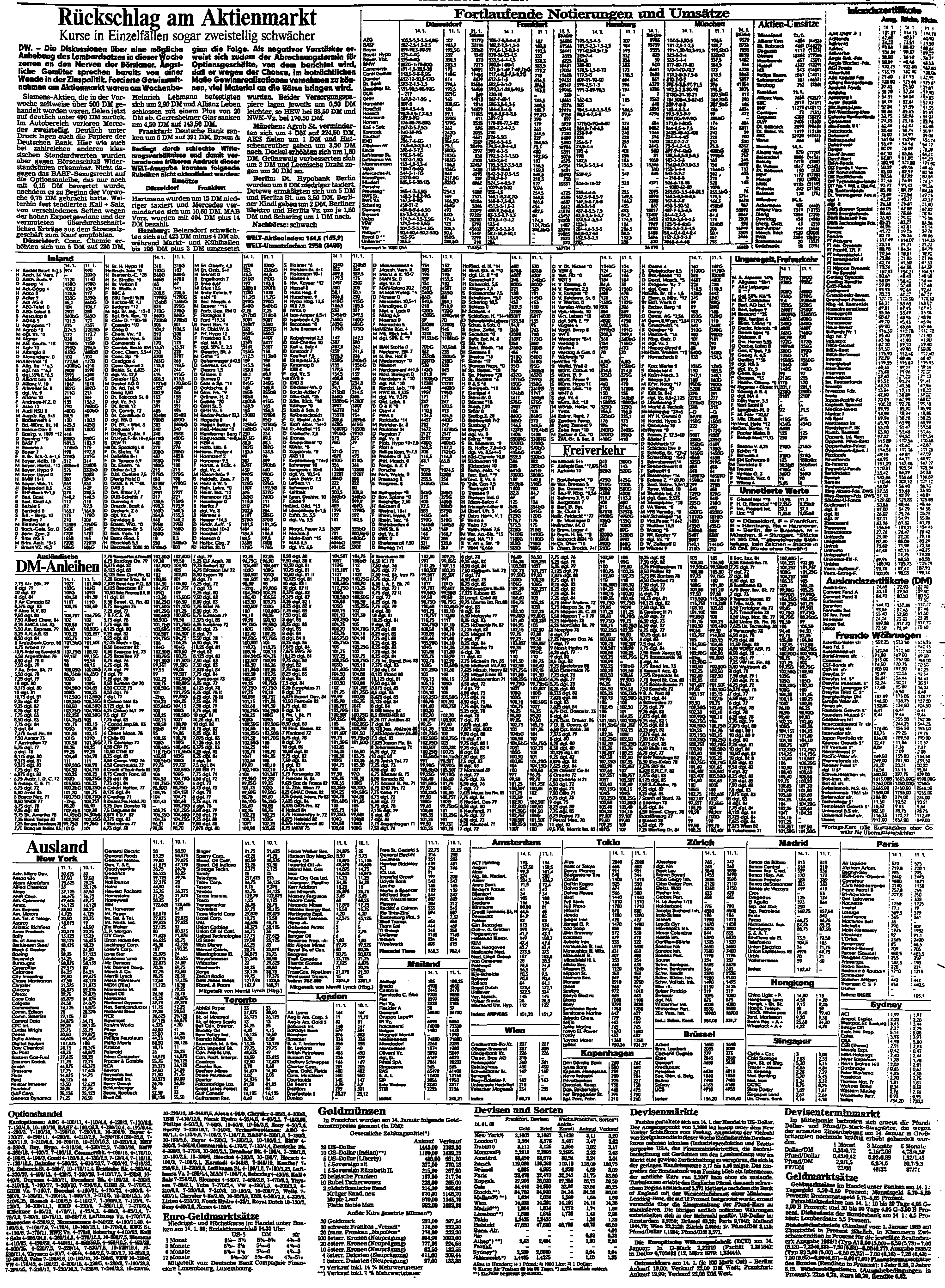
WELT-Aktienindex: 164,5 (165,9)

WELT-Umsatzindex: 2950 (3480)

Bedingt durch schlechte Witterungsverhältnisse und damit verbundenen früheren Andruck dieser WELT-Ausgabe konnten folgende Rubriken nicht aktualisiert werden:

Umsätze

Düsseldorf Frankfurt



Optionshandel

Kaufoptionen: AEG 4-100/11, 4-110/4,4, 4-120/2, 7-110/8,9, 7-120/4,5, 10-100/16, BASF 4-180/26,8, 4-190/10,4, 4-195/6,45, 4-200/3, 7-180/18, 7-190/10, 7-200/5,9, 10-200/9, Bayer 4-170/27, 4-190/11, 4-200/6, 4-210/2,9, 7-190/18,4180-25,8, 7-200/11,9, 7-210/6,6, 10-200/15, 10-210/10,3, 10-220/6,9, BHF 4-290/9, Bay. Hypo. 4-310/30, 4-330/12,9, 7-330/26, BMW 4-380/18, 4-400/7, 7-400/15, Commerzbk. 4-160/18, 4-170/10, 4-180/5, 4-190/3, Conti 4-120/5,5, 4-130/2,5, 7-13/4,4, 7-110/18, 7-120/10,5, Daimler 4-590/35, 4-610/20,7, 7-600/40, 7-610/33, Dt. Babcock St. 4-160/7, 10-170/11,4, Deutsche Bk. 4-360/44, 4-370/37, 4-400/15, 4-420/5, 7-390/28, 7-410/17,5, 7-430/8, 10-440/6, Degussa 4-350/11, Dresdner Bk. 4-160/36, 4-200/6, 4-210/3,2, 7-190/17, 7-200/10, 7-210/6,6, GHH St. 7-170/5,5, GHH Vz. 7-180,7, Hoechst 4-160/31, 4-170/23, 4-190/6, 4-200/4, 7-180/21, 7-190/14, 7-200/7,9, 7-210/5, 10-200/12,1, 10-210/6,35, Hoesch 4-100/5,5 4-110/2,7, 7-100/9,2, 7-110/4, 7-120/2, 10-100/11,1, KHD 4-270/8, 7-260/11,9, 7-270/9,4, Klöckner 4-65/12, 4-70/7,1, 4-75/4,3, 4-80/3, 4-85/1,4, 7-75/7,9, 7-80/5, 10-75/11, 10-80/7,6, Lufthansa Vz. 4-170/17,6, Mercedes 4-550/9,2, Mannesmann 4-140/22, 4-150/11,40, 4-160/5,4, 7-160/7,9, 7-170/4, 10-160/13,1, 10-170/8,6, RWE St. 4-170/8, 7-170/11, RWE Vz. 4-170/6, Schering 4-410/65, Kali + Salz 4-250/24,8, 4-260/14,5, 4-270/12,6, 10-280/7,5, Siemens 4-410/85, 4-430/69, 4-440/61, 4-450/50,5, 4-460/40,5, 4-480/29, 4-500/15, 4-520/7,5, 7-520/14, 7-530/7,8, 10-520/19,4, 10-530/11,4, Thyssen 4-80/7, 4-85/4, 4-90/2,6, 7-90/2,7, 10-85/8,9, 10-90/5,9, Veba 7-180/6,6, 10-180/10, 10-190/6, VEW 10-130/6, VW 4-170/42, 4-190/23, 4-200/15, 4-220/5, 4-230/3, 7-190/29,8, 7-200/25, 7-210/17, 7-220/10,3, 7-230/6, 7-240/2,2, 10-220/15, 10-230/10, 10-240/6,5, Alcan 4-90/5, Chrysler 4-95/8, 4-100/6, IBM 7-410/12,5, Norsk Hydro 4-35/4,8, 4-40/2,1, 7-40/3,95, Philips 4-50/3,8, 7-50/5, 10-50/6, 10-55/3,6, Sony 4-50/2,6, Sperry 7-120/16,7, 7-140/8. **Verkaufoptionen:** AEG 4-95/1,1, 4-110/5,8, 7-100/3, 7-110/7,8, BASF 4-180/1,8, 7-180/3, 10-180/5,5, Bayer 4-190/3, 7-190/3,5, 10-190/5,1, BMW 4-360/2, 7-360/6, Commerzbk. 4-170/2, 7-170/4,4, Deutsche Bk. 4-380/5, 7-370/4, 10-360/3,1, Dresdner Bk. 4-190/4, 7-180/1,8, 10-180/2,5, 10-190/6, Hoechst 4-190/8, 10-190/7, Hoesch 4-100/3, 7-100/3,1, Karstadt 4-240/8, 7-240/10, Kaufhof 7-220/8,5, 10-220/9,5, Lufthansa St. 4-180/1,6, 7-180/3,25, Lufthansa Vz. 7-190/4,4, MAN 7-160/7,4, Schering 4-450/8, Kali + Salz 7-250/2,6, Siemens 4-480/7, 7-460/3,6, 7-470/6,2, Thyssen 7-80/2,1, Veba 7-170/2,4, VW 4-190/1,5, 4-200/3,2, 4-210/6,9, 7-200/6,6, 7-210/8, 10-190/3, 10-200/7,5, Wella 7-490/11, Chrysler 4-95/3,45, 10-95/6,9, IBM 4-360/3,5, 4-370/5, Litton 4-210/10, Norsk Hydro 4-35/1, Royal Dutch 10-150/7, Sony 4-50/3,5, Xerox 4-120/8.

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 14. 1. 85; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	8⅛– 5½	5¼–5¾	4¾–5
3 Monate	8⅝– 8⅞	5¾–6	4¾–5
6 Monate	8⅞– 9⅛	5¾–6	4¾–5
12 Monate	9⅝–10	5⅞–6⅛	4⅞–5⅛

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 14. Januar folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1445,00	1795,50
10 US-Dollar (Indian)**)	1180,00	1439,15
5 US-Dollar (Liberty)	480,00	661,20
1 £ Sovereign alt	217,00	270,18
1 £ Sovereign Elizabeth II.	215,00	267,90
20 belgische Franken	167,00	217,74
10 Rubel Tscherwonez	226,00	285,00
2 südafrikanische Rand	214,00	265,62
Krüger Rand, neu	970,00	1145,70
Maple Leaf	970,00	1145,70
Platin Noble Man	882,00	1033,98
Außer Kurs gesetzte Münzen*)		
20 Goldmark	237,00	297,54
20 schweiz Franken „Vreneli"	174,00	222,30
20 franz. Franken „Napoléon"	174,00	222,30
100 österr. Kronen (Neuprägung)	894,00	1083,00
20 österr. Kronen (Neuprägung)	177,00	224,58
10 österr. Kronen (Neuprägung)	92,50	122,55
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	411,00	508,44
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	97,00	133,38

*) Verkauf inkl. 14 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7 % Mehrwertsteuer

Devisen und Sorten

14. 01. 85	Frankfurt. Devisen Geld	Brief	Wechs.Frankfurt. Sorten*) Ankfs.-Kurs⁴)	Ankauf	Verkauf
New York³)	3,1607	3,1687	3,1428	3,11	3,20
London¹)	3,564	3,578	3,487	3,47	3,62
Dublin¹)	3,111	3,125	3,055	3,02	3,17
Montreal³)	2,3915	2,3995	2,3695	2,33	2,43
Amsterd.	88,450	88,670	88,54	2,34	2,44
Zürich	119,080	119,280	119,10	118,00	120,75
Brüssel	4,985	4,985	4,936	4,89	5,09
Paris	32,470	32,470	32,345	31,75	33,50
Kopenh.	27,900	28,020	27,555	26,75	28,50
Oslo	34,440	34,550	33,87	33,50	35,25
Stockh.**)	34,780	34,920	34,36	34,25	36,00
Mailand²) **)	1,624	1,634	1,589	1,56	1,66
Wien	14,221	14,261	14,181	14,14	14,36
Madrid**)	1,804	1,814	1,772	1,74	1,88
Lissabon**)	1,825	1,845	1,729	1,43	2,25
Tokio	1,2425	1,2455	–	1,20	1,26
Helsinki	47,620	47,820	46,795	46,75	48,50
Buen. Air.	–	–	–	–	4,00
Rio	–	–	–	0,03	0,18
Athen*) **)	2,43	2,484	–	1,90	2,80
Frankf.	–	–	–	–	–
Sydney*)	2,589	2,6080	–	2,54	2,64
Johannesbg.*)	1,4485	1,4275	–	1,10	1,35

Alles in Hundert; ¹) 1 Pfund; ²) 1000 Lire; ³) 1 Dollar; ⁴) Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert. **) Einfuhr begrenzt gestattet.

Devisenmärkte

Farblos gestaltete sich am 14. 1. der Handel in US-Dollar. Der Ausgangspunkt von 3,1680 lag knapp unter dem New Yorker Schlußkurs vom Freitag. Angesichts der Vielzahl von Ereignissen die in dieser Woche Einfluß auf die Devisenkurse nehmen könnten (Industrieproduktion und Erzeugerpreise USA, das Finanzministertreffen, die Zentralbanksitzung mit Gerüchten um den Lombardsatz) war im Markt eine gewisse Zurückhaltung zu verspüren, die sich in der geringen Handelsspanne 3,17 bis 3,16 zeigte. Das Eingreifen der Bundesbank vom Freitag blieb ein Intermezzo, der amtliche Kurs von 3,1647 kam ohne sie zustande. Turbulenzen erlebte das Englische Pfund, das nach schwachem Beginn amtlich auf 3,571 kletterte nachdem die Bank of England mit der Wiedereinführung einer Minimum-Lending-Rate, die auf 12 Prozent festgesetzt wurde, erneut versuchte über die Zinsgestaltung der Pfund-Kurs zu stabilisieren. Die übrigen amtlich notierten Währungen entwickelten sich in der Mehrzahl positiv. US-Dollar in: Amsterdam 3,5750; Brüssel 63,38; Paris 9,7040; Mailand 1944,70; Wien 22,2120; Zürich 2,6554; Ir. Pfund/DM 3,118; Pfund/Dollar 1,1284; Pfund/DM 3,571.

Die Europäische Währungseinheit (ECU) am 14. Januar: In D-Mark 2,22319 (Parität 2,24184); in Dollar 0,702498 (12. März 1979: 1,35444).

Ostmarkkurs am 14. 1. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 19,00; Verkauf 22,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 19,00; Verkauf 22,00 DM West.

Devisenterminmarkt

Im Mittelpunkt befanden sich erneut die Pfund/Dollar- und Pfund/D-Mark-Swapsätze, die wegen der erneuten Zinsanhebung am 14. Januar in Großbritannien nochmals kräftig erhöht gehandelt wurden.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,82/0,72	2,16/2,06	4,78/4,58
Pfund/Dollar	0,45/0,42	0,93/0,89	1,52/1,45
Pfund/DM	2,9/1,5	6,0/4,6	10,7/9,3
FF/DM	22/06	48/32	87/71

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 14. 1.: Tagesgeld 5,50–5,60 Prozent; Monatsgeld 5,70–5,80 Prozent; Dreimonatsgeld 5,75–5,85 Prozent.

Privatdiskontsätze am 14. 1.: 10 bis 29 Tage 4,05 G–3,90 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 4,05 G–3,90 B Prozent. **Diskontsatz** der Bundesbank am 14. 1.: 4,5 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. Januar 1985 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1985/1 (Typ A) 5,00 (5,00) – 6,50 (5,73) – 7,00 (6,13) – 7,25 (6,38) – 7,50 (6,58) – 8,00 (6,77). Ausgabe 1985/2 (Typ B) 5,00 (5,00) – 6,50 (5,75) – 7,00 (6,16) – 7,25 (6,43) – 7,50 (6,65) – 8,00 (6,87) – 8,00 (7,03) **Finanzierungsschätze** des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,25, 2 Jahre 6,15. **Bundesobligationen** (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 6,75, Kurs 98,70, Rendite 6,82.

Bundesanleihen

Bundespost

Länder – Städte

Bankschuldverschreib.

Bundesbahn

		14. 1.	11. 1.
7½ dgl. 84 S.46	4/89	102,1	102,25
7¾ dgl. 84 S.47	7/89	102,75	103
7¾ dgl. 84 S.48	9/89	102,55bG	102,85
7½ dgl. 84 S.49	10/89	101,65	101,9bG
7¼ dgl. 84 S.50	11/89	100,65	101
7 dgl. 84 S.51	12/89	99,8bG	100bG
F 6½ Bdbahn 79	2/85	100,05G	100,05
8½ dgl. 73	2/85	100,1	100,1
7 dgl. 77	2/87	101,5G	101,5G
8 dgl. 77	9/87	99,5	99,5
6 dgl. 78 II	7/88	99,6	99

Renten ohne Käufer

Auf dem Rentenmarkt hielten die Abgaben bei den öffentlichen Anleihen an. Verkäufer sind nicht nur Banken, sondern zunehmend auch Ausländer, die sich durch die Diskussionen über eine mögliche Zinserhöhung in der Bundesrepublik irritiert fühlen. Da sich auch am Pfandbriefmarkt keine Käufer mehr melden, zogen hier die Renditen im Handel unter Banken im zehnjährigen Laufzeitbereich auf 7,48–7,49 Prozent an. Mit Spannung werden jetzt die Konditionen der neuen Bundesbahnanleihe erwartet, die am 17. Januar festgelegt werden sollen.

	14. 1.	11. 1.
M 7 dgl. Pf 20	100,35G	100,35G
B 5 Berl. Pfandb. Pf 7	102,5bG	102,5bG
7 dgl. Pf 31	101G	101
6 dgl. Pf 34	98G	98G
6½ dgl. Pf 37	99,5G	99,5
8 dgl. Pf 51	100,15G	100,15G
Hm5 BrHann. Hypo. Pf 1	118G	118G
7 dgl. Pf 80	98,75G	98,75G
7½ dgl. Pf 87	102G	102G
6 dgl. KS 29	88,25G	88,25G
7 dgl. KS 30	101,3G	101,3G

	14. 1.	11. 1.
Hm8 dgl. Pf 10	100,1bG	100,1bG
9 dgl. KO 53	101G	101G
7½ dgl. IS 6	102,7G	102,7G
10 dgl. IS 37	100,3G	100,3G
F 5 Pfalz Hypo. Pf 48	115G	115G
6 dgl. Pf 58	90,5G	90,5G
6 dgl. Pf 95	85G	85G
7 dgl. Pf 114	100G	100G
D 5 RW Bodencr. Pf C	129G	129G
5½ dgl. K	107G	107G
4 dgl. Pf 18	104G	104G

	14. 1.	11. 1.
F 7½ dgl. RS 27	101,5G	101,5G
8½ dgl. RS 60	99,75G	99,75G
7 dgl. 94	100,35G	100,35G
7 dgl. 99	100,15G	100,15G
8 dgl. 101	103,5	103,75G
7½ dgl. 102	102,25G	102,25G
9½ dgl. 126	105,9G	105,9G
D 8 LAG TS 76	101,5G	101,5G
5½ dgl. TS 77	100,2G	100,2G
5½ dgl. 78	97,1	97,6
7 dgl. 79	101bG	101,2

	14. 1.	11. 1.
6 dgl. KO Pf 50	100G	100G
6½ dgl. Pf 10	88,75G	88,75G
6 dgl. KS 1	99,9G	99,9G
M 6 Lda. Aufb. IS 15	99,7G	99,7G
6 dgl. IS 16	99,5G	99,5G
6 dgl. IS 17	98,9G	98,9G
8½ dgl. KO 49	101,4G	101,4G
8½ dgl. KO 46	101,25G	101,25G
M 7½ Bay.Lbkgz. Pf 103	101,5G	101,25G
9½ dgl. IS 726	92,5bG	100,15G
M 5 Bayer. Verbk. Pf 11	122G	122G
6 dgl. Pf 4	95,75G	95,75G
6½ dgl. Pf 3	92,5G	92,5G
6½ dgl. Pf 12	92G	92G

	14. 1.	11. 1.
6 dgl. Pf 49	91,25G	91,25G
8¼ dgl. KS 8	102,5G	102,5G
H 6 Lbk.S-Holst.Pf 89	80,5G	80,5G
7 dgl. Pf 97	97,25	97,25
6½ dgl. KS 78	100,75G	100,75G
10 dgl. IS 95	106,75G	106,75G
11½ dgl. IS 96	110,75G	110,75G
M 6½ Münch.Hypo.Pf 100	91,5G	91,5G
H 4½ Nordhyp.WBK Pf 24	105,5	105,5
6½ dgl. Pf 42	100,5G	100,5G
Hn7 Nord. Lbk. Pf 1	100G	100G
7½ dgl. Pf 4	91,5G	91,5G

Industrieanleihen

Währungsanleihen

Wandelanleihen

Düsseldorf

DM-Auslandsanleihen

Optionsscheine

Optionsanleihen

Sonderinstitute

Wandelanleihen

Ausländische Aktien in DM

Warenpreise – Termine

Schwächer schlossen die Gold-, Silber- und Kupfernotierungen am Freitag an der New Yorker Comex. Bis zum Mittag tendierte Kakao fester. Kaffee schloß in den vorderen Sichten schwächer und in den entfernteren Kontrakten fester.

Getreide und Getreideprodukte

Weizen Chicago (c/bush)	11. 1.	10. 1.
März	348,75	350,00
Mai	341,50	343,00
Juli	332,50	332,25

Weizen Winnipeg (can. $/t) Wheat Board cif.	11. 1.	10. 1.
St. Lawrence 1 CW	247,49	246,24
Amber Durum	249,49	249,34

Roggen Winnipeg (can. $/t)		
März	140,30	140,50
Mai	144,40	144,50
Juli	148,80	148,80

Hafer Chicago (c/bush)	11. 1.	10. 1.
März	176,00	178,75
Mai	173,50	176,00
Juli	170,00	171,50

Mais Chicago (c/bush)		
März	269,50	269,75
Mai	274,75	274,75
Juli	277,00	277,50

Gerste Winnipeg (can. $/t)	11. 1.	10. 1.
März	136,50	136,50
Mai	137,50	137,30
Juli	136,10	136,00

Genußmittel

Kaffee New York (c/lb)	11. 1.	10. 1.
Terminkontr. März	142,60	142,80
Mai	140,30	140,35
Juli	138,81	139,10

Kakao New York ($/t)	11. 1.	10. 1.
Terminkontr. März	2149	2089
Mai	2175	2113
Juli	2160	2108
Umsatz	4924	2038

Zucker New York (c/lb) Kontrakt Nr. 11		
März	4,68	4,35
Mai	5,09	4,77
Juli	5,50	5,18
Sept.	5,72	5,42
Okt.	5,95	5,63
Umsatz	–	11 675

London (£/t) Robusta-	11. 1.	10. 1.
Kontrakt Jan.	2285–2300	2282–2284
März	2331–2335	2324–2325
Mai	2331–2337	2324–2326
Umsatz	–	3358

Kakao London (£/t)		
Terminkontrakt März	2012–2013	1964–1965
Mai	2012–2017	1968–1969
Juli	2021–2025	1972–1974
Umsatz	9624	4185

Zucker London ($/t), Nr. 6		
März	124,40–124,60	120,60–120,80
Mai	132,80–133,00	128,80–129,00
Aug.	144,00–144,20	140,00–140,20
Umsatz	1280	1129

Pfeffer Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)	11. 1.	10. 1.
schw. Sarawak spez.	460,00	460,00
weißer Sarawak	690,00	690,00
weißer Muntok	700,00	700,00

Orangensaft New York (c/lb)	11. 1.
Jan.	157,50
März	160,80
Mai	161,70
Juli	182,25
Sept.	159,50
Umsatz	1200

Öle, Fette, Tierprodukte

Erdnußöl New York (c/lb)	11. 1.
Südstaaten fob Werk	40,00

Maisöl New York (c/lb)	
US-Mittelweststaaten fob Werk	28,25

Sojaöl Chicago (c/lb)	
Jan.	25,62
März	25,09
Mai	24,70
Juli	24,35
Aug.	24,20
Sept.	24,05
Okt.	23,75

	11. 1.	10. 1.
... fob Werk	26,00	27,00
Schmalz Chicago (c/lb) loco lose	25,00	25,00
Choice white hog 4% fr. F.	19,50	19,25
Talg New York (c/lb) top white	20,50	20,50
fancy	20,25	20,25
bleichfähig	18,50	18,50
yellow max. 10% fr. F.	17,25	17,25
Schweine Chicago (c/lb) Febr.	52,60	52,35
April	49,85	49,27
Juni	54,35	53,80
Schweinebäuche Chicago (c/lb) Febr.	74,00	73,10
März	74,25	73,50
Mai	75,85	73,35

Kokosöl New York (c/lb)	11. 1.	10. 1.
Westküste fob Werk	42,50	42,50
Erdnußöl Rotterdam ($/t) jegl. Herk. cif	850,00	855,00
Leinöl Rotterdam ($/t) jegl. Herk. ex Tank	610,00	615,00
Palmöl Rotterdam ($/lgt) Sumatra cif	580,00	585,00
Sojaöl Rotterd. (hfl/100 kg) roh Niedert. fob Werk	226,00	227,00
Kokosöl Rotterdam ($/lgt) Philippinen cif	915,00	920,00
Leinsaat Rotterdam ($/t) Kanada Nr. 1 cif Rotterdam	293,00	295,00

Wolle, Fasern, Kautschuk

Wolle Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißwolle Standardtype	11. 1.	10. 1.
März	580,00–581,50	581,50–582,00
Mai	–	–
Juli	–	–
Umsatz	0	15

Sisal London ($/t) cif eur. Haupthäfen	11. 1.	10. 1.
East African 3 long	680,00	680,00
undergraded	570,00	670,00

Seide Yokoh. (Y/kg) AAA, ab Lager	11. 1.	10. 1.
Jan.	12 336	12 383
Febr.	12 390	12 402

Kautschuk London (p/kg)	11. 1.	10. 1.
Nr. 1 RSS loco	63,00–65,00	63,00–65,00
Febr.	58,00–63,00	58,00–64,00
März	59,00–64,00	59,00–65,00
April	60,00–65,00	60,00–66,00

Tendenz: ruhig

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Westdeutsche Metallnotierungen

... Monat	252,97–253,32	250,16–250,52
Produz.-Preis	285,18	284,11
Reinzinn 99,9%	4082–4122	4072–4112

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	14. 1.	11. 1.
Elektrolytkupfer für Leitzwecke (DEL-Notiz*)	426,14–427,93	425,83–427,61
Blei in Kabeln	136,00–137,00	135,25–137,25
Aluminium für Leitzwecke (VAW) Rundbarren	455,00–458,50	455,00–458,50
Vorziehdraht	464,00–464,50	464,00–464,50

*Auf der Grundlage der Meldungen über höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbesteller.

Messingnotierungen

	14. 1.	11. 1.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	406–407	406
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	446	446–448
MS 63	437–442	437–442

Zinn-Preis Penang

Deutsche Alu-Gußlegierungen

Edelmetalle

(Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	627,00	635,60
Rücknahmepr.	608,60	617,00
verarbeitet	654,50	663,50

Internationale Edelmetalle

Gold (US-$/Feinunze) London	14. 1.	11. 1.
10.30	301,25	304,00
15.00	–	304,25
Zürich mittags	301,30–301,80	304,50–305,00
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	93 900	94 900
Silber (p/Feinunze) London Kasse	531,10	540,00
3 Monate	546,35	553,65
6 Monate	561,75	568,00
12 Monate	592,35	597,65

Platin (£-Feinunze) London	11. 1.	10. 1.
fr. Markt	244,90	243,50
Palladium (£-Feinunze) London 1. Händlerpr.	104,05	102,70

New Yorker Metallbörse

Londoner Metallbörse

	14. 1.	11. 1.
Aluminium (£/t) Kasse	966,00–966,50	938,00–939,00
3 Monate	990,50–991,00	961,00–962,00
Blei (£/t) Kasse	358,00–360,00	360,00–365,00
3 Monate	325,00–325,50	327,00–328,00
Kupfer Higbergrade (£/t) mittags Kasse	1170,0–1171,0	1176,5–1177,5
3 Monate	1184,0–1184,5	1186,0–1186,5
abends Kasse	–	1173,0–1174,0
3 Monate	–	1183,5–1184,0
(Kupfer-Standard) Kasse	1174,0–1175,0	1170,0–1172,0
3 Monate	1187,0–1188,0	1185,0–1187,0
Zink (£/t) Kasse	717,00–718,00	711,00–712,00
3 Monate	707,00–708,00	702,00–703,00
Zinn (£/t) Kasse	9795–9800	9815–9820
3 Monate	9785–9795	9810–9820
Quecksilber ($/Fl.)	–	300–305
Wolfram-Erz ($/T-Einh.)	–	65–70

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden† Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Manfred Schell, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns (stellv.)

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Haering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke, Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Klaus-J. Schwehn (stellv.), Klaus Jonas (stellv. für Tagesschau); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Rainer Nolden; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke; WELT-Report Inland: Heinz-Rudolf Scheike (stellv.); WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanna Giskes, Werner Kahl, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje
Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Thomas L. Kielinger (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Peter Jentsch, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Friedemann Diederichs, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover: Dominik Schmidt; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein (zugleich Korrespondent für Europa), Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Reiner Gatermann, Wilhelm Furler; Moskau: Rose-Marie Borngäßer; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Werner Thomas, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714
Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 11, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104
Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919
Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09
Telex 9 230 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11, Telex 4 12 449
Fernkopierer (0 69) 72 79 17
Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11–13
Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966
Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813
Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39
Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 26,50 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 63 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 13 gültig ab 1. 7. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 49.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 4, gültig ab 1. Januar 1984.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Harry Zander

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.

München: Startschuß für den privaten Rundfunk

Xanadu auf Sendung

Heute entbrennt in München die *Radio-Medienschlacht.* *50 000* Haushalte, die bereits verkabelt sind, können dann auf acht verschiedenen Wellen Musik, Informationen und Nachrichten empfangen (im UKW-Kanal 52 auf 99, im Kanal 45 auf 89 Megahertz sowie auf Kurzwelle 8,1 MHz).

Die privaten Anbieter nennen sich schlicht „M 1" oder „Radio 44", optimistisch „Radio Aktiv" oder exotisch *„Radio Xanadu" und – mit der Zukunft* im Visier – „Radio 2000". Die „Neue Welle Bayern", die Gesellschaft „Kabelmedia" sowie die Verlagshäuser Springer und Burda verfügen ebenfalls über einen eigenen Sender. Springer nennt sein Unternehmen – mit Bezug auf die Frequenz, auf der gesendet wird – „Radio 89", Burda und Kabelmedia tauften ihren Sender „Musikwelle Süd".

Seit 5.30 Uhr heute morgen ist „Radio Gong" auf Sendung. Sein Programm kommt aus Schwabings Nordendstraße 64 (wo das Verlagshaus sitzt); es endet eine Stunde nach Mitternacht. Verantwortlich für das Programm zeichnet Helmut Markwort, der mit einer Mannschaft von zwanzig Redakteuren und Moderatoren arbeitet.

Was hat „Radio Gong" seinen Hörern zu bieten? Programmpremiere ist mit dem Wetterbericht und den Nachrichten um Punkt halb sechs. Unmittelbar anschließend gibt's Tips dafür, wie man am besten den Tag verbringt. Das entsprechende Wissen kommt aus den Sternen und wird weitergeleitet von Evelyn Opela, ihres Zeichens Schauspielerin, die bei „Radio Gong" als morgendliche Schicksalsgöttin die aktuellen Horoskope vorliest.

Alexander Borell moderiert eine *Ratgebersendung; der Schauspieler* Bernd Herzsprung betreut die Sendung „Immer am Ball", das allsamstägliche Sportgprogramm von 15 bis 18 Uhr. Für die leichte Muse ist Dhana Moray verpflichtet, und Anke Engelke kümmert sich um die jugendlichen Zuhörer.

Einen Leckerbissen für Musikfreunde hat „Radio Gong" auch auf dem Speiseplan: Exklusiv für die Bundesrepublik wird jeden Samstag von 18 bis 21 Uhr Rick Dees die Top 40 aus USA ausstrahlen. „Wir sind der fröhlichste, informativste und musikalischste Sender", faßt „Radio Gong" sein neues Programm selbstbewußt zusammen.

„Radio 89" und die „Musikwelle Süd" aus dem Hause Springer bzw. Burda schalten das rote Studiolicht erst eine halbe Stunde später ein. Von sechs Uhr morgens bis 21 Uhr versprechen die Kanäle Information und Musik nonstop. Carlheinz Hollmann ist der Chef des Miniteams: neun Redakteure und Moderatoren bestreiten das fünfzehnstündige Programm. „*Der Gong macht am Dienstag* eine Party, wir wollen keine Partykönige, wir wollen die Funkkönige werden", hat Hollmann sich für seine Mannschaft vorgenommen.

Der einzig Prominente neben Hollmann ist „Mr. Morning" von Radio Luxemburg, Rolf Röpke. „Ansonsten wollen wir dem Nachwuchs eine Chance geben", erläutert Hollmann. Er selbst wird täglich von sechs Uhr morgens bis um zehn die Sendungen moderieren. „Wir sind mehr als aktuell. Bei uns steht der Fernschreiber im Studio gleich neben dem Mikrophon", erklärt er. FRITZ FECHTER

KRITIK

Romantisiertes Film-Mekka

Hollywood – so wollte es Bestseller-Autor Harold Robbins – erzählt seine eigene Geschichte. Aber tatsächlich produzierte Hollywood in dieser schier endlos langen **Traumfabrik** (ZDF) nichts anderes als das eigene Klischee.

Ein blendend aussehender junger Mann (Marc Harmon) ist in den Kindertagen des Films fasziniert von den bewegten Bildern. Er steckt mit seiner *Begeisterung einen kleinbürgerlichen* Kinobesitzer (Vincent Gardenia) an, und beide gründen die Produktionsgesellschaft „Magnum", welche sich im Lauf von 30 Jahren zu einem der legendären Mammutunternehmen in Kalifornien entwickelt.

Ansonsten entwickelte sich nichts. Der Film gab vor, daß etwas geschieht. Tatsächlich aber spulte er nur drei Jahrzehnte ab, in denen Rasterfiguren – keine lebendigen Menschen – vorausschaubar handelten. Die so sprachen, daß Hollywood schon sehr früh an seinen Drehbuchautoren gescheitert wäre. Da sagt einer, dem die karrieresüchtige Frau während einer Autofahrt das Ende ihrer Ehe verkündet: „Nein, Du wirst mich nicht verlassen. Und weißt Du auch, weshalb? Weil wir uns so ähnlich sind. Wir sind nämlich beide Verlierer."

Robbins hat in seinem Trivialroman das Film-Mekka heroisiert und romantisiert. Aber immerhin griff er noch zu einer recht interessanten Erzählkonstruktion: der Zelluloid-Mogul *schildert sein Leben in der Ich*-Form, und Robbins schiebt in diese Betrachtung Rückblenden ein.

Die Verfilmung dagegen folgte brav und spannungslos der Chronologie. Auf echtes Zeitkolorit aber, so war zu lesen, habe die Produktion besonderes Gewicht gelegt – auf Dekorationen und Garderobe. Sogar die originale Prachtvilla Mary Pickfords aus den Jahren vor ihrer Ehe mit Douglas Fairbanks diente als Kulisse.

Doch es half nichts. Von den Anfangsszenen bis zum unglaubwürdigen Happy-End roch die „Traumfabrik" nach dem Leim von Pappkulissen. BRIGITTE HELFER

Kleine Kulturgeschichte des „Chapeau claque"

Das elegante Ofenrohr

Am Anfang war er ein öffentliches Ärgernis: Hunde bellten, Frauen kreischten, ein Kind erbrach sich bei dem Menschenauflauf gestern abend, berichtete die „Times". Grund der Aufregung auf Londons winterlichen Straßen war Mr. John Hetherington, der am 15. Januar 1797 seine neueste Création als Hutmacher selbst vorführte. Er wurde verhaftet; darüber hinaus drohte man ihm „wegen Erregung öffentlichen Ärgernisses" eine Strafe von 500 Pfund an, ließe er sich je wieder mit einem derartig hohen Seidenhut in der Öffentlichkeit sehen. Mehr als 100 Jahre dauerte es, bis die feine Welt auf dem Nobelrennplatz von Ascot 1913 den grauen Zylinder als Kopfbedeckung für sich „wiederentdeckte".

Auf dem Kontinent jedoch hatte die Röhre mit der steif geschwungenen Krempe sich längst schon durchgesetzt. Als der dritte Stand nach dem Sturm der Bastille in die Französische Nationalversammlung einzog, trugen die Bürger im Frack jenen hohen Hut. Napoleon setzte ihn auf den runden Schädel, natürlich stets so, daß auch weiterhin die charakteristische *Locke zu sehen war, und* jenseits des Atlantiks schmückte sich Uncle Sam mit einer runden Abart des Zylinders mit Stars and Stripes.

Aber gleich welcher Farbe – die „Röhre" mauserte sich zum äußersten Zeichen von Geltung, Distinguiertheit, auch Reichtum und Macht.

Kulturwelt – ARD, 23.00 Uhr

Kein Wunder, daß Walt Disney seinen Dagobert Duck mit diesem Erkennungszeichen schmückte.

Erst später wurde der Zylinder Bestandteil der Berufskleidung. Bei den Schornsteinfegern wie in einigen *Ländern auch* bei Totengräbern. Und nicht zuletzt fand das Showbusiness Gefallen an ihm. Marlene Dietrich stieg mit ihm zu Weltruhm auf, und der Charmeur vom Dienst, Johannes Heesters bekannt: „Was dem König die *Krone, ist für mich der Zylinder.* Als ich 18 Jahre alt war, stand ich mit schwarzem Haar und weißem Zylinder zum ersten Mal auf einer Bühne – später war es umgekehrt."

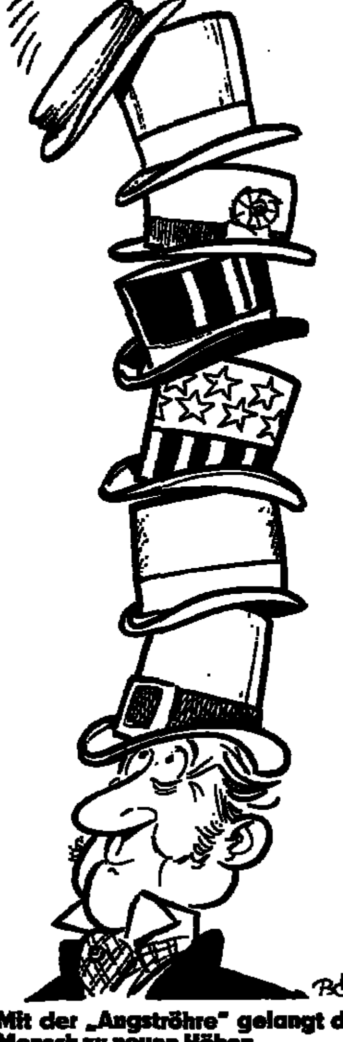
Für Staatsmänner war es Pflicht, Zylinder zu tragen: Konrad Adenauer, Winston Churchill, auch Walter Scheel gehörten zu den bekanntesten. Doch ist „Zylinderzwang" aus dem staatlichen Protokoll inzwischen gestrichen. Schon vor zehn Jahen erklärte der Sprecher des Bonner Auswärtigen Amtes, Franz-Joachim Schöller, heute Botschafter in Paris: „Wir haben keinen einzigen protokollarischen Ablauf mehr, bei dem der Zylinder Vorschrift ist." Dafür gibt es auch einen sehr einfachen Grund – selbst die Staatskarossen heute sind nicht mehr so hoch wie früher die Kutschen, daß man eine solche Kopfbedeckung darin unbeschädigt tragen könnte.

Nur noch die drei Vorreiter mögen auf das Attribut nicht verzichten. Wobei ein ungeschriebenes Gesetz nur den wirklichen Meistern das Tragen eines Zylinders gestattet. Denn ein Anfänger zu Pferde mit Zylinder gerät leicht zur lächerlichen Figur.

„Fatzenventil" oder „Ofenrohr" oder „Angströhre" mokierte sich der Volksmund über das feine Stück. Doch unbestritten ist, daß der Zylinder – hellgrau oder schwarz, steif oder als chapeau claque klappbar, matt oder glänzend – immer eine außergewöhnliche Kopfbedeckung war. Und eine seltene.

Nur noch in Wien in einem Hinter*hof der Maria-Hilfer-Straße und* im Schwarzwald wird er angefertigt. Der Zylindermacher Roman Pedrotti erklärt wie: Für die Filzröhren müssen zwei bis drei Hasen Haare und Leben lassen. 150 Gramm Haar werden pro Zylinder gebraucht. Der Flaum wird durch Wasser und Hitze zu Filz verarbeitet. Druck und Dampf lassen auf einer Art Glocke den Stumpen entstehen – Grundform aller Filzhüte. Farbe und Schellack bringen das Produkt seiner endgültigen Form näher. Der richtige Schwung der Krempe wird eingebügelt, die längeren Härchen abgebrannt, dann wird er eingefettet; fertig ist das gute Stück – nach zwei Tagen Arbeit. Pedrotti, der letzte Zylindermacher in der Bundesrepublik, hat noch eine weitere Kundschaft: Zauberer und Magier. Allerdings – die Kaninchen und Girlanden, die dieser Beruf schon aus dem Hut zaubert, liefert er nicht mit.

GABRIELE HERLYN



Mit der „Angströhre" gelangt der Mensch zu neuen Höhen
ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE





ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 heute
10.03 Jenseits der Morgenröte
11.05 Globus – Die Welt von der wir leben
11.35 1000 und 1 Nacht
12.10 Arabiens letztes Paradies
12.55 Presseschau
13.00 heute

ARD

16.00 Tagesschau
16.10 Frauen unter freiem Himmel
As women see it
Peru: Die Frauen von El Planeta
Der Film beschreibt den Werdegang von Rosa Duenas und die Entstehung von El Planeta, einer Ansiedlung von Zuwanderern aus den Anden, am Rande des größten *Müllberges von Lima. Hier in El* Planeta lebt Rosa Duenas. Ihre Geschichte ist eng verbunden mit der von El Planeta.
16.55 Spaß am Dienstag
Mit Ix und Yps, Micky Maus und Donald Duck
17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Der Sonne entgegen
Eine sechsteilige Fernsehserie
2. Teil: Aus alt mach neu
Meckelfeld nimmt telefonisch *Kontakt mit seiner Frau in Hamburg* auf. Der keifende Wortschwall durch den Hörer läßt ihn jedoch endgültig resignieren. Joe und Dunja, die hübsche Tochter Ivankas, beginnen Gefallen aneinander zu finden. Wickerl lebt untätig in den Tag hinein und Zack *läßt sich vom jungen sportlichen* Pfarrer des Dorfes das Surfen beibringen.
21.00 Report
Psychisch Kranke als Versuchskaninchen – Ein Fall aus Ansbach / Skandalöse Zwangseinweisungen in psychiatrische Anstalten / Von Brokdorf auf den Ministersessel – Porträt Jo Leinen
Moderation: Franz Alt
21.45 Magnum
Willie ist los
22.30 Tagesthemen
23.00 Kulturwelt
Chapeau claque
Kulturgeschichte aus dem Hut gezaubert
Film von Gisela Zimmermann
0.00 Tagesschau

ZDF

16.00 heute
16.04 Trickbonbons
16.20 Schüler-Express
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.45 Mein Name ist Hase!
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.20 Eine Klasse für sich
19.00 heute
19.30 Europäisches Filmfestival im ZDF
Eine phantastische Geschichte
Film von Alexander Mitto
Martha und Mai, ein verwaistes Geschwisterpaar, leben in extremer Armut, obwohl Mai die Fähigkeit hat, Gold selbst an den verborgensten Stellen aufzuspüren. Doch schon bald erfährt der böse Gorgon von Mais einträglichem Spürsinn und nimmt den Jungen kurzerhand gefangen.
21.12 Mach mit – der Umwelt zuliebe
Neue Reihe über Umweltprobleme
21.15 WISO
Sozialreport: Unternehmen Bieberhaus – Jobs zu kaufen / Hintergrund: Tauwetter – Deutsch-sowjetischer Handel / Zur Person: Anwalt für die Mittelständler – *Der Europarlamentarier Ingo* Friedrich / Tips für Arbeitnehmer: Kündigung mit Risiken
Moderation: Friedhelm Ost
21.45 heute-journal
22.05 Der besondere Film
Ehemänner
Amerikanischer Spielfilm (1970)
Mit Ben Gazzara, Peter Falk, John Cassavetes u. a.
Regie: John Cassavetes
Harry, Archie und Gus, drei wohlhabende Mittvierziger sind mit ihrem Leben unzufrieden. Doch diese Erkenntnis veranlaßt sie nicht, etwas grundlegend zu verändern, sondern führt bei ihnen zu einer sinnlosen Flucht vor ihrem bisherigen Leben ...
0.20 heute

III.

WEST

19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Auslandsreporter
Mit Motorschlitten zum Nordpol
20.45 Rückblende
Vor 110 Jahren geboren:
Albert Schweizer – der Urwalddoktor
21.00 Formel Eins
21.45 Die „neue Armut" in Köln
22.15 Mit „Waldeslust" gegen Waldsterben
23.00 Letzte Nachrichten

NORD

19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Unterm Funkturm
21.15 Task Force Police
22.05 Partner oder Rivalen?
Die humanistische Psychologie in der Berufswelt.
22.50 Der Sternenhimmel im Januar
23.05 Offerte
23.20 Schach dem Weltmeister
Anatolij Karpov – Garri Kasparov
23.50 Nachrichten

HESSEN

18.30 Musikinstrumente und ihre Geschichte (2)
19.05 Formel Eins
20.00 Pygmalion
21.30 Drei aktuell
21.45 Kultur – aktuell in Hessen
22.30 Nicht sein kann, was nicht sein darf
Christian Morgenstern
23.15 Vor vierzig Jahren

SÜDWEST

Gemeinschaftsprogramm:
19.25 Nachrichten
19.30 Die Sprechstunde
Nur für Baden-Württemberg:
20.15 Frauen im Hause Württemberg
20.40 Bericht aus Stuttgart
Nur für Rheinland-Pfalz:
20.15 Mark(t) und Pfennig
Nur für das Saarland:
20.15 Magazin Saar 3
Gemeinschaftsprogramm:
21.15 Brannigan – ein Mann aus Stahl
Englischer Spielfilm (1974)
23.00 Science Report
23.15 Nachrichten

BAYERN

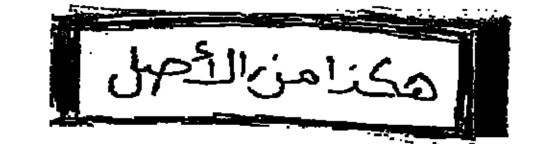
18.45 Rundschau
19.00 Marokko
Amerikanischer Spielfilm (1930)
Mit Marlene Dietrich u. a.
20.30 Das gestohlene Bild
20.40 Z. E. N.
20.45 Die Sprechstunde
Kinderseele in Not
21.30 Rundschau
21.45 Im Schatten der Mitternachtssonne
Spannungsfeld zwischen Nordkap und Spitzbergen
Der Umbruch
22.30 Im Gespräch
Ist Schlesien unser?
23.15 Rundschau

SAT 1

13.30 Solid Gold
Amerikanische Hitparade
14.00 Die Waltons
Die Begegnung mit Jenny
15.00 Indian River
Die Bärenfalle
15.30 Musicbox
Videoclips der Pop- und Rockmusik, Pop-Infos, Interviews mit Stargästen, Gags und Überraschungen
16.30 Perrine
Im schönen Land
17.00 Die Leute von der Shiloh Ranch
Wer ist Mathew Raine
18.00 Hoppla Lucy
Der Malkursus
oder Regionalprogramm
18.30 APF blick
Nachrichten und Quiz
18.45 Verrückt und zugenäht
Deutscher Spielfilm (1962)
Mit Rudolf Platte, Vivi Bach u. a.
Regie: Rolf Olsen
Gefängnisdirektor Gemewein ist eine Seele von Mensch und immer darauf bedacht, daß sich seine Schäflein unter seinem Dach wohlfühlen. Deshalb steht auch seine Beförderung bevor. Aber da macht ihm ein durchtriebener Kalfaktor einen Strich durch die Rechnung. Er fälscht Daten auf den Entlassungspapieren, und schon sind Gemeweins Lieblingsinsassen frei ...
20.30 Mit Schirm, Charme und Melone
Der Geist des Duke von Benedikt
21.30 APF blick
Aktuell,
Rundblick,
Sport und Wetter
22.15 Die romantische Engländerin
Englisch-französischer Spielfilm (1975)
Mit Glenda Jackson, Michael Caine, Helmut Berger u. a.
Regie: Joseph Losey
Elizabeth Fielding, die Frau eines Erfolgschriftstellers versucht, ihrem goldenen Ehekäfig zu entkommen und reist nach Baden-Baden. Die eifersüchtigen Phantasien ihres Mannes tun ein übriges, und so stürzt sie sich in ein Abenteuer mit dem professionellen Playboy und Rauschgiftschmuggler Thomas Hursa.
0.00 APF blick:
Letzte Nachrichten

3SAT

18.00 Bilder aus der Schweiz
19.00 heute
19.30 Menschen und Mächte
Bastaniers Bilder vom Krieg
Der deutsche Angriff auf die Sowjetunion
Dokumentation von Dieter Zimmer *und Carl-Ludwig Paeschke*
Im Juni 1941 marschierte die deutsche Wehrmacht in die Sowjetunion ein; drei Jahre später war sie auf dem Rückzug. Goebbels Filmpropagandisten verkündeten unterdessen weiterhin militärische Erfolge und den baldigen Endsieg. Viele Kameramänner bezahlten ihren Einsatz an der Front mit dem Leben. Einer von ihnen war Hans Bastanier.
20.15 Ein Mann will nach oben
Nach Hans Fallada
11. Fehlschläge
In der Weddinger Kneipe „Zur Funzel" schlagen sich Kalli Flau, Rieke und Vater Busch eher schlecht als recht durch die schwere Nachkriegszeit. Aus einer geplanten Hochzeit zwischen Kalli und Rieke wird nichts, als Karl ganz unvermutet aus französischer Gefangenschaft heimkehrt und von der Existenz seines kleinen Sohnes erfährt.
21.15 Zeit im Bild 2
21.45 Club 2
Anschl. 3SAT-Nachrichten



Hoffmanns Verirrungen

Bth. – Am Eilbotenporto hatte Giancarlo del Monaco nicht gespart, um aus Stuttgart, wo er derzeit Massenets „Werther" inszeniert, diversen Zeitungsredaktionen schnellstmöglich einen Protest auf den Tisch zu schicken. Einen Protest gegen eine andere Zeitung, nämlich die *Theaterzeitung der Deutschen Oper* Berlin. Del Monaco schreibt: „Ich protestiere in aller Schärfe gegen die unfaire und manipulierende Weise, in der Götz Friedrich, Generalintendant der Deutschen Oper Berlin, in seiner Theaterzeitung ‚aktuell' vom Januar 1985 die Kritikenübersicht zu ‚Hoffmanns Erzählungen' hat drucken lassen. Unter Ausschluß der Kritiken anderer überregionaler Zeitungen ... versucht er den Eindruck zu erwecken, die Produktion sei durchgefallen."

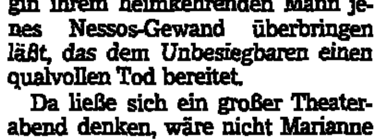
Nun, in den derart inkriminierten Pressestimmen liest man etwa: „Regisseur Giancarlo del Monaco bändigt die wuchernde Phantasie der Vorlage mit strenger Hand." Oder: „... spielte einfach großartig und hatte entscheidenden Anteil daran, daß del Monacos psychologisches Regiekonzept deutlich wurde." Oder auch: „Ein populäres Werk etwas unpopulär, doch nie gegen den Strich dargeboten, anspruchsvoll, aber nie angestrengt, ein überzeugender Wurf."

Aber all das ist für del Monaco offensichtlich null gegen die distanzierten Kritiken wie etwa von WELT-Kritiker Klaus Geitel, die in Berlins Theaterpostille ebenfalls zitiert werden. Wie es sich für einen guten und fairen Pressespiegel gehört, zitiert er pro und contra. Von unfair und manipulierend kann also gar keine Rede sein. Eben das hätte del Monaco wohl gerne. Von anderen Theaterzeitungen im Lande ist man (und sicher auch er) ja gewohnt, nur die Lobhudeleien nachgedruckt zu sehen. Ein ziemlich sinnloses Unterfangen, denn auf diese Weise nimmt der Theaterkonsument die Gratiszeitschriften bald nicht mehr als Informationsquelle, sondern als faule Reklame.

Del Monaco fühlte sich in Berlin nicht fertig mit seiner Inszenierung, wollte zusätzliche Proben und Premierenverschiebung, nachdem kurzfristig eine Umbesetzung zu verkraften war. Unter einem guten Stern stand diese Produktion gewiß nicht. Und daß es zum Krach kam zwischen Götz Friedrich und del Monaco – nun, Berlin wird ein paar Jahre auf del Monaco und del Monaco auf Berlin verzichten können. Nun aber einem Intendanten vorzuwerfen, er mache eine Produktion seines eigenen Hauses schlecht, nur um einem längst abgereisten Gastregisseur noch Dreck nachzuwerfen, das ist nun wahrlich ein allzu dreistes Husarenstück. So quer denken kann eigentlich nur jemand, der überall Kritik wittert, weil er ganz genau weiß, wie berechtigt sie ist.

Sophokles' „Frauen von Trachis" in Düsseldorf

Karneval mit Herakles



Eine nervös gerauchte Zigarette glüht auf zu halber Höhe der Bühne des Kleinen Hauses im Düsseldorfer Schauspiel. Bei Licht betrachtet, sieht man das Bühnenbild im Hintergrund von einer großen Schräge beherrscht: das ist die Treppe, und die steigt von rechts nach links an. Das heißt: Die Schräge fällt eigentlich. Denn was da gezeigt werden soll, ist ein Abstieg, eine Tragödie. Vorerst aber sitzt in diesem Treppenhaus Deianeira, Tochter des Oineus und Gattin des Herakles, und raucht.

Zugegeben, das Bild ist ungewohnt. Aber es hat seine Richtigkeit. Düsseldorf spielt „Die Frauen von Trachis", jene „new version" der „Trachinierinnen" des Sophokles, die Ezra Pound 1954 als Hörspiel schrieb und deren außerordentliche Bühnenwirksamkeit zu Unrecht in Vergessenheit geriet.

Der amerikanische Dichter hat nämlich keineswegs eine jener steifen Übersetzungen geschaffen, wie sie sonst deutsche Philologen hervorbringen. Pounds Text, der statt dessen deren Vergegenwärtigung versucht, ist unverschämt lässig und oft fast respektlos frech. Seine Figuren sprechen partiell den Slang von heute. Oder doch den von 1954. In Versen, versteht sich, denen eine „gehobenere", bei den Chören sogar im Stil von Pounds „Cantos" gehaltene Sprache gegenübersteht.

Dieser enorme Kontrast verschafft dem Stück sprachlich eine beträchtliche Innenspannung – noch vor aller Handlung, in der die alternde Königin ihrem heimkehrenden Mann jenes Nessos-Gewand überbringen läßt, das dem Unbesiegbaren einen qualvollen Tod bereitet.

Da ließe sich ein großer Theaterabend denken, wäre nicht Marianne Hoika als Deianeira. Mit ihrer eher kecken Erscheinung, erst recht freilich mit ihrer rauchig-verruchten Stimme ist sie für diese Rolle alles andere als geschaffen. Auch die Sprechkünste von Ulrich Wiggers als Herakles-Sohn Hyllos gefährden die Aufführung, die erst dann Profil gewinnt, wenn ein so grandioser Schauspieler wie Hans Schulze als sterbender Herakles auf einem Krankenhauswagen ins Rampenlicht gekarrt wird.

Aber dann ist längst alles verloren. Regisseur des Abends ist nämlich Herbert König, der in der „DDR" von Berlin und Dresden in das vorpommersche Provinznest Anklam abstieg und seit einem Jahr in Düsseldorf wirkt. König muß Pounds Dichtung und deren Sprachgefälle als Veralberung der Antike mißverstanden haben. Was er, garniert mit mancherlei aberwitzigen Regie-„Einfällen", anrichtet, ist eher eine Harlekinade: Herakles für den Karneval.

Der ist ihm gelungen, ohne Frage, und das Parkett, allen voran zwei Schauspieler des Hauses, will sich bei so viel Elend ausschütten vor Lachen. So ist diese Inszenierung vom ersten Ton an falsch. Doch sie findet jubelnden Beifall. Mißverständnisse auf allen Seiten. KATHRIN BERGMANN

Film nach Ch. Berlitz

Philadelphia Experiment: gescheitert

Sein Name steht für Nervenkitzel. Und nun steht „John Carpenter" in großen Lettern auch über diesem Film. Doch schon der betuliche Auftakt entlarvt einen raffinierten Bluff der Werbung. Statt im Regiestuhl zu sitzen, begnügte sich Carpenter nämlich mit dem Job eines ausführenden Produzenten. Regisseur Stewart Raffill aber verspielt das Thema mit ausreizender Biederkeit. Man schreibt das Jahr 1943, in dem amerikanische Forscher fieberhaft an einer kriegsentscheidenden Geheimwaffe tüfteln. Ein genialer Plan sieht vor, die eigene Flotte mit einem riesigen Kraftfeld für das gegnerische Radar unsichtbar zu machen. Dieses Experiment klappt jedoch besser als erwünscht: Der Zerstörer „Eldridge" verschwindet nicht nur vom Monitor, sondern gleich ganz vom Ankerplatz. Das sperrige Schiff bleibt im Zeittunnel stecken, der Matrose David (Michael Paré) aber purzelt geradewegs ins Jahr 1984. Zwar kommen ihm Punker und Hippies wie außerirdische Wesen vor, zwar ist sein Vater inzwischen tot, sind die Freunde vergreist. Doch das gnädige Drehbuch läßt den Helden sogleich in die Arme eines trostspendenden Mädchens (Nancy Allen) sinken. So stünde einem frühen Happy-End nichts im Wege, wenn David nicht beim Sturz in die Zukunft ein fatales Loch in die Atmosphäre gerissen hätte.



Michael Paré als David in dem Film „Das Philadelphia Experiment" FOTO: SENATOR FILM

Zweifellos birgt die hanebüchene Geschichte nach einem Buch von Charles Berlitz reizvolle Möglichkeiten. Raffill aber wirft weder ironische Seitenblicke auf den Wandel des Zeitgeistes, noch scheint er ernsthaft an den Seelennöten des entwurzelten David interessiert zu sein. Während in Carpenters Filmen die Kamera geschmeidig um dunkle Ecken und in unbekannte Abgründe gleitet, stakst sie hier hölzern durch langweilige Kulissen. Bleiben die vom Verleih hochgerühmten Spezialeffekte. Wilde Wolkenstrudel hat man bei Spielberg schon eindrucksvoller gesehen. Und der Zeittunnel? Gewiß sollte man ihn nicht an jenem grandiosen Lichtschacht messen, durch den Stanley Kubrick seine Raumfahrer in „2001" rasen ließ. Dieser Tunnel aber wird tricktechnisch schon von jeder mittelprächtigen Geisterbahn in den Schatten gestellt. Ein simpler Fahrstuhl, mit dessen Hilfe David im abstrusen Finale zuerst anno 1943 das Himmelsleck stopft, um dann eine Rückfahrkarte zu seiner Geliebten zu lösen. So schnell und leicht geht die Zeitenspringerei, so schnell und leicht kann auch ein John Carpenter seinen guten Ruf ruinieren.

HARTMUT WILMES

Demokrat aus Überzeugung, Berliner aus Leidenschaft – Melvin J. Lasky wird heute 65 Jahre alt

Den Großschriftstellern Paroli geboten

WELT: Dies ist nun schon der fünfte runde oder halbrunde Geburtstag, den Sie in London als Herausgeber der Zeitschrift „Encounter" verbringen, und doch betrachten wir den Amerikaner, der in Berlin 1948 den „Monat" gegründet hat und der 15 Jahre in dieser Stadt lebte, als zu uns gehörig. Denken Sie an den Ufern der Themse manchmal an Berlin zurück?

Lasky: Aber ja. Meine besondere Beziehung zu Deutschland hat schon sehr frühzeitig bestanden. Es gibt eine Geschichte, daß ich als Zweijähriger, auf der Durchreise zwischen New York und Warschau, mitten auf der Friedrichstraße stehengeblieben sei und nicht von der Stelle haben weichen wollen. Als 17jähriger Schüler schrieb ich einen Aufsatz über die tapferen „Göttinger Sieben" und schickte ihn aufs Geratewohl an die „Nation", die ihn zu meiner Verblüffung abdruckte. Nach Deutschland zog es mich auch als junger Leutnant, als der Krieg zu Ende war und meine Kameraden nach Hause eilten, um ihre unterbrochene akademische Karriere fortzusetzen. Ich suchte die Philosophen und Schriftsteller auf, die ich in New York gelesen hatte, ich reiste zu Jaspers, zu Heidegger und Ernst Jünger. Und ich etablierte mich in Berlin als Korrespondent von zwei amerikanischen Zeitschriften, die sich normalerweise nie einen Auslandskorrespondenten hätten leisten können. So war ich tatsächlich so etwas wie ein freier amerikanischer Schriftsteller, wenn auch ein unbekannter, als mich Günther Birkenfeld auf die Rednerliste des ersten deutschen Schriftstellerkongresses setzte, sagen wir ruhig schmuggelte, um ein Gegengewicht zu drei unverhofft von den sowjetischen Behörden präsentierten Großschriftstellern aus Moskau zu bilden.

WELT: Und da hielten Sie die berühmte, mit Beifall und mit Haßausbrüchen aufgenommene Rede, die Zweifel an dem Demokratieverständnis der Sowjets äußerte und deren Vorwürfe gegen amerikanische Angriffslust zurückwies. Es war die Zeit, in der General Clay nach Übergriffen von Marschall Sokolowski im Kontrollrat beschlossen hatte, die Glacéhandschuhe auszuziehen.

Lasky: Eine Formulierung, die James O'Donnell und ich ihm bei einer Pressekonferenz in Berlin-Dahlem gewissermaßen souffliert hatten. Nichtsdestoweniger überlegte man ernstlich, einen Störenfried wie mich aus Berlin zu exmittieren. Aber dann überwogen die Stimmen zu meinen Gunsten, und man beauftragte mich, eine Zeitschrift zu schaffen, die an die Stelle der Reedukation ein Forum für die freie Welt einschließlich der Deutschen schaffen sollte.



Gründer des „Monat", Organisator des „Kongresses für kulturelle Freiheit", Herausgeber des „Encounter": Melvin J. Lasky FOTO: DPA

WELT: Das wurde dann der „Monat", der einer deutschen Leserschaft Orwells „Animal Farm" und „1984" vermitteln sollte, dazu Ignazio Silone, André Gide und Arthur Koestler sowie die anderen Beiträger zu dem Bande „Der Gott, der keiner war".

Lasky: Doch wir haben uns keineswegs darauf beschränkt, enttäuschte Ex-Kommunisten zu Worte kommen zu lassen, wie manche Leute gespottet haben, als wir 1950 auf dem „Kongreß für kulturelle Freiheit" eine große Schar unserer Mitarbeiter in Berlin versammelten. Der „Monat" eröffnete dem deutschen Leser einen breiten Überblick auf die geistige und politische Entwicklung der Nachkriegszeit. Im Rahmen des Kongresses traten bald weitere Zeitschriften wie „Preuves" in Paris, „Encounter" in London und „Tempo Presente" in Rom an seine Seite, eine feste kleine Gemeinschaft, aus amerikanischen Geldern gespeist – das Schimpfwort CIA trat erst später auf den Plan –, im Dienste von Freiheit und Demokratie.

WELT: Wie kam es, daß Sie von Berlin Abschied nahmen und nach London gingen?

Lasky: Mein Freund Irving Kristol, einer der beiden Herausgeber des „Encounter", folgte einem sehr verlockenden Angebot nach New York. Man vertraute mir seinen Posten an und bot mir damit die Gelegenheit, eine Zeitschrift, die dem „Monat" in vieler Hinsicht glich, in meiner Muttersprache zu redigieren.

WELT: 1976 haben Sie zur allgemeinen Überraschung bei der University of Chicago Press den dicken Wälzer „Utopia and Revolutions" veröffentlicht.

Lasky: Das Buch ging auf drei Vorlesungen zurück, die ich an der University of Chicago gehalten hatte. Es wurde von den besten Kennern der Materie mit Lobeshymnen bedacht, man hat es als einen Ausgangspunkt für einen ganz neuen Ansatz der Ideengeschichte bezeichnet. Aber noch immer ist keine deutsche Übersetzung erschienen.

WELT: Wenn man in das Buch hineinblickt, ist man von der Vielfalt der historischen und literarischen Bezüge, von Plato zu Hegel, von Cromwell zur Französischen Revolution, von Marx zu Tolstoi, schier überwältigt. Es ist ein sehr gelehrtes Werk, und doch steht etwas Urpersönliches dahinter. Wäre dieses Buch ohne die Utopisten und Revolutionäre von Berkeley, Paris und Berlin überhaupt geschrieben worden?

Lasky: Es ist tatsächlich in gewissem Sinne eine Antwort auf die Erlebnisse mit den jungen Leuten von 1968, aber genauso auch auf das Geschehen in Ost-Berlin, in Polen und in Ungarn, neben denen sich die akademischen Umtriebe der späteren Jahre einigermaßen harmlos ausnehmen. Erschütternd ist, daß immer wieder das Unmögliche versucht wird und immer wieder die gleichen Fehler begangen werden. Nichts könnte einem den Gedanken an eine ewige Wiederkehr näherlegen. Sie haben mich zu Anfang gefragt, wie ich denn heute zu den Deutschen stehe. Ich muß sagen, daß meine Haltung seit der Gründung des „Monat" unverändert ist. Aber nach dem großen Einschnitt am Ende der sechziger Jahre hat sich das politische Klima immer weiter verschlechtert. Man muß schon ein sehr dickes Fell haben, um die zunehmende Abkühlung gegenüber Amerika nicht zu bemerken, vom Vietnamkrieg bis zur Friedensbewegung.

WELT: Was hätten Sie, wenn es so etwas wie eine Geburtstagsfee gäbe, noch für einen Wunsch an das Schicksal?

Lasky: Ich wünschte mir die Fortsetzung der geistigen Internationalen für Freiheit und Demokratie, in der Auseinandersetzung mit dem Kommunismus, durch die Verbindung einzelner Redaktionen untereinander, eine Art Clearing House, in dem sich die Beiträge von prominenten Autoren zusammenfänden. Der Hauptzweck dabei wäre, der ständigen Gefahr des Provinzialismus entgegenzuwirken. Ich habe schon mehrere Memoranden geschrieben und verschickt, um einen solchen Austausch aufzuziehen. Er würde gar nicht so teuer sein, und es gibt in Amerika zahlreiche Institute und „Think Tanks", die im Grunde nichts anderes zum Ziele haben; es müßte möglich sein, ihnen noch zusätzlich einen solchen Artikeldienst einzuverleiben.

HELLMUT JAESRICH

Zwei internationale Bauausstellungen in Berlin

Natur und Stadt-Natur

Berlins Akademie der Künste wäre das ideale Gehäuse, um mit einer großen Veranstaltung im Vorfeld der Internationalen Bauausstellung den weiten Problembereich von Natur und Architektur, von Bauen und Landschaft abzustecken: Nicht nur der vitale Dialog von Innen und Außen des Düttmann-Baus am Hanseatenweg – gerade auch die Einbettung der Akademie in das Hansa-Viertel, das Terrain der „Interbau", das sich in bezug auf die nachfolgende Architektur der sechziger und siebziger Jahre als Monument uneingelöster Versprechungen lesen läßt, legt eine solche Initiative nahe.

Die gemeinsame Veranstaltung von Akademie und Senator für Bau- und Wohnungswesen läßt sich aus zwei Richtungen angehen: Zwei Ausstellungen mit getrennten Eingängen treffen sich – keineswegs zufällig – in der großen Mittelhalle; und sogar der Katalog ist von beiden Buchdeckeln her aufgezäumt. Aber sosehr man die Sache auch dreht und wendet, zumindest in einem Teil ist die aufwendige Unternehmung gründlich danebengegangen. Titel: „Bauen in der Landschaft – Landzerstörung – Landeskultur". Die Zielsetzung ist gleichermaßen wichtig und dringend: Diese Schau will auf die rasante und blinde Landnahme für Siedlungen, Industrie- und Verkehrswege aufmerksam machen, auf den unverantwortlichen landesweiten Flächenverbrauch, der sich als Raubbau an unseren natürlichen Lebensgrundlagen darstellt. Die Ausstellung ist als Plädoyer für eine vernünftige Raumordnung und Landesplanung gemeint.

Die Umsetzung dieser zweifellos wichtigen Absicht geschieht nun allerdings weit unter Akademie-Niveau. Schablonenhaft präsentiert sich dem Besucher eine Galerie von Großfotos mit einfältigen Texten. Zu einem Jogging-Foto heißt es: „Wir brauchen Bewegung", schöne Blätter werden mit „Wir brauchen Sauerstoff" beschriftet, und einem Fluß wird die Floskel aufgeklebt: „Wir brauchen Wasser". Wenn dann auch noch, mit deutlichem Bezug aufs Akademie-Atrium, ein Pflanzen-Behälter in die Ausstellung gezogen und eine hochgetürmte Mauer mit einem „Stop"-Schild etikettiert wird, ist die Grenze zur Platitüde endgültig erreicht. Der Besucher mag sich das Wissenswerte am Lesepult oder im Katalog zusammensuchen – die Ausstellung selbst disqualifiziert sich durch Trivialität.

Ganz anders das Schwester-Unternehmen „Wohnen in den Städten?". Hier wird fundiert, engagiert und mit einer großen Fülle anschaulichen und einprägsamen Materials auf die entscheidende Erkenntnis hingelenkt, daß zur Wohn- und Lebensqualität in ganz beträchtlichem Umfang das Erlebnis des Außenraums, zumal der natürlich gestalteten Umgebung, gehört. Die Veranstalter halten sich keineswegs bei einem Schauerroman verpaßter Chancen auf. Es ist eine Ausstellung vorwiegend positiver und nachahmenswerter Beispiele aus Deutschland, Holland, Skandinavien, England.

Wohnungen, die über mehrere Geschosse reichen und dabei das Wohngefühl steigern können, die variable Nutzung von Dächern, begrünten Gängen vor Wohnungstüren, Wintergärten, die Nutzung von Balkons, Loggien und Terrassen, die Trennung von Fahr- und Fußverkehr – alles wird mit Fotografien und Plänen äußerst anschaulich. Dem Betrachter wird klar, daß mehr Pflanzen, mehr Natur vor der eigenen Haustür nicht nur *schön* sind, sondern daß sie wesentliche Korrekturen am stadtgestörten Klima leisten können.

Es ist obendrein bemerkenswert, daß diese Veranstaltung auf die soziologischen Schlagworte, die Kneipen-, Tante-Emma- und Gemütlichkeits-Ideologien vergangener Jahre verzichtet, wo es um großstädtische Nachbarschaftsfelder geht. Außerdem zeigt die Schau, daß man keineswegs die Wohnmaschinen, die nach dem Kriege entstanden, in Grund und Boden verteufeln muß. Vielmehr werden Möglichkeiten behutsamer „wohnwertsteigernder Ergänzungen" für die Bauten der sechziger und siebziger Jahre gezeigt. Der Garten, das bepflanzte Dach, die Bäume in der Straße, der Park in der Nähe: Natur erscheint als angenehmer Verwandter, mit dem das Leben erst menschlich wird.

Stil-Fragen spielen bei dieser Untersuchung keine vordergründige Rolle. Und doch hat man nach dem Rundgang erst recht den Eindruck, daß gutes Bauen und der erlebnisreich gestaltete Freiraum sich günstig wechselseitig ergänzen. Im übrigen macht diese Ausstellung bewußt, wie sehr die übliche Architektur-Berichterstattung die Großprojekte bevorzugt. Erst waren es die Kirchen, dann kamen die Theater, heute sind es Museen. Das Nächstliegende, die Wohnung, zumal im Vergleich positiver Ergebnisse, kommt häufig zu kurz. (Bis 20. Januar, Katalog 31, später ca. 45 Mark.)

PETER HANS GÖPFERT

Oper Graz: Wiedereröffnung mit „Alcina" von Fux

Allegorisches Spektakel

Als jetzt die Grazer nach nur 17monatiger Umbaupause ihr Opernhaus mit der Festa teatrale „Angelica vincitrice di Alcina" von Johann Joseph Fux wiedereröffneten, ehrten sie einen hochbedeutenden Steiermärker, aber vergaßen auch sich selbst nicht. Am Ende des allegorischen Zauberspektakels, wo nach barockem Hoftheaterzeremoniell das große Huldigungsfinale für dero Majestät gestanden hätte, schoben in Kostüme gesteckte Bühnenarbeiter ein mannsgroßes Modell des Opernhauses an die Rampe, in dem nun die Lichter angingen für den Souverän, das Publikum. Und der riesige Kristallüster unter der wieder in Gold und Weiß strahlenden Decke, er beschien eine Szenerie, von der sich die Grazer nicht zu Unrecht schulterklopfend sagten: So schön haben wir das also wieder hingekriegt.

Haben sie in der Tat, und nicht einmal sehr teuer. Für rund 40 Millionen Mark beseitigte man (nicht ohne Kompromisse) das Provisorium, das nach Meinung der Grazer selbst ihr Opernhaus immer darstellte, seit es zu sparsame Stadtväter ebenfalls im Geschwindmarsch 1898/99 hochziehen ließen. Im übrigen vom selben Architektenteam Ferdinand Fellner und Hermann Helmer, das auch den Zürchern ihr gerade erneuertes Opernhaus errichtete. In Graz hat man erst jetzt die Garantie, die Kulissen trocken vom Depot auf die Bühne zu bekommen: Man baute ihnen eine gläserne Brücke zum abseits gelegenen Depotgebäude. Dort wurden mit dem sogenannten Girarditrakt neue Räume für Verwaltung und anderes gebaut.

Zentrale Werkstätten wurden extern errichtet, der gesamte Zuschauerbereich von Grund auf im alten Stuck-Stil renoviert. Aber die Hauptsache war natürlich der Bühnenturm, von dem man von Zürich her wußte, daß er schlampig gebaut war: die Zürcher rissen ihn ab, die Grazer erneuerten ihn komplett von innen heraus für eine auf den neuesten Stand gebrachte Bühnenmaschinerie. Weil man einen zentralen Stützpfeiler stehen lassen mußte, war die Lösung nicht ganz so gut, aber sehr viel preiswerter.

Fux' „Alcina"-Oper entstand 1716 als „Befrolockung" einer Thronfolger-Geburt. Aber so wenig aus dem Knäblein tatsächlich ein Thronfolger wurde, so wenig aus Fux' Oper ein Bühnenhit. Und das hatten die Steiermärker auch im Kopf, als sie sich für „Alcina" entschieden: dem sicher zu Unrecht mit seinem „Gradus ad Parnassum" als bloßer Kontrapunkt-Theoretiker verkannten Fux zu sympathischerem Nachleben zu verhelfen. Schließlich, wer wollte es ihnen verdenken, daß sie auch vorzeigen wollten, was ihre Bühnentechnik zu leisten imstande ist, und so eine barocke Maschinenoper gibt da Gelegenheit wie kaum anderes. Sämtliche Züge waren in Betrieb, und das fahrplanmäßig, die Podeste fuhren hoch und runter. Die technische Demonstration geriet glänzend.

Uraufführung einer Grazer Fassung, das meint zahllose Striche, die das Werk auf passable drei Stunden brachten, aber auch etwa die Neugestaltung des Finales. Den „Alcina"-Stoff kennen die Grazer schon von der Händelschen Vertonung her: Eine böse Zauberin Alcina, aus deren Umschlingung ihren Geliebten Medoro zu befreien, die lichte Königin Angelica gleich zur Ouvertüre in aller Dunkelheit per schwankendem Nachen angereist kommt. Per aspera ad astram: Die Guten siegen natürlich, was hier noch der mannhafte Ruggiero und die verzauberte Bradamante nebst dem guten Zauberer Atlante wären. Aber sie müssen durch vielerlei Fährnisse, zu denen sich die Grazer Bühnenbauer auch allerhand einfallen ließen. Barocke Oper lebt davon, daß sie eher schlichte symbolische Spielhandlungen mit viel Allegorischem komplettiert. Für unser Opernverständnis liegt da schon mal das Handikap von Wiederentdeckungen, und Regisseur Peter Lotschaks Spiegelkabinett vervielfachte das auch noch. Man dachte barockdual, aber auch historisierend: Der Souverän, das Publikum, sollte, sich in den Spiegeln erblickend, wie damals mitspielen.

Fux' mit viel Trompeten hochschmetternde und im Particell überlieferte Musik zog im Interesse eigentlich erst vom zweiten Akt an am szenischen Spektakel vorbei: Da gibt es eine herrliche Arie für die Angelica und ein noch schöneres Duett Angelica/Medoro, in dem Penelope MacKay und der Countertenor Charles Brett die ganze artifizielle Schönheit einer solchen speziellen Timbre-Mischung zur Geltung brachten. Prominent besetzt die Alcina mit der dramatischen Ursula Reinhardt-Kiss. Aber auch sonst war mit Fran Lubahn, David Sundquist und Franz Xaver Lukas auf Niveau gesehen worden.

Am Pult stellte Niksa Bareza die Vorzüge der Akustik gleich stereo und mehrchörig heraus und zugleich klar: An der Musik liegt es vermutlich am wenigsten, wenn solche Rettungsversuche über ein paar Folgeaufführungen selten hinauskommen.

DIETER SCHÜREN

JOURNAL

Heyme Chef des Essener Schauspiels

dpa, Essen

Neuer Chef am Essener Schauspiel wird der bisherige Schauspieldirektor der Würtembergischen Staatstheater, der 49jährige Hansgünther Heyme. Wie der Intendant der Essener Bühnen, Manfred Mützel, mitteilte, hat der Aufsichtsrat der Theater und Philharmonie GmbH in Essen die Berufung am Sonntag einstimmig beschlossen. Der Vertrag mit Heyme beginnt am 1. Dezember und ist auf drei Jahre befristet, wobei eine Verlängerungsoption bis 1991 besteht.

Lutherausstellung aus der „DDR"

dl. Hannover

Der hannoversche Landesbischof Lohse hat zusammen mit dem thüringischen Landesbischof Leich in Hannover die Lutherausstellung aus der „DDR" eröffnet. Die Ausstellung über das Leben und Werk Luthers war zur 500. Wiederkehr des Geburtstages des Reformators zusammengestellt worden und reist seitdem. In Hannover ist sie bis zum 31. Januar zu sehen.

„Tucholsky-Tage" begannen in Berlin

dpa, Berlin

Mit der Eröffnung der Ausstellung „Deutschland, Deutschland über alles" des Kabarettisten Rolf Linnemann haben in Berlin die „Tucholsky-Tage" begonnen. Auf dem Programm der knapp zweiwöchigen Veranstaltungsreihe stehen unter anderem Kabarettvorführungen, ein Tucholsky-Workshop, Lesungen und Vorführungen von Tucholsky-Verfilmungen.

Jerusalem ehrt den Autor Milan Kundera

dpa, Jerusalem

Der tschechische Schriftsteller Milan Kundera erhält den diesjährigen „Jerusalem-Preis für die Freiheit des einzelnen in der Gesellschaft". Nach Angaben des Preiskomitees wurde der 55 Jahre alte, seit 1975 im französischen Exil lebende Autor für sein Eintreten gegen die „Unterdrückung der Gesellschaft" und für die „literarische Qualität" seiner Werke ausgezeichnet.

Ostfriesland bekommt ein Agrarmuseum

rst. Aurich

Als „Nebenprodukt" des vierjährigen, von der Volkswagen-Stiftung finanzierten Forschungsprojekts „Gerät und Bauern der Landhandwerker von 1850 bis 1950 in Ostfriesland" plant die Ostfriesische Landschaft in Aurich die Errichtung eines Agrarmuseums. Die Landschaft vergab bereits einen Architektenauftrag in Höhe von 1,2 Millionen DM, der zur Konkretisierung des Vorhabens dienen soll. Das neue Ostfriesische Agrarmuseum soll in Campen entstehen und Bestandteil des Ostfriesischen Freilichtmuseums Krummhörn werden.

Amerikanische Quilts im Karlsruher Schloß

DW. Karlsruhe

Die applizierten oder gesteppten Bettdecken aus unterschiedlichen Stoffstücken sind eine Besonderheit der amerikanischen Volkskunst. Eine Auswahl dieser Quilts,

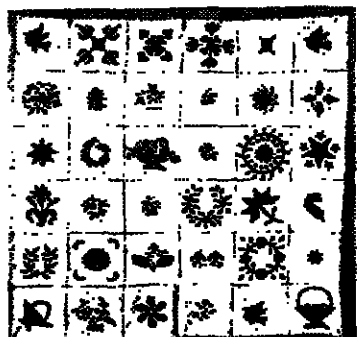


FOTO: BAD LANDESMUSEUM

die zwischen 1870 und 1930 entstanden, zeigt das Badische Landesmuseum im Karlsruher Schloß in einer Ausstellung, die bis zum 3. März zu sehen ist. Das früheste Beispiel ist ein sogenannter Album-Quilt (unser Bild) aus dem Besitz des Bayerischen Landesmuseums.

Hofberichterstatter

J. G. G. Krakau

Stephan Kisielewski hat in seiner ständigen Kolumne im Krakauer „Tygodnik Powszechny" alphabetisch vierzig „Typen" der polnischen Publizistik aufgezählt, die er als Hofberichterstatter des Generalsregimes bezeichnet. Zu ihnen zählt er sämtliche polnischen Deutschlandexperten und Bonner Korrespondenten. Angeführt wird die Liste von den ständigen „Frühschöppnern" in Sachen Polen: Zbigniew Ramotowski, Eugeniusz Guz und Ryszard Wojna. In polnischen Intelligenzkreisen lacht man laut darüber, wie es Kisielewski gelang, dabei die Zensur zu überlisten. Der verantwortliche Zensor soll inzwischen seinen Sessel geräumt haben.

„Wir hätten gern noch Fahrzeuge hingeschickt“

Nach Katastrophe auf der A 61 Kritik an Einsatzleitung

R. ZEWELL / DW. Bonn

Bei der Verkehrskatastrophe auf der Autobahn A 61 westlich von Bonn, bei der am Freitag nachmittag elf Menschen den Tod gefunden haben und 46 zum Teil schwer verletzt worden sind, scheint es Pannen in der Koordination der Rettungsmaßnahmen gegeben zu haben.

Noch bevor eine abschließende Bewertung des Einsatzes durch die zuständigen Rettungsleitstellen der betroffenen Kreise Rhein-Sieg und Euskirchen vorliegt, wird bereits Kritik geübt. Massive Vorwürfe gibt es vor allem aus den Reihen der Rettungsdienste. Der Stellvertretende Leiter der Bonner Berufsfeuerwehr, Egbert Klausen: „Wir hätten gerne noch andere Fahrzeuge hingeschickt, aber es sind keine angefordert worden, außer drei Rettungs- und einem Notarztwagen.“ Der Notarzt selbst, Karl-Heinz Hochkirchen von der Neurochirurgischen Universitätsklinik Bonn, beklagte sich bitter über Behinderungen vor Ort und die mangelnde Bereitschaft zur Koordination. In den Universitätskliniken am Bonner Venusberg seien, so der Arzt, sechs Operationssäle für die Versorgung von Verletzten vorbereitet gewesen. Doch kein einziger sei eingeliefert worden.

Ulrich Koch, Sprecher des Kölner Regierungspräsidenten, der an diesem Tag Meldungen über Nebelbänke im Verlauf der A 61 an den Verkehrsfunk gab, erklärte jedoch, die Rettungsarbeiten seien „nicht schlecht gelaufen“. Es sei niemand wegen verspäteter Rettungsmaßnahmen gestorben. „Und wenn die Kölner oder Bonner Berufsfeuerwehr eingegriffen hätte, dann wäre die Autobahn nur eine Viertelstunde früher zum weiteren Rasen freigeworden.“

Auch Reiner Oedekoven, Leitender Kreisrechtsdirektor in Euskirchen und verantwortlich für die Rettungseinsätze auf der A 61 Richtung Süden, sagte gegenüber der WELT, die etwa 30 Feuerwehrmänner und „mehrere Notärzte“ aus dem Kreis Euskirchen wären immer Herr der Lage gewesen, auch verfügte man selbst über eine genügende Zahl von Krankenbetten. Günter Brahm, Kreisdirektor des Rhein-Sieg-Kreises und zuständig für den Einsatz auf der A 61 Richtung Norden, sah bei der Koordinierung der Rettungsmannschaften „keine besonderen Probleme“, wenn er auch „Unklarheiten vor Ort“ nicht bestreiten mag. Seine Leitstelle habe 15 Rettungs- und Notarztwagen an die Unglücksstelle geschickt, genug, um auch noch den Kollegen aus Euskirchen Hilfestellung zu geben. Doch Widersprüche bleiben. So spricht der Regierungspräsident Köln vom Einsatz von Rettungshubschraubern bei der Bergung der Verletzten, die Leitstellen der Kreise jedoch wissen nichts davon.

Nach dem Katastrophen-Freitag im Rheinland verhielten sich die Autofahrer am Wochenende nach Angaben der Polizei „einigermaßen vernünftig“. Mit minus 23 Grad war übrigens Köln in der Nacht von Sonntag auf Montag die kälteste Stadt Deutschlands. Und die Bundeshauptstadt Bonn erlebte mit minus 16,5 Grad die kälteste Nacht seit mehr als 20 Jahren. Eine gefährliche Lage dürfte morgen im Süden der Bundesrepublik eintreten, da nach Schnee und arktischen Temeperaturen jetzt auch mit Eisregen zu rechnen ist.

Zur rechten Zeit prophezeite gestern in der „Bild“-Zeitung der Kieler Klimaforscher Professor Karl Brunnacker: „Wir stehen am Beginn einer neuen Eiszeit. Der für Mitteleuropa ungewöhnlich strenge Winter könnte ein Vorbote sein. Schon innerhalb von zehn Jahren kann sich unser Klima radikal verändern.“ Daß es heute noch nicht so weit sei, führt Professor Brunnacker auf die Luftverschmutzung zurück: „Die unsichtbare Kohlendioxyd-Glocke verhindert, daß die Erdwärme in die Atmosphäre entweicht.“



Mit naßforschem Schwung in den „weißen Tod“?

K. T./AP, München

Eine neue Seuche breitet sich in den Alpen aus: das „Variantenskifahren“. Die Männer der Bergwacht verstehen darunter das skifahrende „Fremdgehen“ abseits der präparierten Pisten. Immer mehr Fahrer versuchten sich daran, wollten sich auf diese Weise vom Massenbetrieb absetzen und ihr Können sowie ihre Unabhängigkeit unter Beweis stellen, meint man beim Deutschen Ski-Verband. Ein risikoreiches Unternehmen, das allzuoft tödlich für die naßforschen Abenteurer endet, kaum 200 Meter neben der präparierten Anlage.

Eine typische Situation beschreibt Ekkehart Ulmrich vom Deutschen Ski-Verband: Es geschah kaum diese paar hundert Meter von der Liftstation am Nebelhorn im Allgäu entfernt auf einem unberührt in der Sonne glitzernden Hang. Er war nicht allzu steil, lag knapp unterhalb der Waldgrenze. Ein Skifahrer schwingt sich durch den weichen Tiefschnee. „Plötzlich brodelt der ganze Hang. Es staubt ein bißchen, und der Mann ist weg.“ Das war alles. So undramatisch näherte sich hier der Tod.

Auf diese oder ähnliche Weise sterben Jahr für Jahr in den Alpen mindestens 130 Menschen. Mangelnde Kenntnis und Selbstüberschätzung sind die Hauptursachen für die tödlichen Unfälle. Deshalb sollte die wichtigste Lawinen-Faustregel unbedingt beachtet werden: Relativ geringe Gefahr besteht (noch) bei trockenem Neuschnee, der nicht älter als einen Tag ist und sich nicht höher als 30 Zentimeter aufschichtet. Alles, was darüber liegt, erhöht das Risiko gleich dramatisch. Von einem Meter Schnee an steigert sich die Lawinengefahr dann schon ins Unkalkulierbare. Das Ganze gilt aber lediglich bei Windstille. Bei Wind beispielsweise können 20 Zentimeter Schnee, zu Wächten geweht, schon so verheerende Wirkungen erzielen, als handele es sich um metertiefen Pulverschnee.

Im vergangenen Jahr waren nach Schätzungen von Experten in Österreich bereits 85 Prozent der Lawinenopfer Variantenskifahrer. Diese Wagnis-Sucht, die auch in der Schweiz, in Italien und Frankreich zunimmt, hat nun auch das Allgäu erreicht. „Jeder will sein Stück unberührten Hanges“, meint Wilhelm Beeker von der Deutschen Bergwacht dazu.

Der Andrang auf die Pisten reizt viele zu „Abwegen“. Sie schlagen sich deshalb allzugern durch Waldstücke zu unbefahrenen Pisten durch. Was dadurch jedoch angerichtet werde, sei nur den wenigsten bewußt, heißt es beim Ski-Verband. Das Wild werde verscheucht, der Wald erleide Schaden, ganz abgesehen von den persönlichen Risiken für den Einzelnen.

Gehöre schon Glück dazu, eine Lawine lebend zu überstehen, so ereilte viele dennoch der Tod, weil Rettungsmannschaften zu lange brauchten, um zu dem Verunglückten vorzudringen, warnt Ulmrich. Kein noch so erfahrener Skifahrer sei in der Lage, die Lawinengefährlichkeit eines Hanges zu erkennen. Sei dieser aber erst einmal in Bewegung geraten, habe der Läufer keine Chance mehr, da herauszukommen. „Dieser saust wie auf einem Luftkissen abwärts“, warnt Ulmrich. FOTO: DPA

Kritik an Methoden der Stiftung Warentest

dpa, Bonn

Als „dilettantisch und unverantwortlich“ hat der Bundesfachverband der Arzneimittelhersteller (BAH) die Prüfung der Stiftung Warentest von 20 Geriatrika (Altersheilmitteln) bezeichnet. In der Januar-Ausgabe der Zeitschrift „Test“ war die Einnahme solcher Mittel großenteils als wenig sinnvoll dargestellt worden. „Wenn die Pharmaforschung so betrieben würde, wie die Recherchen von ‚Test‘, hätte das Bundesgesundheitsamt die entsprechenden Arzneimittel längst vom Markt genommen“, erklärte der Verband gestern in einer Verlautbarung. Beispielsweise sei der Wirkstoff Procain nach einer einzelnen Publikation von 1970 beurteilt worden, ohne die Forschungsergebnisse mit zahlreichen Reihenuntersuchungen in den folgenden 15 Jahren zu berücksichtigen. In Wirklichkeit hätten Studien im In- und Ausland durchaus ergeben, daß es möglich sei, den Leistungsabfall von Körper und Gehirn im Alter mit bestimmten Dosierungen von Arzneimitteln zu hemmen. Die Stiftung Warentest hatte zu Werbeaussagen von Geriatrika-Herstellern festgestellt, daß sich in so „schwammig gehaltenen Anwendungsbegriffen“ wie „Zur Steigerung der Leistungsfähigkeit“, „Gegen vorzeitige Alteresbeschwerden“, „zur Erhaltung der Spannkraft“, „Gegen Streß und Altern“ die Unbestimmtheit solcher Therapien widerspiegele. 14 der Präparate erhielten die Gesamtbeurteilung – bezogen auf Anwendungsansprüche, Werbeaussagen und Einnahme – „wenig sinnvoll“. Für die anderen sechs lautete die Beurteilung „nicht sinnvoll“.

Tragödie aufgeklärt

dpa, Aachen

Eine Zigarette oder ein glimmendes Streichholz, das ein Sofa in Brand gesetzt hat, war offenbar die Ursache für das Feuer, bei dem am Samstag abend in einem Aachener Mehrfamilienhaus ein Vater und seine beiden Söhne ums Leben gekommen sind. Das Sofa und eine Decke in der Wohnküche des Ehepaares hatte durch „noch ungeklärte Fahrlässigkeit“ plötzlich Feuer gefangen.

Gastwirtshaltung

rtr, Karlsruhe

Gastwirte sind bei Glatteis grundsätzlich verpflichtet, ihren Gästen das gefahrlose Betreten des Gästeparkplatzes zu ermöglichen. Nach einer gestern veröffentlichten Entscheidung des Bundesgerichtshofes (BGH) reicht ein allgemeiner Hinweis auf „schlechte Wetterverhältnisse“ nicht aus, um sich vor eventuellen Schadensersatzforderungen zu schützen. Die Bundesrichter stellen jedoch auch fest, daß ein Gast, der sich selbst in Gefahr bringt, für einen Unfall zumindest mitverantwortlich ist. (Aktenzeichen: VI ZR 169/83).

Rekordverspätung

AP, München

Zwölf Stunden und 38 Minuten später als nach dem Fahrplan vorgesehen ist gestern mittag der „Akropolis-Expreß“ mit 461 Reisenden aus Athen im Münchner Hauptbahnhof eingetroffen. Ein Sprecher der Bundesbahndirektion München sagte, das sei ein in diesem Winter noch nicht erreichter Rekord.

Benzinpreise gestiegen

dpa, München

In den meisten Skigebieten der Alpen sind die Benzinpreise in diesem Winter gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres gestiegen. Ausgenommen in der Schweiz, wo der Streibstoff bis zu 7 Pfennig billiger wurde, müssen Autofahrer bis zu 22 Pfennig (Frankreich) mehr für den Sprit bezahlen. Der ADAC gab gestern folgende Preise an: Österreich 1,62 bis 1,69 Mark (1,55 bis 1,62), Schweiz 1,38 bis 1,54 Mark (1,43 bis 1,61), Frankreich 1,82 bis 1,93 Mark (1,67 bis 1,71), Deutschland 1,39 bis 1,47 Mark (1,34 bis 1,42).

LEUTE HEUTE

Salz in die Wunde

Die einzige Frau, der Hollywood-Superstar **Warren Beatty** je einen Heiratsantrag gemacht hat, gab ihm jetzt einen Korb. **Diane Keaton** (38) ließ ihn nach reiflicher Überlegung jetzt abblitzen, wie man in London munkelt. Beatty verkroch sich daraufhin in seinem New Yorker Hotel und ließ sich von niemandem sprechen. Die beiden kennen sich seit 1978, als sie für ihre Rolle in dem Film „Annie Hall“ einen Oscar erhielt und ihre Affäre mit **Woody Allen** zu Ende ging. Diane Keaton streute noch Salz in die Wunde. – Sie ließ ihren Verflossenen wissen, daß sie bald heiraten wolle – **Jim Foley** (28), einen wenig bekannten Filmregisseur.

Ziemlich groggy

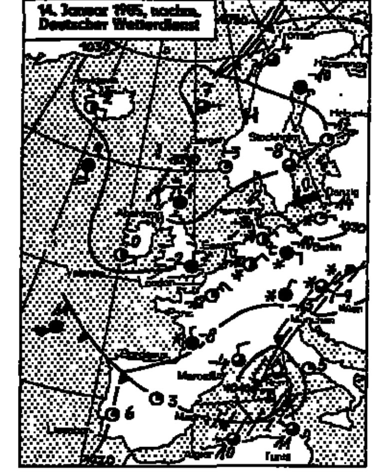
Abgemagert, bleich und „ziemlich groggy“ – so ein Augenzeuge – wirkte **Prinzessin Margaret** (54) beim Verlassen des Krankenhauses eine Woche nach dem Lungeneingriff. Die Kettenraucherin (Taggeskonsum: 60 Chesterfield ohne Filter), der ein



Stück der linken Lunge entfernt worden war, mußte sich von einer Zofe stützen lassen, obwohl es nur wenige Schritte von der Tür des „Brompton Hospital“ zu ihrem wartenden Auto waren. Die Prinzessin trug einen braunen Nerz.

WETTER: Winterlich

Wetterlage: Ein Mittelmeertief erfaßt mit seinen Ausläufern vor allem den Süden des Bundesgebietes. Dabei fließt mit einer östlichen Luftströmung weiterhin verhältnismäßig kalte Luft ein.



Vorhersage für Dienstag:
Im Norden Deutschlands zeitweise aufgelockerte, sonst überwiegend starke Bewölkung und im Süden länger andauernder, im Westen und in der Mitte zeitweise leichter Schneefall. Höchste Temperaturen minus 10 bis minus 5, Tiefstwerte in der kommenden Nacht nur wenig niedriger.

Weitere Aussichten:
Im Süden und in der Mitte noch Schneefall, weitere Frostabschwächung.

Temperaturen am Montag, 13 Uhr:

Berlin	-10°	Kairo	28°
Bonn	-15°	Kopenh.	-5°
Dresden	-12°	Las Palmas	18°
Essen	-10°	London	-2°
Frankfurt	-10°	Madrid	3°
Hamburg	-3°	Mailand	-1°
List/Sylt	-3°	Mallorca	7°
München	-13°	Moskau	-17°
Stuttgart	-12°	Nizza	4°
Algier	10°	Oslo	-14°
Amsterdam	-7°	Paris	-12°
Athen	9°	Prag	-14°
Barcelona	2°	Rom	5°
Brüssel	-12°	Stockholm	-8°
Budapest	-6°	Tel Aviv	28°
Bukarest	-1°	Tunis	11°
Helsinki	-17°	Wien	-9°
Istanbul	9°	Zürich	-11°

Sonnenaufgang* am Mittwoch: 8.20 Uhr, Untergang: 16.45 Uhr; **Mondaufgang:** 3.45 Uhr, Untergang: 12.34 Uhr
*in MEZ, zentraler Ort Kassel

Nur ein Gerät erwies sich als abhörsicher

dpa, Bonn

Das verbesserte, mit einer Abhörsperre versehene schnurlose Telefon „Sinus“ wird die Post voraussichtlich vom Mai an ihren Telefonkunden anbieten. Wie ein Sprecher des Postministeriums am Montag mitteilte, haben sich drei der vier zur Verfügung gestellten „Sinus“-Geräte als nicht abhörsicher erwiesen und den Hersteller mit dem Auftrag zurückgegeben worden, die technischen Mängel zu beheben.

Als Bundespostminister Christian Shwarz-Schilling (CDU) am 26. November das schnurlose Telefon vorstellte, war noch nicht bekannt, daß die „Sinus“-Gespräche mit einem Radioapparat mitgehört werden können. Lediglich bei einer der Hersteller-Firmen hat sich das Gerät als abhörsicher erwiesen. Die Post hat deshalb den Auftrag an diese Firma von 7500 auf 15 000 Geräte erhöht. Im Postministerium rechnet man mit einer Nachfrage nach 100 000 schnurlosen Telefonen in diesem Jahr. Zwischen dem Post- und dem Wirtschaftsministerium finden in dieser Woche Gespräche statt, um die Unterschrift von Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann (FDP) unter die Postverordnung zu erreichen. Bangemann hatte seine notwendige Unterschrift unter die vom Postverwaltungsrat am 17. Dezember verabschiedete Rechtsverordnung verweigert, weil der alleinige Vertrieb des schnurlosen Telefons durch die Bundespost nach seiner Ansicht gegen EG-Bestimmungen verstößt.

Zwischen Schluchzen und Plaudern

Gustav „Bubi“ Scholz an seinem ersten Prozeßtag in Berlin / Karten im Nu vergriffen

F. DIEDERICHS, Berlin

Da sitzt er nun, 54 Jahre alt, immer noch ein Mann mit mächtigen Schultern. Früher ein Idol. Ein Mann mit der Härte von 88 Boxkämpfen und der Gewißheit, auch im Beruf den „Weg aus dem Nichts“, wie der Titel seiner Autobiographie lautet, geschafft zu haben. Darf so ein Mann weinen?

Die Menge, die sich noch im Dunkeln vor dem Berliner Kriminalgericht anstellte und jetzt auf den Holzbänken des Gerichtssaals Nummer 700 schubst und drängelt, starrt wie sehnsüchtig auf jede Träne im Auge des alten Champions. Wäre da nicht der Tod von Helga Scholz (49) zu verhandeln, so könnte es Kino sein, Marke beste Sorte aus Hollywood. Der Berliner Justizsprecher kurz nach Beginn der Verhandlung, nicht ohne eine Spur von Ironie: „Alle Karten sind vergriffen.“

Gustav Scholz, der seit der Kindheit seinen Spitznamen „Bubi“ als Markenzeichen führt, sieht unter silbergrauen Schläfen blaß aus. Dunkelgrauer Anzug, dezente Krawatte. Er sitzt erst wenige Sekunden auf der Bank neben seinen Verteidigern, als er registriert, daß ihn das Volk ins Visier genommen hat. Die Hände fliegen kurz vor das Gesicht, ein leises Schluchzen. Dann, als er nach vorne geht, um vor dem Richter Platz zu nehmen, hat er sich wieder gefangen.

Die Fragen zur Person beantwortet er leise, zeigt sich von der Redseligkeit, die einst mancher Dame aus besseren Kreisen die Vorstellung eines charmanten Plauderers gab. „Eine sehr glückliche Ehe hatten wir, wir waren aufeinander abgestimmt wie eineiige Zwillinge. Absolut harmonisch war alles.“

Seine Frau, die am 23. Juli vergan



Gustav Scholz FOTO: DPA

genen Jahres ein Gewehrschuß in den Kopf tötete, habe stets in der Öffentlichkeit versucht, den Komplex zu kompensieren, daß sie nur Anhängsel eines Prominenten sei. „Kompensieren“ sagt Gustav Scholz, wenig später auch „kontaktieren“, als er sich an die nahezu täglichen Gespräche mit seiner Frau erinnert, ob denn die Einladung zur Party angenommen werden sollte. Da habe er sie „kontaktiert“. Jargon eines erfolgreichen Geschäftsmannes. Für seine Frau war er immer nur „der Scholz“, und wer immer etwas gegen ihn hatte, kam auf „die Abschußliste“ und wurde eben nicht mehr eingeladen.

Der Angeklagte wird den hohen Erwartungen der Öffentlichkeit an Schilderungen mit Farbe und Witz durchaus gerecht. Gewiß, er zieht den Tod seiner Frau keineswegs ins Lächerliche. Doch eine Portion seines spitzbübischen Schalkes, den die Schickeria früher so schätzte, blitzt in Momenten wie jenem durch, wo er an das hohe Gericht die Frage stellt, ob denn der Herr Richter schon einmal nackt in einem schicken Wohnzimmer gesessen habe.

Scholz beantwortet mit diesem Satz die Frage des Gerichts, warum er sich zu nächtlicher Stunde unbekleidet im engen Flur aufgehalten habe und ausgerechnet dort, vor der Toilettentür, sein Gewehr zusammengebaut und gereinigt habe. Er habe dies eben nicht im Wohnzimmer getan, „weil ich das natürliche Empfinden habe, mich dort nicht nackt hinzusetzen“.

Freunde haben Gustav Scholz als sensiblen Mann charakterisiert. Im Prozeß zeigt er sich mit zwei Gesichtern. Fassungslosigkeit, Entsetzen und Tränen angesichts des Vorfalls, den er auch gestern wieder als „Unfall“ darstellt. Später dann eine eigentümliche Gelassenheit, die sich in langen Berichten, kritischen Fragen an Richter und Staatsanwalt äußert. Zum Ablauf der tragischen Nacht haben sich keine neuen Sensationen ergeben: eine Ehe mit Höhen und Tiefen, Alkohol und auch Streit. Dann der tödliche Schuß, scheinbar ohne schlüssiges Motiv.

ZU GUTER LETZT

Nicht mehr dabei ist der monegassische Prinz Albert. Genau zehn Tage nach seiner Schwester Casoline, die bereits auf der ersten Sonderprüfung des 14 000 km langen Wettbewerbs mit ihrem Lkw umgekippt war, mußte Prinz Albert am Montag mit einem Motorschaden aufgeben. Das meldet gestern der Sport-Informations-Dienst.